

# Zur Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein

Empfehlungen der von der Landesrektorenkonferenz und  
der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur  
eingesetzten Expertenkommission

März 2003

## Impressum

Herausgeberin:

Expertenkommission Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein  
unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen (V.i.S.d.P.)

Druck:

Zentrale Vervielfältigungsstelle  
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

März 2003

# Inhalt

	Seite
Kurzfassung der Empfehlungen	5
A. Einleitung	
I. Auftrag der Expertenkommission	17
II. Arbeitsweise der Kommission	18
III. Zusammensetzung der Kommission	19
IV. Sitzungen der Kommission	20
B. Ausgangslage: Die Hochschulen in Schleswig-Holstein im Jahre 2002	
I. Rahmenbedingungen	22
II. Entwicklung des Hochschulsystems in Schleswig-Holstein	23
III. Entwicklung der Nachfrage nach Studienplätzen	31
IV. Größe und Struktur des Hochschulsystems	32
V. Forschung an den Hochschulen	35
VI. Frauenförderung und Frauenforschung	41
VII. Raumkapazität, Auslastung und Investitionsbedarf	43
VIII. Studienplätze und ihre Auslastung	45
IX. Kosten der Hochschulen und ihre Finanzierung	48
X. Ausgaben des Landes für die Hochschulen	49
XI. Finanzielle Situation der Hochschulen	55
XII. Zusammenfassende Bewertung	58
C. Empfehlungen zur künftigen Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein	
I. Einleitung	61
II. Empfehlungen zu einzelnen Aspekten	
1. Studienstruktur	62
2. Personalstruktur und Organisation der Lehre an Fachhochschulen	64
3. Kooperation mit Hochschulen und Instituten außerhalb des Landes	65

---

4.	Einrichtung eines Hochschulrats Schleswig-Holstein	66
5.	Verantwortung, Management und Organisation von Hochschulen	69
6.	Finanzierung der Hochschulen	70
7.	Hochschulvertrag	73
III.	Empfehlungen zu einzelnen Fachgebieten	
1.	Humanmedizin	75
2.	LehrerInnenbildung	92
3.	Agrarwissenschaften	93
4.	Bauwesen an den Fachhochschulen	95
5.	Elektrotechnik und Maschinenbau an Fachhochschulen	98
6.	Fachgebiete mit besonderer wirtschafts- und technologie-politischer Bedeutung	101
IV.	Empfehlungen zu den einzelnen Hochschulen	
1.	Universität Flensburg	105
2.	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	115
3.	Universität zu Lübeck	138
4.	Musikhochschule Lübeck	145
5.	Fachhochschule Flensburg	150
6.	Fachhochschule Kiel	157
7.	Fachhochschule Lübeck	168
8.	Muthesius Hochschule	178
9.	Fachhochschule Wedel	184
10.	Fachhochschule Westküste	188
11.	Institutionen für postgraduale Studiengänge	197
	Verzeichnis der Übersichten und Grafiken	3
	Statistischer Anhang	201

---

## Verzeichnis der Übersichten und Grafiken

	Seite
Übersicht 1: Staatliche und private Hochschulen in Schleswig-Holstein	24
Übersicht 2: Zeitleiste der wesentlichen Planungsdokumente und Entscheidungen zur Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein seit Beginn der 90er Jahre	28
Übersicht 3: Eingeworbene Drittmittel der Hochschulen (ohne Medizinische Fakultäten) 1999 – 2001	37
Übersicht 4: Drittmittel (Ausgaben) der Medizinischen Fakultäten 1999 – 2001	38
Übersicht 5: Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs in Schleswig-Holstein	40
Übersicht 6: Raumkapazität und Raumauslastung	43
Übersicht 7: Zahl der StudienanfängerInnen und Zahl der Studierenden in Schleswig-Holstein	45
Übersicht 8: Entwicklung der Zahl der StudienanfängerInnen (1. FS) in den Natur- und Ingenieurwissenschaften	46
Übersicht 9: Die Haushalte der Hochschulen und die Herkunft der Mittel im Jahre 2001	48
Übersicht 10: Ausgaben des Landes für die Hochschulen 2002	49
Übersicht 11: Landesmittel für die Hochschulen (inkl. Medizin) je EinwohnerIn im Jahre 2001	53
Übersicht 12: Landesmittel für die Hochschulen (ohne Medizin) je EinwohnerIn im Jahre 2000	53
Übersicht 13: Kalkulation des jährlichen Finanzmehrbedarfs für die Erhöhung der Personalgesamtkosten	57
Übersicht 14: Die Medizinischen Fakultäten in Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich	80
Übersicht 15: Studierende/StudienanfängerInnen der Humanmedizin (ohne Zahnmedizin) und EinwohnerInnen nach Ländern im Jahre 2001	82
Übersicht 16: Modellkalkulation für den Personalbedarf in der Lehre der Medizinischen Fakultäten Kiel und Lübeck (nur ProfessorInnenstellen)	87
Übersicht 17: Kennzahlen zur Kapazität und zur Auslastung der Ingenieurwissenschaftlichen FH-Studiengänge im WS 2002/2003	99

Übersicht 18: Drittmittelwerbungen der Universität Kiel 1997 – 2001 nach Fakultäten	118
Grafik 1: Studierende an Hochschulen in Schleswig-Holstein	25
Grafik 2: Landeszuschuss an Hochschulen in Schleswig-Holstein	25
Grafik 3: Studierende je 100 000 EinwohnerInnen nach Bundesländern (WS 2001/2002)	32
Grafik 4: Die Zusammensetzung der Hochschulhaushalte in Schleswig-Holstein nach Herkunft der Mittel	48
Grafik 5: Landesmittel für die Hochschulen und Hochschulkliniken in Schleswig-Holstein in 2002	50
Grafik 6: Ausgaben der Länder (Grundmittel) für Lehre und Forschung an Universitäten (ohne Medizin)	51
Grafik 7: Ausgaben der Länder (Grundmittel) für Lehre und Forschung in der Hochschulmedizin	52
Grafik 8: Ausgaben der Länder (Grundmittel) für Lehre und Forschung an staatlichen Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschule)	52
Grafik 9: StudienanfängerInnen an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein Architektur und Bauingenieurwesen 1992 – 2002	96
Grafik 10: StudienanfängerInnen an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein Maschinenbau und Verfahrenstechnik 1990 – 2002	98
Grafik 11: StudienanfängerInnen an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein Elektrotechnik und Informatik 1990 – 2002	100

# Kurzfassung der Empfehlungen

## I. Auftrag an die Kommission

Die Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein und das Bildungsministerium haben im Februar 2002 gemeinsam eine Expertenkommission unter Vorsitz von Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen beauftragt, eine gutachterliche Stellungnahme zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen des Landes zu erstellen. Hintergrund des Auftrags an die Kommission war, dass sich das Land nicht in der Lage sah, die von den Hochschulen für ihre weitere Entwicklung als erforderlich erachteten Finanzmittel bereitzustellen, vielmehr mit der Mittelfristigen Finanzplanung einen Rahmen vorgegeben hatte, der für alle Hochschulen Personalkürzungen und damit auch die Revision früherer Ausbaupläne als unabweislich erscheinen ließ.

## II. Ausgangslage der Hochschulen in Schleswig-Holstein

Zur Beurteilung der Ausgangssituation der Hochschulen hat die Kommission mittels eines standardisierten Fragebogens bei den Hochschulen Informationen zu den Ressourcen und zur Finanzierung, zu den Leistungen, zur eigenen Einschätzung der Ausgangslage und zu ihren Entwicklungsvorstellungen erhoben. Zudem hat sie alle Hochschulen besucht und in intensiven Gesprächen mit den Hochschulleitungen und VertreterInnen der Fachbereiche weitere Erkenntnisse gewonnen.

Zusammenfassend kommt die Kommission zu folgender Bewertung der Ausgangslage, die maßgebend ist für die Empfehlungen zur künftigen Entwicklung des Hochschulsystems in Schleswig-Holstein:

1. Im Vergleich mit anderen Ländern ist das Hochschulsystem in Schleswig-Holstein unterdimensioniert. Erheblich mehr Jugendliche verlassen das Land zum Studium als Jugendliche aus anderen Ländern zum Studium ins Land kommen.
2. Im Vergleich mit anderen Ländern stellt das Land seinen Hochschulen deutlich weniger Landesmittel zur Verfügung: Schleswig-Holstein gibt 146 Euro je EinwohnerIn für seine Hochschulen aus (inkl. Universitätskliniken), der Mittelwert in westdeutschen Flächenländern liegt bei 184 Euro.
3. Ein überproportionaler Teil der Landesmittel für Lehre und Forschung (2002: 155 Mio. Euro von insgesamt 428 Mio = 36% ) fließt in die Hochschulkliniken und davon dient ein erheblicher Teil der Abdeckung von Finanzierungsdefiziten der Krankenversorgung.
4. Bei den Fachhochschulen und ebenso bei den Universitäten gibt es eine Reihe von Studiengängen, die mehrfach im Land angeboten werden, einige mit relativ kleinen Betriebsgrößen und nicht immer voll ausgelastet (insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften).
5. Die Personalausstattung der einzelnen Fächer und Studiengänge ist vielfach geringer als an vergleichbaren Hochschulen anderer Länder, nicht selten wird die notwendige Grundausstattung eben erreicht, manchmal auch schon unterschritten. Dadurch ist die Position der schleswig-holsteinischen Hochschulen im überregionalen Wettbewerb um hochqualifizierte, mobile Studierende, um qualifizierte NachwuchswissenschaftlerInnen, um ProfessorInnen und um größere Drittmittelprojekte gefährdet. In manchen Fächern ist die Wettbewerbsfähigkeit nicht gegeben.

6. Fast durchgängig zeigt sich für die experimentellen Fächer, dass größere drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte vor allem dort verfolgt werden, wo WissenschaftlerInnen der Universitäten mit WissenschaftlerInnen der universitätsnahen außeruniversitären Forschungsinstitute des Landes dauerhaft eng kooperieren. Dieser Befund spricht zum einen für die Leistungsfähigkeit und die Kooperationsbereitschaft der Forschungsinstitute, ist aber auch ein Hinweis darauf, dass an den Universitäten die Ausstattung vieler Fächer nicht ausreicht, um erfolgreich z. B. im Wettbewerb um Sonderforschungsbereiche bestehen zu können.
7. Die Kommission hat den Eindruck gewonnen, dass die meisten Fachbereiche trotz teilweise unübersehbarer Ausstattungsdefizite eine Ausbildung auf hohem Niveau gewährleisten.
8. Bei der Finanzierung der Hochschulen durch das Land wird nicht hinreichend erkennbar, dass sich die Verteilung des Landeszuschusses und seine Veränderungen an Leistungen bemessen. Ebenso fehlt es in den Hochschulen selbst vielfach an transparenten Verfahren einer leistungsorientierten Mittel- und Personalausstattung.
9. Die Hochschulpolitik vermittelt bislang noch den Eindruck, es gehe auch bei insgesamt nicht länger wachsenden und neuerdings real sinkenden Mitteln primär um die Realisierung der Ziele des Landeshochschulplans 1991, die angesichts der tatsächlich den Hochschulen zur Verfügung gestellten Finanzmittel unrealistisch geworden sind.
10. Für die Kommission ist eine aktive, auf die Hochschulen gerichtete Forschungs- und Forschungsförderungspolitik nicht erkennbar geworden. Insbesondere fehlt es an einem zentralen Budget für den Aufbau und die temporäre Unterstützung von Forschungsschwerpunkten, zur Stärkung der Grundausrüstung für größere Drittmittelprojekte und ebenso zur Finanzierung von FH-adäquaten Kooperationsprojekten mit der Wirtschaft. Die Hochschulpolitik wird primär durch die Ausbildungsfunktion der Hochschulen und dazugehörige Kategorien wie Studienplätze, Studierende und Auslastung bestimmt, wobei die Finanzlage seit einigen Jahren die Spielräume des Landes und der Hochschulen empfindlich einschränkt.

### III. Leitlinien für die Empfehlungen

Im Sinne ihres Auftrags hat sich die Kommission darum bemüht, im Spannungsfeld von unvollendeten Ausbauplänen, unterfinanzierter Grundausrüstung und großem persönlichem Engagement mit bemerkenswerten Leistungen in Forschung und Lehre einerseits und der seit Jahren außerordentlich schwierigen finanziellen Lage des Landes andererseits ein tragfähiges und finanzierbares Konzept zu entwerfen, das den Hochschulen des Landes eine verlässliche Basis für erfolgreiches Arbeiten und für Erfolge im nationalen und internationalen Wettbewerb der Hochschulen liefern kann. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ausgangslage und im Bewusstsein, dass eine signifikante und dauerhafte Ausweitung der Landesmittel in den kommenden Jahren unrealistisch ist, ist dies nur zu erreichen, indem Ausbaupläne revidiert und strukturelle Einschnitte vollzogen werden. Nur dann wird das konsolidierte, in seinen Kapazitäten den finanziellen Möglichkeiten angepasste Hochschulsystem des Landes wettbewerbsfähig bleiben.

Ziel der Kommissionsempfehlungen ist es, durch Kooperation und Konzentration eine Optimierung von Qualität und Effizienz zu erlangen sowie auch künftig ein möglichst



breit gefächertes Angebot in Forschung, Lehre und Studium zu gewährleisten. Dazu ist es erforderlich, in stärkerem Maße als bisher und hochschulartenübergreifend zusammenzuarbeiten. Das bestehende, vielfach am Status orientierte Regelwerk sollte geändert, zumindest durch eine Experimentierklausel geöffnet werden. Die Kommission unterstellt bei ihren Überlegungen für die weitere Entwicklung der Hochschulen, dass das Land die aktuelle Finanzbasis der Hochschulen für die Zukunft sichert und geht davon aus, dass Einsparungen, die durch Verlagerungen und Kapazitätseinschränkungen entstehen, im Hochschulsystem verbleiben.

## **IV. Empfehlungen zu einzelnen Aspekten**

### **IV.1. Studienstruktur**

Die Kommission empfiehlt dem Land und den Hochschulen auf die international verbreitete gestufte Studienstruktur mit Bachelor- und Master-Abschlüssen umzustellen. Die neue Studienstruktur sollte als Chance begriffen werden, zu einem früheren berufsqualifizierenden Studienabschluss und damit auch zu einer Verringerung der zum Teil überdurchschnittlich hohen Drop-out-Quoten zu kommen. Die Stufung der Studiengänge sollte zu einer qualitätsgeleiteten Auswahl der Master-Studierenden genutzt werden, um eine Intensivierung der Betreuung und in der Masterstufe eine intensivere Forschungsbeteiligung zu ermöglichen.

Im Zuge dieser tiefgreifenden Strukturreform sollten die Studienangebote in fachadäquater Weise möglichst weitgehend modularisiert werden. Ferner sollte das European Credit Transfer System (ECTS) zur Bewertung von Studienleistungen eingeführt werden, um den Studierenden einen nationalen oder internationalen Hochschulwechsel zu erleichtern.

### **IV.2. Einrichtung eines „Hochschulrat Schleswig-Holstein“**

Im Sinne einer gemeinsamen Koordination, Kontrolle und Gesamtverantwortung für das Hochschulsystem im Land empfiehlt die Kommission, einen „Hochschulrat Schleswig-Holstein“ einzurichten. Er sollte besetzt sein mit fünf bis sieben mehrheitlich nicht im Land tätigen Persönlichkeiten, die als WissenschaftlerInnen anerkannt sind und Erfahrungen in der Wissenschafts(selbst)verwaltung haben.

Landesrektorenkonferenz und Land sollten sich auf die Auswahl der Mitglieder verständigen, das Gremium gemeinsam einsetzen und es auch gemeinsam so ausstatten, dass es unabhängig und arbeitsfähig wird.

Dem „Hochschulrat Schleswig-Holstein“ sollten als Aufgabe übertragen werden:

- Begleitung und Kontrolle der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission.
- Empfehlungen an das Land über die Verwendung der Mittel und Stellen des Innovationsfonds.
- Regelmäßige Beratung mit den Hochschulen und dem Land über die Hochschulentwicklungspläne und deren Koordinierung.
- Beratung der Jahresberichte der Hochschulen und gegebenenfalls Beauftragung von hochschulübergreifenden Evaluationen zu ausgewählten Themen.
- Empfehlungen zu Vorschlägen der Hochschulen zur Neueinrichtung von Fachgebieten und Studiengängen.

### IV.3. Verantwortung, Management und Organisation von Hochschulen

Um das Hochschulmanagement systemadäquat zu professionalisieren, empfiehlt die Kommission die Leitungsstrukturen auf Hochschul- und Fachbereichsebene zu stärken. Hierzu sind Änderungen in der Hochschulgesetzgebung erforderlich. Als wesentliche Punkte empfiehlt die Kommission dem Land:

- Die Leitungs- und Gesamtverantwortung für die Hochschule sollte klarer als bisher von der Kontroll-Funktion getrennt und dem Rektorat zugewiesen werden. Das Rektorat sollte neben der Haushaltsbefugnis auch die Befugnis haben, nach Beteiligung des Hochschulrates Studiengänge einzurichten oder einzustellen.
- Die Aufgaben der Senate sollten auf hochschulstrategische bedeutsame Themen und akademische Angelegenheiten konzentriert werden. Stärker betont werden sollte die Funktion als Aufsichtsorgan für das Rektorat, u.a. dadurch, dass der Senat den jährlichen Geschäftsbericht des Rektorats entgegennimmt und berät.
- Die herausgehobene Stellung des Rektors/der Rektorin sollte durch Richtlinienkompetenz, die Verantwortung für den Haushalt, das Vorschlagsrecht für die Wahl der übrigen Rektoratsmitglieder, ein Vetorecht bei der Bestellung der DekanInnen und eine Amtszeit von sechs Jahren unterstrichen werden.
- Die Stellung der DekanInnen sollte gestärkt werden, indem die Amtszeit auf drei Jahre festgelegt wird (mit der Möglichkeit der einmaligen Wiederwahl). Zur Entlastung des/der Dekans/In und zur Gewährleistung einer funktionsfähigen Dezentralisierung der Verwaltung sollten die Dekanate, wie im Hochschulgesetz vorgesehen, mit FachbereichsgeschäftsführerInnen ausgestattet werden.

### IV.4. Finanzierung der Hochschulen

Die Kommission empfiehlt, bei der Hochschulfinanzierung von nachfolgenden Leitlinien und Maßnahmen auszugehen:

- Der Landeszuschuss sollte sich an den Leistungen der Hochschulen orientieren.
- Die Hochschulen sollten die Informationsbasis für ein adäquates Hochschulcontrolling und ein transparentes Berichtssystem aufbauen.
- Die Hochschulen sollten Verantwortung für ihre Gebäude übernehmen und die Mittel für Gebäudeunterhalt und kleinere Investitionen übertragen bekommen.
- Für strategische Ziele der Hochschulentwicklung, wie z. B. Auf- und Ausbau eines Fachgebietes/Studiengangs, Startfinanzierung von FuE-Schwerpunkten, neue Studienstrukturen und innovative Projekte in Lehre und Dienstleistungen sollte das Land einen „Fonds für strategische Hochschulentwicklung“ (Innovationsfonds) bereitstellen. Aus diesem Innovationsfonds sollten auf Antrag in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung des Hochschulrates Investitions-, Personal- und Sachmittel sowie Stellen bereitgestellt werden.
- Die bei Realisierung der empfohlenen Umstrukturierungsmaßnahmen freiwerdenden Ressourcen verbleiben im Hochschulsystem und können für neue Aufgaben in den Hochschulen verwendet werden. Die Empfehlungen führen zu einem Umwidmungspotenzial von 90 bis 100 in der Regel besetzten Stellen. Hinzu kommen 130 bis 160 Stellen in der Hochschulmedizin, die als Folge der Reduzierung der Aufnahmekapazität für Human- und Zahnmedizin sowie Anwendung des von der Kommission empfohlenen Personalbemessungsmodells freiwerden. Für einen

Großteil dieser Stellen hat die Kommission Verwendungsvorschläge gemacht. Ansonsten sollten sie im Sinne eines hochschulübergreifenden Stellenpools für neue Aufgaben verwendet werden.

- Die Kommission hält sozialverträglich ausgestaltete Studien- und Verwaltungsgebühren für eine Möglichkeit eines komplementären Beitrags zur Finanzierung der Hochschulen. Die Einnahmen müssen ungeschmälert in den Hochschulen verbleiben. Die Kommission verweist auf die private FH Wedel, die sich in einem nennenswerten Umfang über Studiengebühren finanziert, als ein Beispiel für positive Auswirkungen von moderaten Gebühren auf die Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes und auf die Zufriedenheit der Studierenden als „Kunden“ der Hochschule.

#### **IV.5. „Hochschulvertrag Schleswig-Holstein“**

Die Kommission schlägt dem Land und den Hochschulen vor, in einem auf fünf Jahre angelegten Vertrag die Umsetzung der vorgelegten Strukturempfehlungen und die Sicherung der Finanzbasis des künftigen, neu strukturierten Hochschulsystems zu vereinbaren. Wesentliche Inhalte des Vertrages sollten sein:

- Eine Verpflichtung der Hochschulen, Vorschläge des vorliegenden Berichts rasch umzusetzen.
- Die Zusage der Landesregierung, die für die mit der Umsetzung der Kommissionsvorschläge personell neu strukturierten Hochschulen nötigen Mittel zur Verfügung zustellen sowie die Hochschulen künftig von Restriktionen im Haushaltsvollzug (insbesondere Stellenbesetzungssperren, Minderausgaben) auszunehmen.
- Eine Verständigung auf ein System der Hochschulfinanzierung auf der Basis von Belastungs- und Leistungsparametern, wie dies u. a. in Rheinland-Pfalz und Hessen praktiziert wird.
- Eine Verständigung auf Kapazitätsberechnungen nach einem Verfahren, das von den mit dem Landeszuschuss finanzierbaren Stellen ausgeht.
- Die Einführung eines „Innovationsfonds“, dessen Mittel kompetitiv vergeben werden. Die Kommission empfiehlt, diesen Innovationsfonds jährlich mit einem Betrag von 5 Mio. Euro (plus Stellen aus der Restrukturierung in Konsequenz der Empfehlungen der Kommission) auszustatten, der rund 2 % des Landeszuschusses an die Hochschulen (ohne Universitätsklinikum) entspricht.
- Eine Novelle zum Hochschulgesetz, die die Empfehlungen der Kommission u. a. zur Einführung einer Experimentierklausel, zu den Leitungs- und Managementstrukturen in den Hochschulen und – soweit erforderlich – zur Einrichtung des „Hochschulrats S-H“ aufgreift.

### **V. Empfehlungen zu einzelnen Fachgebieten**

#### **V.1. Humanmedizin**

Die Kommission hält eine deutliche Verringerung des Landeszuschusses für die Hochschulmedizin (einschließlich Investitions- und Bauunterhaltungsmittel rund 155 Mio. Euro plus 11 Mio. Euro für die vorklinischen Institute) für notwendig, um den - auch im Ländervergleich - überproportionalen Anteil der Medizin am Landeszuschuss für die Hochschulen zu verringern und um Ressourcen u.a. für den Ausbau medizinischer

Studiengänge wie Biotechnologie, Ernährungswissenschaften, Medizintechnik, Bioinformatik, Medizininformatik und Gesundheitsmanagement an Universitäten und Fachhochschulen freizusetzen.

Die Kommission empfiehlt, die Ausbildungskapazität in der Hochschulmedizin auf bundesrepublikanische Durchschnittswerte abzusenken (um rund 26 %) und künftig eine Zielzahl von rund 320 Studienplätzen für Humanmedizin (z. Z. 411) und rund 60 Studienplätzen für Zahnmedizin (z. Z. 77) vorzusehen.

Die Kommission spricht sich in Abwägung betriebswirtschaftlicher, forschungspolitischer und auch regional-wirtschaftlicher Argumente dafür aus, an den zwei hochschulmedizinischen Standorten in Kiel und Lübeck für Forschung, Lehre und Krankenversorgung festzuhalten.

Die Bettenkapazität (z. Z. in Kiel 1 378 Betten und in Lübeck 1 207 Betten), deren Auslastung nach Einführung der Fallpauschalen und weiter sinkender Verweildauer der PatientInnen sinken wird, sollte um 20-30 % reduziert werden. Dabei sollte auch die Privatisierung von Kliniken geprüft werden.

Für die Ausstattung der beiden Medizinischen Fakultäten mit Personal für Aufgaben in Lehre und Forschung, das aus dem Landeszuschuss zu finanzieren ist, schlägt die Kommission auf der Basis eines für Nordrhein-Westfalen verwendeten Modells eine Grundausrüstung vor, die zu einer nennenswerten Reduzierung des Landeszuschusses für Lehre und Forschung führt. Die beiden Medizinischen Fakultäten müssen neu organisiert werden und im Rahmen einer gemeinsamen Entwicklungsplanung zu einer wirksamen Abstimmung ihrer Schwerpunkte kommen.

Die Kommission empfiehlt den „Landeszuschuss für Forschung und Lehre“ ausschließlich für diese hochschulischen Aufgaben zu verwenden. Defizite aus Aufgaben der Krankenversorgung sollten nicht länger aus Mitteln des Wissenschaftsressorts finanziert werden. In diesem Sinne empfiehlt die Kommission

- eine nach den Aufgaben differenzierende Kostenrechnung einzuführen.
- die Grundausrüstung, die die Kliniken und Institute für Lehre und Forschung erhalten, auf einen Umfang zu begrenzen, der den Bedarf für Aufgaben in der Lehre deckt und Forschung in einem Ausmaß ermöglicht, welches insbesondere für die Vorbereitung von Projektanträgen notwendig ist.
- für Kliniken und Institute, die über Jahre keine, insbesondere keine begutachteten Drittmittel einwerben, sollte die aus dem Zuschuss für Lehre und Forschung finanzierte Ausstattung auf einen Umfang begrenzt werden, der für die Aufgaben in der Lehre erforderlich ist.

Bei konsequenter Umsetzung dieser Empfehlungen sollte es in den nächsten Jahren möglich werden, parallel zur Absenkung der Studienplätze den Landeszuschuss für Forschung und Lehre in der Medizin zu senken, ohne dass deswegen die Forschung in ihren Schwerpunkten Schaden nimmt.

## V.2. LehrerInnenbildung

Die Kommission empfiehlt, die 1997 in der LehrerInnenbildung eingeleitete Konzentration auf den Standort Flensburg (mit Ausnahme der Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien und Handelslehramt) konsequent und zügig umzusetzen. Für die Lehramtsstudiengänge wird die Umstellung auf die zweistufige Studienstruktur mit Bachelor- und Master-Abschlüssen empfohlen. Die Ausbildung für das Lehramt an Real-

schulen sowie die Ausbildung der SonderschullehrerInnen sollten – wie für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bereits abgeschlossen – in Flensburg konzentriert werden. Im Zuge dieser Verlagerung empfiehlt die Kommission, das Institut für Heilpädagogik der Universität Kiel sowie den wesentlich durch dieses Institut getragenen Studiengang Erziehungswissenschaften (Diplom-Pädagogik) nach Flensburg zu verlagern.

### **V.3. Bauwesen**

Die Kommission empfiehlt aus qualitativen und finanziellen Überlegungen eine Konzentration des Bauwesens in Lübeck. Die nicht voll ausgelastete Gesamtkapazität der Studiengänge Architektur (mit insgesamt 150 AnfängerInnenplätzen an der FH Kiel, der FH Lübeck und der Muthesius Hochschule) und Bauingenieurwesen (mit insgesamt 125 Anfängerplätzen an der FH Kiel und der FH Lübeck) sollte auf rund 180 Plätze reduziert werden.

Die betroffenen Fachbereiche sollten einen gemeinsamen Ausschuss bilden, der in Zuordnung zum Hochschulrat die Zusammenführung der Studiengänge begleitet und ein Entwicklungskonzept vorlegt, das auf dem integrativen Lübecker Studienmodell mit einer engen Verzahnung der Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen aufbaut, den in Lübeck in Kooperation mit der Bauwirtschaft konzipierten Studiengang Bauökonomie ermöglicht und diesen auch für Studierende von auswärts attraktiven Baustandort zu einem Kompetenz-Zentrum Bau entwickelt.

### **V.4. Biowissenschaften**

Die Kommission empfiehlt, dass das Land Schleswig-Holstein auf dem wissenschaftlich wie technologiepolitisch gleichermaßen attraktiven Gebiet der Biowissenschaften einen Ausbauschwerpunkt setzt und mit Priorität die überregional anerkannte, leistungsfähige wissenschaftliche Basis an der Universität Kiel gezielt ausbaut, damit sich hier in der interdisziplinären Kooperation von Biologie und Biochemie, Pflanzenbiotechnologie, Meeresforschung, Ernährungswissenschaft, Pharmazie und Medizin ein auch überregional sichtbarer kompetitiver Schwerpunkt der Biowissenschaften und ihrer auch wirtschaftlichen Anwendungen entwickeln kann.

### **V.5. Medizintechnik**

Die Kommission empfiehlt dem Land im Interesse der Stärkung der einschlägigen Wirtschaft die an der Universität Lübeck, der FH Lübeck und in der eng mit den Lübecker Kliniken kooperierenden Medizinisches Laserzentrum Lübeck GmbH bereits vorhandene Forschungsbasis für Medizininformatik und Medizintechnik auszubauen und sie „Sonderforschungsbereich-fähig“ zu machen. Dazu sollten die o.g. Lübecker Einrichtungen in Kooperation mit der Wirtschaft ein Konzept entwickeln, mit dem die vorhandenen Ressourcen wirksam zusammengeführt und mit einer gewissen Verstärkung optimiert werden.

## VI. Empfehlungen zu den einzelnen Hochschulen

### VI.1. Universität Flensburg

Die Universität Flensburg sollte sich künftig als Ausbildungsstätte für LehrerInnenbildung in Schleswig-Holstein profilieren. Dazu gehört auch die Weiterbildung für die im Beruf tätigen Lehrerinnen und Lehrer, die sehr viel stärker als bislang als Aufgabe von der Universität wahrgenommen werden sollte. Die Kommission sieht hierin eine nachhaltige und zukunftssträchtige Entwicklungschance für die Hochschule, die kurzfristig ihre wissenschaftliche Basis vor allem in der empirisch fundierten pädagogischen und didaktischen Forschung ausbauen muss. Hierfür benötigt die Hochschule eine Verstärkung ihrer Ressourcen und eine Veränderung der bisher aus der PH-Tradition stammenden professorienlastigen Personalstruktur. Sie empfiehlt zudem, dass die Universität Konzepte für Studiengänge entwickelt, die für Erziehungsaufgaben u.a. in Kindergärten und vorschulischen Einrichtungen qualifizieren.

Die Kommission empfiehlt, das Lehramtsstudium im Gesamtzusammenhang der Vermittlungswissenschaften zu sehen und in den auf die Einführung der gestuften Bachelor- und Master-Abschlüsse zielenden Umstrukturierungsprozess einzubeziehen.

Die Kommission sieht keine realistische Chance für die auf Dauer notwendigen beträchtlichen finanziellen Mittel, die erforderlich wären, um die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften entsprechend früheren Plänen auf einen kompetitiven universitären Standard auszubauen. Sie empfiehlt, die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge an die FH Flensburg zu verlagern. Der heute gemeinsam von Fachhochschule und Universität betriebene Studiengang Energie- und Umweltmanagement sowie der Studiengang Internationales Management sollten als konsekutive Studiengänge mit Bachelor- und Master-Abschlüssen an der Fachhochschule fortgeführt werden. Den wirtschaftswissenschaftlichen ProfessorInnen sollte als Alternative zur Versetzung an die FH Flensburg eine Versetzung an die Universität Kiel zur Verstärkung des dort in Aufbau befindlichen wirtschaftswissenschaftlichen Angebotes für Natur- und Ingenieurwissenschaften angeboten werden.

### VI.2. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Die Kommission empfiehlt, die Technische Fakultät auf dem heutigen Ausbaustand zu konsolidieren. Für die weiteren ursprünglich geplanten Ausbaustufen ist im Land die Finanzbasis nicht gegeben. Im Zuge einer partiell notwendigen Neuausrichtung sollte die Anwendungsorientierung der Informatik entschieden verstärkt werden und die kleinen, leistungsfähigen Materialwissenschaften enger mit der Chemie und der Physik kooperieren. Die Kommission verbindet diese Empfehlung mit der dringenden Forderung nach einem Neubau für Elektrotechnik und Materialwissenschaften auf dem Campus oder in Campusnähe nahe der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Die Kommission empfiehlt, die Kooperation der Agrarwissenschaftlichen Fakultät mit dem Fachbereich Landbau der FH Kiel zu intensivieren. Beide Fakultäten sollten ein gemeinsames, aufeinander abgestimmtes Entwicklungskonzept für ihre Fachgebiete, ihre Berufungen und ihre Lehrangebote entwickeln. Sie empfiehlt zudem eine gemeinsame Unterbringung auf dem Campus der Universität.

In der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät schlägt die Kommission eine Stärkung der stark nachgefragten BWL sowie eine intensivere Zusammenarbeit mit

dem Institut für Weltwirtschaft vor. Sie regt an, sich an dem mit Erfolg mit den übrigen Leibniz-Instituten im Land praktizierten Muster zu orientieren, bei dem die AbteilungsleiterInnen der Leibniz-Institute zugleich zu ProfessorInnen an der Universität berufen und voll in den Lehrbetrieb eingebunden werden.

Die Kommission empfiehlt, für Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsam eine Theologische Fakultät einzurichten. Das Land sollte hierzu umgehend in Verhandlungen mit Hamburg und der Nordelbischen Kirche eintreten und die deutlich unterausgelastete Kapazität der Kieler Fakultät verringern.

### **VI.3. Universität zu Lübeck**

Die Kommission empfiehlt, im Sinne des Errichtungskonzeptes nachhaltiger als bisher die profilbildende Medizinorientierung der Informatik auszubauen. Die quantitativen Leistungskennzahlen für die Lehre im Diplom-Studiengang, Studiendauer, Drop-out-Quote und AbsolventInnen je ProfessorIn, können nicht überzeugen. Die Kommission empfiehlt nach Einführung des Bachelor-Studiengangs, die 2001 erfolgte, den nächsten Schritt zu gehen und einen auf Medizininformatik ausgerichteten Master-Studiengang einzuführen.

Die Universität sollte den 2001 eingerichteten Studiengang Molekulare Biotechnologie zunächst personell und inhaltlich konsolidieren, gegebenenfalls auch die Aufnahmekapazität reduzieren. Der Bachelor-Studiengang sollte derart profiliert werden, dass er AbsolventInnen im Sinne gestufter Abschlüsse Berufsperspektiven eröffnet und es nicht zu einem quasi Automatismus kommt, dass (nahezu) alle AbsolventInnen das Studium bis zum Master fortsetzen. Die Kommission empfiehlt, von der Einführung eines Master-Angebotes vorerst abzusehen, weil hierfür die Personalressourcen nicht ausreichen.

Der Bachelor-Studiengang Computational Life Science fügt sich in das Lübecker Hochschulprofil ein. Angesichts der knappen Ressourcen kann ein weiterer Ausbau und die Einführung eines konsekutiven Master-Studiengangs jedoch keine Priorität beanspruchen.

### **VI.4. Musikhochschule Lübeck**

Die Kommission empfiehlt, die Ausbildung von KirchenmusikerInnen und in der Sparte Oper in Kooperation mit anderen norddeutschen Kunst- und Musikhochschulen auf weniger Standorte zu konzentrieren. Lübeck sollte sich dabei auf Kirchenmusik konzentrieren und die Sparte Oper abgeben.

Eine möglichst baldige Besetzung der vakanten bzw. neu eingerichteten Professuren für Violine, Violoncello, Komposition und Populärmusik wird empfohlen. Die Ausbildung für die Schulmusik sollte ebenfalls personell konsolidiert werden. Auch hierfür benötigt die Hochschule zusätzliche Ressourcen.

Im Fach Musik für das gymnasiale Lehramt sollte das Land die Prüfungsordnung novellieren und ein Ein-Fach-Studium in Musik ermöglichen.

### **VI.5. FH Flensburg**

Die Kommission empfiehlt, den nicht ausgelasteten Studiengang Maschinenbau mit dem noch nicht voll ausgebauten und ebenfalls nicht ausgelasteten Maschinenbau

der FH Westküste zu fusionieren und am Standort Flensburg zu konzentrieren, wo hierfür die entschieden besseren Voraussetzungen bestehen. Für die Elektrotechnik, für die in Heide und Flensburg ebenfalls noch Kapazitätsreserven bestehen, sollten die Kapazitäten in Flensburg reduziert werden, u. a. durch Verzicht auf den konventionellen Studiengang Elektrotechnik. Die FH Flensburg sollte sich auf die Studiengänge Informatik, Kommunikationstechnik und Energietechnik konzentrieren. An den 1997 vom Land festgesetzten Zielzahlen für den Personalbestand des Fachbereichs Technik sollte festgehalten werden. Die in den nächsten Jahren freiwerdenden Stellen werden u.a. für neue Studiengänge an der FH Westküste benötigt, die dort als Kompensation für die Kürzung der Ingenieur-Studiengänge aufgebaut werden sollen. In Hinblick auf die niedrigen Studierendenzahlen in den höheren Semestern einiger technischer Studiengänge sollte der Fachbereich Technik das Studienangebot weiter straffen und so organisieren, dass der Personalaufwand vermindert wird.

Für den Studiengang Betriebswirtschaft empfiehlt die Kommission entsprechend den Empfehlungen zur Universität Flensburg eine konsequente Umstellung auf eine Bachelor-/Master-Struktur.

Die Kommission rät von einer Einführung des Studiengangs Life Science Management ab.

#### **VI.6. FH Kiel**

Eine Verlagerung von Stellen aus dem Fachbereich Wirtschaft an die FH Lübeck ist angesichts der Leistungen in der Lehre, der überzeugenden Internationalisierung der Studienangebote und der nachhaltig guten Auslastung der BWL in Kiel nicht sinnvoll.

Für den kleinen, profilierten und in seinen Leistungen überzeugenden Fachbereich Landbau wird eine gemeinsame Entwicklungsplanung mit der Agrarfakultät der Universität und eine intensive Kooperation in Lehre und Forschung empfohlen. Die Berufungen, die fachlichen Schwerpunkte und das Lehrangebot sollten aufeinander abgestimmt werden. Studierende beider Hochschulen sollten Lehrangebote beider Fakultäten nutzen können. Dazu wird eine Unterbringung des FH-Fachbereichs auf dem Campus der Universität in direkter Nähe der Agrarfakultät empfohlen. Dann kann auf die geplanten Umbau- und Renovierungsarbeiten am Standort Osterrönfeld verzichtet werden.

Angesichts der vorhandenen Defizite in der Ausbildung und der notwendigen baulichen Investitionen am Standort Eckernförde hält die Kommission eine Konzentration von Architektur und Bauingenieurwesen an der FH Lübeck aus finanziellen und qualitativen Gründen für sinnvoll.

Die Kommission empfiehlt im Hinblick auf Qualität und Nachhaltigkeit Zurückhaltung bei der Einführung neuer, stark spezialisierter Studiengänge. Die in den Fachbereichen Informatik und Elektrotechnik sowie Maschinenwesen entwickelten Modelle zur Verknüpfung einer Berufsausbildung mit einem FH-Studium sind vielversprechend und sollten fortgeführt werden.

#### **VI.7. FH Lübeck**

Die Kommission empfiehlt, mittelfristig einen BWL-Studiengang mit einem möglichen Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft zu entwickeln. Vor dem Hintergrund der knappen finanziellen Ressourcen des Landes und der Auslastungsreserven der techni-



schen Studiengänge in Lübeck muss dieser Aufbau durch Umwidmung hochschul-eigener Ressourcen bewältigt werden.

Die Kommission empfiehlt, am Ziel eines an der Nachfrage orientierten Studienbetriebs festzuhalten und auf schwach nachgefragte Studienrichtungen und Wahlfächer zu verzichten. Der gemeinsam mit der Universität Lübeck neu entwickelte Master-Studiengang Medical Technology erscheint viel versprechend und sollte fortgeführt werden.

Angesichts der im Lande an anderen Orten in Aufbau befindlichen biotechnologischen Studiengänge können die Pläne für einen Studiengang Biotechnologie nicht unterstützt werden.

### **VI.8. Muthesius Hochschule**

Die Kommission empfiehlt, an der Muthesius Hochschule den vergleichsweise teuren und nicht voll ausgelasteten Studiengang Architektur, der bei Studiendauer und Erfolgsquote im Vergleich nicht gut abschneidet, einzustellen. Das Personal sollte an die FH Lübeck verlagert werden.

Sie empfiehlt, die Muthesius Hochschule als kleine, selbständige Hochschule für Kunst und Gestaltung zu profilieren. In den Fächern Kommunikations- und Industriedesign sollte das Studienangebot weiterentwickelt und eine Kooperation mit den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen der FH Kiel gesucht werden.

Das Studienangebot sollte in Modulen organisiert und die Studienstruktur auf gestufte Angebote mit Bachelor- und Master-Abschlüssen umgestellt werden. Die Einführung der Master-Studiengänge sollte schrittweise erfolgen. Dabei ließen sich die Pläne der Hochschule für ein Angebot in Innenarchitektur z. B. als Master-Studiengang realisieren.

Eine Neuorganisation der Ausbildung Kunst am Gymnasium, die gemeinsam mit der Universität Kiel durchgeführt wird, ist dringend geboten. Die Kooperation zwischen den beiden Hochschulen muss neu organisiert und vor allem stärker institutionalisiert werden. Kommt es hier nicht in absehbarer Zeit zu überzeugenden Leistungen, dann sollte die Kooperation zur Disposition gestellt und das Fach Kunsterziehung an der Universität aufgebaut werden.

### **VI.9. FH Wedel**

Die Pläne der Hochschule, das Studienangebot um ein Studienangebot BWL zu erweitern, werden von der Kommission befürwortet.

Die Kommission empfiehlt dem Land, das Neubau-Vorhaben der Hochschule zu unterstützen.

Das Land sollte die Hochschule auch weiterhin mit einer Zuwendung zum laufenden Haushalt fördern. Diese Zuwendung sollte in eine Form gewandelt werden, die die Übertragung von Haushaltsresten in das Folgejahr zulässt ohne dass deswegen der Zuschuss für das folgende Jahr geschmälert wird.

## VI.10. FH Westküste

Die Kommission hält eine Revision der Ausbauplanung und eine partielle fachliche Neuausrichtung der 1993 gegründeten Hochschule für erforderlich. Die Kapazität der Ingenieurwissenschaften sollte auch in Hinblick auf Auslastungsreserven an den anderen Fachhochschulen des Landes deutlich eingeschränkt werden. Die Kommission empfiehlt den Studiengang Maschinenbau in Heide zum WS 2003/2004 auslaufen zu lassen und das Studienangebot in Maschinenbau an der FH Flensburg zu konzentrieren.

Für den Studiengang Elektrotechnik und Informationstechnik empfiehlt die Kommission eine Neuausrichtung des Studiums nach dem Bachelor- und Master-Modell beispielsweise durch Aufbau eines Schwerpunktes Mikrosystemtechnik und Mechatronik. Mit einem gemeinsam mit der BWL getragenen Studienangebot „Management und Technik“ sollte der Studiengang sich auch gegenüber dem Elektrotechnikangebot der FH Flensburg abgrenzen und versuchen, über die Region hinaus Profil zu gewinnen.

Die Kommission unterstützt die Pläne der Hochschule zur Verbreiterung und Differenzierung des gut nachgefragten wirtschaftswissenschaftlichen Studienangebotes durch eigenständige Studiengänge Tourismusmanagement sowie Wirtschaft und Recht. Dazu sollte das Studienangebot modularisiert und die Abschlüsse auf Bachelor und Master umgestellt werden. Der Ausbau sollte teilweise durch eine Verringerung der Kapazitäten im klassischen BWL-Studiengang kompensiert werden.

Die Kommission empfiehlt als Bestandteil der Neuausrichtung der FH Westküste einen gezielten Ausbau zu einem überregional erkennbaren und wettbewerbsfähigen Ausbildungs-, Beratungs- und Forschungsschwerpunkt im Tourismus, der der Hochschule ein sichtbares Alleinstellungsmerkmal geben würde.

# A. Einleitung

Auf Initiative der Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein, vertreten durch die Landesrektorenkonferenz (LRK), und der Landesregierung, vertreten durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, wurde im Februar 2002 eine Kommission unter Vorsitz von Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen beauftragt, (Mitglieder und Gäste siehe Kapitel A.III., Seite 19), eine gutachterliche Stellungnahme zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen des Landes zu erstellen. Hintergrund des Auftrags an die Kommission war, dass sich das Land nicht in der Lage sah, die von den Hochschulen für ihre weitere Entwicklung als erforderlich erachteten Finanzmittel bereitzustellen, vielmehr mit der Mittelfristigen Finanzplanung einen Rahmen vorgegeben hatte, der für alle Hochschulen Personalkürzungen und damit auch die Revision früherer Ausbaupläne als unabweislich erscheinen ließ.

## I. Auftrag der Expertenkommission

Der gemeinsam von LRK und Ministerium formulierte Auftrag<sup>1</sup> an die Kommission sieht die Analyse des bestehenden Hochschulsystems und die Erarbeitung von Empfehlungen zur weiteren Entwicklung vor:

„Die Expertenkommission wird gebeten, das Studien- und Forschungsangebot der Schleswig-holsteinischen Hochschulen zu untersuchen und Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung zu geben, die den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet stärken. Dabei sollen die Strukturvorstellungen der Hochschulen über ihre künftigen Lehr- und Forschungsprofile einfließen.

Die Empfehlungen sollen auf Kooperation und Arbeitsteilung in regionaler Abstimmung zielen und die zur Wahrung des Gesamtangebotes notwendigen standortübergreifenden Gesichtspunkte berücksichtigen.

Durch und im Rahmen der Umstrukturierung verfügbar werdende Ressourcen (Personal, Sachmittel, Räume) verbleiben im Hochschulsystem.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmendaten und Zielvorgaben erhält die Expertenkommission folgenden Auftrag:

- Die Entwicklungsoptionen der einzelnen Standorte ausgehend von den Stärken und Schwächen der Studien- und Forschungsbereiche an den schleswig-holsteinischen Hochschulen unter Berücksichtigung der fachlichen Verflechtung und der regionalen Wirtschaftsstrukturen im Lichte einer Profilschärfung und Schwerpunktbildung zu beurteilen.
- Empfehlungen zur landesweiten Entwicklung der einzelnen Hochschularten und Fächergruppen und zur regionalen Verteilung der Studienangebote unter Einschluss der Lehrerausbildung zu erarbeiten.

---

<sup>1</sup> In der Präambel zum Auftrag an die Expertenkommission hat die LRK darauf verwiesen, dass die den Hochschulen zugewiesenen Globalhaushalte keine Ausfinanzierung der bestehenden Stellenpläne ermöglichen und dass sich die Finanzierungslücke mit der seinerzeit (Februar 2002) geltenden Mittelfristigen Finanzplanung vergrößern werde. Es sei daher erforderlich, die Hochschulstruktur mit den zukünftigen Hochschulbudgets in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. „Dies lässt sich nur durch Aufstockung der Bildungsausgaben und/oder durch Einsparungen mittels Konzentration und/oder Reduktion der Hochschulangebote erreichen. Zur Schließung .... der Finanzierungslücke sind umgehend Vorschläge zu erarbeiten und in mittelfristige Hochschulplanungsvorgaben umzusetzen.“

- Das künftig erforderliche Studienangebot in Fächern, die für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein unter Forschungs- und Entwicklungsgesichtspunkten von besonderer Bedeutung sind, abzuschätzen.

Die Empfehlungen der Expertenkommission sollen an die eingeleiteten Entwicklungslinien für die Muthesius Hochschule und die Fusion der Klinika anknüpfen und sie sollen die weitere strukturelle Entwicklung der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein behandeln.“<sup>2</sup>

Im Zusammenhang mit der Beauftragung der Kommission hat das Ministerium die Vorgabe gemacht, dass nicht beabsichtigt sei, einzelne Hochschul(abteilungs)-standorte aufzugeben (Standortgarantie), was jedoch nicht bedeute, dass das gegenwärtige Fächerangebot und die vorhandene Kapazität erhalten bleiben müsse.

Der Auftrag an die Kommission sieht nicht vor, dass die Lehr- und Forschungsleistungen aller Fachbereiche nach den in der Wissenschaft anerkannten Verfahren und Kriterien evaluiert werden. Dies wäre in der zur Verfügung stehenden Zeit ohnehin nicht möglich gewesen. Für die im Vordergrund stehenden strukturellen und finanziellen Probleme der weiteren Entwicklung des Hochschulsystems des Landes ist eine solche Evaluation auch nicht erforderlich.

## II. Arbeitsweise der Kommission

Die Kommission hat sich als Dialogpartner von Politik und Hochschulen in einem kommunikativ und transparent aber auch kritisch ausgerichteten Verfahren zur Optimierung des Hochschulwesens in Schleswig-Holstein verstanden. Sie hat im April/Mai 2002 mittels eines standardisierten Fragebogens bei den Hochschulen und ihren Fachbereichen Informationen zu den Ressourcen und zur Finanzierung, zu den Leistungen, zur eigenen Einschätzung der Ausgangslage und zu den Entwicklungsvorstellungen der Hochschule und der Fachbereiche erhoben. Damit wurden folgende Ziele verfolgt: Zunächst sollten den Mitgliedern der Kommission, die alle nicht in Schleswig-Holstein tätig sind, Konturen der Hochschulen vermittelt werden. Der Vorgang sollte zum zweiten einen Beitrag zur Selbstvergegenwärtigung der Hochschulen leisten. Ferner sollte er dafür sorgen, dass die Daten, auf deren Grundlage und vor deren Hintergrund die Arbeit der Kommission stattfand, von den Hochschulen selbst stammen oder von ihnen akzeptiert werden. Das Raster sollte schließlich die Vergleichbarkeit der von den Hochschulen vorgelegten Konzepte sichern und der Vorgang sollte zugleich die Eröffnung des Dialogs mit ihnen darstellen. Auf der Basis der so erhobenen Informationen hat die Kommission im Juli die Hochschulen besucht und in Gesprächen u. a. mit der Hochschulleitung und VertreterInnen der Fachbereiche weitere Erkenntnisse und Einsichten gewonnen.

Zu den Hochschulbesuchen hat die Kommission weitere Sachverständige hinzugezogen. Diese Sachverständigen (siehe Kapitel A.III.) haben der Kommission auch im weiteren Verlauf der Arbeit mit Rat zur Verfügung gestanden.

Zur Vorbereitung der Empfehlungen haben der Vorsitzende und Mitglieder der Kommission Gespräche mit VertreterInnen der Studierenden, der ProfessorInnenen, der Frauenbeauftragten und der Personalräte sowie mit VertreterInnen der Wirtschaft und gewerkschaftlicher Organisationen geführt.

---

<sup>2</sup> Anlage zum Vertrag vom 09.03.2002 zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, den Hochschulen in Schleswig-Holstein und Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen.

Die Erarbeitung der Empfehlungen erfolgte in insgesamt sechs zumeist zweitägigen Sitzungen. An einem Teil der Sitzungen haben die von der Landesrektorenkonferenz entsandten Rektoren der Universität Kiel, Prof. Dr. Reinhard Demuth und der FH Lübeck, Prof. Dr. Hans-Wilhelm Orth, sowie der für die Hochschulen zuständige Abteilungsleiter des Wissenschaftsministeriums, Dr. Birger Hendriks und sein Vertreter, Jürgen Fischer, als Gäste teilgenommen. Darüber hinaus hat es Gespräche des Vorsitzenden mit der Landesrektorenkonferenz und mit dem Vorsitzenden einer zeitgleich in Hamburg arbeitenden Kommission zur Hochschulstrukturreform, Herrn Dr. Klaus von Dohnany, gegeben.

Die Empfehlungen zur Humanmedizin sind in Kooperation mit den Vorsitzenden der wissenschaftlichen Kommission zur Begleitung der Fusion der beiden Universitätskliniken zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein erarbeitet worden.

Die Kommission hat die Stellungnahme am 01.03.2003 verabschiedet und diese am 28.03.2003 den AuftraggeberInnen übergeben.

### **III. Zusammensetzung der Kommission**

#### **Mitglieder**

- Altner, Helmut, Prof. Dr.  
Präsident der Studienstiftung des Deutschen Volkes
- Erichsen, Hans-Uwe, Prof. Dr. (Vorsitzender)  
Prof. em. der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster  
Vorsitzender des Expertenrates NRW 1999 – 2001  
Vorsitzender des Deutschen Akkreditierungsrats
- Feifel, Gernot, Prof. Dr. med.  
Professor für Chirurgie an der Universität des Saarlandes, Homburg/Saar
- Hassauer, Friederike, Prof. Dr.  
Institut für Romanistik Universität Wien
- Jessen, Eike, Prof. Dr., Dipl. Ing.  
Institut für Informatik, TU München
- Schick, Marion, Prof. Dr.  
Präsidentin der FH München
- Simon, Dieter, Prof. Dr. Drs. h.c.  
Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

#### **Ständige Gäste**

- Demuth, Reinhard, Prof. Dr.  
Rektor der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- Hendriks, Birger, Dr.  
Ministerialdirigent, Leiter der Abteilung Wissenschaft, Hochschule und Forschung im Wissenschaftsministerium Schleswig-Holstein
- Orth, Hans-Wilhelm, Prof. Dr.-Ing.  
Rektor der FH Lübeck

### Sachverständige

- Eschenhagen, Thomas, Prof. Dr. med.  
Universität Hamburg (Medizin)
- Harder, Olaf, Prof.  
Rektor der FH Konstanz (Bauingenieurwesen)
- Ostholt, Heinrich, Prof. Dr.  
Rektor der FH Bielefeld a.D. (Maschinenbau)
- Rahn, Karl Heinz, Prof. Dr. med.  
Ärztlicher Direktor des Universitätsklinikums Münster (Medizin)
- Terhart, Ewald, Prof. Dr.  
Westfälische Wilhelms-Universität Münster (LehrerInnenbildung)

### Arbeitsgruppe Medizin

- Erichsen, Hans-Uwe, Prof. Dr. (Vorsitzender)
- Eschenhagen, Thomas, Prof. Dr. med.
- Feifel, Gernot, Prof. Dr. med.
- Meyer, Jürgen, Prof. Dr. med.  
Universität Mainz, II. Medizinische Klinik und Poliklinik  
stellvertr. Vors. der wissenschaftlichen Kommission zur Begleitung der Klinikenfusion
- Niethammer, Dietrich, Prof. Dr. med.  
Universität Tübingen, Klinik für Kinderheilkunde und Jugendmedizin  
Vorsitzender der wissenschaftlichen Kommission zur Begleitung der Klinikenfusion
- Rahn, Karl Heinz, Prof. Dr. med.

### Geschäftsstelle

- Block, Hans-Jürgen, Prof. Dr.  
Direktor der Technologiestiftung Schleswig-Holstein  
Generalsekretär der Kommission
- Lange, Ute, M.A.  
Assistentin der Kommission
- Wiese, Brigitte  
Sekretariat der Geschäftsstelle

## IV. Sitzungen der Kommission

Die Kommission hat sich auf ihrer ersten Sitzung am 16.04.2002 in Kiel konstituiert. Am 30.06.2002 hat sie in Hamburg die Hochschulbesuche, die vom 01.07. bis 16.07.2002 durchgeführt wurden, vorbereitet. Der Besuch bei der Musikhochschule Lübeck fand am 25.09.2002 statt. Die Kommission tagte anschließend noch vier Mal: am 29. und 30.09.2002 in Hamburg, am 14. und 15.11.2002 in Kiel, am 15. und 16.12.2002 in Hamburg und zuletzt am 28.02. und 01.03.2003 in Kiel.

Die Kommission hat eine Arbeitsgruppe Medizin gebildet, die sich in zwei Sitzungen am 28.11.2002 in Frankfurt und am 05.02.2003 in Köln der Neuorganisation der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein gewidmet hat. Darüber hinaus gab es unter Betei-

---

ligung einiger Kommissionsmitglieder sowie VertreterInnen aus den Hochschulen Sondersitzungen zu folgenden Themen: Technische Fakultät der Universität Kiel am 21.01.2003 in Kiel, Agrarwissenschaften an der Universität Kiel und der FH Kiel am 21.01.2003 in Kiel, Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen am 22.01.2003 in Kiel sowie zur Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Lübeck am 27.02.2003 in Kiel.

## B. Ausgangslage: Die Hochschulen in Schleswig- Holstein im Jahre 2002

### I. Rahmenbedingungen

Die Situation in Deutschland wie in den anderen Mitgliedstaaten der EU ist in den letzten Jahrzehnten durch eine erhebliche Zunahme der Nachfrage nach höherer Bildung gekennzeichnet. Es war und ist durchweg erklärtes politisches Ziel, die Bildungsbeteiligung auszubauen. Die künftige Entwicklung des tertiären Sektors in Deutschland wie auch den anderen Staaten Europas wird durch eine weiter wachsende Nachfrage nach höherer Bildung bestimmt sein und sein müssen.

In Europa besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass es eine öffentliche Verantwortung ist, Bildungschancen für möglichst viele zu eröffnen und dass die Bildungsbiographie eines Menschen nicht mit 27 Jahren endet. Dies wird unter anderem in der Sorbonne- wie in der von mehr als 30 BildungsministerInnen unterzeichneten Bologna-Erklärung zum Ausdruck gebracht. Es besteht aber zugleich ein weitgehendes, sich ebenfalls in beiden Erklärungen niederschlagendes Einverständnis darüber, dass für 30 % bis 50 % eines Jahrgangs ein anderes Bildungsangebot gemacht werden muss als für nur 5 % eines Jahrgangs. Die Heterogenität von Fähigkeiten und Begabungen, von Vorkenntnissen, Neigungen und Interessen ebenso wie die Differenzierungen im Nachfrageprofil des Arbeitsmarktes verlangen von den Hochschulen ein diversifiziertes Studienangebot, welches die Förderung von Spitze und Breite ebenso ermöglicht wie die Ausrichtung auf Forschung und auf die berufliche Praxis außerhalb der Wissenschaft.

Die gegenwärtige Debatte über die Entwicklung der Hochschulen ist durch das zunehmende Bewusstsein von der Globalisierung des Wettbewerbs, in dem sie stehen, und damit der Globalisierung ihrer Wirkungsparameter geprägt. In diesem Wettbewerb geht es um die Gewinnung von WissenschaftlerInnen, Drittmittel und Studierende. Jede Hochschule wird zunächst durch Festlegung bzw. Präzisierung ihrer Ziele zu bestimmen haben, in welchem Zuschnitt sie ihre Aufgaben erfüllen, ob sie also etwa international konkurrieren oder regional versorgen will. Wofür sie sich auch immer entscheidet, es wird in jedem Fall darum gehen, durch Konzentration auf die Stärken und gegebenenfalls durch Verzicht auf die Schwächen die Leistungen für den Wettbewerb mit funktional gleich ausgerichteten Hochschulen zu optimieren.

Für die Universitäten ist die Forschungsorientierung und die damit verbundene Pflege des wissenschaftlichen Nachwuchses eine ständige Herausforderung. Dabei gilt es Abschied zu nehmen vom Konzept der Universalität der Wissenschaft in einer Institution und von der nicht nur in Deutschland lange Zeit gehegten und gepflegten Fiktion umfassender qualitativer Gleichheit aller Universitäten. Das Konzept der vollständigen Universität, welches ja ohnehin in Europa nur in wenigen Fällen Realität geworden ist, ist angesichts der Begrenztheit der verfügbaren Mittel und der Notwendigkeit überholt, in einem in seinen Standards international bestimmten Wettbewerb zu bestehen. Die Zukunft gehört der "unvollständigen" wettbewerbsfähigen, profilierten Hochschule.

Ein wettbewerblich ausgestaltetes Hochschulwesen führt zu einer Hochschullandschaft, die durch Konzentration, Individualität und Profil der einzelnen Fakultäten und damit der einzelnen Hochschulen bestimmt ist. Dabei findet wissenschaftlicher Fortschritt heute zunehmend an den Schnittstellen von Disziplinen im trans- und interdisziplinären Zusammenwirken statt. Daher und zur Gewährleistung der Universa-



lität von Wissenschaft wird sich zugleich die Notwendigkeit der nationalen und internationalen Hochschulkoooperation, des Hochschulverbundes sehr viel stärker als in der Vergangenheit ergeben.

Es setzt sich zunehmend die Einsicht durch, dass notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Steigerung der Effektivität und Effizienz des Mitteleinsatzes eine leistungsorientierte Mittelvergabe an die und in den Hochschulen sowie die Übertragung von mehr Finanzverantwortung auf die Hochschulen ist. Hinzukommen muss eine Leitungs- und Managementstruktur, die die Hochschulen entscheidungs- und strategiefähig macht. Entscheidungskompetenz und Verantwortung müssen zusammengeführt werden. Folgen von Fehlverhalten dürfen nicht länger sozialisiert werden.

Für Schleswig-Holstein ließ sich die auf Steigerung der Bildungsbeteiligung gerichtete Politik mangels ausreichender öffentlicher Mittel seit Mitte der 90er Jahre immer weniger finanziell durchhalten. Der schleichende Prozess der Unterfinanzierung hatte zur Folge, dass im Wettbewerb mit Hochschulen anderer Bundesländer die Hochschulen in Schleswig-Holstein vielfach an Boden verloren haben.

Weite Bereiche der Natur- und Ingenieurwissenschaften, die in Schleswig-Holstein in den 90er Jahren gezielt ausgebaut wurden, sahen sich Mitte der 90er Jahre als Folge wirtschaftlicher Wachstumsschwächen und unzureichender Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für ihre AbsolventInnen mit einem drastischen Rückgang des Studieninteresses und in Konsequenz mit rasch sinkender Auslastung der Kapazitäten konfrontiert.

Aus vielerlei Gründen, wozu auch Veränderungen in der Studierfähigkeit und im Studierverhalten zählen, ebenso fehlende Anpassungen der Hochschulen an diese Veränderungen, stiegen Studienzeiten und Drop-out-Quoten.

Zugleich wurden die Zuständigkeiten der Hochschulen erweitert, ohne dass mit diesem Autonomiezuwachs eine adäquate Gestaltung des Hochschulmanagements mit klaren Zuordnungen von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen einherging. Darin liegt ein Grund dafür, dass notwendige Strukturveränderungen z. B. im Studienangebot ausblieben. In Schleswig-Holstein führte diese Entwicklung zu Vertrauensverlusten im Verhältnis von Hochschulen und dem Land.

Angesichts dieser Ausgangslage wäre es zu einfach, bei der Planung der weiteren Hochschulentwicklung allein und vorrangig auf eine Erhöhung der Landesmittel abzustellen. Zugleich mit der erforderlichen Herstellung einer verlässlichen Finanzbasis geht es um strukturelle Maßnahmen für das Fächer- und Studienangebot und ebenso um interne Veränderungen im Qualitätsmanagement, im Hochschulcontrolling und im Hochschulmanagement.

## II. Entwicklung des Hochschulsystems in Schleswig-Holstein

Das Hochschulsystem des Landes besteht aus drei Universitäten (Flensburg, Kiel, Lübeck), einer Musikhochschule (Lübeck), fünf staatlichen (Flensburg, Heide, Kiel, Muthesius Kiel, Lübeck) und drei privaten, staatlich anerkannten Fachhochschulen (Elmshorn, Pinneberg, Wedel) sowie einer von Land und Gebietskörperschaften getragenen internen Verwaltungsfachhochschule mit zwei Standorten (Altenholz und Reinfeld). Außerdem hat der Fachbereich „Öffentliche Sicherheit“ (Bundesgrenzschutz) der Verwaltungsfachhochschule des Bundes seinen Sitz in Lübeck. Hinzukommen seit 2001 zwei private hochschulnahe Institutionen für postgraduale Studien-

gänge (Multimedia Campus Kiel, International School of New Media Lübeck). Insgesamt sind an diesen 16 Bildungseinrichtungen 43 500 Studierende eingeschrieben.

### Übersicht 1: Staatliche und private Hochschulen in Schleswig-Holstein

Hochschule	Landeszuschuss <sup>1</sup> 2002 (Soll) Mio. €	Personalbestand <sup>2</sup> 01.04.2002 (ohne Drittmittel)	Studierende <sup>3</sup> WS 2002/03
Universität Flensburg	10,6	163	3 437
Universität Kiel	135,8	1 954	19 646
Universität Lübeck <sup>4</sup>	18,9	283 <sup>4</sup>	2 331
Universitätsklinikum Kiel	76,0	5 266 <sup>5</sup>	-
Universitätsklinikum Lübeck	65,5	4 662 <sup>5</sup>	-
Musikhochschule Lübeck	5,1	56	446
FH Flensburg	11,8	192	2 647
FH Kiel	20,3	302	5 308
FH Lübeck	13,8	216	2 410
Muthesius Hochschule, Kiel	3,8	49	665
FH Wedel	2,1	44	1 142
FH Westküste, Heide	4,5	66	779
Fern FH Akad, Pinneberg	-	k.A.	2 804
FH Nordakademie, Elmshorn	-	k.A.	816
ISNM <sup>6</sup> , Lübeck	-	k.A.	(11) <sup>7</sup>
Multimedia Campus, Kiel <sup>8</sup>	-	k.A.	(18) <sup>9</sup>
Verwaltungsfachhochschule	-	66 <sup>10</sup>	1 090
<b>Hochschulen zus. (ohne Kliniken)</b>	<b>226,7</b>	<b>3 325</b>	<b>43 521</b>
<b>Universitätskliniken</b>	<b>141,5</b>	<b>9 928<sup>5</sup></b>	<b>-</b>

<sup>1</sup> Landeszuschuss für „laufenden Betrieb“, d. h. ohne separat veranschlagte Landesmittel für Baumaßnahmen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) und Baununterhalt. (siehe Übersicht 10, Seite 49)

<sup>2</sup> Besetzte (Vollzeit-)Stellen. Ohne Personen, die aus Sonderprogrammen, Drittmitteln o. ä. finanziert werden.

<sup>3</sup> Vorläufige Angaben der Hochschulen, ohne NebenhörerInnen.

<sup>4</sup> Landeszuschuss und Personalbestand nur Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät.

<sup>5</sup> Angaben für 2001.

<sup>6</sup> International School of New Media, An-Institut der Universität Lübeck. Private Einrichtung für postgraduale Studien.

<sup>7</sup> Angaben für Studierende bei der Universität Lübeck enthalten.

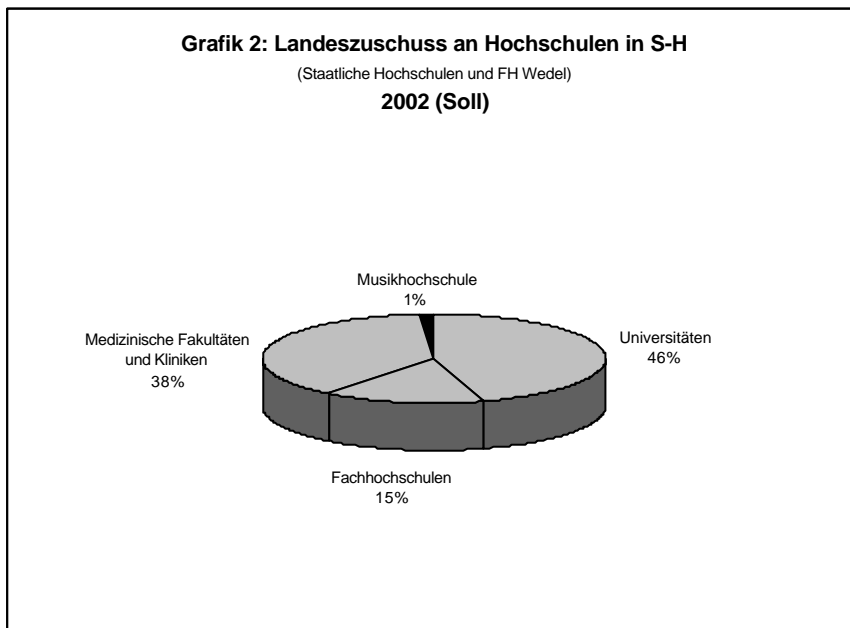
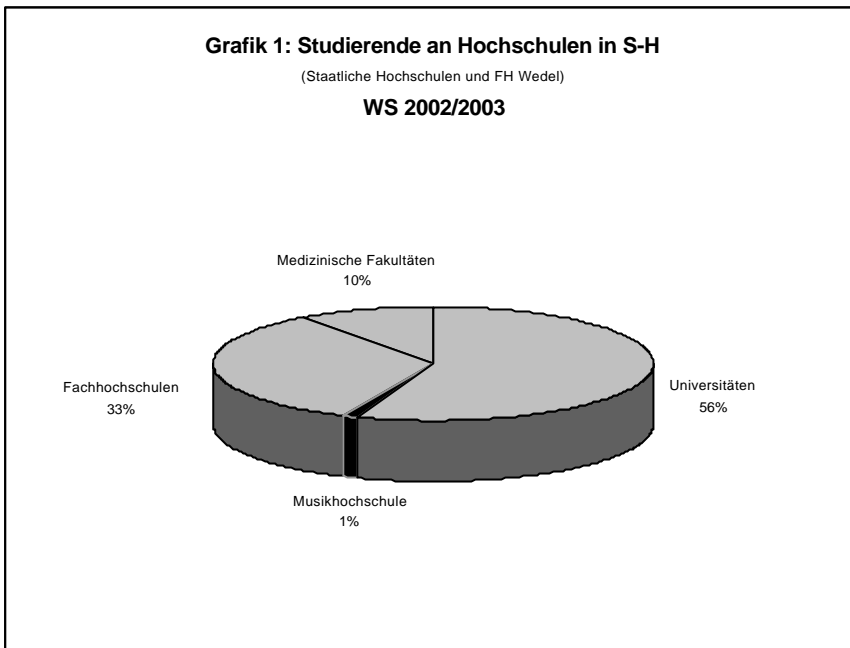
<sup>8</sup> Private Einrichtung für postgraduale Studien in Kooperation mit Universität Kiel, FH Kiel und Muthesius Hochschule.

<sup>9</sup> Angaben für Studierende bei der Universität Kiel enthalten.

<sup>10</sup> Personal wird aus dem Haushalt des Innenministeriums finanziert.

Quellen: Landeshausplan Schleswig-Holstein, Haushaltsjahr 2003, Einzelplan 07. Personal und Studierende nach Angaben der Hochschulen.

Die heutige Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein ist das Ergebnis einer gleichermaßen auf Ausbau wie auf regionale Verteilung gerichteten Politik. Diese verfolgte in den 60er und 70er Jahren vorrangig den Ausbau der Universität Kiel. 1964 wurde in Lübeck eine II. Medizinische Fakultät der Universität Kiel gegründet. Diese wurde 1973 selbständig.



Mit dem Landeshochschulplan von 1991 verfolgte das Land u. a. das Ziel, den strukturellen Wandel der Wirtschaft des Landes zu unterstützen. Der Plan legte einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Ingenieurwissenschaften und der Informatik an den Universitäten und den Fachhochschulen. Dazu wurden gleichzeitig eine Technische Fakultät an der Kieler Universität mit den Studiengängen Informatik, Elektrotechnik und Materialwissenschaften und eine Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät an der Lübecker Universität errichtet. Hier entstand eine ursprünglich auf die Medizin orientierte Informatik mit einer Ergänzung durch Medizintechnik. Seit 2001 wird der Studiengang Molekulare Biotechnologie angeboten. Sowohl die Technische Fakultät in Kiel als auch die Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät in Lübeck (26 ProfessorInnen, davon sieben für vorklinische Fächer der Naturwissenschaften) sehen sich nicht am Ende ihres Aufbaus, der im Landeshochschulplan 1991 größer dimensioniert worden war, damit die neuen Fakultäten im Wettbewerb um Studierende und Forschungsmittel mit ähnlich ausgerichteten Fakultäten in Hochschulen anderer Län-

der bestehen können. In Ergänzung dieser Planung für die Natur- und Ingenieurwissenschaften formulierte der Landeshochschulplan das Ziel, die Musikhochschule Lübeck auszubauen und in Kiel „durch Weiterentwicklung des Fachbereichs Gestaltung der FH Kiel“ eine Kunsthochschule zu gründen.

1994 wurde die Pädagogische Hochschule Kiel als Erziehungswissenschaftliche Fakultät in die Universität Kiel integriert und in Flensburg entstand aus der dortigen Pädagogischen Hochschule die Bildungswissenschaftliche Hochschule. Angesichts von 600 - 800 Studierenden stellte sich hier Mitte der 90er Jahre die Frage nach der Überlebensfähigkeit. Die Hochschule hat in Abstimmung mit dem Wissenschaftsministerium die Strategie verfolgt, in Ergänzung der Lehramtsstudiengänge neue kultur- und wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge aufzubauen und damit eine neue studentische Klientel für den Standort Flensburg zu gewinnen. Zur Stabilisierung der Universität hat der Beschluss des Landes vom Jahre 1997 beigetragen, die Ausbildung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel (ehemals PH Kiel) einzustellen und unter Verlagerung von Stellen und Personal in Flensburg zu konzentrieren. Heute sind an der Universität Flensburg rund 3 400 Studierende immatrikuliert. Mehrere neue wirtschafts- und kulturwissenschaftliche Studiengänge befinden sich im Aufbau und ihre plangemäße Weiterentwicklung erfordert erhebliche zusätzliche Ressourcen. Aber auch die LehrerInnenbildung hat erhöhte qualitative und quantitative Anforderungen an die Ressourcenausstattung der Universität, die im Personal- und Sachhaushalt noch weitgehend der früheren Pädagogischen Hochschule entspricht.

Die 1969 aus Ingenieurschulen und höheren Fachschulen gegründeten Fachhochschulen in Flensburg, Kiel und Lübeck wurden in den 80er und 90er Jahren baulich und personell ausgebaut. Im Rahmen des im Landeshochschulplan von 1991 beschlossenen Ausbauprogramms für die Fachhochschulen wurde der Ausbau der bestehenden Fachhochschulen ergänzt durch die 1994 erfolgte Gründung der FH Westküste, die das FH-Netz des Landes regional komplettiert hat. Der bauliche Ausbau dieser Neugründung wurde 2002 weitgehend abgeschlossen, während der Personalaufbau die Zielvorstellungen des Gründungskonzepts bislang nicht erreicht hat.

1997 hat das Land in einer Reihe von Arbeitsgruppen aus externen Sachverständigen, Hochschul- und MinisteriumsvertreterInnen eine Analyse der Entwicklung und des Ausbaus der Hochschulen vorgenommen. Das Ziel dieser „Strukturreform der Hochschulen“ lag darin, ... „die Studienangebote der studentischen Nachfrage sowie den fachlichen Entwicklungen und finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen und damit die Effizienz der Hochschulen zu steigern“. Land und Hochschulen sollten unterstützt werden, ... „bei der abzusehenden Haushaltslage („real weniger Finanzmittel“) ... konstruktive Vorschläge für Strukturreformen und Profilbildungen zu entwickeln“. Die Vorschläge für die Universität Kiel sahen vor allem eine Umstrukturierung und Kapazitätseinschränkung der seinerzeit nicht voll ausgelasteten Natur- und Agrarwissenschaften vor. Für die unterausgelasteten Ingenieurwissenschaften an den Fachhochschulen wurden reduzierte Zielzahlen für StudienanfängerInnen und eine Absenkung des Personalbestands vorgeschlagen. In Flensburg, Kiel und Lübeck konnten altersbedingt freiwerdende Stellen, soweit diese nicht aus finanziellen Gründen entfielen, für neue Studiengänge (insbesondere in angewandter Informatik sowie in Kombinationsstudiengängen Betriebswirtschaft und Technik) eingesetzt werden. Die seit 2000 wieder gestiegenen AnfängerInnenzahlen haben dazu geführt, dass mittlerweile die 1997 abgesenkten Aufnahmekapazitäten – bis auf wenige Ausnahmen - (wieder) ausgelastet sind.

---

Bislang nicht umgesetzt wurden die Vorstellungen zur Absenkung der Kapazitäten im Bauwesen. Hochschulen, Land und externe Sachverständige erzielten 1997 zwar Einvernehmen über die Notwendigkeit, eine Konzentration der auf drei Hochschulen (Architektur: FH Kiel, FH Lübeck, Muthesius Hochschule) bzw. zwei Hochschulen (Bauingenieurwesen: FH Kiel, FH Lübeck) verteilten Angebote vorzunehmen, sie konnten sich jedoch nicht darauf verständigen, wie und wo dies geschehen sollte.

Das im Landeshochschulplan von 1991 formulierte Ziel „Gründung einer Kunsthochschule“ gilt weiterhin. Das Land plant, der 1994 aus der FH Kiel herausgelösten Muthesius Hochschule künftig den Status einer künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschule zu geben.

**Übersicht 2: Zeitleiste der wesentlichen Planungsdokumente und Entscheidungen zur Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein seit Beginn der 90er Jahre**

<b>1991</b>	
<b>Landeshochschulplan für Schleswig-Holstein</b>	<p><b>Universität Kiel</b></p> <p>Errichtung einer Technischen Fakultät mit 900 zusätzlichen Studienplätzen in Elektrotechnik, Materialwissenschaften und Informatik (19 neue Lehrstühle zusätzlich, sieben für Informatik durch Verlagerung aus der Math.-Naturwiss. Fakultät).</p> <p>Gründung eines Zentrums für Marine Geowissenschaften (Geomar).</p> <p>Integration PH Kiel in Universität Kiel.</p> <p><b>Universität Lübeck</b></p> <p>Einführung neuer Studiengänge (510 zusätzliche Studienplätze) mit den Schwerpunkten Biomedizintechnik und Medizininformatik (zehn neue Lehrstühle zusätzlich und zwei aus der Medizin).</p> <p><b>Fachhochschulen</b></p> <p>Ausbau aller Fachhochschulen in zwei Ausbaustufen um insgesamt 3 800 Studienplätzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ausbaustufe: Ausbau FH Flensburg, FH Kiel, FH Lübeck um 1 880 Studienplätze (rund 120 ProfessorInnenstellen).</li> <li>2. Ausbaustufe: Gründung einer FH an der Westküste mit längerfristig 1 000 Studienplätzen (Beginn mit einer ersten Ausbaustufe mit 500 Studienplätzen als Außenstelle der FH Flensburg).</li> </ol> <p><b>PH Flensburg</b></p> <p>Ausbau um 300 Lehramtsstudienplätze.</p> <p>Neuer Studiengang Berufsschullehramt gewerblich-technische Fachrichtung sowie neue Studiengänge für Aufgabenfelder außerhalb LehrerInnenberuf (u.a. Betriebliche Ausbildung und Management, Gesundheitserziehung).</p> <p>Land nimmt Abstand von Plänen, die beiden PHs am Standort Flensburg zusammenzuführen.</p> <p><b>Musikhochschule Lübeck</b></p> <p>Längerfristiger Ausbau um 20 ProfessorInnenstellen.</p> <p><b>Kunsthochschule</b></p> <p>Gründung einer Kunsthochschule aus dem Fachbereich Gestaltung der FH Kiel (neun zusätzliche C4-Stellen).</p>
<b>1992</b>	
	Start des EU-geförderten deutsch-dänischen Studiengangs „Betriebliche Bildung und Management“ an der PH Flensburg (WS 1992/93).
<b>1993</b>	
<b>Empfehlungen Wissenschaftsrat</b>	<p>Aufbau einer Technischen Fakultät an der Universität Kiel mit den Studiengängen Elektrotechnik, Materialwissenschaften und Informatik.</p> <p>Aufbau eines Studiengangs Informatik mit der Vertiefungsrichtung Medizin-Informatik an der Universität Lübeck. Die Medizintechnik soll vorzugsweise an der FH Lübeck angebaut werden.</p> <p>Ausbau der Fachhochschulen in zwei Ausbauschritten einschließlich Gründung der FH Westküste mit 1 000 Studienplätzen und drei Studiengängen.</p>

<b>Neugründungen</b>	<p>In Pinneberg eröffnet die Nordakademie, eine private staatlich anerkannte Hochschule, ihren Lehrbetrieb (19.04.93).</p> <p>Der Fachbereich Westküste der FH Flensburg eröffnet den Lehrbetrieb in Heide (04.10.93).</p>
<b>1994</b>	
<b>Gesetz zur Neuordnung der Hochschulen in Schleswig-Holstein</b>	<p>Fachbereich Westküste der FH Flensburg wird zur selbständigen FH Westküste (14.03.1994).</p> <p>Aus der PH Flensburg wird die Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg, Universität (BU).</p> <p>Der Fachbereich Gestaltung der FH Kiel wird als „Muthesius Hochschule, Fachhochschule für Kunst und Gestaltung“ selbständig.</p>
<b>1996</b>	
	<p>Das Forschungszentrum für Marine Geowissenschaften (GEOMAR) bezieht im Februar einen Neubau am Ostufer der Kieler Förde (Gesamtinvestition ca. 38 Mio. Euro).</p>
<b>1997</b>	
	<p>Die Ausbildung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen wird in Flensburg konzentriert (42 Stellen werden bis 2003 aus der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel transferiert).</p> <p>An der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg wird der mit EU-Mitteln geförderte deutsch-dänische Studiengang Energie- und Umweltmanagement eröffnet. Träger: BU Flensburg, FH Flensburg und Syddansk Universität Abt. Sonderburg (WS 1997/98).</p> <p>Die Nordakademie (in das Hochschulverzeichnis des HFBG aufgenommen) zieht von Pinneberg nach Elmshorn in einen mit HFBG-Mitteln ko-finanzierten Neubau.</p>
<b>1997</b>	
<b>Gutachten Strukturreform der Hochschulen</b>	<p>Sechs Arbeitsgruppen mit externen Sachverständigen sowie VertreterInnen der Hochschulen, der Personalvertretungsorgane sowie des Wissenschaftsministeriums legen Empfehlungen zur Strukturreform des Hochschulsystems vor, die das „Land und seine Hochschulen darin unterstützen, bei der abzusehenden Haushaltsenge der kommenden Jahre konstruktive Vorschläge für Strukturreform und Profilbildungen zu entwickeln“.</p>
<b>Zentrale Aussagen des Gutachtens</b>	<p>Erreichte Differenzierung von Hochschuleinrichtungen soll nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden, weil sonst falsche Zeichen für die Strukturpolitik, insbesondere mit Blick auf die Wechselwirkung Hochschule - Wirtschaft in der jeweiligen Region, gesetzt würden (Aus dem Auftrag der Arbeitsgruppen).</p> <p>Konzentration der Ausbildung zum Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen notwendig (Keine eindeutige Aussage zum Standort).</p> <p>Für die BU Flensburg wird eine Verbesserung der personellen und sächlichen Ausstattung als erforderlich für die Existenzsicherung empfohlen. Ein „Minimalkonzept“ der fachlichen Erweiterung außerhalb der Lehramtsstudiengänge wird als notwendig eingeschätzt. Vorschläge: Betriebliche und berufliche Bildung, Fremdenverkehr und Touristik sowie Gesundheitsbildung.</p> <p>Für die Naturwissenschaften und die Agrarwissenschaften der Universität Kiel werden Kapazitätseinschränkungen und Neustrukturierungen des Angebots empfohlen.</p> <p>Für die Theologische Fakultät wird eine Kooperation mit Hamburg empfohlen mit dem Ziel der Reduktion der Kapazitäten.</p>

	<p>Für die Technische Fakultät wird ein moderater weiterer Ausbau entsprechend dem deutlich reduzierten Plan der Fakultät vorgeschlagen.</p> <p>Für die Hochschulmedizin wird eine Reduktion der Zahl der Studienplätze, eine Umschichtung der Aufwendungen des Landes für die Krankenversorgung in den Haushalt des Sozialministeriums sowie eine arbeitsteilige Schwerpunktbildung der zwei Fakultäten empfohlen, ferner die Prüfung privater oder gemischt staatlich-privater Finanzierung einzelner Kliniken.</p> <p>Für die Fachhochschulen werden jeweils Zielzahlen für Personalbestand und Studienplätze empfohlen, die eine Kapazitätsreduktion für die Ingenieurfächer und einen Ausbau insbesondere der Wirtschaftswissenschaften zur Folge haben. Für die FH Westküste wird ein weiterer Ausbau empfohlen, wobei die Zielzahlen unterhalb der Gründungspläne liegen.</p> <p>Für das Bauwesen werden eine Reduktion der Kapazitäten und eine Konzentration auf zwei Standorte empfohlen (Keine Verständigung auf Standorte).</p>
<b>1999</b>	
<b>Verselbständigung der Kliniken</b>	<p>Zum 01.01.99 werden die Kliniken und klinisch-theoretischen Institute aus den Universitäten Kiel und Lübeck herausgelöst und als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts an der Universität Kiel bzw. an der Universität Lübeck verselbständigt.</p> <p>Der Wissenschaftsrat empfiehlt in der Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der Medizinischen Fakultäten Kiel und Lübeck Maßnahmen zur übergreifenden Abstimmung und Schwerpunktsetzung zwischen beiden Fakultäten sowie eine konsequente Orientierung hin zu wissenschaftsfreundlichen Strukturen (Januar 1999).</p>
<b>2000</b>	
	Die Bildungswissenschaftliche Hochschule, Universität Flensburg wird in Universität Flensburg umbenannt (03.02.2000).
<b>2001</b>	
	<p>An der Universität Lübeck wird der Studiengang Molekulare Biotechnologie eröffnet (WS 2001/02).</p> <p>Der Multimedia-Campus Kiel (MMC) wird mit dem gebührenpflichtigen Aufbaustudiengang Multimedia-Management, der zum „Master of Science“ führt, eröffnet (01.10.2001).</p>
<b>2002</b>	
	<p>Die International School of New Media (ISNM) in Lübeck, ein An-Institut der Universität Lübeck, eröffnet den Lehrbetrieb mit dem gebührenpflichtigen Aufbaustudiengang zum „Master of Science in Digital Media“ (01.10.2002).</p> <p>Das Land beantragt beim Wissenschaftsrat die Aufnahme der Muthesius Hochschule als selbständige künstlerisch-wissenschaftliche Hochschule auf der Basis eines mit Hilfe von Sachverständigen erarbeiteten Entwicklungskonzeptes, das ein künstlerisch-wissenschaftliches Studienangebot in Architektur einschließt (Juli 2002).</p>



### III. Entwicklung der Nachfrage nach Studienplätzen

In Schleswig-Holstein erwerben zurzeit 34,2 % eines Altersjahrganges eine Hochschulzugangsberechtigung (Abitur oder Fachhochschulreife). Bundesweit liegt diese „Studienberechtigtenquote“<sup>3</sup> bei 38,7 %. Die Kultusministerkonferenz (KMK) geht davon aus, dass die Studienberechtigtenquote gegen Ende des aktuellen Prognosezeitraumes im Jahre 2015 bundesweit bei 39,1 % liegen wird.<sup>4</sup>

Unter Zugrundelegung einer Übergangsquote der Studienberechtigten in Höhe von 70 - 80 %, die den aktuellen Gegebenheiten entspricht, rechnet die KMK mit einer Entwicklung der AnfängerInnenzahlen von bundesweit 313 000 im Jahr 2002 auf 312 000 (Übergangsquote 70 %) bis 349 000 (Übergangsquote 80 %) im Jahre 2008. Danach setzt ein langsamer Rückgang ein. Für 2015 ergibt sich ein Prognosekorridor von 282 000 bis 315 000 AnfängerInnen. Für die nächsten Jahre ist demnach von einer wachsenden Zahl an Studienberechtigten auszugehen, so dass unter sonst gleichen Bedingungen (Studierquote, Präferenz für Hochschulen in Schleswig-Holstein) die Zahl der StudienbewerberInnen entsprechend dem Trend der letzten Semester steigen wird. Inwieweit sich dieser Anstieg, der sein Maximum in 2008 erreichen wird, so auch in Schleswig-Holstein niederschlagen wird, hängt u. a. davon ab, wie viele Studienplätze die Hochschulen des Landes finanzieren können.

Die Nachfrage nach den Studienplätzen eines Landes ist nicht allein abhängig von der Jahrgangsstärke der Studienberechtigten und von deren Studierneigung, sondern ebenso vom Fächerangebot der Hochschulen des Landes, von der Qualität der Studiengänge, vom Umfang der Zulassungsbeschränkungen und von den Studienangeboten in den Nachbarländern. Für Schleswig-Holstein sind dies insbesondere Hamburg und Niedersachsen. Aufgrund der geographischen Lage und der engen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen der südlichen Landesteile mit Hamburg studieren traditionell viele Schleswig-HolsteinerInnen an Hochschulen in Hamburg (Studierendenexport). Dagegen ist der Zulauf aus Hamburg und anderen Ländern an die schleswig-holsteinischen Hochschulen (Studierendenimport) erheblich kleiner. Mit den fortlaufenden landesinternen Bevölkerungsbewegungen zugunsten der südlichen Landesteile, die näher zu den Hamburger als zu den schleswig-holsteinischen Hochschulen liegen (Ausnahmen sind hier lediglich die privaten Fachhochschulen in Wedel und Elmshorn), wird dieser Trend künftig möglicherweise noch an Bedeutung gewinnen.

Im Jahre 2000 studierten von den 7 549 StudienanfängerInnen mit Hochschulzugangsberechtigung aus Schleswig-Holstein 3 902 (51,7 %) an einer Hochschule des Landes und 3 647 (48,3 %) an einer Hochschule außerhalb des Landes, was unter dem Gesichtspunkt der Mobilität der Studienberechtigten durchaus positiv zu bewerten ist. Diesem „Export“ stand indes nur ein „Import“ von 2 408 StudienanfängerInnen gegenüber, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in anderen Ländern erworben hatten. Bei den Universitäten gab es einen „Exportüberschuss“ von 1 239 AnfängerInnen, dagegen hatten die Fachhochschulen einen „Importüberschuss“ von 246 AnfängerInnen. Die ausgeglichene Bilanz bei den Fachhochschulen ist vor allem auf die privaten Fachhochschulen im Hamburger Umland (FH Wedel, FH Nordakademie in Elmshorn, AKAD Fern FH in Pinneberg) zurückzuführen, die ihre Studierenden vor allem aus der Metropolregion Hamburg und auch darüber hinaus (AKAD) rekrutieren.

<sup>3</sup> Anteil der Studienberechtigten am Durchschnitt der Bevölkerung von 18 bis unter 21 Jahren. Daten für 2001. Quelle: Kultusministerkonferenz.

<sup>4</sup> Kultusministerkonferenz: Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2015. Bonn 2001.

Geht man bei der Betrachtung des Exportüberschusses (+ 11 600 Studierende an Universitäten, - 1 600 an Fachhochschulen) vom Studierendenbestand (alle Jahrgänge) aus, dann wird die Dimension der unausgeglichene Wanderungsbewegung besonders deutlich. Der Saldo von rund 10 000 Studierenden entspricht in der Größenordnung dem Studierendenbestand der Lübecker und Flensburger Hochschulen zusammengenommen.

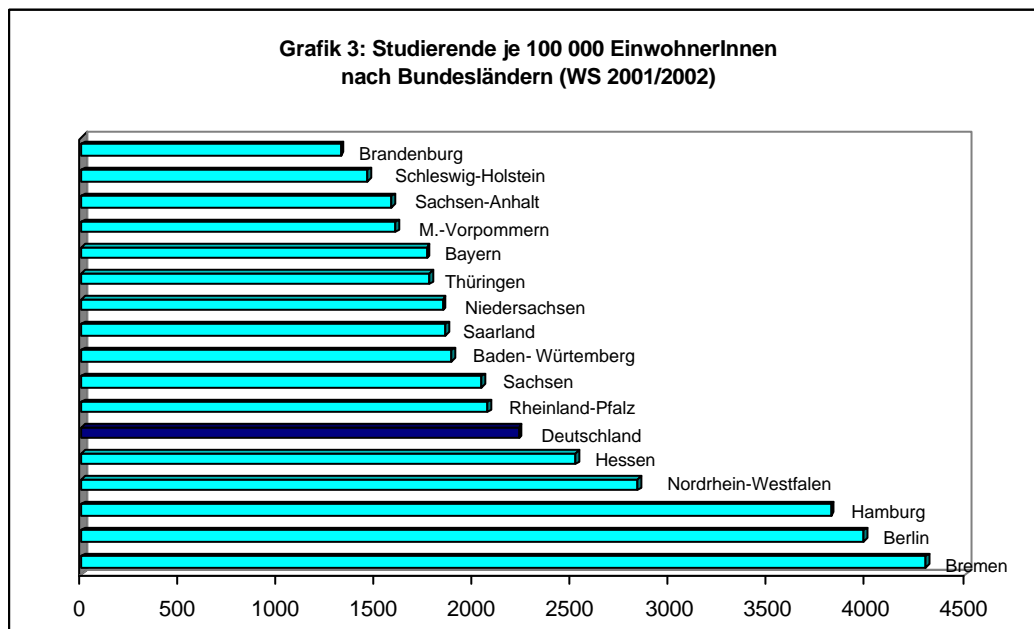
## IV. Größe und Struktur des Hochschulsystems

### IV.1. Größe und institutionelle Struktur des Hochschulsystems

An den Hochschulen in Schleswig-Holstein waren im WS 2002/2003 rund 43 500 Studierende eingeschrieben. Bezogen auf die rund 2,8 Millionen EinwohnerInnen kamen 1 458 Studierende<sup>5</sup> auf 100 000 EinwohnerInnen. Die Vergleichswerte lauten für

Schleswig-Holstein	1 458
Hamburg	3 816
Niedersachsen	1 838
Bremen	4 294
Norddeutschland	2 140
Deutschland	2 227

Der in Schleswig-Holstein unterdurchschnittliche Studierendenbestand spiegelt die bereits zuvor dargestellte „Import-Export-Bilanz“ des Landes wider. Betrachtet man Hamburg und Schleswig-Holstein als eine Hochschulregion, dann ergibt sich mit 2 320 Studierenden auf 100 000 EinwohnerInnen ein Wert auf Höhe des bundesrepublikanischen Mittelwertes.



<sup>5</sup> Angaben hier und im folgenden für WS 2001/2002. Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

Die Zusammensetzung der Studierenden in Schleswig-Holstein weicht von der Studierendenschaft in anderen Ländern ab:

- Die Zahl der Universitätsstudierenden, die nicht Medizin studieren, liegt in Schleswig-Holstein unterhalb der Hälfte des Bundesdurchschnitts. Je 100 000 EinwohnerInnen studieren hier 748 an Universitäten, im Bundesdurchschnitt sind es 1 564 (Universitätsstudierende ohne Human- und Zahnmedizin pro 100 000 EinwohnerInnen)<sup>6</sup>.

Schleswig-Holstein	748
Hamburg	2 652
Niedersachsen	1 265
Bremen	2 965
Norddeutschland	1 423
Deutschland	1 564

- Die Zahl der Medizinstudierenden liegt dagegen in Schleswig-Holstein um 28 % über dem Bundesdurchschnitt. Pro 100 000 EinwohnerInnen gibt es 140 Medizinstudierende (Human- und Zahnmedizin), im Bundesdurchschnitt sind es 113.

	Humanmedizin	Zahnmedizin
Schleswig-Holstein <sup>7</sup>	124	16
Hamburg	171	32
Niedersachsen	72	12
Bremen	-	-
Norddeutschland	93	15
Deutschland	97	16

- Die Zahl der FH-Studierenden (ohne Verwaltungs-FH) liegt in Schleswig-Holstein mit 472 je 100 000 EinwohnerInnen um 18 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Schleswig-Holstein	472 <sup>8</sup>
Hamburg	794 <sup>8</sup>
Niedersachsen	488
Bremen	1 330
Norddeutschland	567
Deutschland	543

In Schleswig-Holstein sind von den Studierenden 56 % an Universitäten, 10 % an den Medizinischen Fakultäten und 33 % an den Fachhochschulen eingeschrieben (WS 2002/2003). Ursache des relativ hohen FH-Anteils ist jedoch nicht, dass es in Schleswig-Holstein relativ zur Bevölkerung überproportional viele FH-Studierende gibt, sondern dass hier an den Universitäten deutlich weniger Studierende eingeschrieben sind als in anderen Ländern.

<sup>6</sup> Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

<sup>7</sup> Entsprechend der in der KMK vereinbarten bundesweiten Absenkung der Zulassungskapazität für Humanmedizin hat Schleswig-Holstein 2001 mit der Kapazitätseinschränkung begonnen, andere Länder dagegen (noch) nicht. Deswegen liegt Schleswig-Holstein derzeit bei der Zahl der AnfängerInnen pro 100 000 EinwohnerInnen auf Höhe des bundesdeutschen Durchschnittswertes. Wenn in den nächsten Jahren auch die anderen Länder die vereinbarte Absenkung der Aufnahmekapazität vollziehen, dann wird auch die Kennzahl „AnfängerInnen pro 100 000 EinwohnerInnen“ in Schleswig-Holstein wieder deutlicher über dem Bundeswert liegen.

<sup>8</sup> Berechnet jeweils ohne die Studierenden der Fern FH Akad in Pinneberg (2 750) und der Fern FH Hamburg (2 890).

## IV.2. Studienangebot der Hochschulen

An den schleswig-holsteinischen Hochschulen können alle „größeren“ und auch viele „kleine“ Fächer studiert werden<sup>9</sup>. Dabei ist die Fächerstruktur der Hochschulen durch folgende Merkmale charakterisiert (Indikator: Studierende im WS 2001/02 je 100 000 EinwohnerInnen):

- In Schleswig-Holstein studieren in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften 303 Studierende je 100 000 EinwohnerInnen, in Hamburg 513. Der bundesrepublikanische Mittelwert beträgt 387. Im Einzelnen liegen die schleswig-holsteinischen Werte in Informatik, Biologie, Pharmazie und in den Geowissenschaften im Durchschnitt bzw. darüber. Dagegen liegen sie in Physik und Chemie deutlich unter dem Mittelwert.
- In den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften gibt es in Schleswig-Holstein 47 Studierende je 100 000 EinwohnerInnen, in Hamburg 44, während der Mittelwert ebenfalls bei 44 liegt.
- In den Ingenieurwissenschaften gibt es 188 Studierende je 100 000 EinwohnerInnen, in Hamburg 662. Der Mittelwert liegt bei 354. Die in Schleswig-Holstein im bundesweiten Mittel liegende Zahl an FH-Ingenieurstudierenden kann die kleine Zahl an Universitäts-Ingenieurstudierenden nicht annähernd kompensieren.
- Betrachtet man die einzelnen Ingenieurfächer, so zeigen sich Unterschiede: Architektur 35 (Schleswig-Holstein), 85 (Hamburg) zu 60 (Bundesgebiet), Bauingenieurwesen 23 (Schleswig-Holstein), 75 (Hamburg) zu 54 (Bundesgebiet), Maschinenbau/Verfahrenstechnik 77 (Schleswig-Holstein), 221 (Hamburg) zu 123 (Bundesgebiet) und Elektrotechnik 39 (Schleswig-Holstein), 111 (Hamburg) zu 77 (Bundesgebiet).
- In Rechtswissenschaften (Schleswig-Holstein 86, Hamburg 286) ist der Abstand zum bundesweiten Mittelwert (121) in Schleswig-Holstein kleiner als in vielen anderen Studiengängen. Dies gilt ebenso für Wirtschaftswissenschaften (Schleswig-Holstein 297, Hamburg 575, Bundesgebiet 387).
- In den Sprach- und Kulturwissenschaften studieren in Schleswig-Holstein 261 Studierende je 100 000 EinwohnerInnen, dies sind deutlich weniger als in anderen Ländern (Hamburg 983, Bundesgebiet 507). Dies gilt ebenso für die sozialwissenschaftlichen Studiengänge (Schleswig-Holstein 9, Hamburg 63, Bundesgebiet 47).

## IV.3. Fachliche Ausrichtung der Studiengänge

Als Reaktion auf eine rückläufige Nachfrage in den Natur- und Ingenieurwissenschaften haben die Hochschulen des Landes in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zusätzliche neue Studienangebote entwickelt, vor allem neue Kombinationsstudiengänge mit technisch-naturwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Inhalten wie z. B. Wirtschaftsingenieurwesen, Technologiemarketing, Wirtschaftsinformatik, Medieninformatik, Wirtschaftschemie, Einkaufs- und Vertriebsmanagement, Multimedia Production oder Informationstechnologie und Gestaltung. Ferner wurden aus den

---

<sup>9</sup> Folgende Studiengänge werden in Schleswig-Holstein nicht angeboten: An den Universitäten Katholische Theologie, Wirtschaftsinformatik, Veterinärmedizin, Forstwirtschaft, Gartenbau, Maschinenbau, Architektur, Bau- und Vermessungswesen, Diplom-Studiengänge in Politik- und Sozialwissenschaften sowie einige kleinere Fächer der Philosophischen Fakultät. An den Fachhochschulen sind dies neben Gartenbau, Forstwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Ernährungswissenschaften vor allem Studiengänge für Verwaltung- und Gesundheitsberufe sowie für Kombinationsstudiengänge wie z.B. Sprachen und Wirtschaft sowie Recht und Wirtschaft.

vorklinischen Fächern der Medizin und aus der Biologie die Studiengänge Molekulare Biotechnologie (Universität Lübeck) und Biochemie und Molekularbiologie (Universität Kiel) entwickelt. Die Liste neuer Studiengangsangebote wird noch ergänzt durch Master-Studiengänge, die bereits begonnen haben oder demnächst beginnen sollen. Als Beispiele seien hier Computer Science (FH Wedel), Bioinformatik (FH Flensburg), Material Sciences (Universität Kiel), Digital Communications (Universität Kiel), Coastal Geoscience and Engineering (Universität Kiel,) oder Medical Technology (Universität Lübeck und FH Lübeck) genannt.

Die Hochschulen sind bestrebt, mit diesen neuen Studienangeboten mehr Studierende aus dem In- und Ausland anzusprechen. Soweit sich das gegenwärtig beurteilen lässt, ist dies mit der Mehrzahl der neuen Angebote offenbar auch gelungen. In einzelnen Fällen sind aber auch Angebote wegen unzureichender Nachfrage wieder eingestellt worden (z. B. Umweltmanagement FH Wedel, Automatisierungstechnik FH Kiel, Mikrosystemtechnik FH Lübeck).

Die Ressourcen für die neuen Studiengänge wurden im Einzelfall durch die Reduktion der Kapazität etablierter Studiengänge (Humanmedizin zu Gunsten Molekulare Biotechnologie) und durch vorübergehende Einwerbung von Drittmitteln des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) für international ausgerichtete Master-Angebote, vorwiegend jedoch durch Umwidmung von Stellen aus unterausgelasteten Studiengängen der „klassischen“ Natur- und Ingenieurwissenschaften gewonnen.

Mit dieser „Orientierung am Markt“ - sowohl der Nachfrage nach Studienplätzen als auch der (vermuteten) Nachfrage auf dem künftigen Arbeitsmarkt - streben die Hochschulen an, mehr Studierende zu gewinnen und damit die bestehenden Kapazitäten auszulasten. Die schleswig-holsteinischen Hochschulen folgen damit einer bundesweiten Entwicklung in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Diese Entwicklung ist allerdings nicht ohne Risiken. Bei der Vorstellung mancher „Studiengangsinnovation“ hat sich die Kommission die Frage gestellt, inwieweit die fachliche Qualität des neuen Studiengangs gewährleistet ist und ob die Spezialisierung den AbsolventInnen eine tragfähige Basis für nachhaltige Erfolge auf den künftigen Arbeitsmärkten geben kann. Auch sieht die Kommission bei der zunehmenden Kleinteiligkeit der Studienangebote vor allem an den Fachhochschulen Gefahren eines unökonomischen Mitteleinsatzes, wenn Veranstaltungen, die speziell für einzelne Studiengänge angeboten werden müssen, nicht ausgelastet werden können.

## V. Forschung an den Hochschulen

### V.1. Gesamtaufwendungen für FuE in Schleswig-Holstein

Bei den FuE-Ausgaben, die in Hochschulen, Forschungsinstituten und Wirtschaftsunternehmen insgesamt getätigt werden, liegt Schleswig-Holstein mit einem Anteil von 1,4 % an den Gesamtaufwendungen Deutschlands deutlich unter dem Bevölkerungsanteil des Landes (3,4 %). Dies liegt vor allem daran, dass die hier ansässigen Firmen und Betriebsstätten von Firmen unterdurchschnittlich in FuE investieren. Deren Anteil an den FuE-Gesamtausgaben der deutschen Wirtschaft liegt bei nur 0,8 %.

Die schleswig-holsteinischen Hochschulen kommen auf einen Anteil von 2,5 % am gesamten FuE-Budget der deutschen Hochschulen. Bei den Einrichtungen der außeruniversitären Forschung liegt der Anteil von Schleswig-Holstein mit 3,0 % zwar höher, aber auch dieser Wert liegt noch unter dem Bevölkerungsanteil des Landes (3,4 %).

Zum Sektor der außeruniversitären öffentlichen Forschung gehören in Schleswig-Holstein fünf Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz („Blaue Liste“):

- Institut für Weltwirtschaft, Kiel (Ist-Ausgaben 2001: 8,4 Mio. Euro)
- Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Kiel (8,2 Mio. Euro)
- Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften, Kiel (6,0 Mio. Euro)
- Institut für Meereskunde, Kiel (19,5 Mio. Euro)
- Forschungszentrum Borstel (13,6 Mio. Euro)

Für den Grundhaushalt dieser fünf Institute hat das Land 2001 insgesamt ca. 17 Mio. Euro bereitgestellt. Hinzu kommen rund 3 Mio. Euro für die Kosten des Lehrbetriebs (54 C-Stellen in 2002) in diesen „außeruniversitären“ Instituten, die aus dem Haushalt der Universitäten finanziert werden. Die DirektorInnen und die AbteilungsleiterInnen dieser Institute<sup>10</sup> sind zugleich Mitglieder der fachlich „zuständigen“ Fakultät mit allen Rechten und Pflichten.

An der Landesgrenze zu Niedersachsen und Hamburg liegt das GKSS, Forschungszentrum Geesthacht (Gesamtausgaben 2001 rund 74,9 Mio. Euro, Landeszuschuss 3,1 Mio. Euro), ein Forschungszentrum der Helmholtz-Gemeinschaft (Großforschungseinrichtung). Zur Helmholtz-Gemeinschaft gehören auch die Biologische Anstalt Helgoland und die Wattenmeerstation List/Sylt, beides Außenstellen des Alfred-Wegener-Institutes für Polar- und Meeresforschung (AWI) mit Sitz Bremerhaven. Beide Außenstellen hatten 2001 Ausgaben von zusammen 7,5 Mio. Euro. Schleswig-Holstein hat für das AWI 0,8 Mio. Euro aufgewendet. Weitere Institute der außeruniversitären Forschung sind das Max-Planck-Institut für Limnologie in Plön (Gesamtausgaben 2001 rund 3,8 Mio. Euro) und das Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISiT) in Itzehoe (Gesamtausgaben 2001 rund 17,2 Mio. Euro, darunter Landesfinanzierung für Projekte rund 460 T Euro).

Daneben gibt es außerhalb der Hochschulen noch zwei Landesforschungsinstitute: Geomar an der Universität Kiel, das künftig mit dem Institut für Meereskunde zu einer Einrichtung der Leibniz Gemeinschaft zusammengelegt wird (Landeszuschuss 2001: 5,2 Mio. Euro) und das Medizinische Laserzentrum Lübeck GmbH an der Universität Lübeck (Landeszuschuss 2001: 1,0 Mio. Euro).

Die außeruniversitären Institute kooperieren unterschiedlich intensiv mit den Hochschulen. Besonders eng ist die Kooperation in der Forschung und in der Lehre beim Institut für Meereskunde, beim Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und bei Geomar jeweils mit der Universität Kiel und beim Forschungszentrum Borstel vor allem mit der Universität Lübeck. Von den Bundesforschungsanstalten hat die Bundesanstalt für Milchforschung ihren Sitz in Kiel, ferner ein Institut der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Ahrensburg bei Hamburg. Auch die Institute der Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel kooperieren eng mit den fachnahen Fakultäten (Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät, Medizinische Fakultät) der Universität Kiel, ebenso mehrere materialwissenschaftliche Institute der GKSS, die mit der Technischen Fakultät der Universität Kiel zusammenarbeiten. Zwei Wissenschaftler dieses Forschungsinstituts sind zugleich Professoren der Technischen Fakultät, ebenso der Direktor des ISiT in Itzehoe.

---

<sup>10</sup> Beim Institut für Weltwirtschaft ist nur der Direktor zugleich Professor an der Universität Kiel.

## V.2. Drittmittel der Hochschulen

Bei den Drittmitteln, die vielfach als ein Indikator für Erfolge im Forschungswettbewerb angesehen werden, gab es in den letzten Jahren an den Universitäten und an den Medizinischen Einrichtungen eine überwiegend konstante Entwicklung.

### Übersicht 3: Eingeworbene Drittmittel der Hochschulen (ohne Medizinische Fakultäten) 1999 – 2001 in T Euro

Hochschule	Drittmittel* für die Forschung in T €					
	1999		2000		2001	
	insges.	dar. DFG <sup>1</sup>	insges.	dar. DFG	insges.	dar. DFG
Universität Flensburg	1 464	0	1 882	9	2 582	6
Universität Kiel <sup>2</sup>	27 367	11 431	24 944	11 755	28 961	12 408
Universität Lübeck <sup>3</sup>	1 975	820	3 596	1 067	3 445	1 043
FH Flensburg	1 247	0	1 068	0	1 015	0
FH Kiel <sup>4</sup>	990	0	988	0	670	0
FH Lübeck <sup>5</sup>	3 303	0	5 507	0	5 698	0
Muthesius Hochsch.	105	0	57	0	26	0
FH Westküste	585	0	381	0	392	0

\* Ohne Programm-Mittel von Bund und Land sowie ohne EU-Mittel aus dem Regional- und dem Sozialfonds.

<sup>1</sup> DFG: Deutsche Forschungsgemeinschaft.

<sup>2</sup> Inkl. Vorklinische Institute der Medizinischen Fakultät.

<sup>3</sup> Nur Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät.

<sup>4</sup> Ohne FuE GmbH.

<sup>5</sup> Ohne Projekt GmbH. Die für die FH Lübeck ausgewiesenen Drittmittel sind vor allem für das Projekt „Virtuelle FH“, die z. T. in anderen Hochschulen des Konsortiums verausgabt werden.

Quelle: Fragebögen der Hochschulen an die Kommission.

Die Gesamtsumme der Drittmittel in Höhe von 42,7 Mio. Euro (inkl. vorklinische Institute der Medizinischen Fakultäten) macht einen Anteil von rund 15 % am Gesamtbudget der schleswig-holsteinischen Hochschulen aus. Setzt man den Landeszuschuss von rund 227 Mio. Euro gleich 100, so folgt daraus, dass auf 100 Euro Landesmittel von den WissenschaftlerInnen der Hochschulen zusätzlich Drittmittel in Höhe von 19 Euro eingeworben werden, die zu 78 % aus öffentlichen Quellen (DFG, Bund, EU) stammen (Vgl. Kapitel B.IX., Übersicht 9, Seite 48)

Für die Hochschulkliniken haben Drittmittel eine ähnliche Bedeutung. Das Volumen der Drittmittel betrug (ohne vorklinische Institute) im Mittel der Jahre 1999 - 2001 in Kiel 8,6 Mio. Euro und in Lübeck 9,1 Mio. Euro<sup>11</sup>.

<sup>11</sup> Ausgaben aus Drittmitteln.

#### Übersicht 4: Drittmittel (Ausgaben) der Medizinischen Fakultäten 1999 - 2001 in T Euro

	1999	2000	2001
<b>Universität Kiel</b>			
Vorklinische Institute*	421	421	714
Klinikum	7 861	9 307	8 557
<b>Universität Lübeck</b>			
Vorklinische Institute* <sup>1</sup>	1 126	964	1 138
Klinikum <sup>2</sup>	7 876	8 873	10 337

\* Die Ausgaben der vorklinischen Institute sind auch in den Angaben der Universitäten in Übersicht 3 enthalten.

<sup>1</sup> Naturwissenschaftliche Institute der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

<sup>2</sup> Darin enthalten sind Ausgaben für Graduiertenkollege und Sonderforschungsbereiche (SFB), die gemeinsam von Medizinischer Fakultät, Technisch-Naturwissenschaftlicher Fakultät und FZ Borstel getragen werden.

Quelle: Angaben der Medizinischen Fakultäten.

Die Entwicklung bei den Drittmitteln muss vor dem Hintergrund eines in dieser Zeit angestiegenen Volumens der öffentlichen Mittel gesehen werden, die bei der DFG und beim BMBF für die Förderung der Hochschulforschung bereitgestellt wurden. Infolge des Auslaufens der aus UMTS-Mitteln geförderten Sonderprogramme und der aktuellen Finanzplanung des Bundes ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren das Volumen der öffentlichen Drittmittel für die Hochschulforschung vorerst nicht weiter steigen, möglicherweise sogar wieder etwas zurückgehen wird. Der Wettbewerb um Drittmittel wird an Intensität weiter zunehmen.

Das Statistische Bundesamt hat bundesweite Mittelwerte für die Ausgaben aus Drittmitteln je ProfessorIn berechnet. Für 2000 betragen die Mittelwerte:

99,7 T € je ProfessorIn an Universitäten

177,6 T € je ProfessorIn an Medizinischen Einrichtungen

8,0 T € je ProfessorIn an Fachhochschulen

Bei näherer Betrachtung zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Fächergruppen und zum Teil auch innerhalb von Fächergruppen. An den Universitäten liegen die Mittelwerte je ProfessorIn bei:

30,7 T € in Sprach- und Kulturwissenschaften

38,6 T € in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

116,2 T € in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften

128,0 T € in Agrar- Forst- und Ernährungswissenschaften

212,2 T € in Ingenieurwissenschaften

Für die Universitäten des Landes Schleswig-Holstein<sup>12</sup> ergeben sich folgende Mittelwerte:

87,0 T € je ProfessorIn an der Universität Kiel (ohne Medizin)

114,2 T € je ProfessorIn an der Universität Lübeck (ohne Medizin)

<sup>12</sup> In der Drittmittelbilanz der Universität Flensburg dominieren die Einnahmen für die Stiftungsprofessuren sowie Mittel des EU-Regionalfonds, die nicht im Wettbewerb vergeben werden. Eine Berechnung der Drittmittel je ProfessorIn ist hier nicht sinnvoll.



---

Bei der Bewertung dieser Mittelwerte sind die Unterschiede in der Drittmittelintensität der Fachgebiete zu beachten. Eine nähere Analyse der von der DFG<sup>13</sup> in den Jahren 1996 - 98 eingeworbenen Mittel zeigt für die Kennzahl „Bewilligte Mittel je ProfessorIn“:

- Fächergruppe Geistes- und Sozialwissenschaften  
Universität Kiel: leicht unterdurchschnittlicher Wert
- Fächergruppe Medizin/Biologie  
Universität Kiel: leicht unterdurchschnittlicher Wert  
Universität Lübeck: deutlich unterdurchschnittlicher Wert
- Fächergruppe Naturwissenschaften  
Universität Kiel: Mittelwert, leicht über Durchschnitt
- Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (inkl. Informatik)  
Universität Kiel: deutlich unterdurchschnittlicher Wert

Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs gelten ebenso als Ausweis besonderer Potenziale und Leistungen in der Forschung, wie DFG-Forschergruppen oder besondere Auszeichnungen einzelner WissenschaftlerInnen, beispielsweise Leibniz-Preise der DFG. Übersicht 5 enthält die aktuelle Liste der in Schleswig-Holstein von der DFG geförderten Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs. Daneben gibt es eine große Zahl weiterer drittmittelgeförderter Projekte, die zum Teil erhebliche Mittel für die Forschung bereitstellen, zum Beispiel BMBF-Forschungsverbände, BMBF-Kompetenznetzwerke, Forschungsgruppen der DFG und der VW-Stiftung, Projekte des Nationalen Genomforschungsnetzes oder Schwerpunktprogramme der Deutschen Krebshilfe.

---

<sup>13</sup> Deutsche Forschungsgemeinschaft: DFG-Bewilligungen an Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen 1996 bis 1998. Bonn 2000.

## Übersicht 5: Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs in Schleswig-Holstein (Stand 01.04.2002 sowie Bewilligungen für Beginn 2003)

### Universität Kiel

- SFB 415 (Medizinische Fakultät<sup>14</sup> mit Forschungszentrum Borstel)  
„Spezifität und Pathophysiologie von Signaltransduktionswegen.“
  - SFB 460 (Institut für Meereskunde mit Math.-Naturwiss. Fakultät)  
„Dynamik thermohaliner Zirkulationsschwankungen.“
  - SFB 574 (Geomar mit Math.-Naturwiss. Fakultät)  
„Volatile und Fluide in Subduktionszonen: Klimarückkoppelungen und Auslösemechanismen von Naturkatastrophen.“
  - SFB 617 (Medizinische Fakultät mit Math.-Naturwiss. Fakultät, Agrar- und Ernährungswiss. Fakultät und Forschungszentrum Borstel) „Molekulare Mechanismen der epithelialen Abwehr.“
  - Graduiertenkolleg (Math.-Naturwiss. Fakultät mit Agrar- und Ernährungswiss. Fakultät, Medizinische Fakultät) „Integrative Umweltbewertung“.
  - Graduiertenkolleg (Agrar- und Ernährungswiss. Fakultät mit Math.-Naturwiss. Fakultät)  
„Antioxidantien aus Pflanzen.“
  - Graduiertenkolleg (Philosophische Fakultät)  
„Imaginatio borealis - Konzeption, Rezeption und Rezeption des Nordens“.
  - Graduiertenkolleg (Techn. Fakultät mit Techn.-Naturwiss. Fakultät Universität Lübeck)  
„Effiziente Algorithmen und Mehrskalmethoden“.
  - Graduiertenkolleg (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät)  
„Betriebswirtschaftliche Aspekte lose gekoppelter Systeme im Zeitalter elektronischer Medien“.
- Graduiertenkolleg (Geomar mit Math.-Naturwiss. Fakultät)  
„Dynamik globaler Kreisläufe im System Erde“.

### Universität Lübeck

- SFB 367 (Forschungszentrum Borstel mit Medizin. Fakultät und Techn.-Naturwiss. Fakultät)  
„Molekulare Mechanismen entzündlicher und degenerativer Prozesse“
- Graduiertenkolleg (Medizin. Fakultät und Techn.-Naturwiss. Fakultät mit Forschungszentrum Borstel) „Strukturen und Mediatoren der Zellinteraktion“.

Bemerkenswert ist, dass die Hochschulen in den durch hohe Drittmittelinwerbungen gekennzeichneten Forschungsschwerpunkten vielfach eng mit außeruniversitären Instituten zusammenarbeiten. Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Borstel, mit den Kieler Instituten der Leibniz-Gesellschaft (Geomar, Institut für Meereskunde, Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften) sowie mit den Instituten der Bundesanstalt für Milchforschung. Dagegen fehlen entsprechend sichtbare Forschungsk Kooperationen mit dem MPI für Limnologie, dem Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie, der GKSS in Geesthacht und mit dem Kieler Institut für Weltwirtschaft.

<sup>14</sup> Erstgenannt ist jeweils die Institution des Sprechers.

Für die Fachhochschulen hat eine Auswertung der DFG ergeben, dass in den untersuchten Jahren 1992 - 1999 keine Bewilligungen an WissenschaftlerInnen der schleswig-holsteinischen Fachhochschulen erfolgten. Bundesweit wurden in dieser Zeit 20 - 30 Bewilligungen p. a. an FH-WissenschaftlerInnen ausgesprochen mit einem Mittelvolumen von zusammen 1,3 – 1,7 Mio. Euro p. a.<sup>15</sup>.

Im BMBF finanzierten Programm „Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an FH“ haben die schleswig-holsteinischen Fachhochschulen von 1992 bis 2000 insgesamt 18 Bewilligungen erhalten. Bei insgesamt 604 Bewilligungen weist der Schleswig-Holstein-Anteil (2,9 %) auf eine unterdurchschnittliche FuE-Aktivität der Fachhochschulen des Landes hin.<sup>16</sup>

## VI. Frauenförderung und Frauenforschung

Das Land Schleswig-Holstein versteht die Förderung von Frauen als vordringliche Aufgabe. Die Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen ist im schleswig-holsteinischen Gleichstellungsgesetz ausdrücklich verankert. Einen Schwerpunkt legt die Landesregierung dabei auf die Frauenförderung in den Hochschulen. Die Kommission unterstützt die Maßnahmen, die das Land im Rahmen nationaler und internationaler Ansätze (Stichwort Gender Mainstreaming) eingeleitet hat. Mit Blick auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung<sup>17</sup> begrüßt sie die Bemühungen des Landes und der Hochschulen, den Frauenanteil im Personalbestand der Hochschulen zu erhöhen.

Im WS 2002/2003 waren an den neun staatlichen Hochschulen im Land ca. 38 700 Studierende immatrikuliert<sup>18</sup>, davon waren ca. 18 200 weiblich (= 47,0 %).

Am 01.04.2002 beschäftigten die staatlichen Hochschulen insgesamt 3 635 Personen<sup>19</sup>, darunter 1 329 Frauen (= 36,6 %). Von den 817 Professuren (C2 - C4) waren 70 mit Frauen (= 8,6%) besetzt. Von 1 505 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen waren 396 weiblich (= 26,3 %). Bei den nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen betrug der Frauenanteil 65,8 % (863 von insgesamt 1 313 Beschäftigten). Im Jahr 2001 wurden im Land 611 Promotionen abgelegt, darunter 225 von Frauen (Anteil 36,8 %), bei den Habilitationen lag der Frauenanteil mit 11 von insgesamt 63 bei 17,5 %.

### VI.1. Frauenförderung

Seit 1991 haben Hochschulen mit mehr als 1 000 Mitgliedern eine hauptberuflich tätige Frauenbeauftragte. Hierfür wurden jeweils eine BAT IIa-Stelle sowie je eine 0,5 BAT VIb-Stelle (Bürokräft) geschaffen. Heute gibt es hauptberuflich tätige Frauenbeauftragte mit der entsprechenden personellen Ausstattung an den drei Universitäten sowie an den Fachhochschulen Flensburg, Kiel und Lübeck. An der Fachhochschule Westküste, der Muthesius Hochschule und der Musikhochschule sind nebenamtliche Frauenbeauftragte tätig.

---

<sup>15</sup> H. Griesbach et al: Evaluation des BMBF-Programms „Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen (a FuE).“ HIS-Hochschulplanung, Bd. 152, Hannover 2001. S. 22.

<sup>16</sup> a. a. O., S. 151.

<sup>17</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung. Köln 1998.

<sup>18</sup> Ohne Angaben für die privaten Hochschulen FH Wedel, Fern FH Akad, Nordakademie FH sowie die Verwaltungsfachhochschule.

<sup>19</sup> Angaben einschließlich Personal der Medizinischen Fakultät der Universität Lübeck, das zum Teil dem Universitätsklinikum zuzurechnen ist.

Die Frauenbeauftragten verfügen in der Regel nicht über eigene Etats, sie erhalten Mittel aus anderen Töpfen der Hochschulen. An der Universität Kiel, der FH Flensburg und der FH Lübeck beispielsweise wird ein zentraler Pool gebildet, aus dem die Fachbereiche nach unterschiedlichen Modellen Mittel für frauenfördernde Maßnahmen beantragen können. Die Öffentlichkeitsarbeit der Landesfrauenkonferenz wird aus dem Kapitel 0720 des Landeshaushalts (Allgemeine Bewilligungen Hochschulen) unterstützt.

In allen Hochschulen des Landes gibt es Frauenförderungsrichtlinien und Frauenförderpläne gemäß § 33 Abs. 1 und § 34 Hochschulgesetz (HSG). Die Realisierung der Frauenförderpläne war auch Bestandteil der zwischen dem Land und den Hochschulen für die Jahre 2000 – 2001 abgeschlossenen Zielvereinbarungen.

Darüber hinaus gibt es an den meisten Hochschulen weitere hochschulinterne frauenfördernde Maßnahmen. Beispielsweise werden überall dort, wo es ingenieurwissenschaftliche Studienangebote gibt, spezielle Veranstaltungen (Stichwort „Schnupperstudium“) für Mädchen und Frauen angeboten, um den Frauenanteil in diesen Studiengängen zu erhöhen. Zudem führen einige Hochschulen Qualifikationsseminare speziell für Frauen durch, sowohl für Studierende als auch für Beschäftigte der Hochschulen. So gibt es an der Uni Kiel jährlich ein Seminar für Frauen in Wissenschaft und Forschung, das Frauenbüro der Universität Lübeck bietet Karriereberatung für Medizinstudentinnen an und an der FH Lübeck können Frauen unterschiedliche Kurse von „KnowHow für Führungsfrauen“ bis „Konfliktmanagement“ belegen.

Die Universität Lübeck hat einen Mutterschaftspool eingerichtet, in dem jährlich 150 000 Euro zur Finanzierung von Mutterschutzvertretungen zur Verfügung stehen.

Im Januar 2003 wurde der Universität Kiel als bundesweit zweite Universität das Grundzertifikat „Familiengerechte Hochschule“ verliehen. Ziel dieses von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung unterstützten Projekts ist es, das bereits bestehende Audit Beruf & Familie an die besonderen Bedingungen der Hochschulen anzupassen. Das Zertifikat erhalten Hochschulen, die erfolversprechende Zielvereinbarungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Studium vorlegen. Die Hochschulen verpflichten sich, jährlich über ihre Fortschritte bei der Erreichung dieser Ziele zu berichten.

## VI.2. Frauenforschung

An den Hochschulen des Landes gibt es drei zentrale Einrichtungen zur Frauenforschung, die Mittel aus einem Zentralkapitel des Wissenschaftsministeriums erhalten (Soll 2002: 202 T Euro)<sup>20</sup>:

- Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) an der Universität Kiel,
- Zentrum für Geschlechterforschung an der Universität Flensburg,
- Institut für Frauenforschung an der FH Kiel.

Das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) konzipiert und führt interdisziplinäre und innovative Forschungsprojekte durch, platziert neue Forschungsschwerpunkte und zielt auf die Vernetzung mit der internationalen Frauen- und Geschlechterforschung. Das ZiF arbeitet fächerübergreifend und vergleichend. Zurzeit kooperieren ForscherInnen aus den Disziplinen Soziologie, Linguistik, Sinologie, Psychologie

---

<sup>20</sup> Quelle: Landeshaushaltsplan Schleswig-Holstein. Haushaltsjahr 2003. Einzelplan 07.

und Agrarwissenschaften. Aktuelle Forschungsvorhaben sind beispielsweise „Neue Führungsstile und das ‚glass ceiling‘-Phänomen“, „Gesundheit und Geschlecht im Kontext von Arbeit“ oder „Neue wissenschaftstheoretische Ansätze und Gender-Forschung“.

Aufgaben des Zentrums für Geschlechterforschung an der Universität Flensburg sind die Konzeption und Durchführung von Projekten zur Geschlechterforschung und die Förderung der Interdisziplinarität in Forschung und Lehre. Der Name des Zentrums spiegelt wider, dass sich die Forschung gleichermaßen mit Frauen und Männern, Mädchen und Jungen befasst. Das Zentrum bietet prüfungsrelevante Lehrveranstaltungen im Erziehungswissenschaftlichen Grundstudium und in der Schulpädagogik an.

Das Institut für Frauenforschung an der FH Kiel ist vor allem dem anwendungsorientierten Profil dieses Hochschultyps verpflichtet. Eine wesentliche Aufgabe des Instituts ist der Wissenstransfer in die und die Kooperation mit der Praxis.

An nahezu allen Hochschulen werden Nachwuchswissenschaftlerinnen mit Mitteln aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP) „Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“ gefördert. An den Universitäten werden überwiegend Habilitationsvorhaben unterstützt, an den Fachhochschulen zu meist gemeinsam mit Universitäten durchgeführte Promotionen, mit dem Ziel Frauen für eine FH-Professur zu qualifizieren.

An der Universität Lübeck beginnt im Sommer 2003 ein Programm zur Habilitationsförderung von Ärztinnen. Ziel ist es, habilitierende Ärztinnen in der Endphase ihrer Habilitation von der klinischen Tätigkeit für Forschungszeiten freizustellen und somit die geringe Habilitationsquote von Ärztinnen zu erhöhen.

## VII. Raumkapazität, Auslastung und Investitionsbedarf

Von 1990 bis 2001 wurden 768 Mio. Euro HBFM-Mittel für Bauten an den schleswig-holsteinischen Hochschulen aufgewendet, davon rund 44 % für die Kliniken, 28 % für die Universitäten und 27 % für die Fachhochschulen. Diese Investitionen haben an allen Hochschulstandorten zu erheblichen Erweiterungen der Raumkapazitäten geführt. Nach den erheblichen Erweiterungsinvestitionen - ein größerer Neubau für Informatik und Medizintechnik der beiden Lübecker Hochschulen befindet sich noch in Bau - sind die räumlichen Kapazitäten nicht länger ein Engpass in den Hochschulen des Landes.

### Übersicht 6: Raumkapazität und Raumauslastung

	1990		2001	
	Flächenbezogene Studienplätze	Raumauslastung <sup>1</sup>	Flächenbezogene Studienplätze	Raumauslastung <sup>1</sup>
<b>Universitäten<sup>2</sup></b>	11 920	133 %	16 850	117 %
<b>Fachhochschulen</b>	4 835	207 %	7 502	135 %
<b>Musikhochschule</b>	283	134 %	351	121 %

<sup>1</sup> Gegenüberstellung der Zahl der flächenbezogenen Studienplätze und der Zahl der StudienanfängerInnen multipliziert mit zehn Semestern (Universitäten) bzw. sieben (FH). Bei den Angaben für 2001 wurde die Fläche nach Fertigstellung der laufenden Vorhaben zugrunde gelegt.

<sup>2</sup> Ohne Kliniken.

---

Quelle: Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum 32. Rahmenplan, Bd. 5. Köln 2002.

Bei der in Übersicht 6 verwendeten Kennzahl für die Auslastung der Raumkapazität ist zu bedenken, dass aus einer rechnerischen Auslastung von über 100 % nicht gefolgert werden kann, dass deswegen ein Engpass bei den Räumen vorliegen muss, weil in die Flächenberechnungen Personal- und Forschungsräume eingehen, deren Bedarf nicht mit der Studierendenzahl wächst. Es existiert auch keine lineare Beziehung zwischen dem Bestand an Studierenden und dem Bedarf an Flächen.

Die Kommission hat den Eindruck gewonnen, dass das Land in den letzten zehn Jahren für seine Hochschulen beachtenswerte Bauinvestitionen durchgeführt hat, so dass die Hochschulen mittlerweile räumlich gut ausgestattet sind. Ausnahmen sind die FH Wedel sowie die Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Lübeck, für die ein Neubau in Bau ist, ferner die Technische Fakultät der Universität Kiel, die außerhalb des Campus und in auf das Stadtgebiet verteilten Räumen untergebracht ist.

Investitionsbedarf besteht darüber hinaus vor allem bei den Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen in Gebäuden, Laboreinrichtungen und Großgeräten der experimentellen Disziplinen sowie für die Kliniken.

## VIII. Studienplätze und ihre Auslastung

Weitgehend parallel zur bundesweiten Entwicklung hat sich seit 1998 auch in Schleswig-Holstein die Zahl der StudienanfängerInnen wieder erhöht. Der Mitte der 90er Jahre zu beobachtende Rückgang, der vor allem die Natur- und Ingenieurwissenschaften betraf, wurde durch den Wiederanstieg, der auch in den Natur- und Ingenieurwissenschaften<sup>21</sup> zu beobachten ist, mehr als ausgeglichen.

Übersicht 7: Zahl der StudienanfängerInnen und Zahl der Studierenden in Schleswig-Holstein

Fächergruppe/Studiengang	1990 <sup>1</sup>	1996 <sup>2</sup>	1999	2000	2001	2002 <sup>3</sup>
	(1) StudienanfängerInnen (1. FS)					
Universitäten	5 485	5 237	5 070	5 236	5 903	6 481
Musikhochschule	80	92	65	61	107	90
Fachhochschulen <sup>4</sup>	4 359	3 266	3 682	3 967	3 983	3 900
Verwaltungs-FH	313	437	503	293	385	444
Insgesamt	10 237	8 977	9 320	9 557	10 378	10 915
	(2) Studierende					
Universitäten	23 094	26 059	24 411	23 966	24 456	25 414
Musikhochschule	404	448	407	422	435	446
Fachhochschulen <sup>4</sup>	15 572	16 282	14 908	15 417	16 002	16 571
Verwaltungs-FH	930	1 393	1 071	1 019	1 088	1 090
Insgesamt	40 000	44 182	40 797	40 824	41 981	43 521

<sup>1</sup> Angaben für StudienanfängerInnen: Beispiel 1990 = SS 1990 und nachfolgendes WS 1990/91.

Angaben für Studierende: Beispiel 1990 = WS 1990/91.

<sup>2</sup> SS 1996 nach Angaben der Hochschulen, WS 1996/97 Statistisches Landesamt.

<sup>3</sup> Vorläufige Angaben.

<sup>4</sup> Einschließlich private FH Wedel, FH Nordakademie und Fern FH AKAD.

Quelle: Statistisches Landesamt. 2002 nach Angaben der Hochschulen.

Während in der zweiten Hälfte der 90er Jahre viele Studiengänge der Natur- und Ingenieurwissenschaften erhebliche Auslastungsprobleme hatten, hat sich die Situation mittlerweile in vielen Studiengängen gewandelt. Im Jahre 2002 waren die meisten Studiengänge voll ausgelastet, teilweise wurden über die berechneten Aufnahmekapazitäten hinaus BewerberInnen aufgenommen<sup>22</sup>.

<sup>21</sup> Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

<sup>22</sup> Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

Übersicht 8: Entwicklung der Zahl der StudienanfängerInnen (1. FS) in den Natur- und Ingenieurwissenschaften (ohne Lehramtsstudierende)

Fächergruppe/Studiengang	1990 <sup>1</sup>	1996 <sup>2</sup>	1999	2000	2001	2002 <sup>3</sup>
<b>(1) Diplom-, Bachelor- und Master-Studiengänge/Uni</b>						
Mathematik	(150)*	67	65	62	77	101
Informatik	(98)*	151	241	318	272	275
Physik	(191)*	61	60	58	72	97
Biologie/Biotechnologie <sup>4</sup>	(113)*	116	134	110	307	194
Chemie	(219)*	56	60	75	102	126
Geowissenschaften	(372)*	195	138	155	160	215
Elektrotechnik <sup>5</sup>	--	43	21	14	65	55
Materialwissenschaften <sup>5</sup>	--	9	11	16	18	20
Agrarwissenschaften <sup>6</sup>	(200)*	124	92	97	104	192
Oekotrophologie	(83)*	104	91	85	88	136
Wirtschaftsingenieurwesen <sup>7</sup>	--	--	61	66	92	106
Sonstige <sup>8</sup>	--	--	--	--	21	30
Zusammen	--	926	974	1 056	1 378	1 547
Anteil in % aller Uni-Anf.	--	17,7	19,2	20,2	23,3	23,9
<b>(2) Diplom-, Bachelor- und Master-Studiengänge/FH</b>						
Architektur	308	175	151	175	147	141
Bauingenieurwesen	127	163	127	122	124	91
Mathematik	31	16	16	17	29	21
Informatik	--	32	80	71	72	68
Angewandte Informatik <sup>9</sup>	641	296	499	665	650	578
Elektrotechnik <sup>10</sup>	752	294	323	525	498	422
Maschinenbau <sup>11</sup>	594	292	366	334	360	429
Bioverfahrenstechnik	--	37	24	26	55	45
Physikingenieurwesen	114	53	48	44	49	0
Chemieingenieurwesen	54	15	24	12	22	29
Umweltingenieurwesen	--	35	20	112	93	112
Landbau	71	40	89	62	55	85
Wirtschaftsingenieurwesen	198	226	224	243	240	313
Sonstige <sup>12</sup>	142	179	67	70	86	104
Zusammen	3 032	1 853	2 137	2 556	2 600	2 584
Anteil in % aller FH-Anf.	70,0	56,7	58,0	64,4	65,3	66,3
<b>(3) Natur- und Ing.-wissenschaften an allen Hochschulen</b>						
Insgesamt	--	2 779	3 111	3 612	3 978	4 108
Anteil in % aller Anfänger	--	31,0	33,4	37,8	38,3	37,6

\* Die Angaben enthalten alle angestrebten Abschlüsse: Diplom, Magister, Lehramt und Promotion. Eine Differenzierung nach Abschlüssen ist für 1990 nicht verfügbar.

<sup>1</sup> Angaben für StudienanfängerInnen: Beispiel 1990 = SS 1990 und nachfolgendes WS 1990/91.

<sup>2</sup> SS 1996 nach Angaben der Hochschulen, WS 1996/97 Statistisches Landesamt.



---

<sup>3</sup> Vorläufige Angaben.

<sup>4</sup> Biologie, Biochemie und Molekularbiologie (Kiel) sowie Molekulare Biotechnologie (Lübeck).

<sup>5</sup> Inkl. Master-Angebote.

<sup>6</sup> Inkl. Agrarökonomie.

<sup>7</sup> Wirtschaftsingenieurwesen an Universität Kiel sowie Energie- und Umweltmanagement an Universität Flensburg.

<sup>8</sup> Multimedia-Studiengänge am MMC (Universität Kiel) und ISNM (Universität Lübeck).

<sup>9</sup> Wirtschaftsinformatik und Medieninformatik.

<sup>10</sup> Inkl. Kommunikationstechnik und elektrotechnische Kombinationsstudiengänge.

<sup>11</sup> Inkl. Schiffbau, Schiffsbetriebstechnik und Kombinationsstudiengänge mit Maschinenbau.

<sup>12</sup> Technisches Übersetzen, Multimedia Production, für 1990 und 1996 auch Gesundheitstechnik.

Quelle: Statistisches Landesamt (inkl. Fern FH AKAD). 2002 nach Angaben der Hochschulen.

In vielen Studiengängen haben BewerberInnen in größerer Zahl landesweit keinen Studienplatz erhalten. Neben den medizinischen Studiengängen, Pharmazie und Psychologie sind dies an den Universitäten Diplom-Pädagogik, Biologie/Biochemie/Molekulare Biotechnologie, Betriebswirtschaft, Germanistik, Anglistik, Politische Wissenschaften, Sonderpädagogik, Kunstgeschichte und Sport.

An den Fachhochschulen gibt es landesweit Engpässe in Sozialpädagogik, Betriebswirtschaft sowie in den Studiengängen der angewandten Informatik und des Wirtschaftsingenieurwesens.

Aktuell gibt es dagegen noch gewisse Kapazitätsreserven<sup>23</sup> an den Universitäten in Theologie, Lehramt für Berufsbildende Schulen, Naturwissenschaften (außer Mathematik, Biologie, Biochemie, Chemie, Molekulare Biotechnologie), Agrarwissenschaften, Elektrotechnik und Materialwissenschaften. Bundesweit gibt es neuerdings einen Rückgang in Informatik, der sich 2002 auch in Schleswig-Holstein bemerkbar gemacht hat.

An den Fachhochschulen gibt es in Flensburg, Heide und zum Teil in Lübeck noch einige Kapazitätsreserven in Maschinenbau und Elektrotechnik, ebenso in den Studiengängen Mathematik (Flensburg), Physikingenieurwesen (Wedel, Lübeck) und Chemieingenieurwesen (Lübeck).

Nach dem seit mehreren Jahren und aktuell verstärkt zu beobachtenden Rückgang des Interesses an Architektur und Bauingenieurwesen gibt es auch hier Kapazitätsreserven. 2002 wurden erstmals nicht mehr alle Plätze in Architektur und Bauingenieurwesen besetzt. Insgesamt gelangt die Kommission zur Schlussfolgerung, dass es heute im Unterschied zur Situation in der zweiten Hälfte der 90er Jahre mit Ausnahme einiger Ingenieurfachbereiche keine quantitativ ins Gewicht fallenden Kapazitätsreserven in unterausgelasteten Studiengängen gibt. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, es ließen sich durch Umwidmungen, Stellenverlagerungen und die Zusammenführung von Parallelangeboten nennenswerte Ressourcen erschließen, ohne dass die Zahl ausgelasteter Studienplätze verringert würde. Dies unterscheidet die Ausgangslage im Jahre 2002 von der des Jahres 1997, als die Gutachter in der „Strukturreform der Hochschulen“ in größerer Zahl auf unterausgelastete Studiengänge stießen. Für die heutige Situation folgt daraus, dass Einschränkungen des Personalbestandes in den Hochschulen sich in der Regel direkt in Einschränkungen der Zahl der Studienplätze niederschlagen müssen, was dazu führen würde, dass die Zahl der abgewiesenen StudienbewerberInnen ansteigen würde.

---

<sup>23</sup> Zu berücksichtigen ist, dass die Berechnungen der KapVo vom Stellenbestand eines Fachbereichs ausgehen, unabhängig davon, ob die Stellen auch besetzt sind. Bleiben Stellen aus finanziellen Gründen unbesetzt und können auch keine Vertretungen oder Lehraufträge finanziert werden, dann handelt es sich bei den berechneten Studienplätzen zum Teil um fiktive Kapazitäten.

## IX. Kosten der Hochschulen und ihre Finanzierung

Die öffentlichen Hochschulen in Deutschland finanzieren ihre Lehraufgaben ausschließlich und ihre Forschungsaufgaben zu einem erheblichen Teil aus der Grundfinanzierung, die sie von den Ländern erhalten. Der Bund beteiligt sich lediglich an der Finanzierung der Investitionen und trägt wesentliche Teile der projekt- oder programmbezogenen Forschungsförderung über Drittmittel.

Übersicht 9: Die Haushalte der Hochschulen und die Herkunft der Mittel im Jahre 2001 (Ist) in T Euro

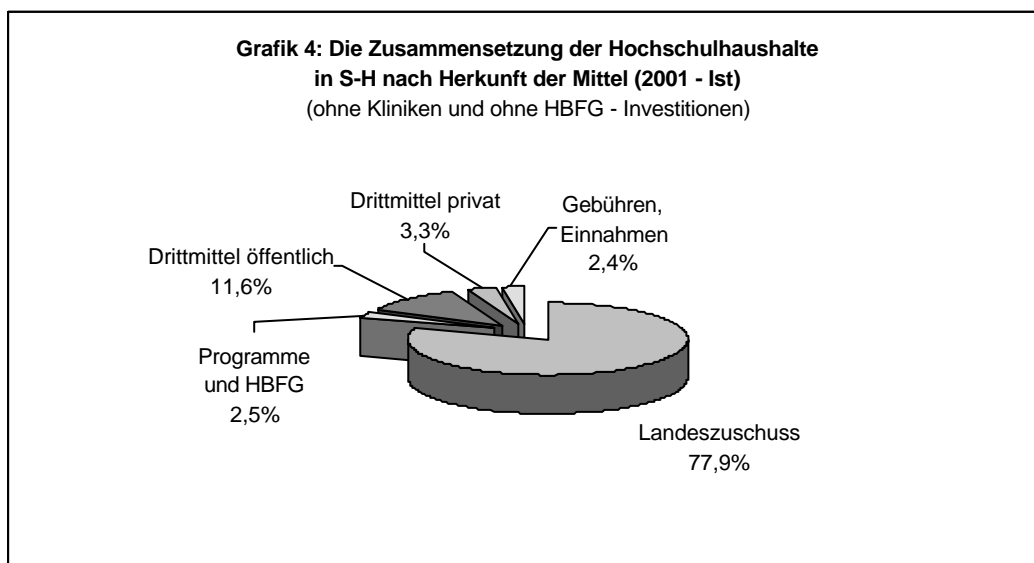
Hochschule	Landes- zuschuss	Programme und HBFG <sup>1</sup>	Drittmittel öffentlich	Drittmittel privat <sup>2</sup>	Gebühren, Einnahmen	Haushalt insges. <sup>3</sup>
Uni Flensburg	10 127	696	1 736	680	22	15 929
Uni Kiel	135 562	3 466	22 745	6 216	4 975	174 803
Uni Lübeck	19 560	847	2 545	900	141	23 993
Musikhs. Lü.	5 002	0	83	0	308	5 393
FH Flensburg	11 406	415	387	628	88	13 944
FH Kiel	19 748	545	417	254	839	22 754
FH Lübeck	13 784	825	5 254	444	352	20 659
Muthesius-H.	3 713	297	21	4	13	4 087
FH Westküste	4 397	112	0	392	65	4 970
<b>Zusammen</b>	<b>223 264</b>	<b>7 202</b>	<b>33 189</b>	<b>9 517</b>	<b>6 803</b>	<b>286 532</b>
<b>Anteil</b>	<b>77,9 %</b>	<b>2,5 %</b>	<b>11,6 %</b>	<b>3,3 %</b>	<b>2,4 %</b>	<b>100%</b>

<sup>1</sup> Nur HBFG-Förderung für Geräte. Größere Baumaßnahmen laufen nicht über die Haushalte der Hochschulen (Vgl. Übersicht 10, Seite 49).

<sup>2</sup> Öffentlich-rechtliche und private Stiftungen, Wirtschaft, Sonstige.

<sup>3</sup> Im Gesamtbetrag enthalten sind Rücklagenentnahme und Reste von Landesmitteln aus dem Vorjahr. Die Auflösung von Resten und Rückstellungen aus Drittmitteln und eigenen Einnahmen sind nicht berücksichtigt.

Quelle: Angaben der Hochschulen im Fragebogen der Kommission.



Defizite in der Grundfinanzierung lassen sich nicht durch eigene Einnahmen, wie z. B. Drittmittel kompensieren. Vielmehr setzt die Einwerbung von Drittmitteln eine Grundausstattung voraus. Es kommt hinzu, dass Drittmittel in der Regel nicht für den normalen Lehrbetrieb eingesetzt werden können. Im Wettbewerb um Drittmittel werden Hochschulen auf Dauer nur bestehen können, wenn eine ausreichende Grundausstattung aus Personal, Räumen und Geräten zur Verfügung steht. Insbesondere für Erfolge im Wettbewerb um Projekte der Forschungsförderungsinstitutionen (DFG, VW-Stiftung, Bund, EU) ist eine angemessene Grundausstattung Voraussetzung. Auf mittlere Sicht würde eine rückläufige Dotierung des Landeszuschusses aufgrund der unvermeidlichen Auswirkungen auf die Grundausstattung einen Rückgang in der Einwerbung von Drittmitteln nach sich ziehen.

## X. Ausgaben des Landes für die Hochschulen

### X.1. Die Situation im Jahre 2002

Das Land hat 2002 aus Landesmitteln rund 265 Mio. Euro für die Hochschulen und 155 Mio. Euro für die Universitätskliniken zur Verfügung gestellt, insgesamt 420 Mio. Euro.

Übersicht 10: Ausgaben des Landes für die Hochschulen und Hochschulkliniken 2002 (Soll) in Mio. Euro

	Landeszuschuss lfd. Betrieb	Bauunterhalt, Kl. Bauten	Investitionen HBFG <sup>1</sup> (Landesanteil)	Summe
Universität Flensburg	10,6	1,1	3,6	15,3
Universität Kiel <sup>2</sup>	135,8	7,0	5,1	147,9
Universität Lübeck <sup>2</sup>	18,9	0,4	3,1	22,4
Universitäten gesamt	165,3	8,5	11,8	185,6
Uniklinik Kiel	76,0	0	10,1	86,1
Uniklinik Lübeck	65,5	1,1	2,3	68,6
Unikliniken gesamt	141,5	1,1	12,4	155,0
Musikhochschule Lübeck	5,1	0,3	0	5,4
FH Flensburg	11,8	0,9	1,4	14,1
FH Kiel	20,3	0,6	3,5	24,4
FH Lübeck	13,8	0,8	0	14,6
Muthesius Hochschule	3,8	0	0	3,8
FH Wedel <sup>3</sup>	2,1	0	0	2,1
FH Westküste	4,5	0	1,5	6,0
FH gesamt	56,3	2,3	6,4	65,0
Allgemeine Bewilligungen <sup>4</sup>	rund 9,4	0	0	9,4
<b>Hochschulen insgesamt</b>	<b>377,6</b>	<b>12,2</b>	<b>3,6<sup>1</sup></b>	<b>420,4</b>

<sup>1</sup> Landesanteil am HBFG. Die Gesamtkosten werden zu 50% vom Bund finanziert.

<sup>2</sup> Einschließlich der Ausgaben der vorklinischen Institute der Medizinischen Fakultäten, die in den Universitätshaushalten veranschlagt sind (rund 5 - 6 Mio. Euro jeweils).

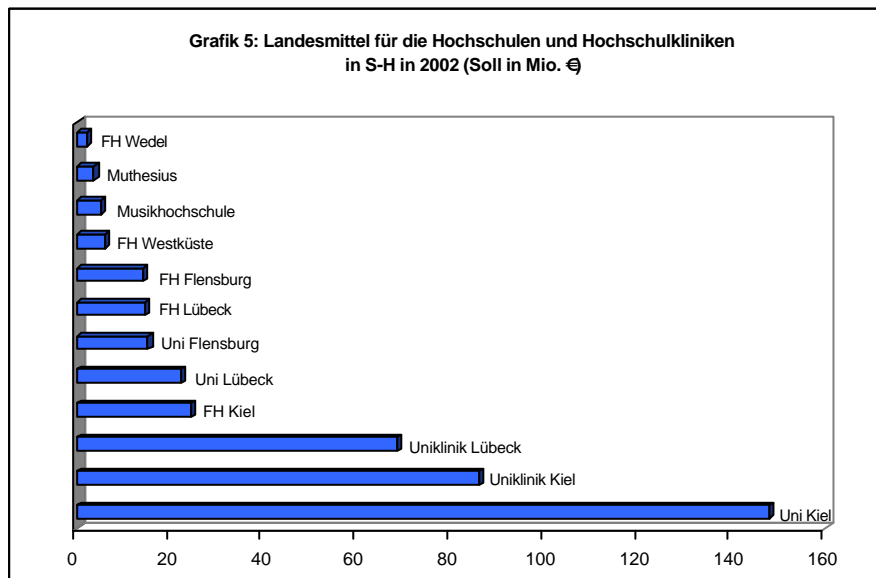
<sup>3</sup> Landeszuschuss an private FH Wedel.

<sup>4</sup> Zentralkapitel des Ministeriums für Überlastmaßnahmen, Informatikprogramm, Hochschul- und Wissenschaftsprogramm etc., ohne Maßnahmen zur Förderung der Studierenden u. ä.

Quelle: Landeshaushaltsplan Schleswig-Holstein. Haushaltsjahr 2003. Einzelplan 07.

Die Universitätskliniken haben 2002 41 % der gesamten HBFG-Investitionsmittel und 38 % der gesamten Landeszuschüsse für den laufenden Betrieb<sup>24</sup> der Hochschulen und Kliniken erhalten. Diese Landeszuschüsse decken neben den Kosten für Lehre und Forschung auch die Kosten für Investitionen sowie die so genannten „Trägerkosten“ ab. „Trägerkosten“ decken die Kosten hoheitlicher Aufgaben, die Defizite der den Kliniken angegliederten Sozialeinrichtungen und Fachschulen sowie Defizite aus der Krankenversorgung.

Mit diesen erheblichen Ausgaben für die Hochschulmedizin werden sowohl Aufgaben der Lehre und der Forschung, als auch „hoheitliche“ Aufgaben der Krankenversorgung - Schleswig-Holstein hat außerhalb des Universitätsklinikums keine weiteren Krankenhäuser der höchsten Versorgungsstufe - und in einem erheblichen Umfang auch die Defizite aus der Krankenversorgung finanziert, die aus der unzureichenden Vergütung seitens der Kassen und PatientInnen entstehen. Die Größenordnung dieser „Subventionierung der Krankenversorgung“ aus Mitteln des Wissenschaftsministeriums liegt bei 65 – 75 Mio. Euro (Schätzwerte), d. h. rund 43 – 50 % der Aufwendungen des Landes für die Medizin<sup>25</sup>.



<sup>24</sup> Hierin sind auch Zuschüsse für Investitionen in Großgeräte enthalten, die zum Teil über HBFG ko-finanziert werden.

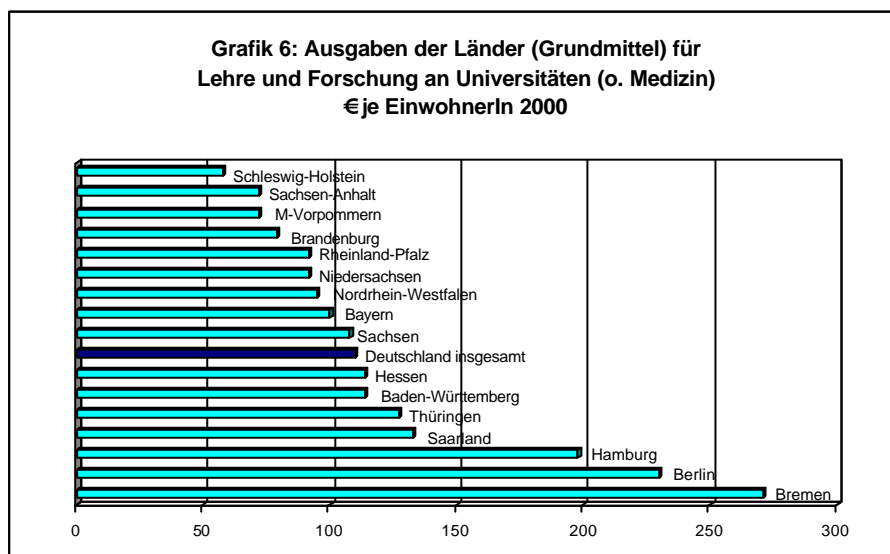
<sup>25</sup> Vgl. Kapitel C.III.1., Seite 79. Diese Schätzung geht von den so genannten Trägerkosten der Kliniken aus (2003: 43 Mio. Euro), die um 25 – 30 Mio. Euro verdeckter Subventionen der Krankenversorgung ergänzt werden, die als „Zuschuss für Forschung und Lehre“ deklariert werden. Fachleute schätzen, dass 25 – 35 % dieses Zuschusses nicht für Lehre und Forschung verwendet werden.

## X.2. Vergleich mit anderen Ländern

Für einen Vergleich der finanziellen Aufwendungen des Landes für seine Hochschulen kommen insbesondere die westdeutschen Flächenländer infrage, weil die Stadtstaaten als Metropolen immer auch für umliegende Regionen ausbilden.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat Schleswig-Holstein im Jahre 2001 einen Gesamtbetrag von 408 Mio. Euro an Landesmitteln für die staatlichen Hochschulen (Grundmittel = Landesmittel ohne Zuweisungen für Investitionen) ausgegeben<sup>26</sup>. (Vgl. Tabelle 5 im Statistischen Anhang) Diese Ausgaben für „Lehre und Forschung“ enthalten die Zuschüsse an die Universitätskliniken, die nur zum Teil für Lehre und Forschung verwendet werden (s.o.). Der Betrag entspricht einem Anteil von 7,27 % am Gesamtetat des Landes. Der vergleichbare Anteil in den westdeutschen Flächenländern liegt bei 8,89 %<sup>27</sup>. (Vgl. Tabelle 5 im Statistischen Anhang)

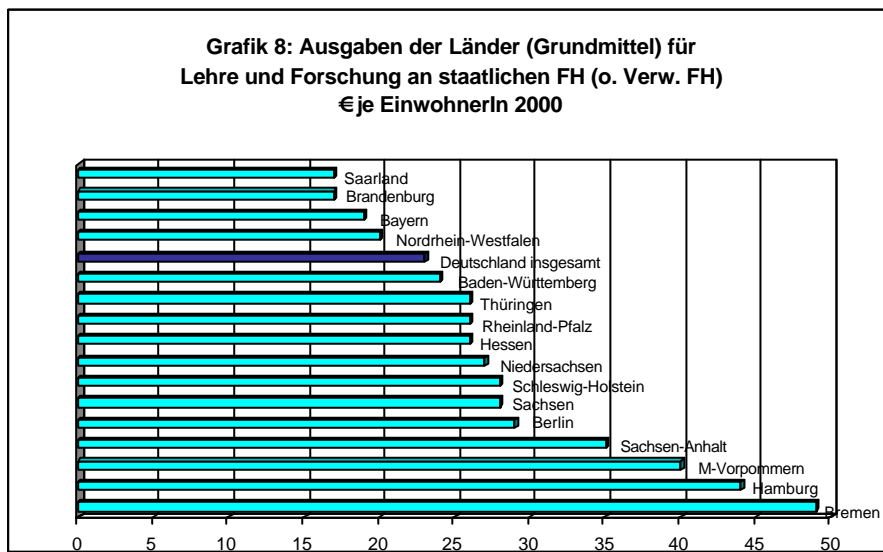
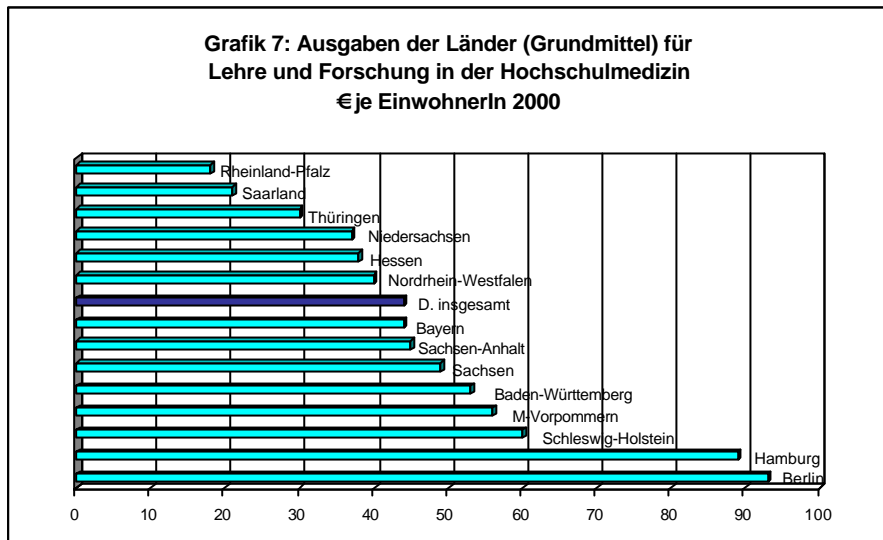
Die unterdurchschnittliche Höhe der Ausgaben des Landes für seine Hochschulen wird besonders deutlich, wenn die Ausgaben auf die Zahl der EinwohnerInnen bezogen werden. 2000 kommen in Schleswig-Holstein 146 Euro Landesmittel auf eine/n EinwohnerIn. In Hamburg sind es 297 Euro je EinwohnerIn und der Mittelwert für die westdeutschen Flächenländer liegt bei 184 Euro. Alle Bundesländer haben im Mittel 192 Euro je EinwohnerIn ausgegeben. Schleswig-Holstein liegt 21 % unter diesem Mittelwert<sup>28</sup>.



<sup>26</sup> Statistisches Bundesamt. Bildung und Kultur. Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2000. Fachserie II, Reihe 4.3.2. Wiesbaden 2002. Finanzstatistische Kennzahlen für die Hochschulen auf der Basis der Haushaltsansatzstatistik der staatlichen Haushalte, S. 18. Der Betrag enthält die Ausgaben für die Verwaltungsfachhochschule, dagegen nicht den Zuschuss an die private FH Wedel.

<sup>27</sup> Beim Indikator „Anteil am Gesamtetat“ ist ein Vergleich zwischen Flächen- und Stadtstaaten nicht zulässig, weil in den Stadtstaaten keine Kommunalebene vorhanden ist.

<sup>28</sup> Das Bruttoinlandsprodukt liegt in Schleswig-Holstein mit 22 283 Euro um 14,7 % unter dem Vergleichswert der westdeutschen Bundesländer. Auch in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt gibt Schleswig-Holstein weniger für seine Hochschulen aus als andere Länder. Die Ausgaben des Landes für Hochschulen hatten in Schleswig-Holstein 2001 einen Anteil von 0,65 % am Bruttoinlandsprodukt. Der Vergleichswert lag in Hamburg bei 0,70 % und im Mittel der westdeutschen Flächenländer bei 0,69 %. Der Bezug der Ausgaben für die Hochschulen auf das Bruttoinlandsprodukt ist insofern nur eingeschränkt sinnvoll, als die Finanzkraft eines Landes nicht allein von der mit dem Bruttoinlandsprodukt gemessenen Wirtschaftskraft abhängt, sondern ebenso vom Finanzausgleich.



Grundmittel: Landesmittel für Personal-, Sach- und Investitionsausgaben.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt. Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

**Übersicht 11: Landesmittel für die Hochschulen (inkl. Medizin) je EinwohnerIn im Jahre 2001**

146 €	in Schleswig-Holstein
297 €	in Hamburg
184 €	in westdeutschen Flächenländern
192 €	in Deutschland

Von diesen 146 Euro je EinwohnerIn für die Hochschulen gehen in Schleswig-Holstein rund 60 Euro in die Universitätskliniken, in Hamburg sind es 89 Euro. Die Vergleichszahl für die westdeutschen Flächenländer liegt bei 42 Euro<sup>29/30</sup>.

Für Lehre und Forschung außerhalb der Medizin gibt Schleswig-Holstein je EinwohnerIn 88 Euro aus, das ist ein Drittel weniger als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer.

**Übersicht 12: Landesmittel für die Hochschulen (ohne Medizin) je EinwohnerIn im Jahre 2000**

88 €	in Schleswig-Holstein
242 €	in Hamburg
133 €	in westdeutschen Flächenländern
142 €	in Deutschland

### X.3. Finanzbedarf des bestehenden Hochschulsystems

Aus der Analyse der Hochschul- und Fächerstruktur folgt für den Finanzbedarf des schleswig-holsteinischen Hochschulsystems:

1. Schleswig-Holstein hat je 100 000 EinwohnerInnen rund 35 % weniger Studierende als der Durchschnitt der Bundesländer, bei den StudienanfängerInnen ist der Unterschied mit 38 % noch etwas größer. Aus dieser unterdurchschnittlichen „Studierendendichte“ folgt, dass das schleswig-holsteinische Hochschulsystem relativ zur Bevölkerung bei vergleichbarer Fächerstruktur, Kosten und Auslastung der Studienplätze einen geringeren Finanzbedarf haben müsste als Hochschulsysteme anderer Länder.
2. In die gleiche Richtung wirkt der überdurchschnittlich hohe FH-Anteil. Da an der Universität die Lehre gemeinsam mit der Forschung organisiert ist, liegt der Finanzaufwand für einen Studienplatz an Fachhochschulen niedriger als an Universitäten.<sup>31</sup> Damit führt der in Schleswig-Holstein überproportionale FH-Anteil (von 100

<sup>29</sup> Die Aufwendungen für die vorklinischen Institute sind von den Statistischen Ämtern hier den Hochschulkliniken zugerechnet worden.

<sup>30</sup> Die nach Hochschulen und Hochschulmedizin differenzierten Angaben beziehen sich auf 2000. Neuere Daten liegen nicht vor.

<sup>31</sup> Nach den HIS-Ausstattungsvergleichen norddeutscher Fachhochschulen und Universitäten 2000 betragen die jährlichen Gesamtkosten je Studienplatz (unabhängig von der aktuellen Auslastung) für das Jahr 2000:

	Uni Kiel	FH Kiel
Elektrotechnik/Materialwissenschaften	7 360 €	4 800 €
Informatik	5 930 €	-
Betriebswirtschaft	3 940 €	3 070 €

StudienanfängerInnen in Schleswig-Holstein beginnen 41 an einer FH; bundesweit sind es 26) zu geringeren mittleren Kosten je Studienplatz im Vergleich zu Hochschulsystemen anderer Länder, die mehr Studienplätze an Universitäten haben.

3. Dagegen führt der hohe Medizinanteil an den Studienplätzen zu überdurchschnittlich hohen mittleren „Kosten“ je Studienplatz. Legt man die Zuschüsse des Landes für die Hochschulmedizin (Kliniken sowie Vorkliniken) auf die Zahl der Studienplätze in der Medizin um, so folgt daraus für 2001 ein Mittelwert von rund 307 T Euro<sup>32</sup> je Medizinstudienplatz. Gemessen am entsprechend berechneten Mittelwert der laufenden Aufwendungen für einen „nichtmedizinischen“ Studienplatz der Universität Kiel, der für 2001 bei rund 34 T Euro liegt, „kostet“ ein Medizinstudienplatz das Land fast das Zehnfache eines „nichtmedizinischen“ Studienplatzes an einer Universität<sup>33</sup>.
4. Weitere Struktureffekte - wie z. B. der an den Universitäten des Landes über dem Durchschnitt liegende Anteil der relativ „teuren“ Naturwissenschaften - fallen in ihrer Wirkung auf die Durchschnittskosten kaum ins Gewicht, zumal die ebenfalls „teuren“ Ingenieurwissenschaften an den Universitäten nur unterdurchschnittlich vertreten sind.
5. Als Folge dieser Strukturmerkmale des Hochschulsystems liegen die durchschnittlichen „Kosten“ eines Studienplatzes in Schleswig-Holstein höher als in vielen anderen Ländern, die mehr Studienplätze in den „billigen“ Geistes- und Sozialwissenschaften und vor allem weniger in der extrem kostenaufwendigen Medizin haben.

Vergleiche der „durchschnittlichen Kosten je Studienplatz“ zwischen Ländern mit unterschiedlichen Hochschulstrukturen müssen zu verzerrten Ergebnissen führen und ohne Berücksichtigung dieser Verzerrungen auch zu falschen Schlussfolgerungen. Diese Kennzahl sagt nichts aus über die finanzielle Ausstattung eines Hochschulsystems und über die „Angemessenheit“, mit der ein Land sein Hochschulsystem finanziell unterstützt. Der aus der amtlichen Finanzstatistik kalkulierte und von den Statistischen Ämtern veröffentlichte Durchschnittswert der „Landesausgaben für die Hochschulen je Studierenden“ enthält diese Verzerrungen. Für Schleswig-Holstein beträgt diese Kennzahl 10 898 Euro. Die Vergleichszahl für Hamburg liegt bei 7 851 Euro und die für Deutschland liegt bei 9 873 Euro<sup>34</sup>. Der überdurchschnittliche Wert für Schleswig-Holstein ist jedoch kein Indiz für eine „überdurchschnittliche Mittelausstattung“

Von diesen Gesamtkosten werden nach einer Konvention an den Universitäten 50 – 60 % (in Abhängigkeit von der Personalstruktur und dem Fach) und an den Fachhochschulen 5 % der Kosten dem Kostenträger Forschung und Entwicklung zugerechnet. Eingeworbene Drittmittel für FuE-Projekte werden zu 100 % FuE zugerechnet. Bei Anwendung dieser fach- und institutionenspezifischen FuE-Koeffizienten betragen die jährlichen Kosten der Lehre bezogen auf die tatsächliche Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit im Jahre 2000:

	Uni Kiel	FH Kiel
Elektrotechnik	22 340 €	10 740 €
Informatik	5 060 €	-
Betriebswirtschaft	1 940 €	2 920 €

Diese (empirischen) jährlichen Kosten je Studierenden wurden für das Jahr 2000 berechnet und sind vor allem von der aktuellen Zahl der Studierenden und damit der Auslastung der Kapazitäten abhängig.

<sup>32</sup> Für 2002 beträgt der Landesschuss für die Hochschulmedizin insgesamt 155 Mio. Euro (Vgl. Übersicht 10, Seite 49). Für die Vorkliniken kommen rund 11 Mio. Euro hinzu. Bei 326 Studienplätzen in Kiel und 215 Studienplätzen in Lübeck ergibt dies mittlere „Kosten“ von 307 T Euro je Studienplatz. Diese „Kostenrechnung“ differenziert nicht zwischen Trägerkosten für das Klinikum und Kosten für Forschung und Lehre. Der Mittelwert für die alten Bundesländer liegt für 2000 bei 240 T Euro je Studienplatz (ohne Investitionsmittel). Quelle: Forschungslandkarte Hochschulmedizin 2002.

<sup>33</sup> Die grobe Kalkulation der „Kosten“ eines nichtmedizinischen Studienplatzes bezieht sich auf die Daten der Universität Kiel. Bei einem Landeszuschuss in Höhe von 148 Mio. Euro abzüglich 6 Mio. Euro für die vorklinischen Institute (Soll 2002) ergeben sich bei 4 131 StudienanfängerInnen (2001, ohne Medizin) mittlere Kosten in Höhe von 34 T Euro je Studienplatz außerhalb der Medizin.

<sup>34</sup> Statistisches Bundesamt: Hochschulstatistische Kennzahlen. Teil A: Monetäre Kennzahlen. Wiesbaden 2002.



der Hochschulen in Schleswig-Holstein, sondern das Resultat der Tatsache, dass die schleswig-holsteinischen Hochschulen überproportional viele der besonders „teuren“ Medizinstudienplätze anbieten.

Die bildungsökonomische Betrachtung der von Schleswig-Holstein für seine Hochschulen aufgewendeten Landesmittel führt zu folgendem Fazit:

1. Schleswig-Holstein gibt für seine Hochschulen (ohne Medizin) pro Kopf der Bevölkerung mit 88 Euro rund ein Drittel weniger aus als die vergleichbaren westdeutschen Flächenländer.
2. Dagegen wendet Schleswig-Holstein für die Hochschulmedizin (Klinik und Vorklinik) mit rund 60 Euro pro Kopf der Bevölkerung deutlich mehr aus als der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer, die auf 42 Euro pro Kopf kommen. Von diesen Ausgaben für die Hochschulmedizin dient allerdings ein Anteil von 40 -50 % der „Subventionierung“ der Krankenversorgung und der Finanzierung von Landesaufgaben der medizinischen Versorgung der Bevölkerung (Vgl. Kapitel B.X., Seite 50)
3. Durch Addition der unterdurchschnittlichen Ausgaben für die Hochschulen und der überdurchschnittlichen Ausgaben für die Kliniken ergibt sich für Schleswig-Holstein mit 146 Euro pro Kopf ein Wert, der lediglich 20,7 % unterhalb des Vergleichswertes der westdeutschen Flächenländer (184 Euro) liegt.
4. Damit werden die hohen Ausgaben für die Hochschulmedizin und die darin enthaltenen Landesmittel zur „Subventionierung“ der Krankenversorgung zu den zentralen Problemen der Hochschulfinanzierung in Schleswig-Holstein.

## XI. Finanzielle Situation der Hochschulen

Das Land hatte den Hochschulen im Herbst 2001 angeboten, den Landeszuschuss in der Laufzeit der Mittelfristigen Finanzplanung ausgehend vom Niveau des Jahres 2002 im Umfang der Hälfte der Gehaltssteigerungen zu erhöhen. Die Hochschulen sollten die andere Hälfte der jährlichen Gehaltssteigerungen und den vollen Umfang der Preiserhöhungen bei den Sachausgaben aus Rationalisierungen und Bewirtschaftungsmaßnahmen mit Hilfe des ihnen zugewiesenen Globalbudgets decken.

Land und Hochschulen haben sich nicht auf einen diesen Ansatz aufnehmenden Abschluss von Zielvereinbarungen verständigt. Die Landeszuschüsse an die Hochschulen blieben für 2002 mit rund 226,7 Mio. Euro weitgehend unverändert, d. h. die Preis- und Lohnsteigerungen mussten von den Hochschulen aus nominal unveränderten Budgets finanziert werden. Die Hochschulen konnten ihre Budgets nur dadurch ausgleichen, dass aus Minderausgaben in den Vorjahren gebildete Reserven aufgelöst wurden und weitere Personalstellen unbesetzt bleiben mussten.

Der im Dezember 2002 verabschiedete Landeshaushalt 2003 bedeutet für die Hochschulen ein „Überrollen“ der Ansätze des Jahres 2002. Für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein soll der Landeszuschuss um 2,6 Mio. Euro (rund 2 %) reduziert werden (Vgl. Kapitel C.III.1., Seite 79). Da bei den Sachmitteln kein nennenswerter Spielraum für Einsparungen besteht<sup>35</sup>, bleibt den Hochschulen keine andere Möglichkeit, als die durch den Landeszuschuss künftig nicht gedeckten Personalkostenerhöhun-

---

<sup>35</sup> Der Anteil der Sachausgaben einschließlich der über die Hochschulhaushalte finanzierten Geräteinvestitionen beträgt 20-25 %. In diesen „Sachausgaben“ sind im Umfang von 5 - 10 Prozentpunkten Personalausgaben für Hilfskräfte, Lehraufträge u. ä. enthalten.

gen dadurch zu finanzieren, dass sie auf die (Wieder-)Besetzung weiterer freierwerdender Stellen verzichten und Personal abbauen.

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung der Kommission (Stichtag 01.04.2002) hatten die Hochschulen des Landes 3 281 von insgesamt 3 746 der im Landeshaushaltsplan für 2002 ausgewiesenen Stellen besetzt (Angaben ohne Hochschulkliniken). Im Mittel betrug die Stellenbesetzungsquote 87,6 %.

Die Hochschulen haben in den Antworten auf die Fragen der Kommission und bei den Besuchen in der Regel folgende Position vertreten:

1. Für die Realisierung der gemeinsamen mit dem Land vereinbarten Ausbauprojekte, für die die notwendigen Bauten teilweise bereits fertig gestellt wurden, müssten die erforderlichen zusätzlichen Personal- und Sachmittel vom Land - gestreckt über einen mehrjährigen Zeitraum - bereitgestellt werden.
2. Der Landeszuschuss müsse so bemessen sein, dass der mit dem Land vereinbarte und im Landeshaushalt dokumentierte Stellenplan finanziert werden könne (Ausfinanzierung der Stellenpläne).
3. Personalkostensteigerungen aufgrund von Lohn- und Gehaltsveränderung sowie der Personalzusatzkosten müssten vom Land übernommen werden.

Die Hochschulen haben den Finanzmehrbedarf für die Ausfinanzierung der Stellenhaushalte für 2002 auf 13,3 Mio. Euro kalkuliert. Hinzu kommen Aufstockungen für die unzureichenden Ansätze bei der Bauunterhaltung, für Berufungsverhandlungen und für den Landesanteil bei Modellversuchen in Höhe von rund 9 Mio. Euro jährlich. Weitere finanziell nicht abgedeckte Kostensteigerungen entstehen durch die Inbetriebnahme neuer Gebäude, durch die Ausstattung von Juniorprofessuren und durch Preissteigerungen im Sachhaushalt. Schließlich verweisen die Hochschulen, deren Ausbau noch nicht abgeschlossen ist (Universität Flensburg, Technische Fakultät Universität Kiel, Universität Lübeck, Musikhochschule Lübeck, Muthesius Hochschule, FH Westküste), auf den Bedarf an zusätzlichen Personal- und Sachmitteln für die weiteren Ausbaustufen. Auf die Wiedergabe dieser zu erheblichen Finanzanforderungen führenden, im Einzelnen jeweils gut begründeten Mittelanforderungen soll hier verzichtet werden.

Kalkuliert wird nachfolgend der Finanzbedarf für die Personalkosten in zwei alternativen Varianten:

- Variante I: Ausgegangen wird vom Personalbestand am 01.04.2002. Damit wird die unterschiedlich hohe Stellenbesetzungsquote festgeschrieben. Berechnet werden die Mehrkosten aus einer tariflichen Erhöhung der Lohn- und Gehaltskosten um einen Prozentpunkt.
- Variante II: Ausgegangen wird vom Stellenbestand laut Landeshaushalt 2002, wobei jedoch angenommen wird, dass 4 % der Stellen im Durchschnitt fluktuationsbedingt unbesetzt bleiben. Berechnet werden die Mehrkosten für die Besetzung von 96 % der Stellen sowie die Mehrkosten aus einer tariflichen Erhöhung der Lohn- und Gehaltskosten um einen Prozentpunkt.

Die Kalkulation (siehe Übersicht 13) ergibt für die Hochschulen (ohne Universitätskliniken):

- in Variante I einen Finanzmehrbedarf von jährlich 1,64 Mio. Euro pro Prozentpunkt Tarifierhöhung.

- in Variante II einen Finanzmehrbedarf von jährlich 15,8 Mio. Euro Basiseffekt für 96 % Ausfinanzierung des Stellenhaushalts plus 1,64 Mio. Euro pro Prozentpunkt Tarifierhöhung.

Bei einem Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt der Hochschulen in Höhe von 80 – 85 % lassen sich Personalkostenerhöhungen nicht durch eine Erhöhung des Landeszuschusses ausgleichen. Daraus folgt, dass pro Prozentpunkt der Personalkostensteigerung eine Kürzung des Personalbestandes um rund 33 Beschäftigte unausweichlich ist. Entsprechend würde der Bestand an Studienplätzen zurückgehen.

Aktuell steht die Höhe der Besoldungsänderungen für 2003 noch nicht fest. Unterstellt man eine mittlere Erhöhung der Personalkosten je Beschäftigten/r um 2 % (alternativ um 3 %), dann sinkt die Zahl der aus Landesmitteln bezahlten Hochschulbeschäftigten im Jahre 2003 um 66 – 99 Personen (Hochschulen ohne Universitätsklinikum Schleswig-Holstein).

**Übersicht 13: Kalkulation des jährlichen Finanzmehrbedarfs für die Erhöhung der Personalgesamtkosten um 1 % bei konstantem Personalbestand (Variante I) und bei Erhöhung der Stellenbesetzungsquote auf 96 % (Variante II)**

Hochschule	Stellenbestand 2002	Besetzte Stellen 01.04.2002	Besetzungsquote 01.04.2002	Finanzmehrbedarf für 1% Personalmehrkosten <sup>1</sup>	
				2003 Variante I €	2003 Variante II €
Universität Flensburg	179	163	91,6 %	82 T	0,5 Mio.
Universität Kiel <sup>2</sup>	2 271	1 954	86,0 %	980 T	12,3Mio.
Universität Lübeck <sup>3</sup>	329	283	86,0 %	142 T	1,8 Mio.
Musikhochschule Lübeck	64	56	87,5 %	28 T	0,3 Mio.
FH Flensburg	211	192	91,1 %	96 T	0,6 Mio.
FH Kiel	313	302	96,5 %	151 T	0,2 Mio.
FH Lübeck	248	216	86,9 %	108 T	1,2 Mio.
Muthesius Hochschule	59	49	83,1 %	25 T	0,4 Mio.
FH Westküste	72	65	89,6 %	33 T	0,2 Mio.
<b>Summe staatl. Hochschulen</b>	<b>3 746</b>	<b>3 281</b>	<b>87,6 %</b>	<b>1 640 T</b>	<b>17,4 Mio.</b>

<sup>1</sup> Kalkulationsannahmen

- Kosten je Stelle 2002 im Mittel 50.000 Euro
- Variante I: Personal (Besetzte Stellen) 01.04.2002 bleibt konstant. 1 % Personalkostenerhöhung
- Variante II: Besetzungsquote wird auf 96 % erhöht. 1 % Personalkostenerhöhung

<sup>2</sup> Einschließlich Vorklinik, aber ohne Klinikum.

<sup>3</sup> Nur Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, keine Berücksichtigung der Universitätsverwaltung.

Quelle: Berechnungen nach Angaben der Hochschulen.

## XII. Zusammenfassende Bewertung

Das Land Schleswig-Holstein hat mit der schrittweisen Umsetzung des Landeshochschulplans von 1991 das Ziel verfolgt, das Hochschulsystem erheblich zu erweitern, um Defizite in der Versorgung des Landes mit Studienplätzen abzubauen und der Abwanderung eines nennenswerten Teils der Jugend zum Studium in Hochschulen anderer Länder entgegenzuwirken. Zugleich wurden mit den Universitätsneugründungen in Lübeck und Flensburg und der FH-Neugründung an der Westküste in Heide bewusst Impulse für die regionale wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung gegeben. Dies war auch vorrangiges Ziel der Gründung der Technischen Fakultät an der Universität in Kiel.

Das Land hat beachtliche finanzielle Aufwendungen für die Errichtung neuer Hochschulbauten geleistet und bis hinein in die zweite Hälfte der 90er Jahre auch die Landesmittel für Personal- und Sachaufwendungen gesteigert. 1997 wurden die Ausbauziele für die seinerzeit unterausgelasteten Ingenieurwissenschaften an den Fachhochschulen und ebenso für die Technische Fakultät der Universität in Kiel revidiert. Infolge der zunehmend schwieriger werdenden Lage des Landeshaushalts kam es in den letzten Jahren zu einer Auseinanderentwicklung von Erweiterung baulicher Kapazitäten einerseits und dem vom Land zu tragenden Personal- und Sachaufwand andererseits.

Die in den 90er Jahren gemeinsam von Hochschulen und Land gesetzten, teilweise 1997 zurückgenommenen Ausbauziele sind an mehreren Hochschulen noch nicht erreicht. Erhebliche zusätzliche Landesmittel wären hierfür erforderlich, insbesondere für den weiteren Ausbau der Universität Flensburg und der Technischen Fakultät der Universität Kiel, für den Endausbau der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Lübeck sowie für den weiteren Ausbau der FH Westküste. Auch der seit 1991 vom Land geplante Ausbau der Musikhochschule Lübeck sowie das vom Land verfolgte Konzept, die Muthesius Hochschule zu einer wissenschaftlichen Kunsthochschule fortzuentwickeln, lässt sich nur mit erheblichen zusätzlichen Landesmitteln verwirklichen.

Das Land gibt seit einiger Zeit zu erkennen, dass es keine Möglichkeiten sieht, die Landesmittel für den Betrieb des Hochschulsystems nennenswert auszuweiten. Es wurde bislang aber noch davon abgesehen, die seinerzeit vereinbarten Ausbauziele, die 1997 zum Teil verändert wurden, zu revidieren. Vielmehr wurde die Strategie verfolgt, den begonnenen Ausbau durch Mittelverlagerungen aus den Universitätskliniken, durch Konzentration der LehrerInnenbildung, Abbau unterausgelasteter Studienplätze und durch Einschränkung der Ausstattung der vorhandenen Fächer zu erreichen.

Die Kommission kommt zusammenfassend zu folgender Bewertung der Ausgangslage, die maßgebend ist für die Empfehlungen zur künftigen Entwicklung des Hochschulsystems in Schleswig-Holstein:

11. Im Vergleich mit anderen Ländern ist das Hochschulsystem in Schleswig-Holstein unterdimensioniert. Erheblich mehr Jugendliche verlassen das Land zum Studium als Jugendliche aus anderen Ländern zum Studium ins Land kommen.
12. Im Vergleich mit anderen Ländern stellt das Land seinen Hochschulen deutlich weniger Landesmittel je EinwohnerIn zur Verfügung.

13. Ein überproportionaler Teil der Landesmittel für Lehre und Forschung fließt in die Hochschulkliniken und davon dient ein erheblicher Teil der Abdeckung von Finanzierungsdefiziten der Krankenversorgung.
14. Im Gegensatz zur Situation Mitte der 90er Jahre gibt es nur noch wenige Studiengänge in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, die keine volle Auslastung haben. Damit gibt es kaum noch Potenzial für Einsparungen in diesem Bereich, wenn man nicht in Kauf nehmen will, dass die Einsparungen zum Abbau nachgefragter, ausgelasteter Studienplätze führen.
15. Bei den Fachhochschulen und ebenso bei den Universitäten gibt es eine Reihe von Studiengängen, die mehrfach im Land angeboten werden, einige mit relativ kleinen Betriebsgrößen und nicht immer voll ausgelastet. Insbesondere die Ingenieurfachbereiche haben ihr Studienangebot breit aufgefächert, um mehr StudienanfängerInnen zu gewinnen und um ihren Personalbestand zu sichern.
16. Die Personalausstattung der einzelnen Fächer und Studiengänge ist vielfach geringer als an vergleichbaren Hochschulen anderer Länder, nicht selten wird die notwendige Grundausstattung eben erreicht, manchmal auch schon unterschritten. Dadurch ist die Position der schleswig-holsteinischen Hochschulen im überregionalen Wettbewerb um hochqualifizierte, mobile Studierende, um qualifizierte NachwuchswissenschaftlerInnen, um ProfessorInnen und um größere Drittmittelprojekte gefährdet. In manchen Fächern ist die Wettbewerbsfähigkeit nicht gegeben.
17. Leistungen in der Lehre hat die Kommission nur hinsichtlich einiger quantifizierbarer Indikatoren bewerten können. Sie hat den Eindruck gewonnen, dass die meisten Fachbereiche trotz teilweise unübersehbarer Ausstattungsdefizite eine Ausbildung auf hohem Niveau gewährleisten. Die von den Hochschulen zu Recht abgeforderte systematische Evaluation wird mehr und mehr Praxis. In einigen Fachbereichen sind indes Defizite wegen überlanger Studienzeiten und hoher Drop-out-Quoten nicht zu übersehen. Hier fehlt es gelegentlich an einem ausreichenden Bewusstsein für diese Mängel und an dem notwendigen konsequenten Bemühen um Abhilfe.
18. Die üblichen der Wissenschaft angemessenen quantitativen Kennzahlen für die Feststellung der Leistungen in der Forschung lassen Schwerpunkte mit besonderen Forschungsleistungen deutlich werden. Fast durchgängig zeigt sich für die experimentellen Fächer, dass größere drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte vor allem dort verfolgt werden, wo WissenschaftlerInnen der Universitäten mit WissenschaftlerInnen der universitätsnahen außeruniversitären Forschungsinstitute des Landes dauerhaft eng kooperieren. Hervorzuheben sind hier das Forschungszentrum Borstel, Institute der Bundesanstalt für Milchforschung, das Institut für Meereskunde, Geomar und die GKSS. Dieser Befund spricht zum einen für die Leistungsfähigkeit und die Kooperationsbereitschaft der Forschungsinstitute, er mag aber auch ein Hinweis darauf sein, dass an den Universitäten die Ausstattung vieler Fächer nicht ausreicht, um erfolgreich z. B. im Wettbewerb um SFB bestehen zu können.
19. Bei der Finanzierung der Hochschulen durch das Land wird nicht hinreichend erkennbar, dass sich die Verteilung des Landeszuschusses und seine Veränderungen an Leistungen bemessen. Ebenso fehlt es in den Hochschulen selbst vielfach an transparenten Verfahren einer leistungsorientierten Mittel- und Personalausstattung.

20. Die Hochschulpolitik vermittelt bislang noch den Eindruck, es gehe auch bei insgesamt nicht länger wachsenden und neuerdings real sinkenden Mitteln primär um die Realisierung der Ziele des Landeshochschulplans 1991, die angesichts der tatsächlich den Hochschulen zur Verfügung gestellten Finanzmittel unrealistisch geworden sind.
21. Für die Kommission ist eine aktive, auf die Hochschulen gerichtete Forschungs- und Forschungsförderungspolitik nicht erkennbar geworden. Insbesondere fehlt es an einem zentralen Budget für den Aufbau und die temporäre Unterstützung von Forschungsschwerpunkten, zur Stärkung der Grundausstattung für größere Drittmittelprojekte und ebenso zur Finanzierung von FH-adäquaten Kooperationsprojekten mit der Wirtschaft (Innovationsfond). Die Hochschulpolitik wird primär durch die Ausbildungsfunktion der Hochschulen und dazugehörige Kategorien wie Studienplätze, Studierende und Auslastung bestimmt, wobei die Finanzlage seit einigen Jahren die Spielräume des Landes und der Hochschulen empfindlich einschränkt.

Bei dieser Ausgangslage liegt es aus Hochschulsicht nahe, dem Land zu empfehlen, die unübersehbare Unterfinanzierung des Hochschulsystems abzubauen und an den Ausbauzielen des Landeshochschulplans festzuhalten. Eine solche Politik verlangt nach erhöhter Priorität für den Hochschulsektor und erfordert auf Dauer erhebliche zusätzliche Landesmittel.

Die Kommission geht von den vorliegenden Fakten zur Finanzlage des Landes aus und sieht davon ab, Vorschläge zu unterbreiten, die nennenswerte Zuwächse des Landeszuschusses für die Hochschulen zur Folge haben. Bei ihren Überlegungen für die weitere Entwicklung der Hochschulen unterstellt sie, dass das Land die aktuelle Finanzbasis der Hochschulen für die Zukunft sichert und dass Einsparungen, die durch Verlagerungen und Kapazitätseinschränkungen entstehen, im Hochschulsystem verbleiben.

Die Kommission legt mit diesem Bericht ein Konzept für eine auf mehrere Jahre ausgerichtete Entwicklung vor. Innerhalb eines mittelfristig angelegten und damit Planungssicherheit gewährleistenden Finanzrahmens soll die Qualität des Gesamtsystems durch Optimierung des Mitteleinsatzes gesteigert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder zurück zu gewinnen. Die vorgeschlagenen Restrukturierungsmaßnahmen, zu denen sowohl Konzentrationsmaßnahmen und Kapazitätseinschränkungen als auch einige Ausbauvorschläge gehören, sind aufeinander bezogen und als Paket auf die Entwicklung des Gesamtsystems ausgerichtet. Zu dem Restrukturierungskonzept gehören ebenso die von der Kommission empfohlenen Maßnahmen zur Koordinierung der Entwicklung der einzelnen Hochschulen, die Vorschläge für einen Hochschulpakt von Land und Hochschulen sowie die Empfehlungen zum Hochschulmanagement. Einzelne Maßnahmen lassen sich nicht ohne Schaden für das Ganze aus diesem durch Interdependenz bestimmten Gefüge herauslösen.

# C. Empfehlungen zur künftigen Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein

## I. Einleitung

Im Sinne ihres Auftrags hat sich die Kommission darum bemüht, im Spannungsfeld von unvollendeten Ausbauplänen, unterfinanzierter Grundausstattung und großem persönlichem Engagement mit bemerkenswerten Leistungen in Forschung und Lehre einerseits und der seit Jahren außerordentlich schwierigen finanziellen Lage des Landes andererseits ein für die Hochschulen und das Land gleichermaßen tragfähiges und finanzierbares Konzept zu entwerfen, das den Hochschulen des Landes eine verlässliche Basis für erfolgreiches Arbeiten im nationalen und internationalen Wettbewerb liefern kann. Dazu ist es nicht zu umgehen, Ziele des Hochschulausbaus, die in Schleswig-Holstein in den 90er Jahren unter anderen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen in optimistischer Einschätzung von Wirtschaftswachstum und öffentlicher Finanzbasis formuliert wurden, zur Disposition zu stellen. Da eine signifikante und dauerhafte Ausweitung der Landesmittel in den kommenden Jahren unrealistisch ist, müssen Ausbaupläne revidiert und strukturelle Einschnitte vollzogen werden. Nur dann wird das konsolidierte, in seinen Kapazitäten den finanziellen Möglichkeiten angepasste Hochschulsystem des Landes wettbewerbsfähig bleiben können.

Die Kommission sieht, dass dies an einigen Hochschulen schmerzhaft Veränderungen nach sich ziehen wird und für manche engagierten WissenschaftlerInnen, die im Vertrauen auf Hochschulentwicklungsziele der 90er Jahre erfolgreiche Arbeit geleistet haben, einen Neuanfang, bisweilen an einer anderen Hochschule des Landes, zur Folge haben wird. Die Kommission sieht jedoch im Interesse des Erhalts der Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems Schleswig-Holsteins keine realistischen Alternativen zu den vorgeschlagenen Restrukturierungen. Die Empfehlungen sind als Gesamtpaket zu verstehen, das bei rascher und konsequenter Umsetzung den schleswig-holsteinischen Hochschulen eine neue Perspektive geben wird.

Für die Kommission sind folgende Gesichtspunkte und Kriterien wichtig:

- Die Leistungen in Forschung und Lehre. Die Kommission hat als Indikatoren quantitative Leistungskennziffern verwendet, ohne daraus in einem regelhaften Automatismus Schlüsse zu ziehen.
- Die heutige Auslastung der für die Lehre geschaffenen Studienkapazitäten gemessen an quantitativen Kennziffern und unter Berücksichtigung bisheriger Entwicklungstrends der Nachfrage von Studierenden.
- Entwicklungskonzepte der Fachbereiche auch im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit von Studienstrukturen, auf die Internationalität und die Fähigkeit im Wettbewerb der Wissenschaft bestehen zu können.
- Leistungen und Leistungspotenziale von Fächern für Wirtschaft und Gesellschaft des Landes Schleswig-Holstein.

Für die Kommission war es wichtig, bei diesen Strukturüberlegungen die finanziellen Konsequenzen im Blick zu behalten. Sie hat deswegen bei der Dimensionierung der Fachgebiete nach dem Finanzaufwand und der Zahl der Studienplätze gefragt, ebenso nach deren Anteil im Verhältnis zu korrespondierenden Anteilswerten in anderen norddeutschen Ländern.

Wie oben dargestellt finden sich die Hochschulen – jeweils in ihrem Aktionsfeld – einem sich zunehmend verschärfenden Wettbewerb ausgesetzt. Der Wettbewerb wird künftig noch zunehmen, wenn die Landesmittel in einem parametergesteuerten Verfahren nach Belastungen und Leistungen verteilt werden. Überregionale Wettbewerbsfähigkeit setzt ausreichend Grundausstattung voraus. Um für die Hochschulen in Schleswig-Holstein zu Ausstattungen zu kommen, die flächendeckend die uneingeschränkte Wettbewerbsfähigkeit sichern, fehlen die Mittel. Der Finanzrahmen lässt eine Orientierung an Maßstäben der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit für Teilbereiche dann um so eher zu, wenn die Kräfte nicht im Wettbewerb der Hochschulen des Landes untereinander verzettelt werden, sondern vielmehr zu einer die Ressourcen bündelnden Konzentration und Kooperation kommen, die zu Schwerpunkten und Arbeitsteilung führt. Gefordert ist auch die Bereitschaft, in sehr viel stärkerem Umfang als bisher hochschulartenübergreifend zusammenzuarbeiten. Das bestehende, vielfach am Status orientierte Regelwerk muss geändert, zumindest durch eine Experimentierklausel geöffnet werden. Leistung statt Status muss zum Grundsatz werden. Die Hochschulen müssen der Kooperation durch Modularisierung des Lehrangebots durch die – im Hochschulrahmengesetz (HRG) vorgesehene – Einführung von Leistungspunkten und deren wechselseitiger Anerkennung und durch gestufte Studien und Abschlüsse den Weg bereiten. Im Bereich der Forschung muss Ressourcensharing sehr viel intensiver als bisher erfolgen. Die Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes für die Hochschulverwaltung lässt sich durch den Ausbau der Kooperation und durch integrative Konzepte an den Hochschulstandorten steigern.

Alle Hochschulen verweisen auf ihre Leistungen und Wirkungen für die Region. Die vor Ort nachdrücklich betonten unmittelbaren und mittelbaren regionalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Impulse verlangen jedoch nach leistungsfähigen Einheiten von ausreichender Größe. Die Kommission hat deswegen jeweils nach regional vertretbaren Lösungen gesucht, die auch den Gesichtspunkten wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit und ökonomischem Mitteleinsatz Rechnung tragen. Letztere verlangen nach Mindestgrößen für Fachbereiche und lassen damit eine beliebig skalierbare Größe von Abteilungen und Hochschulen nicht zu.

## **II. Empfehlungen zu einzelnen Aspekten**

### **II.1. Studienstruktur**

Die Internationalisierung der Arbeitsmärkte, die für immer mehr deutsche HochschulabsolventInnen Realität wird, die grenzüberschreitende Mobilität vieler Studierender, insbesondere der besonders leistungsfähigen, und der auch von den Hochschulen in Schleswig-Holstein unterstützte internationale Studierendenaustausch sowie die Rekrutierung von Studierenden aus dem Ausland stellen die bislang auf den nationalen Arbeitsmärkten bewährte deutsche Studienstruktur mit Diplom, Magister und Staatsexamen als Abschlüssen infrage. Diese Studienstruktur ist nicht kompatibel zu den Strukturen in vielen anderen Ländern, zumal immer mehr Länder z. B. in Skandinavien oder in Mittel- und Osteuropa auf das angelsächsische Modell mit Bachelor- und Master-Abschlüssen umsteigen. Da das deutsche Studiensystem nicht länger profilbestimmend ist, belasten die traditionellen Studienstrukturen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen auf den internationalen Bildungsmärkten, so dass auch qualitativ leistungsfähige Fachbereiche deutscher Hochschulen für besonders leistungsfähige Studierende z. B. aus Skandinavien oder aus Mittel- und Osteuropa häufig nicht länger die erste Wahl sind. Dies verstärkt das Handicap, das den deutschen Hochschulen aus der geringen Verbreitung der deutschen Sprache erwächst, zumal in Deutschland bislang erst wenige Master-Studiengänge und Dokto-



randInnenprogramme in englischer Sprache, der lingua franca der Wissenschaft und internationalen Hochschulausbildung, angeboten werden.

Der auf die Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis 2010 angelegte Bologna-Prozess geht von „two main cycles“, also von einer gestuften, zum Bachelor- und Master-Abschluss führenden Studienstruktur aus. Im Hinblick auf die europäische Entwicklung und im Interesse einer internationalen Kompatibilität befürwortet die Kommission allgemein den Übergang zu einer gestuften Studienstruktur an den Hochschulen in Schleswig-Holstein.

Die Einführung von Bachelor- und Master-Abschlüssen und die Umstellung der traditionellen Studien- und Abschlusstrukturen auf diese international verbreiteten Abschlüsse sind Gegenstand von Erörterungen und Planungen in den schleswig-holsteinischen Hochschulen. Während es im gesamten Bundesgebiet etwa 1 500 Bachelor- und Master-Studiengänge gibt, werden in Schleswig-Holstein nur 38 genehmigte Bachelor- und Master-Studiengänge (Stand August 2002), zumeist zusätzlich zu den bestehenden Studiengängen angeboten, vielfach mit spezieller Ausrichtung auf ausländische InteressentInnen.

Konsequent umgestellt auf die neuen Abschlüsse hat bislang lediglich die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät der Universität Kiel. Das Wissenschaftsministerium strebt eine rasche Umstellung auf die gestuften Abschlüsse an. Es sieht in einer Parallelität von Diplom und Magister einerseits und Bachelor und Master andererseits eine tendenziell unökonomische Übergangslösung, wenn zumindest teilweise voneinander abweichende Curricula angeboten werden. Geplant ist, künftig nur noch in Ausnahmefällen und nur befristet Genehmigungen für gestufte Studiengänge parallel zu herkömmlichen zu erteilen.

Die Kommission verkennt nicht, dass die deutsche Wirtschaft vor allem, wenn sie nicht international operiert, ebenso wie auch der Öffentliche Dienst und die von den nationalen Hochschultraditionen geprägten Berufsverbände bislang noch vorsichtig und zum Teil auch skeptisch sind, wenn es um die Akzeptanz der neuen Abschlüsse auf dem nationalen Arbeitsmarkt geht. Vielfach werden hier Bewertungen vorgenommen, ohne dass überhaupt Erfahrungen mit Bachelor- und Master-AbsolventInnen vorliegen. Die Kommission verweist auf die Beschlüsse der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zum „Bologna-Prozess“ aus dem Jahre 2001. Die Fachbereiche sollten diese politischen Erklärungen und die Entwicklungen in den Hochschulsystemen des Auslandes als Herausforderung ansehen, über adäquate curriculare und strukturelle Maßnahmen zu international kompatiblen, wettbewerbsfähigen Studienangeboten zu gelangen. Dabei kann es nicht um eine nur formale „Einpassung“ international üblicher Hochschulgrade in die etablierten Magister- und Diplom-Studiengänge gehen, ohne dass diese auf veränderte Studienziele orientiert werden, die dem Bachelor-Abschluss eine eigene berufsqualifizierende Wertigkeit geben.

Die von der Kommission empfohlene Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen sollte als Chance begriffen werden, zu einem früheren berufsqualifizierenden Studienabschluss und damit auch zu einer Verringerung der Drop-out-Quoten zu kommen. Die Stufung der Studiengänge sollte zu einer qualitätsgeleiteten Auswahl genutzt werden, um einerseits mit dem vorhandenen Potenzial eine Intensivierung der Betreuung und in der zweiten Stufe eine intensivere Forschungsbeteiligung zu ermöglichen. Aus dieser Zielsetzung ergibt sich, dass die Einführung gestufter Studiengänge keine Ressourcen freisetzen wird und kann.

Im Zuge dieser tiefgreifenden Strukturreform sollten die Studienangebote in fachadäquater Weise möglichst weitgehend modularisiert werden. Ferner sollte das ECTS

(European Credit Transfer System) eingeführt werden, um den Studierenden einen nationalen oder internationalen Hochschulwechsel zu erleichtern.

Neue Studiengänge sollten in Schleswig-Holstein nur noch mit den neuen Abschlüssen eingeführt werden. Werden diese aus bestehenden Studiengängen entwickelt, so sollten letztere in angemessener Zeit auslaufen, weil sonst Ressourcen gebunden werden oder aber die neuen Abschlüsse nicht wirklich neu sind, sondern es sich vielmehr um die Umetikettierung von Vordiplom- und Diplomabschluss handelt.

Die Kommission empfiehlt davon auszugehen, dass mit dem Abschluss des Bachelor nicht automatisch auch ein Zugang zum Master-Studiengang verbunden ist. Sicher wird es insoweit zu Differenzierungen zwischen den Fächern und Hochschultypen kommen müssen. Die Kapazitätsplanungen der Fachbereiche sollten aber davon ausgehen, dass nicht alle Bachelor-AbsolventInnen zum Master-Studium zugelassen werden.

Speziell an den Fachhochschulen hat die Kommission mehrfach eine deutliche Zurückhaltung in der Frage der Bachelor- und Master-Abschlüsse festgestellt. Dies gibt Anlass darauf hinzuweisen, dass der Master-Abschluss keineswegs den Universitäten vorbehalten ist, vielmehr insbesondere mit einem anwendungsorientierten Profil auch für Fachhochschulen infrage kommt. Das kann jedoch nicht heißen, dass Master-Studiengänge flächendeckend an allen FH-Fachbereichen eingeführt werden sollten. Die Hochschulpolitik sollte derartigen Vorstellungen, die gelegentlich als Bedingung für die Einführung von Bachelor-Abschlüssen an Fachhochschulen vorgetragen wurden, entgegenreten.

Die vergleichsweise geringe Personalkapazität vieler FH-Studiengänge in Schleswig-Holstein erschwert die Einführung von Master-Studiengängen. Diese erfordern ein ausreichendes Potenzial von ProfessorInnen, die im Fachgebiet des Master fachlich ausgewiesen sind und einen auch im überregionalen Wettbewerb konkurrenzfähigen Schwerpunkt als Basis eines dazu korrespondierenden Master-Studienangebotes bilden können.

Die Kommission schlägt vor, die Möglichkeit kooperativer Studiengänge zu prüfen, wobei auch Kooperationen mit Universitäten infrage kommen, wie dies in Lübeck mit dem gemeinsam von Universität und Fachhochschule getragenen neuen Master-Studiengang Medical Technology bereits praktiziert wird.

Das Land sollte derartige Kooperationen erleichtern u. a. durch eine Harmonisierung der zur Zeit noch unterschiedlichen Vorlesungszeiten sowie durch eindeutige Regelungen, dass ProfessorInnen ihr Lehrdeputatssoll nicht nur in der „Heimathochschule“, sondern ebenso an anderen staatlichen Hochschulen des Landes erfüllen können.

## II.2. Personalstruktur und Organisation der Lehre an Fachhochschulen

Die vom Land mit einem nennenswerten Zuschuss unterstützte private FH Wedel ist ein Beispiel für eine kostengünstig und mit überzeugenden Leistungen arbeitende kleine Hochschule. Die Kommission empfiehlt dem Land zu prüfen, welche Elemente der dort mit Erfolg praktizierten Organisation des Lehr-, Forschungs- und Verwaltungsbetriebs auch auf die staatlichen (Fach)Hochschulen übertragen werden können. Nach den Eindrücken und Erkenntnissen geht es dabei insbesondere um folgende Punkte:

- Eine Prüfungsorganisation, die verbindlich eine definierte kleine Zahl (zwei bis drei) von Studien- und Prüfungsleistungen festlegt, die spätestens bis Ende des zweiten Semesters absolviert sein müssen, um das Studium fortsetzen zu können. Diese Re-

gelung führt dazu, dass ein Studienabbruch oder -wechsel in ein anderes Fach frühzeitig erfolgt und dass die schulischen Vorleistungen (insbesondere Mathematik, Naturwissenschaften) weitgehend homogenisiert werden, so dass ein zügiges, anspruchsvolles Studium erleichtert wird.

- Eine Studienorganisation, die für fachlich benachbarte Studiengänge ein Grundstudium mit einer möglichst großen Schnittmenge an gemeinsamen Veranstaltungen (Grundlagenfächer) vorsieht, wobei zu den Vorlesungen Übungen und Tutorien gehören.
- Eine FH-Personalstruktur mit ProfessorInnen (mit individuellen Leistungszulagen) und auf Zeit beschäftigten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen (LaboringenieurInnen), die unter wissenschaftlicher Oberleitung verantwortlich für Übungen und Praktika eingesetzt werden.
- Wissenschaftliche MitarbeiterInnen als Teilzeitbeschäftigte, die parallel einen von der Hochschule angebotenen Master-Studiengang belegen.
- Studentische Hilfskräfte, die als TutorInnen für Übungen zur Begeitung von „großen“ Vorlesungen eingesetzt werden.
- Die Möglichkeit, für Lehraufträge eine marktübliche, wettbewerbsfähige Vergütung zu zahlen.
- Bei der Bemessung des Lehrdeputats der ProfessorInnen Leistungen, die unter Oberleitung des/der ProfessorIn von MitarbeiterInnen erbracht werden, nicht oder mit geringen Anrechnungsfaktor zu berücksichtigen und im Gegenzug dazu das Lehrdeputat der ProfessorInnen zu verringern.
- Eine der Hochschulgröße angemessene Organisation der Hochschulleitung und Verwaltung.

Nicht alle diese Regelungen können unverändert auf staatliche (Fach)Hochschulen übertragen werden. Effizienz und Leistungen (qualitativ wie quantitativ) der FH Wedel sollten jedoch Anlass sein, an staatlichen Hochschulen „unkonventionelle“ Wege zu gehen. Die Kommission empfiehlt dem Land, im Hochschulgesetz eine Experimentierklausel vorzusehen und einzelnen Hochschulen gegebenenfalls in einem Modellversuch die Möglichkeit zu geben, den Hochschulbetrieb im Sinne der vorgenannten Wedeler Regelungen zu organisieren.

### **II.3. Kooperationen mit Hochschulen und Instituten außerhalb des Landes**

Ausgehend von der Einsicht, dass die Konkurrenzfähigkeit im internationalen Zuschnitt nur durch Bündelung von Ressourcen und Potenzial möglich ist, geht die öffentliche Forschungsförderung zunehmend von hochschulübergreifenden Ansätzen aus. Daher ist eine die Landesgrenzen überschreitende Kooperation ein Gebot der Stunde. Angesichts der sich verstärkenden Kooperation der norddeutschen Länder in mehreren Bereichen sollte eine arbeitsteilige Kooperation und Konzentration von Forschung und Lehre in erster Linie diese Region in den Blick nehmen.

Insbesondere im Hinblick auf den Hochschulstandort Hamburg sieht die Kommission Handlungsbedarf. Die Zahl der Bekenntnisse zur Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein im Bereich Forschung und Lehre ist fast schon Legion. An einer Umsetzung in die Praxis fehlt es weitgehend. Von punktuellen, aus gleichgerichteten Individualinteressen praktizierter Einzelkooperationen abgesehen, kann von einer arbeitsteiligen oder Potenziale bündelnden institutionellen Kooperation oder auch nur von darauf gerichteten Absprachen schwerlich

die Rede sein. An dieser Feststellung ändern auch regelmäßige Treffen der Universitätsleitungen im Rahmen des Nordverbundes wenig.

Eine Kooperation kommt in folgenden Bereichen in Betracht:

- Theologie
- „Kleine Fächer“ der Philosophischen Fakultät
- Soziologie und Politologie
- Studienangebot der Musikhochschulen
- LehrerInnenbildung
- Ingenieurwissenschaften auf Universitäts- und auf Fachhochschulebene

Mittelfristig ist auch eine Bündelung der Potenziale im Bereich der

- Volkswirtschaftslehre unter Einbeziehung der beiden wirtschaftswissenschaftlichen Leibniz-Institute in Kiel und in Hamburg

und im Bereich

- Geowissenschaften und Meereswissenschaften

in Betracht zu ziehen.

Ziel muss es sein, durch Kooperation und Konzentration eine Optimierung von Qualität und Effizienz aber auch ein möglichst breit gefächertes Angebot in Forschung, Lehre und Studium zu gewährleisten.

Um die Ebene des Deklamatorischen zu verlassen, müssen Verfahren verabredet werden, mit deren Hilfe unter Einbeziehung des von der Kommission vorgeschlagenen Hochschulrats Schleswig-Holstein, der beteiligten Hochschulen und der Ministerien die Bereiche und die Art der Kooperationen definiert und mit Hilfe einer Entwicklungsplanung realisiert werden.

#### **II.4. Einrichtung eines Hochschulrats Schleswig-Holstein**

Die Kommission ist bei der Auswertung der ihr von den Hochschulen schriftlich übermittelten Informationen und der Gespräche bei den Hochschulbesuchen immer wieder auf Befunde gestoßen, die nicht oder schwer in einen konzeptionellen Gesamtrahmen einzuordnen sind. Sie erkennt nicht, dass dies vielerlei Ursachen hat. So ist ihr bewusst, dass manche Ausbaupläne, die auf dem Landeshochschulplan von 1991 aufsetzten, einer anders als vorhergesehen sich entwickelnden Studierendennachfrage und/oder der Entwicklung der Landesfinanzen zum Opfer gefallen sind. Auch haben die Hochschulen zur Erhaltung des Stellenbestandes Programme entwickelt und Maßnahmen ergriffen, die nicht auf profildbildende Schwerpunktsetzung und damit auf Qualitätsentwicklung ausgerichtet waren. Dabei sind die Hochschulen vielfach von der Regionalpolitik unterstützt, gelegentlich wohl auch mit Hilfe dafür bereitgestellter Finanzmittel nachhaltig angeregt worden. Dies wird verständlich angesichts der von einer Hochschule erhofften Impulse für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung einer Region.

Das Ministerium hat diesen von den Hochschulen verfolgten und von der Region u. a. über ihre VertreterInnen im Landtag partikular ausgerichteten Interessen nicht in jenem Maße steuernd begegnen können, wie dies erforderlich gewesen wäre, um ein an den – wie oben dargelegt – ohnehin in zu geringem Umfang eröffneten finanziellen Möglichkeiten ausgerichtetes qualitätsgeleitetes Gesamtkonzept umzusetzen.

Darüber hinaus hat die mit der Aufnahme von Bauvorhaben in das HBFVG verbundene hälftige Finanzierung durch den Bund gelegentlich zur Durchführung von Bauvorhaben geführt, deren Verwirklichung im Verhältnis zur Umsetzung inhaltlicher Konzepte eher nachrangig war.

Diese Koordinierungsmängel waren ebenso Grund für die Einsetzung der Kommission wie die Vertrauensdefizite zwischen den Hochschulen untereinander und mit dem Land, die nicht erwarten lassen konnten, dass Abhilfe aus eigener Kraft und ohne Sachverstand von außen gelingen könnte.

Die Kommission hat bei ihrer Arbeit die vielfach gemachten Erfahrungen bestätigt gefunden, dass Hochschulsysteme, die sich keinem unmittelbaren, sich über den Preis vermittelten Aussendruck ausgesetzt sehen, trotz genereller Einsicht in die Notwendigkeit struktureller Veränderungen aus sich heraus eher zur Wahrung des bestehenden Zustandes tendieren. Auch in Hinblick auf die grundsätzlich richtige Tendenz, den Hochschulen mehr Autonomie zu übertragen und die Folgenverantwortung für Struktur- und Leistungsdefizite nicht länger zu sozialisieren, empfiehlt die Kommission, Mechanismen für eine wirksame Koordination und gesamthafte Verantwortung für die Entwicklung des Hochschulsystems Schleswig-Holstein zu entwickeln.

In der hochschulpolitischen Diskussion des Landes wird vielfach die Auffassung vertreten, dass Koordination, Kontrolle und Gesamtverantwortung sich durch Fusion der Hochschulen zu einer Landesuniversität und einer Landesfachhochschule erreichen lassen. Damit verbunden wären eine gewisse Konzentration von Verwaltungsaufgaben und eine zentrale Steuerung, die dem Prinzip der Hochschulautonomie Rechnung tragen würde.

Die Kommission hegt jedoch nachhaltigen Zweifel, ob die akademische Selbstverwaltung solcher Landeshochschulen die Kraft haben wird, ein wirksames standortübergreifendes, auf Qualitätsentwicklung angelegtes Gesamtkonzept zu realisieren, das Herausforderungen der Zukunft aufnimmt und die Hochschulentwicklung auch durch Aufgabe weniger wichtiger Fachgebiete aktiv gestaltet. Die Erfahrungen mit akademischen Senaten in Bezug auf die von ihnen zu verantwortenden Entwicklungen sprechen dagegen.

Die Kommission sieht nicht, dass die mit einer Fusion verbundene Konzentration von Verwaltungsaufgaben zu Effizienzgewinnen führen würde, die sich nicht auch durch Kooperation der Hochschulen vor Ort realisieren ließen. Die Kommission hält es zudem für angezeigt, bei großen Hochschulen Verwaltungsaufgaben aus den Zentren in die Fachbereiche zu verlagern. Nach heutiger, an der Philosophie des Unternehmensmanagements ausgerichteter verwaltungswissenschaftlicher Erkenntnis lässt sich eine Steigerung der Effektivität bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben nachhaltiger durch eine mit der Übertragung von Verantwortung verbundene Dezentralisierung erreichen als umgekehrt durch eine Zentralisierung auf Landesebene. Darüber hinaus sieht die Kommission erhebliche Identifikationsprobleme für die Abteilungsstandorte von Landeshochschulen mit ihren Regionen und für die Regionen mit „ihrer“ Hochschule. Man wird davon ausgehen müssen, dass das lokale Engagement wesentlich von der Möglichkeit und dem Grad der Identifikation mit einer selbständig agierenden Hochschule abhängt. Die Kommission bezweifelt, dass eine Abteilung Flensburg, Kiel, oder Lübeck einer Landesuniversität auch weiterhin mit der Identifikation der Region mit ihrer Hochschule rechnen kann, geschweige denn diese für eine Unterstützung der künftigen Entwicklung aktiviert werden könnte.

Ist es demnach notwendig, den einzelnen Hochschulen ein hohes Maß an Selbstverantwortung und eine die Identifikation ermöglichende institutionelle Selbständigkeit zu belassen, so schließt das gleichwohl eine hochschulübergreifende, auf die Ent-

wicklung eines Gesamtsystems ausgerichtete Koordination nicht aus. Beispiele für solche hochschulübergreifende, auf das Gesamtsystem ausgerichtete Koordination finden sich in etwa in Frankreich aber auch in den USA. Wohl bekanntestes Beispiel ist hier die University of California, die als koordinierendes, Ressourcen verteilendes und steuerndes Hochschulsystem anzusehen ist, das durch den bestehenden Board of Governors zwar sichtbar wird, im übrigen aber in der Außenwirksamkeit völlig hinter den einzelnen Universitäten wie Berkeley, Los Angeles, St. Barbara usw. zurücktritt. WissenschaftlerInnen und Studierende identifizieren sich nicht mit der University of California, sondern mit Berkeley, Los Angeles und St. Barbara. Auch in vielen Ländern der Bundesrepublik gibt es inzwischen Gremien dieser Art, die zwar unterschiedlich zusammengesetzt und mit unterschiedlichen Kompetenzen ausgestattet sind, deren Aufgabe es aber immer ist, wissenschaftlichen Sachverstand und wissenschaftspolitische Erfahrung in die Planungs- und Entscheidungsprozesse für die Entwicklung der Hochschulen einzubringen.

Die Kommission ist der Meinung, dass ein dem „Board of Governors“ vergleichbarer „Hochschulrat“ auch in Schleswig-Holstein die Umsetzung der Empfehlung begleiten und vor allem die weitere Entwicklung der Hochschulen qualitätsgeleitet koordinieren sollte. Das wird nur möglich und wirksam sein, wenn diesem Organ Kompetenzen zuerkannt werden, die ihm zumindest die Verhinderung der Verwirklichung partikular orientierter Interessen und Planungen erlauben. Sinnvoll wäre es, dieses Organ zugleich mit der Entscheidung über die aufgrund von Wettbewerb zu verteilenden finanziellen Anreizmittel etwa eines Innovationsfonds zu betrauen. Um dem Organ die notwendige Unabhängigkeit auch im politischen Kräftespiel zu gewährleisten, sollte es mindestens mehrheitlich mit Persönlichkeiten mit wissenschaftlicher Reputation und hochschulpolitischer Erfahrung besetzt werden, die nicht in Schleswig-Holstein tätig sind. Um seine Entscheidungsfähigkeit zu gewährleisten, sollte die Zahl der Mitglieder gering bemessen und die Mitwirkung der Betroffenen zwar sichergestellt, aber nicht mitentscheidend sein.

Daher empfiehlt die Kommission:

einen „Hochschulrat Schleswig-Holstein“ mit fünf bis sieben mehrheitlich nicht in dem Land tätigen Persönlichkeiten einzusetzen, die als WissenschaftlerInnen anerkannt sind und Erfahrungen in der Wissenschafts(selbst)verwaltung haben. Für einzelne „Fachthemen“ kann der Hochschulrat ad hoc und auf Zeit Sachverständige hinzuziehen.

Landesrektorenkonferenz und Land sollten sich auf die Auswahl der Mitglieder verständigen, das Gremium gemeinsam einsetzen und es auch gemeinsam so ausstatten, dass es unabhängig und arbeitsfähig wird.

Dem „Hochschulrat Schleswig-Holstein“ sollten jedenfalls als Aufgabe übertragen werden

- Begleitung und Kontrolle der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission.
- Empfehlungen an das Land über die Verwendung der Mittel und Stellen des Innovationsfonds. (Vgl. Kapitel C.II.6., Leitlinie 4, Seite 72 und C.II.7., Punkt 6, Seite 74)
- Regelmäßige Beratung mit den Hochschulen und dem Land über die Hochschulentwicklungspläne und deren Koordinierung.
- Beratung der Jahresberichte der Hochschulen und gegebenenfalls Beauftragung von hochschulübergreifenden Evaluationen zu ausgewählten Themen.
- Empfehlungen zu Vorschlägen der Hochschulen zur Neueinrichtung von Fachgebieten und Studiengängen.

## II.5. Verantwortung, Management und Organisation von Hochschulen

Die Kommission zielt mit ihren Empfehlungen auf eine Optimierung der Leistungen des Hochschulsystems Schleswig-Holstein. Dazu gehört eine systematische, flächendeckende Anwendung hochschuladäquater Qualitätssicherungsverfahren. Hinzu kommen vermehrte Anforderungen an das derzeit noch wenig entwickelte Hochschulcontrolling, um die empfohlene parametergesteuerte, leistungsbezogene Mittelzuweisung praktizieren und verantwortungsvoll die den Hochschulen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung vom Land zugestandene umfassende Budgetautonomie nutzen zu können.

Die Hochschulen des Landes stehen mithin vor großen Herausforderungen, denen sie nur gerecht werden können, wenn sie diese Prozesse der Umstrukturierung und Entwicklung aktiv gestalten und hierfür Verantwortung übernehmen. Die Übernahme von Verantwortung und die aktive Gestaltung von Veränderungsprozessen setzt in den Hochschulen adäquate Entscheidungs- und Managementstrukturen voraus. Dazu sind Änderungen in der Hochschulgesetzgebung erforderlich, um die Leitungsstrukturen auf Hochschul- und Fachbereichsebene zu stärken und damit das Hochschulmanagement systemadäquat zu professionalisieren. Die Kommission empfiehlt dem Land als wesentliche Punkte:

- Die Leitungs- und Gesamtverantwortung für die Hochschule sollte klarer als bisher von der Kontrollfunktion getrennt und dem Rektorat zugewiesen werden. Das Rektorat sollte neben der Haushaltsbefugnis auch die Befugnis haben, nach Beteiligung des Hochschulrates Studiengänge einzurichten oder einzustellen.

Die Aufgaben der Senate sollten auf hochschulstrategisch bedeutsame Themen und akademische Angelegenheiten konzentriert werden. Stärker betont werden sollte die Funktion als Aufsichtsorgan für das Rektorat, u.a. dadurch, dass der Senat den jährlichen Geschäftsbericht des Rektorats entgegennimmt und berät.

- Die persönliche Verantwortung der Rektorsmitglieder sollte durch eine Ressortzuständigkeit ausgedrückt werden, die die Vorgesetztenfunktion für das zum Ressort gehörende Verwaltungspersonal einschließt. Die herausgehobene Stellung des Rektors/der Rektorin sollte durch eine Richtlinienkompetenz, die Verantwortung für den Haushalt, das Vorschlagsrecht für die Wahl der übrigen Rektorsmitglieder, ein Vetorecht bei der Bestellung der DekanInnen und eine Amtszeit von sechs Jahren unterstrichen werden.
- Die Stellung der DekanInnen sollte gestärkt werden, indem die Amtszeit auf drei Jahre festgelegt wird (mit der Möglichkeit der einmaligen Wiederwahl). Zur Entlastung des/der Dekans/In und zur Gewährleistung einer funktionsfähigen Dezentralisierung der Verwaltung sollten die Dekanate, wie im Hochschulgesetz vorgesehen, mit FachbereichsgeschäftsführerInnen, gegebenenfalls weiterem Personal, ausgestattet werden.
- Der herausgehobenen Verantwortung des/der Dekans/In sollte durch eine attraktive Amtszulage Rechnung getragen und durch das Vorschlagsrecht für die Wahl der ProdekanInnen unterstrichen werden.
- Der/die DekanIn sollte über einen ins Gewicht fallenden Teil der dem Fachbereich zugewiesenen Ressourcen zum Anschub oder zur Förderung ausgewählter Projekte in Forschung, Lehre und Dienstleistung verfügen können.
- Der im Gesetz vorgesehene Hochschulentwicklungsplan sollte stärker als strategisches Planungsinstrument für die Hochschulentwicklung genutzt werden. Er sollte in angemessenen Zeitabständen und mit mehrjähriger Perspektive von der Hoch-

schule erarbeitet und dem „Hochschulrat Schleswig-Holstein“ sowie dem Land vorgelegt werden.

Die Kommission empfiehlt, die bisweilen noch anzutreffende kleinteilige Organisation der Universitäten (Institute mit ein oder zwei Lehrstühlen) durch entschieden größere Institute oder auch Departments zu ersetzen. In den experimentellen Disziplinen sollten auch fakultätsübergreifend, wo immer sinnvoll und räumlich möglich, zentrale Einrichtungen beispielsweise für Analytik gebildet werden.

## II.6. Finanzierung der Hochschulen

Die von der Kommission empfohlene Restrukturierung der Hochschulen ist von der aktuellen Finanzlage des Landes ausgegangen, die es bei realistischer Einschätzung der Lage nicht zulässt, eine signifikante Ausweitung des Landeszuschusses für die Hochschulen zu finanzieren und damit das bestehende Hochschulsystem auskömmlich und wettbewerbsfähig auszufinanzieren. Die von der Kommission empfohlenen Maßnahmen werden auch bei Realisierung der hier und da noch vorhandenen Rationalisierungspotenziale unvermeidlich dazu führen, dass insgesamt die Zahl der von den Hochschulen des Landes angebotenen Studienplätze sinken wird.

Bei dieser Lage stellt sich unvermeidlich die Frage nach Alternativen zur öffentlichen Finanzierung der Hochschulen. Was Einnahmen aus Dienstleistungen für Weiterbildung und Technologietransfer betrifft, muss auf den geringen Umfang solcher in der Regel nicht kostendeckend finanzierter Dienstleistungen aufmerksam gemacht werden (siehe hierzu Kapitel B.IX, Seite 48). Hier darf das Potenzial nicht überschätzt werden. Es wäre eine Illusion anzunehmen, die Hochschulen könnten Kosten, die bei der Erledigung der ihnen in Forschung, Lehre und Ausbildung übertragenen Aufgaben entstehen, durch Einnahmeüberschüsse bei Dienstleistungen wie Weiterbildung oder Technologietransfer ausgleichen.

Mehr noch gilt dies für die Einwerbung von Drittmitteln für Forschungsvorhaben. Hochschulen haben hier auf Dauer nur Erfolg, wenn sie mit einer ausreichenden haushaltsfinanzierten Grundausstattung arbeiten können. Drittmittel und Grundausstattung ergänzen sich, was zur Folge hat, dass Defizite in der Grundausstattung zu Einschränkungen und auf Dauer auch zu einem Rückgang bei der Einwerbung von Drittmitteln führen. Die Kommission sieht hierfür bereits unübersehbare Anzeichen in den Hochschulen des Landes, die die Drittmittelschwäche mancher Fachbereiche (insbesondere bei größeren Projekten wie Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs, Kompetenznetzen und EU-Programmen) zumindest teilweise erklären können.

Hochschulpolitisch stellt sich mithin die Frage nach Studien- und Verwaltungsgebühren als wirksamer Form für eine Ergänzung der öffentlichen Finanzierung von Forschung und Lehre. Die Kommission sieht unter zwei Bedingungen in einem solchen Mischfinanzierungssystem Chancen für eine Verbesserung der Hochschulfinanzierung:

1. Die Einführung von Studien- und Verwaltungsgebühren wird nicht zum Anlass genommen, den Landeszuschuss zu senken. Die Einnahmen aus Gebühren müssen ungeschmälert den Hochschulen verbleiben.
2. Die Einführung von Studien- und Verwaltungsgebühren wird begleitet durch ein Darlehensangebot an die Studierenden, das ihnen eine Refinanzierung der Gebühren ermöglicht, z. B. über öffentliche Darlehen, die die Gebühren „sozialverträglich“ machen.



In Schleswig-Holstein wurde die Gebührenfreiheit für ein Hochschulstudium Ende der 60er Jahre eingeführt, in einer Zeit mit hohen Zuwächsen des Sozialproduktes und geringer Staatsverschuldung. Die Wiedereinführung von Studiengebühren ist eine politische Entscheidung, über die in den Parlamenten zu debattieren und entscheiden ist. Die Kommission hält sozialverträglich ausgestaltete Studien- und Verwaltungsgebühren für eine Möglichkeit eines komplementären Beitrags zur Finanzierung der Hochschulen. Die private FH Wedel, die sich in einem nennenswerten Umfang über Studiengebühren finanziert, ist ein gutes Beispiel für positive Auswirkungen von moderaten Gebühren auf die Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes in den Hochschulen und auf die Zufriedenheit der Studierenden als „Kunden“ der Hochschulen.

Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Art und Weise verändert, wie das Land Schleswig-Holstein seine Hochschulen finanziert. Dabei ist es zu einer Ablösung einer „inputbezogenen“ Finanzierung gekommen, die sich an Stellenplänen ausrichtet und rigiden Vorgaben einzelner Haushaltstitel folgt. Zwar gibt es weiterhin detaillierte Stellenpläne, die jedoch an Bedeutung verloren haben, weil der Landeszuschuss, der als Globalzuweisung gewährt wird, nicht länger ausreicht, um die im Stellenplan des Landeshaushalts (Einzelplan 07) ausgewiesenen Stellen zu finanzieren.

Für die Höhe des Landeszuschusses gibt es in Schleswig-Holstein noch keine parameterbezogenen Berechnungsverfahren. Eine Beziehung der Veränderungen der Landeszuschüsse bzw. des Ausmaßes der Ausfinanzierung der Stellenhaushalte zu messbaren Leistungen der Hochschulen und deren Veränderungen ist nicht erkennbar.

Zugleich hat das Land in den 90er Jahren den Umfang der in Zentralkapiteln des Ministeriums veranschlagten Mittel reduziert. Im Haushalt 2002 wurden folgende Mittel zentral veranschlagt (siehe Übersicht 10, Seite 49):

- Investitionsmittel für Vorhaben des HBFG, Landesanteil 30,6 Mio. Euro
- Mittel für Bauunterhalt und kleine Baumaßnahmen (über Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AÖR) 12,2 Mio. Euro
- Allgemeine Bewilligungen (diverse Einzeltitel) rund 9,4 Mio. Euro

Die Kommission empfiehlt, bei der Hochschulfinanzierung durch das Land von nachfolgenden Leitlinien und Maßnahmen auszugehen:

#### **Leitlinie 1:**

##### **Der Landeszuschuss sollte sich an den Leistungen der Hochschulen orientieren.**

Der Landeszuschuss für Forschung und Lehre sollte sich in transparenter Weise an Leistungen und deren Veränderung orientieren. Dazu sollte – wie dies eine Reihe anderer Bundesländer bereits praktizieren – eine Formel für die Bemessung des Landeszuschusses entwickelt werden, die neben einem Sockelbetrag, der sich am Zuschuss des Vorjahres orientiert, eine durch Belastungs- und Leistungsparameter (und hier insbesondere AbsolventInnenzahl und Studiendauer sowie angeworbene Drittmittel) gesteuerte variable Komponente enthält. Letztere sollte sukzessive ein höheres Gewicht erhalten, so dass Leistungsveränderungen sich im Budget der Hochschulen positiv wie negativ auswirken.

#### **Leitlinie 2:**

##### **Die Hochschulen sollten die Informationsbasis für ein adäquates Hochschulcontrolling aufbauen.**

Eine Voraussetzung für diese parametergestützte Hochschulfinanzierung ist, dass die Hochschulen ihre Leistungen zeitnah ermitteln, aufbereiten und veröffentlichen. Mit den HIS-Ausstattungsvergleichen norddeutscher Hochschulen haben die schleswig-

holsteinischen Hochschulen hier schon bemerkenswerte Vorleistungen erbracht, die zugleich fachbezogene überregionale Vergleiche (Benchmarking) ermöglichen. Die Ergebnisse der Ausstattungs- und Leistungsvergleiche sind bislang jedoch in vielen Fachbereichen nicht bekannt, geschweige denn Grundlage planerischer Überlegungen.

Die Kommission musste vielmehr feststellen, dass diese Form von Berichterstattung, die als Basis eines Hochschulcontrollings anzusehen ist, in vielen Fachbereichen keineswegs als Selbstverständlichkeit angesehen wird. So fehlten vielfach Kenntnisse über differenzierte Drittmittelbilanzen der Mitglieder des Fachbereichs ebenso wie wichtige Angaben zu den Leistungen in der Lehre, insbesondere zur Studiendauer, zum Drop-out und zur Erfolgsquote im Studiengang sowie zum Übergang der AbsolventInnen in den Arbeitsmarkt.

#### **Leitlinie 3:**

##### **Die Hochschulen sollten Verantwortung für ihre Gebäude übernehmen.**

Die Hochschulen sollten Verantwortung für den Unterhalt ihrer Gebäude einschließlich kleiner Baumaßnahmen erhalten und dazu auch die bislang bei der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR veranschlagten Mittel zugewiesen bekommen.

#### **Leitlinie 4:**

##### **Land und Hochschulen tragen gemeinsam Verantwortung für die Hochschulentwicklung.**

Für strategische Ziele der Hochschulentwicklung wie z. B. Aufbau/Stärkung eines Fachgebietes/Studienganges, An- und Kofinanzierung größerer drittmittelfinanzierter FuE-Projekte, Startfinanzierung von FuE-Schwerpunkten z. B. in Hinblick auf die Gründung von Forschungsinstituten überregionaler Trägerinstitutionen und ähnliche Zwecke sollte das Land einen „Fonds für strategische Hochschulentwicklung“ („Innovationsfonds“) bereitstellen, aus dem gezielt Projekte gefördert werden, für die ein besonderes wissenschaftliches oder technologiepolitisches Landesinteresse besteht. Dieser Innovationsfonds sollte Investitionsmittel sowie Personal- und Sachmittel enthalten und zudem eine Personalreserve vorsehen, der sich u. a. aus den von der Kommission empfohlenen Restrukturierungsvorschlägen speist, sofern diese zu Stelleneinsparungen führen. Die Hochschulen sollten für die Projekte des Innovationsfonds Vorschläge machen, über die in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung des „Hochschulrats“ entschieden wird.

#### **Leitlinie 5:**

##### **Land und Hochschulen tragen Verantwortung für die Kooperation mit der Wirtschaft und den Technologietransfer.**

Mit Aufnahme des Technologie- und Wissenstransfers in den Katalog der Aufgaben der Hochschulen im Hochschulgesetz hat das Land den gesetzlichen Rahmen für eine Intensivierung der Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft geschaffen. In der Sache ist damit jedoch noch nichts erreicht. Hierzu bedarf es gezielter Anreize u. a. über Formen und Bedingungen der Finanzierung von FuE-Projekten. Für angewandte FuE-Projekte, die vorzugsweise in Kooperation von Unternehmen und Hochschulen durchgeführt werden, sollte das Land ein „Förderinstrument für kooperative, angewandte FuE-Projekte“ einrichten. Über die Vergabe sollte in einem kompetitiven Verfahren leistungsorientiert entschieden werden.

Mit diesem Förderinstrument sollte vorrangig das Ziel verfolgt werden, die Zusammenarbeit von Hochschulen mit Unternehmen des Landes zu intensivieren. In Schleswig-Holstein, dessen Unternehmen in der Regel unterdurchschnittlich in FuE investie-

ren, ist die für die technologische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes wichtige Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft eine besondere Herausforderung auch an die Hochschulpolitik.

#### **Leitlinie 6:**

#### **Die durch die Umstrukturierung freiwerdenden Ressourcen verbleiben im Hochschulsystem und stehen für neue Aufgaben zur Verfügung**

Die empfohlenen Umstrukturierungsmaßnahmen führen zu einem Umwidmungspotenzial (einschließlich der zum Teil mit Personal empfohlenen Stellenverlagerungen) von 90 bis 100 in der Regel besetzten Stellen. Hinzu kommen in den nächsten Jahren noch 10 – 15 weitere Stellen in den Ingenieurfachbereichen der Fachhochschulen aus den noch nicht vollzogenen Kapazitätsanpassungen an die Zielzahlen der Hochschulstrukturreform von 1997.

In der Human- und Zahnmedizin werden im Laufe der Zeit bei Umsetzung der empfohlenen Reduzierung der Studienplatzkapazitäten und der Bemessung des Personalbedarfs nach dem von der Kommission vorgeschlagenen Modell ca. 130 bis 160 Stellen<sup>36</sup> für andere Verwendungen frei.

Das Umwidmungspotenzial wird überwiegend nicht sofort zur Verfügung stehen, sondern erst im Laufe von mehreren Jahren, wenn die Restrukturierungsmaßnahmen vollzogen sind und die StelleninhaberInnen ausscheiden.

Für einen Großteil dieser Stellen hat die Kommission Verwendungsvorschläge gemacht. Ansonsten sollten diese Stellen im Sinne eines hochschulübergreifenden Stellenpools für neue Aufgaben zur Verfügung stehen.

In der Übergangsphase der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission sind parallel zu den Aufgabenverlagerungen auch Verlagerungen von Stellen und Haushaltsmitteln erforderlich. Die oben unter Leitlinie 1 beschriebene leistungsorientierte, parametergesteuerte Formel für die Bemessung des Landeszuschusses für die Hochschulen kann für diese Verlagerung von Stellen und Haushaltsmitteln nicht herangezogen werden. Diese Formel ist gleichwohl zügig zu entwickeln und sollte auch umgehend zur Anwendung kommen.

Die Kommission geht davon aus und empfiehlt, dass die Umstrukturierung des schleswig-holsteinischen Hochschulsystems zugleich zum Anlass genommen wird, den Umfang der den Hochschulen zugewiesenen Aufgaben (insbesondere die Zahl der Studienplätze) und die dafür erforderliche Finanzbasis wieder in Einklang zu bringen. Die künftigen Stellenhaushalte und die künftigen Landeszuschüsse müssen aufeinander abgestimmt sein, d. h. die Ausfinanzierung der künftigen Stellenhaushalte sollte gewährleistet werden. Im Interesse der Planungssicherheit sollte das Land den Hochschulen zusichern, dass künftige Tarif- und Preissteigerungen bei den Personal- und Sachaufwendungen durch entsprechende Aufstockungen des Landeszuschusses finanziert werden.

## **II.7. Hochschulvertrag Schleswig-Holstein**

Die Kommission schlägt dem Land und den Hochschulen vor, in einem auf fünf Jahre angelegten Vertrag die Umsetzung der hier vorgelegten Strukturempfehlungen und

---

<sup>36</sup> Für die Hochschulmedizin können nur grobe Näherungswerte geschätzt werden, weil der Stellenbestand für Forschung und Lehre nicht trennscharf ermittelt werden kann. Zudem überlagern sich die Effekte aus der empfohlenen Verringerung der „Subventionierung der Krankenversorgung“ mit den Auswirkungen der Absenkung der Studienplatzzahlen und der Einführung einer neuen Ausbildungsordnung, die pro Studienplatz einen erhöhten Personalbedarf zur Folge hat.

die Sicherung der Finanzbasis des künftigen, neu strukturierten Hochschulsystems zu vereinbaren. Die Kommission sieht die folgenden zwölf Punkte als die zentralen Bestandteile eines solchen Hochschulvertrages:

1. Die Hochschulen verpflichten sich auf die rasche Umsetzung der strukturellen Vorschläge des vorliegenden Berichts. Sie veranlassen die Einstellung der zum Auslaufen empfohlenen Studiengänge und stimmen zu, dass in diesen Fällen zum WS 2003/2004 keine Zulassung von StudienanfängerInnen mehr erfolgt und dass der Studienbetrieb bis zum Ende des Sommersemesters 2004 ausläuft.

Die Hochschulen stimmen den vorgeschlagenen Stellen- und Personalverlagerungen zu. Sie sind damit einverstanden, dass diese bis zum WS 2004/2005 abgeschlossen werden und veranlassen diese, soweit sie dafür die Personalverantwortung tragen. Das Land sagt Entsprechendes für die Stellen zu, bei denen die Personalverantwortung beim Land liegt.

2. Die Landesregierung wird im Haushaltsentwurf für 2004/2005 dafür Sorge tragen, dass für den Personal- und Sachhaushalt der Hochschulen Mittelansätze eingestellt werden, die eine Ausfinanzierung der mit der Umsetzung der Kommissionsvorschläge personell neu strukturierten Hochschulen und die für 2004 und 2005 absehbaren tarif- und preisbedingten Kostensteigerungen ausgleichen. Die Landesregierung sagt zu, dass das mit den Empfehlungen der Kommission neu strukturierte schleswig-holsteinische Hochschulsystem über die Jahre 2004 und 2005 hinaus so finanziert wird, dass auch weiterhin Preis- und Tarifsteigerungen vom Land übernommen werden.
3. Die Hochschulen werden künftig von Restriktionen im Haushaltsvollzug (insbesondere Stellenbesetzungssperren, Minderausgaben) ausgenommen. Das Prinzip der Jährlichkeit des Haushalts wird aufgehoben, so dass Haushaltsreste auf Folgejahre übertragen werden können, ohne dass dies zur Minderung der Ansätze der Folgejahre führt.
4. Land und Hochschulen verständigen sich auf Kapazitätsberechnungen und Zulassungszahlen nach einem Verfahren, das ausschließlich diejenigen Stellen zugrunde legt, die sich mit dem Landeszuschuss auch tatsächlich finanzieren lassen.
5. Land und Hochschulen verständigen sich bis spätestens zum WS 2004/2005 auf ein System der Hochschulfinanzierung auf der Basis von Belastungs- und Leistungsparametern, wie dies u. a. in Rheinland-Pfalz und Hessen praktiziert wird.
6. Die Landesregierung wird im Haushaltsentwurf für 2004/2005 einen „Innovationsfonds“ vorsehen, dessen Mittel kompetitiv vergeben werden. Hieraus werden für das Land und die Wissenschaft wichtige Forschungs- und Technologievorhaben finanziert. Die Kommission empfiehlt, diesen Innovationsfonds jährlich mit einem Betrag von 5 Mio. Euro auszustatten, der rund 2 % des Landeszuschusses an die Hochschulen (ohne Universitätsklinikum) entspricht. Hinzu kommen Stellen (sowie dazugehörige Finanzmittel) aus der Restrukturierung der Hochschulen in Konsequenz der Empfehlungen der Kommission, soweit diese nicht bereits für die empfohlenen Ausbauprojekte bestimmt sind.
7. Die Hochschulen verpflichten sich, die in vielen Fachbereichen bereits eingeleiteten/praktizierenden Verfahren der internen und externen Qualitätsentwicklung auszubauen und spätestens bis zum Jahre 2008 alle Studiengänge zu evaluieren.
8. Die Hochschulen verpflichten sich ferner zur Einführung eines aussagefähigen „Hochschulcontrollings“, das eine regelmäßige interne und externe Berichterstat-

tung über Kosten und Leistungen ihrer Fachbereiche und Studiengänge ermöglicht.

9. Land und Hochschulen streben die umfassende Einführung gestufter Studiengänge mit Bachelor- und Master-Abschlüssen an, die die bisherigen Abschlüsse sukzessive ersetzen sollen. Hochschulen und Land vereinbaren, dass neue Studiengänge nur in der neuen Struktur eingeführt und einem Akkreditierungsverfahren unterworfen werden.
10. Land und Hochschulen setzen gemeinsam einen Hochschulrat Schleswig-Holstein ein, verständigen sich auf die Auswahl seiner Mitglieder und eine Ausstattung, die das Gremium arbeitsfähig und unabhängig macht.
11. Die Landesregierung wird einen Gesetzentwurf zum Hochschulgesetz vorlegen, der die Empfehlungen der Kommission u. a. zur Einführung einer Experimentierklausel, zu den Leitungs- und Managementstrukturen in den Hochschulen und – soweit erforderlich – zur Einrichtung des „Hochschulrats S-H“ aufgreift.
12. Land und Hochschulen vereinbaren eine neue Begutachtung des Hochschulsystems nach einem Zeitraum von fünf Jahren.

### **III. Empfehlungen zu einzelnen Fachgebieten**

In diesem Kapitel werden Empfehlungen zu ausgewählten Fachgebieten gegeben, die an mehreren Hochschulen vertreten sind und für die die Kommission Handlungsbedarf sieht.

#### **III.1. Humanmedizin**

Für die Fächergruppe Humanmedizin (Studiengänge Humanmedizin und Zahnmedizin) hat das Land im Jahre 2002 einen Landeszuschuss von 155,0 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen weitere rund 11 Mio. Euro für die vorklinischen Institute, die aus den Haushalten der Universitäten finanziert werden. Das waren rund 40,4 % des gesamten Landeszuschusses für Hochschulen und Kliniken in Höhe von 420 Mio. Euro. (Vgl. Übersicht 10, Seite 49) Angesichts der gravierenden finanziellen Engpässe der Hochschulfinanzierung, die Anlass für den Auftrag an die Kommission sind, bedarf diese überproportional kostenaufwendige Fächergruppe, in der nur 9,7 % (WS 2001/2002) aller Studierenden des Landes eingeschrieben sind, der besonderen Aufmerksamkeit.

Seit dem 01.01.2003 sind das Universitätsklinikum Kiel und das Universitätsklinikum Lübeck im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein GmbH unter einer Leitung (Vorstand und Aufsichtsrat) zusammengeschlossen. Die beiden nach dem Fusionsgesetz auch weiterhin selbständigen Medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck nutzen die Einrichtungen des Universitätsklinikum Schleswig-Holstein für die Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre.

##### **III.1.1. Medizinische Fakultät der Universität Kiel**

Die Kieler Medizinische Fakultät hat einen Stellenbestand von 42 C4-Stellen und 34 C3-Stellen, davon gehören 4 C4-Stellen und 3 C3-Stellen zur Zahnmedizin. Hinzu kommen laut Haushaltsplan (2003) 25 weitere C3-Stellen, die nicht besetzt oder mit OberärztInnen unterbesetzt waren, die nach BAT vergütet wurden.

Zur Fakultät gehören fünf vorklinische Institute, deren Finanzierung (rund 6,4 Mio. Euro, geschätzt) über den Haushalt der Universität erfolgt:

- Anatomisches Institut (3 Prof.)
- Physiologisches Institut (3 Prof., davon 1 vakant)
- Biochemisches Institut (3 Prof., davon 1 vakant)
- Institut für Medizinische Klimatologie (1 Prof.)

Das Institut für die Geschichte der Medizin und Pharmazie mit der dazugehörigen Professur ist an die Universität Lübeck verlagert worden.

In den Jahren 1999 – 2001 hat die Fakultät im Mittel jährlich 5,3 Mio. Euro an begutachteten Drittmitteln und 3,9 Mio. Euro an sonstigen Drittmitteln verausgabt. In diesen Beträgen sind die Ausgaben für die nachstehend aufgeführten Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs enthalten.

Für nähere Angaben zum Personalbestand der einzelnen Institute und Kliniken sowie zur Drittmittelbilanz der Jahre 1999 – 2001 siehe Tabelle 6 im Anhang.

Die Forschungsschwerpunkte der Fakultät sind:

- Onkologie und Tumorforschung
- Neurowissenschaften
- Signaltransduktion und entzündliche Abwehr
- Transplantationsmedizin

Die Fakultät ist/war seit 1998 beteiligt an folgenden SFB:

- „Spezifität und Pathophysiologie von Signaltransduktionswegen“ (1998 – 2004)
- „Molekulare Mechanismen der epithelialen Abwehr“

An der Fakultät arbeiten seit 1998 folgende DFG-Forschergruppen:

- „Mechanismen der kutanen Entzündung“ (1993-1999)
- „Genetische Ätiologie der chronisch entzündlichen Darmerkrankungen“ (2001-2003)
- „Genetische Epidemiologie und Medizinische Genetik komplexer Erkrankungen“ (2001 –2003)

Die Fakultät ist/war beteiligt an den Graduiertenkollegs:

- „Integrative Umweltbewertung“ (Toxikologie, 1996 – 2001)
- „Natürliche Antioxidantien - Effekte in Pflanzen, Nahrungsmitteln, Tieren und Menschen“ (ab Herbst 2002 mit Math.-Naturwiss. Fakultät und Agrar. Fakultät)

Im WS 2002/2003 waren 1 865 Studierende für Humanmedizin und 432 für Zahnmedizin immatrikuliert. Die Aufnahmekapazität im Studiengang Humanmedizin soll bis zum Jahr 2005 von 250 auf 200 AnfängerInnenplätze reduziert werden. Im WS 2001/2002 wurde sie in einem ersten Schritt bereits auf 230 gesenkt. In Zahnmedizin sollen die AnfängerInnenplätze von 76 (2002) auf 60 (2009) reduziert werden.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		Uni Kiel		D	
								2000	2001	2002	1998
Humanmedizin (Staatsexamen)	252	257	228*	224	230	221		14,0	14,0	14,0	13,0
Zahnmedizin (Staatsexamen)	80	78	76*	39	49	56		12,0	13,0	12,5	11,4
Fakultät gesamt	332	335	304	263	279	277	3,77	--	--	--	--

---

Quelle: Statistiken der Universität Kiel. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = WS 2001/2002 und nachfolgendes SS 2002. Für die Berechnungen sind die Studienjahre 2001/2002 und 2002/2003 zu Grunde gelegt worden, wobei die Angaben für 2002/2003 vorläufig sind und auf Basis des WS 2002/2003 und des SS 2002 berechnet wurden. Die Kennzahl „AbsolventInnen je ProfessorIn“ wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 im Stellenplan vorhandenen 74 C4 und C3-Stellen.

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

Seit dem WS 1998/99 wird der Studiengang Biochemie und Molekularbiologie mit jährlich 15 StudienanfängerInnen gemeinsam von der Medizinischen Fakultät und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät sowie dem Forschungszentrum Borstel durchgeführt. Für das SS 2003 ist außerdem ein englischsprachiger Studiengang Molecular Oncology vorgesehen. Ferner ist ein neuer Master-Studiengang in Genetischer Epidemiologie - Populationsgenetik geplant, der zusammen mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät angeboten werden soll. Seit dem SS 2001 besteht das Verbundlehreprojekt Medizin - Ökonomie im Rahmen des HWP-Programms „Strukturelle Innovationen im Hochschulbereich“. Projektpartner sind die Fachhochschule Flensburg, Fachbereich Wirtschaft - Fachgebiet Krankenhausmanagement und das Institut für Rechtsmedizin der Medizinischen Fakultät. Die Fakultät entwickelt zurzeit im Rahmen eines BMBF Projektes eine E-Learning Plattform mit deren Hilfe sich Studierende Lehrinhalte selbst erarbeiten können. Darüber hinaus soll die Plattform auch Weiterbildungsangebote enthalten.

Die „Erfolgsquoten“<sup>37</sup> liegen bei 51 bis 100 % in der Zahn- und zwischen 92 und 100 % in der Humanmedizin. Bei den Ergebnissen der bundesweit einheitlichen Prüfungen liegen die Kieler Medizinstudierenden regelmäßig im oberen Drittel der Medizinfakultäten Deutschlands.

Im Strukturplan der Universität ist eine Reduktion des Stellenbestandes der Vorklinik (2002 118 Stellen) um 10,5 Stellen vorgesehen (= 8,5 % des Bestands). Geplant ist die Umorganisation des Biochemischen Instituts zu einer gemeinsamen Einrichtung mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

### III.1.2. Medizinische Fakultät der Universität Lübeck

Die Lübecker Medizinische Fakultät hat einen Stellenbestand von 37 C4-Stellen und 30 C3-Stellen, hinzu kommen 4 C4-Stellen und 0 C3-Stellen in Instituten der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (TNF), die für die naturwissenschaftliche Ausbildung im Studiengang Humanmedizin verantwortlich sind. Von den 30 C3-Stellen waren 3 mit ProfessorInnen besetzt, die selbständig AbteilungsleiterInnenaufgaben wahrnehmen. Im übrigen waren die C3 Stellen nicht besetzt oder mit OberärztInnen unterbesetzt, die nach BAT vergütet wurden. Die vorklinischen Institute für Biochemie (1 C4-Stelle), Biologie (1 C4-Stelle), Chemie (1 C4-Stelle) und Physik (1 C4-Stelle) gehören zur TNF. Dagegen gehören die Institute für Medizinische Molekularbiologie (1 C4-Stelle) und für Molekulare Medizin (1 C4-Stelle) zur Medizinischen Fakultät.

Die Fakultät (inkl. o. g. Institute der TNF) hat in den Jahren 1999 – 2001 im Mittel jährlich 5,0 Mio. Euro an begutachteten Drittmitteln verausgabt und 4,1 Mio. Euro an sonstigen Drittmitteln. In diesen Beträgen sind die Ausgaben für die nachstehend aufgeführten Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs enthalten.

Für weitere Angaben zum Personalbestand der einzelnen Institute und Kliniken sowie zur Drittmittelbilanz der Jahre 1999 – 2001 siehe 7 im Statistischen Anhang.

---

<sup>37</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von sechs Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.

Die Fakultät arbeitet eng mit dem Forschungszentrum Borstel (FZB) zusammen. Für acht Stellen am FZB gibt es gemeinsame Berufungsverfahren (3 C4, 2 C3, 3 JuniorprofessorInnen).

Das FZB und die Medizinische Fakultät tragen seit 1993 den SFB „Molekulare Mechanismen entzündlicher und degenerativer Prozesse“. Darüber hinaus gab/gibt es an der Medizinischen Fakultät seit 1998 folgende Forschergruppen:

- „Klinische Neuroendokrinologie – Alterungsprozesse, Adipositas und Diabetes mellitus“ (1994 - 2000)
- „Intersexualität – vom Gen zur Geschlechtsidentität“ (2001 – 2003)
- „Gedächtnisbildung im Schlaf“ (2002 – 2004)
- „Neurobiologische Prädikatoren und Korrelate von Psychotherapie“ (2003 – 2006).

Das Graduiertenkolleg „Strukturen und Mediatoren der Zellinteraktion“ (1997 – 2002) wird vom FZB und den beiden Fakultäten getragen.

Die Medizinische Fakultät hat folgende Forschungsschwerpunkte festgelegt, auf die sie sich künftig konzentrieren will:

- Entzündung
- Gehirn, Hormone und Verhalten
- Therapeutische Tumormodulation
- Regulation menschlicher Reproduktion.

Darüber hinaus besteht ein Forschungsverbund „Medizintechnik“ mit der TNF.

Im WS 2002/2003 waren 1 545 Studierende (davon 968 weiblich) immatrikuliert.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2001	2002	2003	2001	2002	2003		Uni Lübeck		D	
			(dav. weibl.)			(dav. weibl.)		2000	2001	2002	1998
Humanmedizin (Staatsexamen)	217	188	192*	194	183	191	4,92	13,7	13,8	13,7	13,0
			(132)			(112)					

Quelle: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl "AbsolventInnen je ProfessorIn" wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 in der Fakultät 38 besetzten Professuren. Median Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = WS 2001/2002 und nachfolgendes SS 2002.

\*Aufnahmekapazität wirksam durch NC beschränkt. Die Zahl der immatrikulierten Studierenden zum WS 2002/2003 liegt wegen einer technischen Überbuchung der ZVS über der Zielzahl von 181.

Die „Erfolgsquoten“ im Studiengang Humanmedizin liegen bei 98 bis 100 % (Examensjahrgänge 1998 – 2001). Bei den Ergebnissen der bundesweit einheitlichen Prüfungen liegen die Lübecker Medizinstudierenden regelmäßig im oberen Drittel der Medizinfakultäten Deutschlands.

Die Aufnahmekapazität im Studiengang Humanmedizin soll bis 2005 von 215 auf 173 AnfängerInnenplätze reduziert werden. Im WS 2001/2002 wurde sie in einem ersten Schritt auf 183, im WS 2002/2003 weiter auf 181 gesenkt. Parallel zum Kapazitätsabbau in der Medizin erfolgt der Aufbau von Studienkapazitäten im neuen Studiengang Molekulare Biotechnologie (Bachelor), der 2001 startete. Dieser Studiengang wird in erster Linie von der TNF sowie vom Forschungszentrum Borstel getragen.

Die Fakultät beteiligt sich auch am neuen Master-Studiengang Medical Technology, der seit WS 2002/2003 gemeinsam mit der FH Lübeck angeboten wird.



### III.1.3. Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Das Land weist dem zum 01.01.2003 gegründeten Universitätsklinikum Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2003 einen Zuschuss von 138,95 Mio. Euro zu, der sich wie folgt zusammensetzt:

Forschung und Lehre – Kiel	42,8 Mio. Euro
Forschung und Lehre – Lübeck	33,1 Mio. Euro
Trägerkosten des Klinikums	43,2 Mio. Euro
Informations- und Kommunikationssystem	2,8 Mio. Euro
Investitionen	17,0 Mio. Euro

Zu diesen rund 139 Mio. Euro Landeszuschuss kommen die Aufwendungen für die vorklinischen Institute, die über die Universitätshaushalte finanziert werden, (Kiel 6,4 Mio. Euro, Lübeck 5 Mio. Euro; Angaben geschätzt)<sup>38</sup>, so dass der Zuschuss des Landes für die Hochschulmedizin (ohne Landesmittel für HBFG-Baumaßnahmen, akademische Lehrkrankenhäuser und z. T. Bauunterhalt, Vgl. Übersicht 10, Seite 49) rund 150 Mio. Euro beträgt.

Gegenüber dem Vorjahr wurde der Landeszuschuss um rund 2,6 Mio. Euro verringert. Seit 1996 wurde dieser kontinuierlich von 144 Mio. Euro auf 119,1 Mio. Euro gesenkt.

Als Folge politischer Entscheidungen der Landesregierung in den Pflegesatzverhandlungen 1988/89 sind seinerzeit Kostenunterdeckungen im stationären Bereich der Krankenversorgung entstanden, die sich aufgrund des geltenden Krankenhausfinanzierungsrechts zu einem dauerhaften strukturellen Defizit ausgewirkt haben. Diese „Subventionen der Krankenversorgung“ aus Mitteln des Wissenschaftsministeriums belaufen sich nach Angaben der Universitätskliniken mittlerweile auf jeweils 20 – 25 Mio. Euro jährlich. Sie sind Teil der so genannten Trägerkosten<sup>39</sup>.

Wie ein Vergleich mit anderen Universitätskliniken zeigt, gehören die beiden Kliniken/Fakultäten zu den mittelgroßen bzw. kleineren in Deutschland. Der Landeszuschuss je Klinik liegt um 15 % (Kiel) bzw. 25 % (Lübeck) unterhalb des Mittelwertes aller westdeutschen Universitätskliniken (siehe Tabelle 8 im Anhang).

<sup>38</sup> Landeshaushaltsplan Schleswig-Holstein, Haushaltsjahr 2003. Einzelplan 07.

<sup>39</sup> Weitere Bestandteile der Trägerkosten sind Defizite aus der ambulanten Behandlung, Defizite von Sozialeinrichtungen der Kliniken, Defizite der den Kliniken angeschlossenen Ausbildungsstätten sowie Kosten hoheitlicher Aufgaben.

### Übersicht 14: Die Medizinischen Fakultäten in Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich

Indikator	Kiel	Lübeck	Mittelwert Westdeutschl.
C4 Stellen (inkl. Zahnmedizin)	42	37	49 <sup>1</sup>
ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen insgesamt	868	662	878 <sup>1</sup>
Planbetten <sup>1</sup>	1 378	1 207	1 483 <sup>1</sup>
Studienplätze Humanmedizin <sup>1</sup>	250	215	316 <sup>1</sup>
Zahnmedizin <sup>1</sup>	76	0	67 <sup>1</sup>
Landeszuschuss Mio. € (2002) Ohne vorklinische Institute	76,0	65,5	86,0 <sup>1</sup>
Drittmittelausgaben Mio. € jährlich 1999 - 2001	9,2 <sup>2</sup>	9,1 <sup>2</sup>	24,0 <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Angaben für 2000.

Quelle: Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft: Forschungslandkarte Hochschulmedizin. Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart 2002. Für Kiel und Lübeck Stand 2002 nach Angaben der Fakultäten. Für die Definitionen und Angaben zu den Fakultäten in Westdeutschland siehe Tabelle 8 im Statistischen Anhang.

#### III.1.3.a. Finanzielle Situation

Die Kliniken haben ihre Haushalte in den Jahren 2001 und 2002 nur durch Auflösung von Reserven ausgleichen können. Für das Universitätsklinikum Kiel wird für 2002 mit einem Verlust in Höhe von 7 bis 8 Mio. Euro gerechnet.

Aufgrund der aktuellen Beschlüsse zur Vergütung der Krankenhausleistungen einerseits und der Tarifabschlüsse für die Klinikbeschäftigten andererseits ist davon auszugehen, dass das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein im Jahre 2003 wirtschaftliche Verluste einfahren wird.

Mit der Einführung der Vergütung der Krankenversorgungsleistungen in den Kliniken nach Fallpauschalen (G-DRG-System; DRG steht für: „Diagnosis-Related-Groups“) werden demnächst die Einnahmen aus der Krankenversorgung (unveränderte Fallzahlen unterstellt) deutlich sinken. Sollten die derzeit diskutierten Werte für die Fallpauschalen unverändert in den Universitätskliniken angewendet werden, dann erwarten Experten bei sonst gleich bleibenden Gegebenheiten einen Finanzierungsausfall von 30 – 50 Mio. Euro für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein. Es lässt sich zur Zeit nicht übersehen, in welchem Ausmaß sich dieses absehbare Defizit durch Rationalisierungsmaßnahmen, Ausweitung von Leistungen in der Krankenversorgung und/oder eventuelle Privatisierung ausgleichen lässt.

#### III.1.3.b. Forschungsleistungen und Drittmittel

Insgesamt, d. h. über alle Fachgebiete der beiden Medizinischen Fakultäten gerechnet, liegen beide Fakultäten beim Indikator Drittmittel im unteren Drittel der Medizinischen Fakultäten Westdeutschlands (siehe hierzu die Tabelle 8 im Statistischen Anhang). Auf 100 Euro Landesmittel kamen im Jahre 2000 in Kiel 12,4 Euro Drittmittel und in Lübeck 14,0 Euro. Der Durchschnitt aller westdeutschen Fakultäten lag dagegen bei 28 Euro und die Fakultäten mit den höchsten Drittmittelinwerbungen kamen auf 30 – 40 Euro Drittmittel je 100 Euro Landesmittel.

Die Drittmittelschwäche der beiden schleswig-holsteinischen Medizinfakultäten zeigt sich auch, wenn man die Drittmittel auf die Zahl der C4-Stellen bezieht<sup>40</sup>. Kiel und Lübeck kamen hier auf 220 – 230 T Euro je C4-Stelle, während der Mittelwert mit 491 T Euro je C4-Stelle mehr als doppelt so hoch lag. Die forschungstärksten Fakultäten erreichten Werte von 700 – 800 T Euro je C4-Stelle (siehe Tabelle 1 im Statistischen Anhang).

Der Wissenschaftsrat hat 1999 festgestellt, dass beide Fakultäten „stark durch die Krankenversorgung geprägt sind“ und dass das Niveau der Forschung in einigen Bereichen gut, insgesamt jedoch „erheblich verbesserungswürdig“ ist. Eine konsequente Orientierung hin zu wissenschaftsfreundlicheren Strukturen wurde als ... „absolut notwendig angesehen, um auch mittel- und langfristig mit anderen Medizinischen Fakultäten in Konkurrenz treten zu können“<sup>41</sup>.

Die von den Fakultäten vorgelegten Drittmittelbilanzen der letzten Jahre (siehe Tabellen 6 und 7 im Statistischen Anhang) weisen auf eine positive Entwicklung hin. Wie Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs, Forschergruppen und ähnliche größere Forschungsprojekte deutlich machen, gibt es in beiden Fakultäten mehrere überregional beachtete, leistungsfähige Forschergruppen, die sich im internationalen Forschungswettbewerb gut behaupten können. Daneben gibt es aber auch Kliniken und Institute, deren Drittmittelbilanz mager ausfällt, was darauf schließen lässt, dass dort kaum geforscht wird. So haben in den Jahren 1999 – 2001 in Kiel elf der 25 Kliniken, zwei der vier Zahnkliniken und fünf der 19 Institute keine begutachteten Drittmittel verausgabt. In Lübeck waren es in der gleichen Zeit vier der 17 Institute und zehn der 24 Kliniken.

### III.1.4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Entsprechend ihrem Auftrag gilt das Augenmerk der Kommission in erster Linie der künftigen Entwicklung der an der Universität Kiel und der Universität zu Lübeck bestehenden Fakultäten für Humanmedizin. Allerdings konnte die Kommission die Verschränkungen zwischen Forschung und Lehre einerseits und Krankenversorgung andererseits nicht außer Betracht lassen. Demgegenüber wird die wissenschaftliche Kommission zur Begleitung der Fusion der Universitätskliniken die Entwicklung primär, aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Krankenversorgung begleiten.

#### III.1.4.a. Zur Ausbildungskapazität

Schleswig-Holstein hat die Ausbildungskapazität bereits auf jährlich 411 AnfängerInnenplätze (SS 2002 und WS 2002/03) für Humanmedizin und 76 für Zahnmedizin gesenkt. Gemessen an der Bevölkerung des Landes bildet das Land um 10 – 20 % über dem Bundesdurchschnitt aus<sup>42</sup>.

---

<sup>40</sup> Die Zahl der C4-Stellen wird als Indikator für die Grundausstattung mit antragsberechtigten WissenschaftlerInnen verwendet. Wegen der erheblichen Unterschiede in der Ausstattung mit C3-Professuren eignet sich die Gesamtzahl der Professuren nicht als Indikator für die Grundausstattung.

<sup>41</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Medizinischen Fakultät der Medizinischen Universität zu Lübeck. In Wissenschaftsrat, Empfehlungen und Stellungnahmen 1999. Köln 2000, S. 387.

<sup>42</sup> Eine präzise Angabe für die Abweichung der Ausbildungskapazität vom bundesweiten Mittelwert wird dadurch erschwert, dass auch andere Länder mit der Absenkung der Ausbildungskapazitäten begonnen haben. Diese Entwicklung verläuft nicht an jedem Standort in gleichem Ausmaß und zum gleichen Zeitpunkt. In den 90er Jahren lag die Ausbildungskapazität in Schleswig-Holstein zeitweise um bis zu 25 % über dem Bundesdurchschnitt.

**Übersicht 15: Studierende/StudienanfängerInnen der Humanmedizin (ohne Zahnmedizin) und EinwohnerInnen nach Ländern im Jahre 2001**

Land	Einwohner (in 1.000) 2000	Studierende WS 01/02	Studierende je 100.000 EW WS 01/02	Studienanfänger <sup>2</sup>		Studienanfänger je 100.000 EW 2001
				2000	2001	
Baden-Württemberg	10 480	10 742	102,50	1 478	1 571	14,99
Bayern	12 164	11 271	92,66	1 824	1 808	14,86
Berlin	3 385	6 979	206,17	1 042	1 064	31,43
Hamburg	1 708	2 973	174,06	415	401	23,48
Hessen	6 052	7 036	116,26	1 308	1 346	22,24
Mecklenburg-Vorp.	1 786	2 054	115,01	456	470	26,32
Niedersachsen	7 898	5 900	74,70	852	895	11,33
Nordrhein-Westfalen	17 994	17 688	98,30	2 310	2 468	13,72
Rheinland-Pfalz	4 028	2 852	70,80	451	459	11,40
Saarland	1 070	1 709	159,72	262	269	25,14
Sachsen	4 452	3 631	81,56	589	651	14,62
Sachsen-Anhalt	2 641	2 040	77,24	451	470	17,80
Schleswig-Holstein <sup>3,4</sup>	2 778	3 490	125,63	473	441	15,87
Thüringen	2 445	1 550	63,39	270	264	10,80
Deutschland <sup>1,4</sup>	82 143	79 915	97,29	12 181	12 577	15,31

<sup>1</sup> EinwohnerInnenzahl inkl. Bremen: 662 000 und Brandenburg: 2 600 000.

<sup>2</sup> StudienanfängerInnen: 1. Fachsemester.

<sup>3</sup> Für 2002 wurde die Zulassungszahl auf 411 AnfängerInnen gesenkt. Hinzu kommen noch 76 Plätze für Zahnmedizin.

<sup>4</sup> Der Vergleich des Wertes "StudienanfängerInnen je 100 000 EinwohnerInnen" für Schleswig-Holstein mit den Werten der anderen Länder ist dadurch verzerrt, dass Schleswig-Holstein bereits mit der Kapazitätsreduktion begonnen hat. In anderen Ländern ist dies ebenfalls geplant, jedoch zumeist noch nicht realisiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die künftige Nachfrage der Gesundheitswirtschaft nach ausgebildeten ÄrztInnen und ZahnärztInnen ist nicht einfach zu beurteilen. Einerseits werden in Deutschland im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele HumanmedizinerInnen ausgebildet. Dies und Indikatoren der Überversorgung vor allem in Städten mit Universitätskliniken führten in den 90er Jahren zu einem weit verbreiteten gesundheits- wie wissenschaftspolitischen Konsens, dass eine Reduktion der Ausbildungskapazität geboten sei. Andererseits ist seit einigen Jahren insbesondere in ländlichen Regionen Ostdeutschlands, aber z. B. auch in Schleswig-Holstein, zu beobachten, dass die Krankenhäuser außerhalb der größeren Städte über vermehrte Probleme bei der Besetzung ihrer Stellen für ÄrztInnen berichten und dass in den ländlichen Regionen freierwerdende Praxen nicht mehr besetzt werden können. Angesichts der Altersstruktur der freiberuflich tätigen ÄrztInnen wird für die Zukunft in ländlichen Regionen mit einer rasch wachsenden Zahl an unbesetzten ÄrztInnenstellen gerechnet. Bereits aktuell gibt es im Unterschied zur Situation in den 90er Jahren für die AbsolventInnen des Medizinstudiums keine Probleme mehr, einen Arbeitsplatz als MedizinerIn zu finden.

Die trotz hoher AbsolventInnenzahlen zu beobachtenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Von besonderer Bedeutung sind attraktive Arbeitsplätze in der Gesundheitsverwaltung, in der biotechnologisch-pharmazeutischen Industrie sowie im Gesundheitssystem einiger Nachbarländer vor allem aber die im Vergleich dazu unattraktive Beschäftigungskultur in vielen deut-

schen Kliniken und im freien Arztberuf. Deswegen erscheint es zweifelhaft, Lösungen dieser Probleme vorrangig in der Aufrechterhaltung von teuren Ausbildungskapazitäten zu suchen, die nach internationalen Maßstäben überdimensioniert sind.

Die Kommission hält deswegen die vom Land eingeleitete Kürzung der Ausbildungskapazität für eine grundsätzlich richtige Maßnahme, um knappe Finanzmittel des Landes im Hochschulsystem effizienter einsetzen zu können.

Im Hinblick auf die schwierig einzuschätzende Arbeitsmarktlage, die sich im Zuge der Gesundheitsreform rasch ändern kann, sieht die Kommission jedoch auch keinen Anlass dafür, aus Gründen einer vermeintlichen „Übersversorgung“ dem Land Schleswig-Holstein eine drastische Kürzung der Ausbildungskapazität auf Werte deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts zu empfehlen.

Das Vorhalten einer überdurchschnittlich großen Ausbildungskapazität in der Hochschulmedizin bindet jedoch erhebliche Landesmittel, während das Hochschulsystem, im übrigen massiv unterfinanziert ist. Die Kommission empfiehlt daher dem Land, in der Hochschulmedizin die Ausbildungskapazität auf bundesrepublikanische Durchschnittswerte abzusenken und künftig eine Zielzahl von rund 320 Studienplätzen für Humanmedizin und rund 60 Studienplätzen für Zahnmedizin vorzusehen.

#### III.1.4.b. Zur Betten- und Krankenversorgungskapazität

Beide Klinikstandorte haben mit 1 378 Betten (Kiel) bzw. 1 207 Betten (Lübeck) eine im Vergleich mit anderen Universitätskliniken in Deutschland etwas unterhalb des Durchschnitts liegende Größenordnung (Vgl. Tabelle 8 im Statistischen Anhang)

Experten erwarten, dass die Einführung der Vergütung nach Fallpauschalen (G-DRG-System) zu einer sinkenden Verweildauer der Patienten in den Kliniken führen wird. Hinzu kommt die künftig noch an Bedeutung gewinnende Tendenz zur „ambulanten Operation“. Es ist daher – jedenfalls dann, wenn das G-DRG-System auch für die Universitätsmedizin gilt – von einem sinkenden Bedarf an Betten in den Universitätskliniken auszugehen, wobei der Rückgang auf eine Größenordnung von 20 bis 30 % geschätzt wird<sup>43</sup>. U. a. deshalb hat der Wissenschaftsrat in jüngster Zeit mit Nachdruck eine Reduktion der Bettenkapazitäten in den Universitätskliniken gefordert<sup>44</sup>.

Die Kommission empfiehlt für die beiden Klinikstandorte in Schleswig-Holstein als Leitlinie eine ins Gewicht fallende Absenkung der Bettenkapazität (20-30%). Dieses Ziel lässt sich erreichen durch

- die Verlagerung von Kliniken aus der Zuständigkeit und finanziellen Verantwortung des Universitätsklinikums wie dies z. B. für die Psychiatrie in Kiel mit der Gründung der Psychiatrie GmbH geplant ist.
- Für Fachgebiete, die keine zentrale Bedeutung für Forschung und Lehre haben, sollte geprüft werden, ob deren Krankenversorgungsaufgaben durch leistungsfähige externe Kliniken wahrgenommen werden können. Der Wissenschaftsrat hat

---

<sup>43</sup> Vgl. Strukturreform in der Berliner Hochschulmedizin. Empfehlungen der vom Berliner Senat eingesetzten Expertenkommission, Berlin 2002, S. 54.

<sup>44</sup> In Übereinstimmung mit der Expertenkommission Hochschulmedizin Berlin empfiehlt der Wissenschaftsrat für Berlin eine Absenkung von 3 470 auf 2 200 Betten (verteilt auf drei Standorte), um die Einsparvorgabe des Landes umsetzen zu können. Expertenkommission Berlin a. a. O., S. 110.

In der Empfehlung zum Klinikum Heidelberg bezieht sich der Wissenschaftsrat auf frühere Empfehlungen für eine Richtgröße von 1 350 Betten, die als überholt betrachtet wird: „Insbesondere vor dem Hintergrund der Einführung von Fallpauschalen (DRG) hält der Wissenschaftsrat inzwischen eine erheblich größere Bettenreduktion für erforderlich.“ Wissenschaftsrat, Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der Medizinischen Einrichtungen der Ruprechts-Karl-Universität Heidelberg in Heidelberg. Verv. Manuskript, Köln 2003, S. 77.

---

dies für die Orthopädie in Kiel empfohlen<sup>45</sup>. Für einzelne Kliniken in Kiel und Lübeck könnte auch eine Privatisierung erwogen werden.

- Aufgabe von Kliniken/Bettenstationen in externen Krankenhäusern, wie z. B. der Medizinischen Klinik II in Kiel, die aus dem Städtischen Krankenhaus in die Klinik für Innere Medizin verlagert werden sollte.
- Zusammenführung von bislang selbständigen Kliniken zu Zentren bei gleichzeitiger Kürzung der Bettenzahl.
- Organisation geeigneter Einheiten für ambulante Operationen (gegebenenfalls zentralisiert).

Gefordert sind hier Vorstand und Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein. Die Kommission kann keine Detailvorgaben für Größe und Organisation einzelner Kliniken geben, da die wirtschaftliche Situation der einzelnen Klinik, die baulichen Gegebenheiten und auch die regionale Versorgungssituation zu beachten sind.

#### **III.1.4.c. Zur Medizinischen Forschung**

Die Kommission empfiehlt unter ausdrücklichem Verweis auf die Empfehlung des Wissenschaftsrates

- unverzüglich für jedes Institut und jede Klinik eine Trennungsrechnung für die personellen und finanziellen Aufwendungen für Krankenversorgung einerseits sowie für Lehre und Forschung andererseits durchzuführen und damit für Transparenz zu sorgen.
- Die an den Fakultäten bereits eingeführten separaten Budgets für Forschungsprojekte signifikant auszuweiten und daraus den Mitgliedern der Fakultät auf Antrag und im leistungsgesteuerten Wettbewerb befristet Forschungsmittel zuzuweisen. Die Höhe dieses Forschungsbudgets sollte sukzessive auf einen Anteil von rund einem Drittel des Landeszuschusses für Lehre und Forschung angehoben werden.
- Kliniken und Instituten, die über mehrere Jahre keine nennenswerten Forschungsleistungen erbringen, die Zuschüsse hierfür zu reduzieren.

#### **III.1.4.d. Zum Landeszuschuss an das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein**

Mit dem Landeszuschuss werden heute sowohl Lehre und Forschung als auch solche Aufwendungen für die Krankenversorgung finanziert, die von den Krankenkassen und PatientInnen nicht vergütet werden (= Trägerkosten). Es ist unstrittig, dass mit den Trägerkosten eine „Subventionierung“ der Krankenversorgung aus Landesmitteln verbunden ist, auch wenn das Ausmaß dieser Subventionierung und die Berechtigung dieser Zahlungen zwischen den Verhandlungspartnern bei der Festlegung der Pflegesätze strittig sind.

Die Kommission empfiehlt auf der Basis der geforderten Trennungsrechnung – wie andernorts – den Landeszuschuss in die Komponenten „Krankenversorgung“ sowie „Lehre und Forschung“ zu trennen. Die Krankenversorgung zu finanzieren (=Trägerkosten), ist Aufgabe der Krankenversicherungen bzw. der PatientInnen. Soweit es sich um Aufgaben handelt, die das Land dem Universitätsklinikum als allgemeine gesundheitspolitische Aufgabe zuweist (z. B. Kosten der Rechtsmedizin), sollten diese

---

<sup>45</sup> Wissenschaftsrat, a. a. O., S. 369.

Kosten aus dem Haushalt des hierfür zuständigen Ministeriums finanziert werden, denn hier handelt es sich um die Finanzierung sozialpolitischer Aufgaben des Landes.

Künftige Defizite des Haushaltes des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein sollten nicht aus dem Haushalt des Wissenschaftsministeriums finanziert werden, weil dies zu Lasten des Landeszuschusses für die Hochschulen gehen würde.

#### **III.1.4.e. Zur Organisation von Forschung, Lehre und Krankenversorgung**

Angesichts der empfohlenen Kapazitätsreduktion auf rund 320 Studienplätze für Humanmedizin (plus 60 für Zahnmedizin) stellt sich die Frage, wie die Ausbildungsaufgabe auf wirtschaftliche Weise organisiert werden kann. Der Blick auf die aktuellen Studienplatzkapazitäten der Medizinischen Fakultäten Westdeutschlands (Vgl. Tabelle 8 im Statistischen Anhang) zeigt, dass die für Schleswig-Holstein empfohlene Größenordnung von 320 Plätzen nur geringfügig über dem heutigen Mittelwert von 316 Plätzen je Klinikum liegt. Die Größe von 160 Plätzen je Klinikum, die sich aus einer gleichgewichtigen Verteilung auf zwei Fakultäten ergeben würde, liegt also erheblich unterhalb der in Deutschland üblichen Werte.

Die Kommission hat mehrere Varianten für die künftige Organisation der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein diskutiert. Neben dem bisherigen Modell mit zwei selbständigen Fakultäten, auch die Variante, die vorklinische Ausbildung an einem Standort zu konzentrieren. Für dieses Modell sprechen finanzielle Gründe, dagegen steht aber, dass damit am Standort ohne Vorklinik die Qualität der medizinischen Forschung, die auf die Interaktionen und enge Kooperationen von klinischer Forschung und naturwissenschaftlichen Grundlagen angewiesen ist, gefährdet würde.

Die Kommission spricht sich in Abwägung der betriebswirtschaftlichen, der forschungspolitischen und auch der regionalwirtschaftlichen Argumente dafür aus, an den zwei Standorten mit vorklinischer und klinischer Ausbildung festzuhalten.

Wenn man sich in Schleswig-Holstein, wie hier empfohlen, dazu entschließt, an zwei Standorten Hochschulmedizin in Lehre, Forschung und Krankenversorgung zu betreiben, dann müssen alle vertretbaren Möglichkeiten der Kostenbegrenzung ausgeschöpft werden. Die Kommission hat deswegen in ausführlichen Beratungen unter Hinzuziehung externen medizinischen Sachverständes für jedes an den beiden Fakultäten vertretene Fachgebiet untersucht, inwieweit es an beiden Standorten vertreten sein muss und wo Möglichkeiten der Schwerpunktsetzung und Arbeitsteilung vorhanden sind.

Bislang wurde zwischen den Fakultäten und Kliniken in Kiel und Lübeck nur ein geringes Maß an Arbeitsteilung erreicht. Lediglich die vergleichsweise „billigen“ Fächer Rechtsmedizin und Geschichte der Medizin sind nur an jeweils einem Standort angesiedelt und an beiden für die Lehre verantwortlich. Auch in der Krankenversorgung gibt es vereinzelt Absprachen bei Spezialdisziplinen.

Die Kooperationen betreffen eher randständige Gebiete und fallen finanziell nicht ins Gewicht. Es ist bislang nicht gelungen, eine wirksame Koordinierung und standortübergreifende Abstimmung und Schwerpunktsetzung durchzusetzen, wird dies der Wissenschaftsrat 1999 z. B. für die Orthopädie und die Transplantationsmedizin empfohlen hatte. Aus diesen Gründen hat das Land die Fusion der Kliniken zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein betrieben.

Die Kommission unterstreicht die Notwendigkeit der standortübergreifenden Entwicklungsplanung in Forschung und Lehre. Es gibt jedoch nur begrenzt weitere Möglichkeiten für die Konzentration solcher Institute oder Kliniken, die für die Lehre grö-

Bere Bedeutung haben. Nur in Einzelfällen möglich ist die Vergabe von Lehraufträgen an qualifizierte WissenschaftlerInnen und ÄrztInnen, die im Hauptberuf außerhalb des Universitätsklinikums beschäftigt sind (z. B. für Allgemeinmedizin, Arbeitsmedizin, Sozialmedizin oder an leitende ÄrztInnen leistungsfähiger Fachkliniken in der Region, wie dies der Wissenschaftsrat für die Orthopädie in Kiel empfohlen hat).

Überlegungen, Studierende oder DozentInnen regelmäßig zwischen Kiel und Lübeck pendeln zu lassen, stoßen schon angesichts der Verkehrsverbindungen auf enge Grenzen und sollten auf Ausnahmen beschränkt bleiben. Ansonsten würde die Attraktivität beider Fakultäten gemindert und die Fakultäten würden im bundesweiten Wettbewerb um qualifizierte Studierende, DoktorandInnen und ProfessorInnen beeinträchtigt.

Um u.a. Spielräume für die Finanzierung der Forschung und für Umwidmungen zugunsten medizinnaher Studiengänge zu gewinnen, hat die Kommission ein Modell für eine personelle Grundausstattung einer kleinen Medizinfakultät entwickelt. Ausgehend von der für die Hochschulmedizin in Nordrhein-Westfalen<sup>46</sup> von einer mit UniversitätsprofessorInnen der Humanmedizin besetzten Expertenkommission entwickelten „Grundausstattung für die Lehre“ wird für Schleswig-Holstein der Stellenbedarf für einen weitgehend autarken Lehrbetrieb an zwei Standorten kalkuliert (siehe Übersicht 16: Modellkalkulation, Seite 87ff).

Diese Kalkulation enthält noch keine Ansätze für die empfohlene „Ergänzungsausstattung Forschung“ und für den Personalbedarf für Aufgaben in der Krankenversorgung, die in Schleswig-Holstein angesichts ansonsten fehlender Kliniken der höchsten Versorgungsstufe gegebenenfalls zu berücksichtigen sind.

---

<sup>46</sup> Hochschulmedizin in Nordrhein-Westfalen. Bericht der Strukturkommission Hochschulmedizin. Stand: 14.02.2001. Vervielfältigtes Manuskript, Düsseldorf 2001.



**Übersicht 16: Modellkalkulation für den Personalbedarf in der Lehre der Medizinischen Fakultäten Kiel und Lübeck (nur ProfessorInnenstellen)**

Fachgebiet	Fakultät Kiel Ist*	Fakultät Lübeck Ist*	Grundaus- stattung Lehre je Fakultät Soll
<b>Vorklinische und theoretische Fächer<sup>1</sup></b>			
Anatomie	2 C4 1 C3	1 C4 <sup>2</sup> -	1 C4 1 C3
Biochemie/Molekulare Medizin	2 C4 1 C3	2 C4 <sup>3</sup> -	1 C4 1 C3
Physiologie	1 C4 2 C3	1 C4 <sup>1</sup> -	1 C4 1 C3
Pathologie	2 C4 2 C3	1 C4 -	1 C4 1 C3
Mikrobiologie/Virologie/Hygiene/Umwelt	2 C4 -	1 C4 -	1 C4 <sup>4</sup> 1 C3
Pharmakologie/Toxikologie	1 C4 1 C3	1 C4 -	1 C4 <sup>5</sup> 1 C3
Klinische Chemie	- -	- 1 C3	.6 -
Immunologie/Transfusionsmedizin/Immunchemie	1 C4 1 C3	1 C4(+2 C4) <sup>7</sup> -	1 C4 <sup>8</sup> -
Humangenetik	1 C4 -	1 C4 -	1 C4 -
Med. Informatik/Biometrie/Statistik	1 C4 -	- 1 C3	- 1 x 1 C3 <sup>9</sup>
Medizinische Psychologie	- 1 C3	1 C4 -	1 x 1 C4 <sup>10</sup> -
Arbeitsmedizin	- -	1 C4 -	1 x 1 C4 <sup>9</sup> -
Sozialmedizin	- -	1 C4 -	1 x 1 C4 <sup>9</sup> -
Rechtsmedizin	1 C4 -	- -	1 x 1 C4 -
Klimatologie	- 1 C3	- -	- -
Geschichte der Medizin/Wissenschaftsgeschichte	- -	1 C4 <sup>1</sup> 1 C3 <sup>1</sup>	1 x 1 C4 <sup>9</sup> -

<sup>1</sup> Die C4-Stellen für Physik, Chemie und Biologie in der Technisch-Naturwiss. Fakultät der Universität Lübeck werden hier nicht betrachtet. Das gilt auch für die Lehrexporte für die Medizin aus der Math.-Naturwiss. Fakultät der Universität Kiel.

<sup>2</sup> Professur gehört zur Technisch-Naturwiss. Fakultät.

<sup>3</sup> C4 Biochemie in Technisch-Naturwiss. Fakultät und C4 Molekulare Medizin in Med. Fakultät.

<sup>4</sup> In Abstimmung der beiden Fakultäten sollten Mikrobiologie und Virologie mit C4-Stellen besetzt werden. Auch die fachliche Widmung der C3-Stellen sollte aufeinander abgestimmt werden.

<sup>5</sup> In Abstimmung der beiden Fakultäten sollten die Experimentelle Pharmakologie und die Klinische Pharmakologie mit C4-Stellen ausgestattet werden. Toxikologie sollte mindestens an einer Fakultät mit C3 vertreten sein.

<sup>6</sup> Klinische Chemie sollte an beiden Klinikstandorten zentral organisiert werden. Für die Leitung ist keine C-Stelle erforderlich.

<sup>7</sup> Lehrstuhl Immunchemie und Lehrstuhl Immunologie jeweils besetzt mit InstitutsleiterInnen am Forschungszentrum Borstel.

<sup>8</sup> Für Transfusionsmedizin ist keine C-Stelle erforderlich.

<sup>9</sup> An einer Fakultät sollte ein gemeinsames Zentrum für klinische Studien eingerichtet werden. Für die Leitung sollte eine C3-Stelle vorgesehen werden.

<sup>10</sup> Die Lehre in diesem Fachgebiet kann auch über einen Lehrauftrag erbracht werden, wenn geeignete WissenschaftlerInnen gewonnen werden können.

Fachgebiet	Fakultät Kiel Ist*	Fakultät Lübeck Ist*	Grundausrüstung Lehre je Fakultät Soll
<b>Kliniken und klinische Institute</b>			
Anästhesiologie	1 C4 -	1 C4 -	1 C4 1 C3
Allgemein. Chirurgie/Thoraxchirurgie	1 C4 -	1 C4 -	} 3 C4
Herzchirurgie	1 C4 -	1 C4 -	
Neurochirurgie	1 C4 -	1 C4 -	
Orthopädie und Unfallchirurgie	2 C4 -	1 C4 <sup>12</sup> -	1 C4 1 C3
Kinderchirurgie	- -	1 C4 -	. <sup>13</sup> -
Kiefer- und Gesichtschirurgie	1 C4 <sup>14</sup> -	1 C4 -	1 x 1 C4 -
Urologie	1 C4 -	1 C4 -	1 C4 1 x 1 C3 <sup>15</sup>
HNO	1 C4 -	1 C4 -	1 C4 -
Augenheilkunde	1 C4 -	1 C4 -	1 C4 -
Innere Medizin	1 C4 -	1 C4 -	} 3 C4
Nephrologie	1 C4 -	- -	
Kardiologie	- 1 C3	1 C4 -	
Onkologie	1 C4 <sup>16</sup> -	- -	2 C3
Pneumologie	- -	1 C4 <sup>17</sup> -	} 1 C4 <sup>18</sup>
Rheumatologie	- -	1 C4 <sup>18</sup> -	
Allgemeinmedizin	1 C4 <sup>19</sup> -	- -	. <sup>9</sup> -
Klinische Neuroendokrinologie	- -	- 1 C3 <sup>20</sup>	- -

<sup>11</sup> Gefäßchirurgie sollte jeweils mit C4 oder C3 vertreten sein. Lungenchirurgie sollte mit C3 und nur in Kiel angeboten werden. Kinderherzchirurgie sollte mit C3 und nur in Kiel angeboten werden.

<sup>12</sup> Geplant sind zusätzlich eine C4- und eine C3-Stelle (Erstattungsprofessuren) für Leiter einer externen Unfallchirurgischen Klinik.

<sup>13</sup> Fachgebiet sollte als Abteilung (C3) in Kinderklinik oder in die Allgemeine Chirurgie integriert werden.

<sup>14</sup> Fachgebiet ist in Kiel in der Zahnklinik vertreten.

<sup>15</sup> An einem Standort sollte Kinderurologie (C3) vertreten werden. Für den zweiten Standort ist eine C3-Stelle nicht erforderlich.

<sup>16</sup> Professur für II. Medizinische Klinik im Städtischen Krankenhaus.

<sup>17</sup> Fachgebiet wird von Professor aus dem Forschungszentrum Borstel vertreten. (In Lübeck bettenführende Abteilung.)

<sup>18</sup> Fachgebiet wird von Professor aus Rheumaklinik in Bad Bramstedt vertreten (In Lübeck Poliklinik).

<sup>19</sup> Stiftungsprofessur. Fakultät hält C4-Stelle für Übernahme des Professors frei.

<sup>20</sup> Anerkannter Forschungsschwerpunkt.

Fachgebiet	Fakultät Kiel Ist*	Fakultät Lübeck Ist*	Grundausrüstung Lehre je Fakultät Soll
<b>Kliniken und klinische Institute</b>			
Gynäkologie/Geburtshilfe	1 C4 -	1 C4 -	1 C4 1 C3
Pädiatrie/Neuropäd./Kinder- u. Jugendmedizin	1 C4 1 C3	1 C4 -	1 C4 <sup>21</sup> 1 C3
Kinderkardiologie	1 C4 -	- -	- 1 x 1 C3 <sup>22</sup>
Dermatologie, Venerologie, Allergologie	1 C4 -	1 C4 -	1 C4 -
Neurologie	1 C4 -	1 C4 -	1 C4 -
Psychiatrie/Psychotherapie/Psychosomatik	2 C4 -	1 C4 -	1 C4 1 C3
Kinder- und Jugendpsychiatrie	1 C4 -	1 C4 -	- 1 x 1 C3 <sup>23</sup>
Diagnostische Radiologie	1 C4 -	1 C4 -	1 C4 -
Strahlentherapie/Nuklearmedizin	2 C4 -	1 C4 -	- 1 C3 <sup>24</sup>
<b>Medizinische Fakultät insgesamt</b>	<b>39 C4 12 C3*</b>	<b>C4 3 C3*</b>	<b>25 – 29 C4<sup>25</sup> 16 – 19 C3<sup>26</sup></b>

\*Bei den C3-Stellen (Ist-Bestand) sind hier bei den Fachgebieten nur die Stellen erfasst, deren Inhaber Abteilungslitertaufgaben wahrnehmen.

Die Fakultät in Kiel hat insgesamt 59 C3-Stellen (davon 3 für Zahnmedizin), davon waren am 01.01.2003 10 unbesetzt oder mit BAT-vergüteten ÄrztInnen unterbesetzt. Ferner 4 C4-Stellen für Zahnmedizin, davon ist 1 C4-Stelle für Kiefer- und Gesichtschirurgie oben berücksichtigt.

Die Fakultät in Lübeck hat 30 C3-Stellen, davon waren am 01.01.2003 16 unbesetzt oder mit BAT-vergüteten ÄrztInnen unterbesetzt.

Stiftungsprofessuren sind nicht berücksichtigt (Ausnahme Allgemeinmedizin Uni Kiel), weil sie in der Regel für die Lehre nicht erforderlich sind.

<sup>21</sup> Die Schwerpunkte sollten zwischen Lübeck und Kiel abgestimmt werden. Die Neuropädiatrie sollte in die Pädiatrie integriert werden.

<sup>22</sup> Die Kinderkardiologie sollte in die Kinderklinik integriert werden.

<sup>23</sup> Fachgebiet sollte nur an einem Standort vertreten sein.

<sup>24</sup> Die Fachgebiete sollten in Abstimmung besetzt werden.

<sup>25</sup> 25 C4-Stellen für beide Standorte sowie 4 C4-Stellen, die jeweils nur an einem Standort vertreten sein sollen.

<sup>26</sup> 16 C3-Stellen für beide Standorte sowie 3 C3-Stellen, die jeweils nur an einem Standort vertreten sein sollen.

Gegenüber der heutigen Personalausstattung führt die Kalkulation zu einem geringeren Bestand von C-Stellen in der Grundausrüstung Lehre.

Fakultät		IST Stellen	SOLL	Differenz
Kiel (ohne Zahnmedizin)	C4	39	27	12
	C3 <sup>1</sup>	59	18	41
Lübeck	C4	37 <sup>2</sup>	27	10
	C3 <sup>1</sup>	30	18	12

<sup>1</sup> Einschließlich nicht oder unterbesetzter Stellen.

<sup>2</sup> Einschließlich 2 Stellen, die mit Direktoren des FZ Borstel besetzt sind (finanziert vom Universitätsklinikum).

In Ergänzung dieser Grundausrüstung für die Lehre sollten beide Fakultäten für Forschungsschwerpunkte zusätzliche C- Stellen (vorzugsweise C3) mit Ausstattung in einem Umfang von 10 – 12 % der Grundausrüstung erhalten. Hierfür sind 5 – 6 C-Stellen vorzusehen.

Die Kommission empfiehlt, Mittel für die Forschung (Sach- und Investitionsmittel sowie Mittel für befristete Stellen) in einem deutlich größeren Umfang als bisher in einem FuE-Pool der Fakultät zusammenzufassen. Jede Fakultät sollte hierfür 6 – 8 Mio. Euro aus dem Landeszuschuss vorsehen, die befristet in einem fakultätsinternen kompetitiven Verfahren vergeben werden, wobei auf längere Sicht ein Verhältnis von 100 Euro Grundausrüstung Lehre zu 30 Euro Ergänzungsausrüstung Forschung anzustreben ist.

Zu den C-Stellen kommen Stellen für wissenschaftliche, technische und administrativ tätige MitarbeiterInnen. Da der Umfang der Lehraufgaben zwischen den Fächern erheblich variiert, zudem von der Zahl der Studierenden abhängt und die Vorgaben der neuen Ausbildungsordnung zu berücksichtigen sind, lassen sich ohne detaillierte Untersuchungen keine präzisen Angaben über die für die Lehre notwendige MitarbeiterInnenausstattung machen. Die Annahmen für einen Stellenschlüssel bewegen sich zwischen 5 bis 6 Stellen je C4 und 1 bis 2 Stellen je C3.

Nach vorläufigen Überlegungen, die von Richtwerten für Personalkosten und Erfahrungswerten für Sachmittel ausgehen, liegt der Zuschussbedarf eines nach den o. g. Grundsätzen personell ausgestatteten Klinikums (einschließlich Vorklinik, siehe Übersicht 16, Seite 87) in einer Größenordnung von 25 – 30 Mio. Euro<sup>49</sup>.

Alternativ hat die Kommission Kalkulationen über die Höhe des Landeszuschusses für Forschung und Lehre vorgenommen, die von dem in der Kultusministerkonferenz diskutierten „Kostennormwerten“ je Studienplatz ausgehen. Diese Kostennormwerte sollen künftig an die Stelle der bislang für die Kapazitätsberechnung geltenden „Curricularnormwerte“ treten<sup>50</sup>. Die Kostennormwerte gehen von Mittelwerten der Landeszuschüsse pro Studienplatz aus, wie sie derzeit von den Ländern für Forschung und Lehre finanziert werden. Den Berechnungen liegt jedoch keine Kostenrechnung zugrunde, was zur Folge hat, dass die heutigen Defizite der Krankenversorgung, die aus dem Landeszuschuss finanziert werden, unmittelbar in die Kostennormwerte einfließen. Gleichwohl können grobe Kalkulationen mit diesem Normwert einen Anhaltspunkt über die Höhe des bei Einführung dieses Verfahrens daraus resultierenden

<sup>49</sup> Ohne Investitionsmittel und ohne Kosten für zentrale Einrichtungen wie Verwaltung, Bibliothek, Gebäudemanagement etc.

<sup>50</sup> Eine abschließende Entscheidung der KMK über die Höhe der Kostennormwerte liegt nicht vor. Das Land Schleswig-Holstein hat bislang weder über die Höhe des Kostennormwertes noch über deren Einführung entschieden.

Finanzbedarfs liefern. Wird die von der Kommission empfohlene jährliche Aufnahme-kapazität von 320 Studienplätzen für Human- und 60 für Zahnmedizin zugrunde ge-  
legt, dann ergibt dies bei dem derzeit diskutierten Kostennormwert in Höhe von rund  
168 T Euro je Studienplatz einen Finanzbedarf von rund 60 Mio. Euro für den Zuschuss  
an Klinikum und vorklinische Institute. Dieses Ergebnis liegt auf ähnlicher Höhe wie der  
oben aus dem Personalbedarf für die Lehre abgeleitete Finanzbedarf. Die Kommissi-  
on sieht hierin eine Betätigung der in Fachkreisen unbestrittenen Feststellung, dass mit  
den heute den Universitätskliniken als „Zuschüsse für Lehre und Forschung“ gewähr-  
ten Landesmitteln in beträchtlichem Umfang finanzielle Defizite aus Aufgaben der  
Krankenversorgung ausgeglichen werden

### III.1.5. Empfehlungen

Die Beibehaltung zweier Fakultäten lässt die schon vom Wissenschaftsrat empfohlene  
Abstimmung der Forschungsschwerpunkte und damit die Verdeutlichung der unter-  
schiedlichen Profile der beiden Fakultäten als höchst dringlich erscheinen. Die Kom-  
mission geht davon aus, dass im Einvernehmen mit der wissenschaftlichen Kommissi-  
on zur Begleitung der Fusion der Universitätskliniken eine gemeinsame, den Gesichts-  
punkten der Kooperation und Konzentration Rechnung tragende Entwicklungsplan-  
nung aufgelegt wird, die die Effizienz des Einsatzes der künftig verfügbaren Mittel für  
Forschung und Lehre optimiert und dergestalt dazu beiträgt, dass beide Fakultäten  
attraktiv und überregional wettbewerbsfähig bleiben.

Die Kommission empfiehlt dem Land und dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein,  
den „Landeszuschuss für Forschung und Lehre“ ausschließlich für diese Aufgaben zu  
verwenden. In diesem Sinne wird empfohlen:

- a) Die Ausbildungskapazitäten für Human- und Zahnmedizin wie oben erläutert ab-  
zusenken.
- b) Die Bettenkapazität wie empfohlen zu reduzieren.
- c) Eine nach den Aufgaben differenzierende Kostenrechnung einzuführen.
- d) Den Kliniken und Instituten für Forschung und Lehre eine Personal- und Sachmit-  
telausstattung zu gewähren, die nach den Grundsätzen und Festlegungen des  
o. g. Modells besteht.
- e) Die Grundausstattung, die die Kliniken und Institute für Lehre und Forschung erhal-  
ten, auf einen Umfang zu begrenzen, der den Bedarf für Aufgaben in der Lehre  
deckt (Vgl. Übersicht 16, Seite 87) und Forschung in einem Ausmaß ermöglicht,  
welches insbesondere für die Vorbereitung von Projektanträgen notwendig ist.
- f) Für Kliniken und Institute, die über Jahre keine, insbesondere keine begutachte-  
ten, Drittmittel einwerben, sollte die aus dem Landeszuschuss für Lehre und For-  
schung finanzierte Ausstattung auf einen Umfang zurückgefahren werden, der für  
die Aufgaben in der Lehre erforderlich ist.
- g) Aus dem Landeszuschuss an beide Fakultäten den o. g. fakultätsinternen FuE-Pool  
einzurichten und diese Mittel kompetitiv zu vergeben.

Bei konsequenter Umsetzung dieser Empfehlungen sollte es in den nächsten Jahren  
möglich werden, parallel zur Absenkung der Studienplätze den Landeszuschuss für  
Forschung und Lehre in der Medizin zu senken, ohne dass deswegen die Forschung in  
ihren Schwerpunkten Schaden nimmt.

Die Kommission hält eine Absenkung des Landeszuschusses für notwendig, um den überproportionalen Anteil der Medizin am Hochschulhaushalt zu verringern und um u. a. Ressourcen für den Ausbau medizinnaher Studiengänge wie Biotechnologie, Ernährungswissenschaften, Medizintechnik, Bioinformatik, Medizininformatik und Gesundheitsmanagement an Universitäten und Fachhochschulen freizusetzen.

Erfolgt auch mit Wirkung für die Universitätskliniken die Umstellung der Finanzierung der Krankenversorgung auf Fallpauschalen, wird es für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein künftig nicht einfach werden, Bilanzdefizite zu vermeiden. Die öffentliche Trägerschaft des Klinikums und die damit verbundenen arbeits- und organisationrechtlichen Gegebenheiten ebenso wie die starren Besoldungs- und Vergütungsregelungen des öffentlichen Dienstes können notwendigen Organisationsveränderungen und Rationalisierungsschritten im Wege stehen. Die Kommission empfiehlt daher dem Land im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1999 eine „Öffnung der hochschulmedizinischen Krankenversorgung für Privatisierungen“<sup>51</sup>. Unter der Bedingung, dass die Beziehungen zwischen Fakultät und Betreiber des Klinikums angemessen geregelt werden, könnte eine Public-Private-Partnership für einzelne Kliniken oder einen Klinikstandort zu einer effizienten Organisation des Klinikbetriebes führen, die dem Land Trägerkosten spart. Bei einer solchen Public-Private-Partnership sind Dienstleistungsverträge zwischen Fakultät und Betreiber des Klinikums notwendig, die die Lehrleistungen für die Fakultät ebenso sichern wie den Zugang zum Klinikum für Forschungsprojekte. Vertraglich abgesichert werden sollten auch gemeinsame Verfahren für die Besetzung des ärztlichen Leitungspersonals, soweit dieses an der Lehre mitwirkt.

### III.2. LehrerInnenbildung

Die Kommission ist der Auffassung, dass die gegenwärtig gegebene Ausrichtung des Lehramtsstudiums auf eine frühzeitige ausschließlich schulbezogene Professionalisierung in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend ist. Sie spricht sich für eine Stärkung der Polyvalenz des Lehramtsstudiums aus, um breite berufliche Einsatzmöglichkeiten der AbsolventInnen zu gewährleisten und damit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und den Berufswechsel zwischen Schuldienst und außerschulischer Praxis und umgekehrt zu erleichtern.

Die Kommission empfiehlt, das Lehramtsstudium im Gesamtzusammenhang der Vermittlungswissenschaften zu sehen und in den auf die Einführung der gestuften Bachelor- und Master-Abschlüsse zielenden Umstrukturierungsprozess einzubeziehen. Dabei geht es nicht um Umetikettierung, sondern um eine Änderung der Strukturen und in ihrem Rahmen vermittelter Inhalte. Ziel sollte es sein, die lehramtsspezifische Ausbildung im wesentlichen in Form eines postgradualen Studiums mit einem Hochschulabschluss zu organisieren, das auf einem mit einem Bachelor-Grad – z. B. Bachelor of Arts, Bachelor of Science - abgeschlossenen berufsqualifizierenden Studium aufbaut. Dieses postgraduale Studienangebot sollte modularisiert sein, um eine flexible Gestaltung und Ausrichtung der Studieninhalte und –abschlüsse und damit auch eine kurzfristige Anpassung an die sich wandelnden Anforderungen in der Berufspraxis zu ermöglichen.

Einhergehen mit dieser strukturellen Neuorientierung muss der Aufbau bzw. Ausbau einer Forschungsbasis in der Erziehungswissenschaft und den Fachdidaktiken. Unter

---

<sup>51</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur der Hochschulmedizin – Aufgaben, Organisation, Finanzierung. Köln 1999.

Nutzung der Modularisierung des erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Angebots sollte die Weiterbildung/Fortbildung der LehrerInnen in Grund-, Hauptschul- und Berufsschulen ausgebaut und vertieft werden.

Damit wären folgende Vorteile verbunden:

- Das Lehramtsstudium würde sich in eine anzustrebende Struktur von Bachelor- und Master-Studiengängen einfügen, gesonderte grundständige Lehramtsstudiengänge würden entbehrlich.
- AbsolventInnen von Bachelor-Studiengängen würde die Entscheidung offengehalten, ob sie ein weiterführendes Studium und wenn ja entweder mit dem Ziel eines fachwissenschaftlichen Master und/oder eines Lehramtsabschlusses anstreben oder ob sie zunächst – auch in Nutzung ihrer vermittlungswissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten – in die außerschulische Praxis wechseln und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt ein lehramtsspezifisches postgraduales Studium aufnehmen wollen.

Ein für das Lehramtsstudium einschlägiger fachwissenschaftlicher Bachelor könnte auch an anderen Hochschulen erworben werden. So kommen als fachwissenschaftliche Grundlage für postgraduale Studiengänge, die zum Lehramt in berufsbildenden Schulen führen, nach Auffassung der Kommission auch an Fachhochschulen erworbene Bachelor-Abschlüsse in Betracht. Postgraduale LehrerInnenbildung für BerufsschullehrerInnen sollte nach Maßgabe der Möglichkeiten in geeigneten Fällen in Kooperation von Universität und Fachhochschule stattfinden. In diesem Rahmen sollte die Ausbildung in den berufsbildenden Fächern weitergehend als bisher, unter Umständen auch insgesamt von der Fachhochschule, die Ausbildung in allgemein bildenden Fächern für BerufsschullehrerInnen sowie die erziehungswissenschaftlichen Anteile von der Universität erbracht werden. Die lehramtsspezifischen Anteile würden dergestalt ausschließlicher und im Verhältnis zur gegenwärtigen Situation gewichtigerer Inhalt eines für LehrerInnen obligatorischen postgradualen Studiums. Nach Auffassung der Kommission würde dies die Chance eröffnen, der LehrerInnenausbildung ein schärferes Profil zu vermitteln, ihren Stellenwert zu verbessern und eine fachübergreifende stärkere Identifikation mit dem LehrerInnenberuf sowohl bei den Lehrenden wie bei den Studierenden zu befördern.

### III.3. Agrarwissenschaften

Schleswig-Holstein hat mit der Fakultät für Agrar- und Ernährungswissenschaften an der Universität Kiel und dem Fachbereich Landbau der FH Kiel (Standort Osterrönfeld bei Rendsburg) zwei auch überregional anerkannte „Agrarfakultäten“, die im Bundesvergleich jeweils zu den kleinsten Fakultäten gehören. Die Kommission hat sich von der Leistungsfähigkeit der beiden bislang nur in einzelnen Fällen kooperierenden Fakultäten überzeugen können.

Die Studienplatzkapazitäten an Universität und Fachhochschule sind gut ausgelastet, die Fachhochschule hat aktuell über ihre nach KapVo berechnete Zulassungszahl hinaus aufgenommen. Die Leistungskennziffern Studienzeit und Drop-out-Quote geben keinen Anlass zur Kritik und der überwiegend problemlose Übergang der AbsolventInnen in den Arbeitsmarkt spricht für die jeweiligen Ausbildungskonzepte und deren Orientierung am Arbeitsmarkt.

Die Agrarfakultät der Universität hat je ProfessorIn das höchste Drittmittelaufkommen aller Fakultäten der Universität Kiel und auch der Agrarfachbereich der FH Kiel kann auf eine gute Drittmittelbilanz verweisen.

Die Profile beider Fakultäten unterscheiden sich deutlich. Das FH-Studium zeichnet sich durch eine bewusste Fokussierung auf die breit angelegte Ausbildung für den BetriebsleiterInnennachwuchs aus und ist mit diesem Profil auch überregional erfolgreich. Der Fachbereich hat enge Kontakte zur landwirtschaftlichen Praxis, zur Fachberatung und in die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche.

Das Universitätsstudium verbindet naturwissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen mit einer gezielten wissenschaftlichen Vertiefung in mehreren Fachrichtungen. Dabei hat die Kieler Agrarfakultät den Bezug der wissenschaftlichen Grundlagenfächer zur Anwendung auf Fragestellungen des Agrarsektors nicht aufgegeben, wie dies tendenziell an einigen anderen Agrarfakultäten geschehen ist. Die Kieler Agrarfakultät führt die positive Entwicklung der Nachfrage nach Studienplätzen auf ihr Profil zurück und verweist in diesem Zusammenhang auf Fakultäten, wie z. B. in München-Weihenstephan, wo die starke Betonung der naturwissenschaftlichen Grundlagen zu einem deutlichen Rückgang der Studierendenzahl geführt hat.

Auch wenn beide Fakultäten sich bislang erfolgreich entwickeln konnten, sieht die Kommission gleichwohl Handlungsbedarf, zumal in beiden Fällen die Ressourcen außerordentlich knapp bemessen sind, was auf längere Sicht zu einer Gefahr für die bisher zweifelsohne (noch) gegebene überregionale Wettbewerbsfähigkeit werden könnte. Die Kommission hat daher mit beiden Hochschulen Möglichkeiten der Intensivierung der Kooperation erörtert und kommt zu Empfehlungen, die sich von dem Ziel leiten lassen, Effizienzgewinne durch Synergien und gemeinsame Angebote zu nutzen.

In der Lehre bestehen Kooperationspotenziale vor allem im Hauptstudium. Bei Abstimmung der Angebote und Öffnung des Lehrangebots für alle Studierenden unabhängig von der institutionellen Zuordnung könnten beide Fakultäten an Attraktivität gewinnen. Durch eine laufende Koordination der anwendungsorientierten Fachgebiete können im Einzelfall Ressourcen für neue Fachgebiete gewonnen werden, die das sowohl an der Fachhochschule als auch an der Universität vergleichsweise schmale Angebot verbreitern. Es sind auch gemeinsame Studienangebote vorstellbar, ebenso Forschungsk Kooperationen und gemeinsame Anträge für Forschungsprojekte.

Die Kommission geht davon aus, dass beide Fakultäten künftig unterschiedlich profilierte Bachelor-Studiengänge anbieten. Der Zugang zu Master-Studiengängen sollte institutionenübergreifend allen qualifizierten Bachelor-AbsolventInnen möglich sein.

Im Interesse größtmöglicher Synergieeffekte in der Zusammenarbeit beider Fakultäten mit dem Ziel einer stärkeren Profilierung der Agrarwissenschaften in Schleswig-Holstein insgesamt empfiehlt die Kommission, eine neue Qualität der Kooperation zu entwickeln. Dabei geht es nicht um Einsparungen bei den ohnehin knapp bemessenen Ressourcen, sondern um einen Effizienzgewinn durch Kooperation und gemeinsame Entwicklungsplanung. Im einzelnen wird empfohlen:

1. Beide Fakultäten entwickeln ein gemeinsames, aufeinander abgestimmtes Entwicklungskonzept für ihre Fachgebiete, ihre Berufungen und ihre Lehrangebote.
2. Inhaltlich übereinstimmende oder weitgehend überlappende Fächerstrukturen an Universität und Fachhochschule sollten künftig vermieden bzw. abgebaut wer-



- den. Die erforderliche Lehre sollte hier vom jeweiligen Kooperationspartner erbracht werden.
3. Die Fakultäten berücksichtigen den Kooperationspartner in den Berufungsverfahren. Ein Mitglied der kooperierenden Fakultät erhält jeweils Sitz und Stimme im Berufungsausschuss.
  4. Nachdem die Agrarfakultät der Universität bereits ihr Lehrangebot modularisiert, das Leistungspunktesystem eingeführt und auf Bachelor- und Master-Abschlüsse umgestellt hat, sollte der Fachbereich Landbau der Fachhochschule hier folgen. Den Studierenden sollte die Möglichkeit eröffnet werden, geeignete modulare Angebote des Kooperationspartners auszuwählen. Die dabei erworbenen Leistungspunkte sollten anerkannt werden. Die Studien- und Prüfungsordnungen sind entsprechend zu ändern. Die Vorlesungszeiten sollten vereinheitlicht werden, was in der Verantwortung des Landes liegt.
  5. AbsolventInnen mit Bachelor-Abschluss sollten grundsätzlich Zugang zu den Master-Studiengängen der anderen Hochschule haben.
  6. Für geeignete Fachgebiete sollten gemeinsame Master-Studiengänge entwickelt werden.
  7. Wo immer möglich, sollten gemeinsame Forschungsprojekte entwickelt werden. Zu deren Förderung sollte die Agrarfakultät der Universität WissenschaftlerInnen der Fachhochschule die Nutzung ihrer Forschungseinrichtungen (Versuchsgüter, Großgeräte, Labors) ermöglichen.
  8. Die Fakultäten sollten sich um eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit bemühen.
  9. Um der Kooperation eine Qualität zu geben, die deutlich über die bislang das Bild prägenden vereinzelt, personenbezogenen Absprachen hinausgehen, sollten Universität und Fachhochschule in engster Nachbarschaft auf dem Campus der Universität in Kiel untergebracht werden. Die Kommission empfiehlt daher einen Umzug des Fachbereichs Landbau von Österrönfeld nach Kiel, wo durch Umwidmung und Verdichtung von Räumen für den Fachbereich der Fachhochschule eine adäquate räumliche Unterbringung zu gewährleisten ist.

Für eine Übergangszeit von fünf Jahren empfiehlt die Kommission, dass beide Partner einen gemeinsamen Ausschuss einrichten, der von einer externen hochschulpolitisch erfahrenen Persönlichkeit geleitet wird. Dieser Ausschuss sollte für die Raumfragen ebenso zuständig sein wie für die gemeinsame Entwicklungsplanung einschließlich der Berufungen.

Soweit erforderlich, sollte das Land mit einer Experimentierklausel im Hochschulgesetz die Kooperation fördern. Nach drei bis fünf Jahren wird über weitere Schritte bis hin zu einer möglichen Fusion zu entscheiden sein.

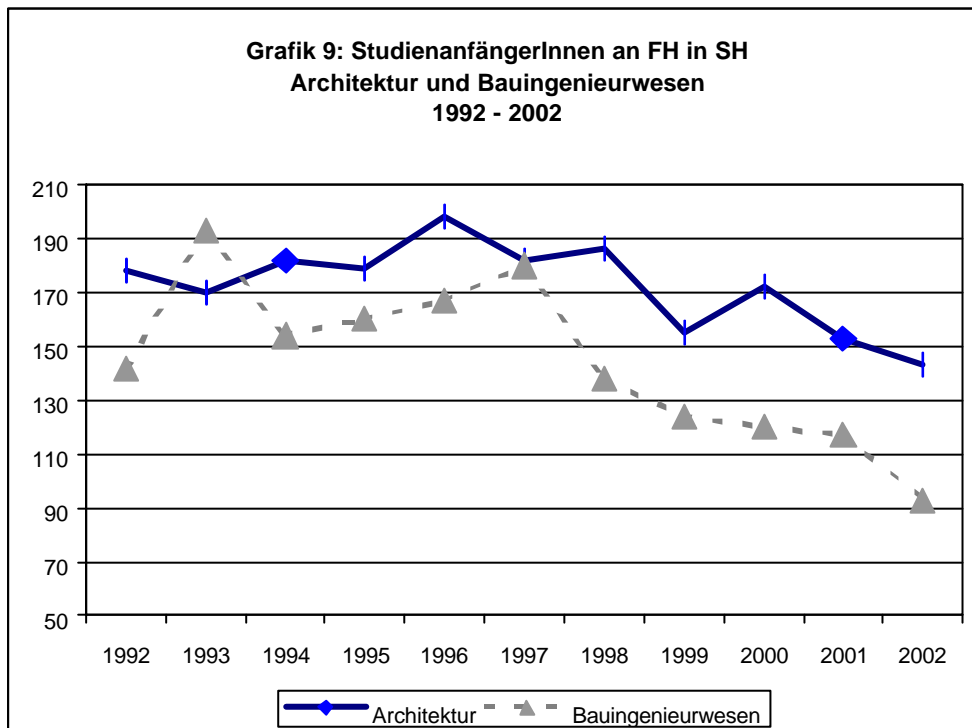
#### **III.4. Bauwesen an den Fachhochschulen**

Der Studiengang Architektur wird in Schleswig-Holstein an drei Fachhochschulen (FH Kiel in Eckernförde, FH Lübeck, Muthesius Hochschule in Kiel) angeboten, wobei die FH Kiel und die FH Lübeck zugleich auch den Studiengang Bauingenieurwesen anbieten.

Die jährliche Aufnahmekapazität in Architektur liegt an der FH Kiel bei 60 AnfängerInnen, an der FH Lübeck ebenfalls bei 60 und an der Muthesius Hochschule bei 30. In

Bauingenieurwesen werden an der FH Kiel jährlich 60 AnfängerInnen und an der FH Lübeck 65 AnfängerInnen aufgenommen. Insgesamt stehen somit im Bauwesen 275 AnfängerInnenplätze zur Verfügung.

Im Zuge der Strukturreform von 1997 war eine Konzentration vorgeschlagen worden. Daraufhin entwickelte Pläne des Wissenschaftsministeriums, die die Konzentration der Architektur auf die Standorte Muthesius Hochschule in Kiel und FH Lübeck und die Konzentration des Bauingenieurwesens auf den Standort Eckernförde bei gleichzeitiger Absenkung der Gesamtkapazitäten vorsehen, sind bislang auch in Hinblick auf die Arbeit der Kommission nicht umgesetzt worden. Die seit mehreren Jahren rückläufige Entwicklung der Nachfrage nach Studienplätzen im Bauwesen, die mittlerweile zu nicht mehr voll ausgelasteten Kapazitäten geführt hat, unterstreicht den Handlungsbedarf.



Angesichts der unterausgelasteten Studienplatzkapazitäten und der knappen Finanzmittel in Schleswig-Holstein empfiehlt die Kommission eine Bündelung der im Bauwesen vorhandenen Ressourcen an einem Standort. Bei der Frage, an welchen Ort diese Konzentration vollzogen werden soll, hat sich die Kommission vor allem von folgenden Argumenten leiten lassen:

Am Standort Eckernförde sind Investitionen für die Grundsanierung des bestehenden Gebäudes in geschätzter Höhe von 6,2 Mio. Euro erforderlich. Bei einer Verlagerung des Fachbereichs Bauwesen nach Lübeck könnten diese Kosten gespart werden.

Eine im Jahre 2001 vorgelegte externe Evaluation der Fachbereiche Bauwesen in Kiel und Lübeck hat Defizite am Standort Eckernförde aufgedeckt, die bis heute nicht beseitigt sind. Die quantitative Leistungsbilanz des Eckernförder Fachbereichs Bauwesen in der Lehre konnte die Kommission nicht überzeugen. Zu denken geben vor allem die langen Studienzeiten im Studiengang Architektur. Sie liegen mit 14,0 Semestern deutlich über dem bundesweiten Vergleichswert für die Architektur an Fachhochschulen (Median 1998: 9,9 Semester). Auffällig ist zudem die hohe AbbrecherInnenquote in Architektur. Ein Grund hierfür könnte in der Studienorganisation liegen.

Die in der Studienordnung festgeschriebene Anzahl von parallel zu absolvierenden Übungen und Prüfungen macht es nahezu unmöglich, die vorgesehene Regelstudienzeit von acht Semestern einzuhalten.

Trotz der räumlichen Nähe beider Studiengänge gibt es am Standort Eckernförde keine fachübergreifende Zusammenarbeit. Angesichts der sich zunehmend überschneidenden Arbeitsgebiete der AbsolventInnen beider Fächer und auch vor dem Hintergrund knapper werdender Personalkapazitäten hält die Kommission eine wesentlich engere Verzahnung beider Studiengänge für sinnvoll - wie dies im Fachbereich Bauwesen der FH Lübeck im so genannten „Lübecker Modell“ bereits praktiziert wird. (Vgl. Kapitel C.IV.7. Seite 168ff)

Eine Trennung beider Fachgebiete, wie dies die Pläne des Landes vorsehen, ist mit Blick auf die sich annähernden Arbeitsinhalte und beruflichen Anforderungen an zukünftige AbsolventInnen nicht sinnvoll. Die Kommission empfiehlt vielmehr, die Ausbildung von ArchitektInnen und BauingenieurInnen auch künftig nur gemeinsam und konzentriert an einem Standort in Schleswig-Holstein anzubieten, wie dies z. B. auch im Konzept für ein „Kompetenz-Zentrum-Bauen“ vorgeschlagen wird, das vom Fachbereich Bauwesen der FH Kiel vorgelegt wurde

FachvertreterInnen der Architektur gehen davon aus, dass „Architektur-Bauen“ künftig stärker als bisher Bauen im Bestand heißen wird. Die Stadt Lübeck mit ihrer hohen Urbanität bietet nach Ansicht der Kommission ein gutes Umfeld, um eine synergetische Ausbildung von ArchitektInnen und BauingenieurInnen zu betreiben.

Aus Sicht der Kommission sprechen die oben aufgeführten Argumente für eine Konzentration des Bauwesens am Standort Lübeck. Sie empfiehlt dabei eine Erhöhung der in Lübeck vorhandenen Kapazitäten um rund 50 % unter Einbeziehung des Personals aus Eckernförde und der Muthesius Hochschule. Das bedeutet, dass ein derart erweiterter Fachbereich dann über 30 - 32 Professuren und rund 180 AnfängerInnenplätze verfügen würde. Mit Fertigstellung des neuen Hörsaalgebäudes auf dem Hochschulcampus in Lübeck kann diese Kapazitätserweiterung an der FH Lübeck ohne weitere Investitionen räumlich bewältigt werden.

Die Kommission geht davon aus, dass sich bei einer gemeinsamen Unterbringung auf dem Lübecker Campus Möglichkeiten zur intensiveren Kooperation der Studiengänge im Bauwesen beispielsweise mit der Elektrotechnik und dem Maschinenbau ergeben werden. Auch für die Studierenden dürfte ein Campus in Stadtnähe eine attraktive Alternative zur jetzigen Unterbringung in Eckernförde darstellen.

Die Kommission empfiehlt, einen gemeinsamen Ausschuß einzurichten, der von einer externen hochschulpolitisch erfahrenen Persönlichkeit geleitet wird. Dieser Ausschuß sollte die Verlagerung der Kapazitäten begleiten und eine gemeinsame Entwicklungsplanung erarbeiten, die auf dem integrativen Lübecker Studienmodell mit einer engen Verzahnung der Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen aufbaut, den in Lübeck in Kooperation mit der Bauwirtschaft konzipierten Studiengang Bauökonomie ermöglicht und diesen auch für Studierende von auswärts attraktiven Bauort zu einem „Kompetenz-Zentrum-Bauen“ entwickelt.

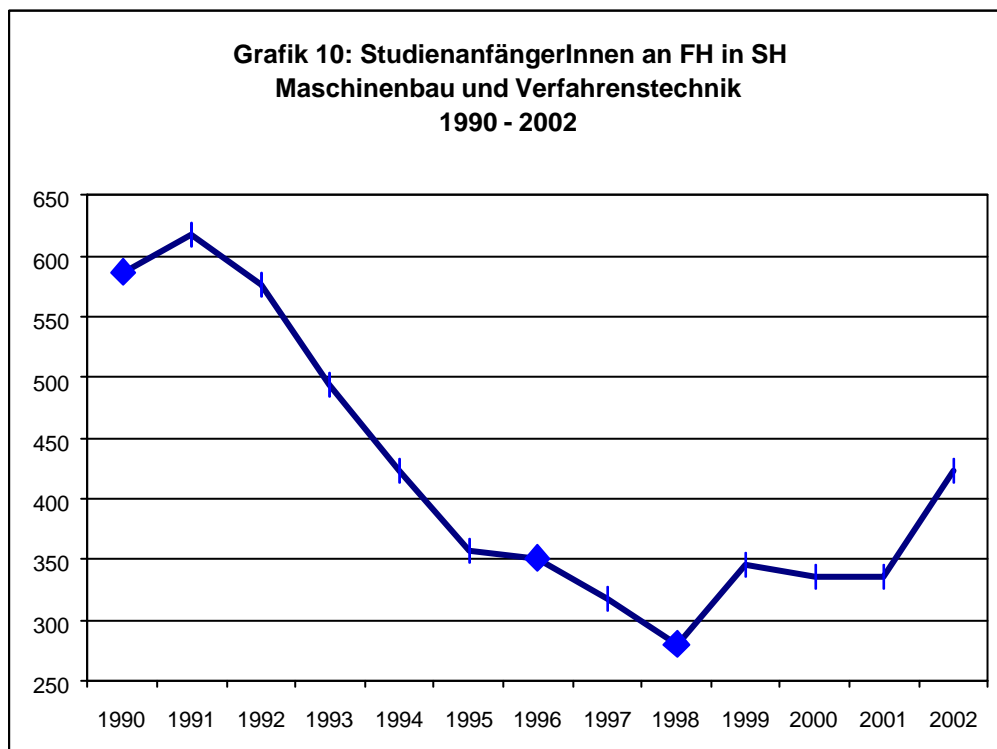
Bei einer Konzentration der Ressourcen im Bauwesen sieht die Kommission keine Notwendigkeit, den Studiengang Architektur an der Muthesius Hochschule fortzuführen. Zumal auch hier die quantitativen Leistungsdaten in der Lehre nicht überzeugen konnten. Die Studienzeiten im Studiengang Architektur liegen mit 15,2 Semestern deutlich über dem bundesweiten Vergleichswert (Median 1998: 9,9 Semester). Eine kapazitätsmäßige Erweiterung der Architektur, wie im Konzept des Landes zur Um-

wandlung der Muthesius Hochschule in eine Kunsthochschule vorgesehen, hätte zudem erhebliche Kosten zur Folge, die zu Lasten anderer Hochschulen gehen würden und angesichts der knappen finanziellen Ressourcen in Schleswig-Holstein nicht vertretbar sind. Die Kommission empfiehlt daher, den Studiengang Architektur an der Muthesius Hochschule einzustellen.

Weitere Ausführungen zu den Empfehlungen für das Bauwesen finden sich im Kapitel C.IV. (FH Kiel, Seite 165 f, FH Lübeck, Seite 176 und Muthesius Hochschule, Seite 181 f).

### III.5. Maschinenbau und Elektrotechnik an Fachhochschulen

Die 1997 vom Land eingeleitete Verringerung der Ausbildungskapazität für Maschinenbau und Elektrotechnik, das Angebot neuer Studiengänge und der Wiederanstieg der Studierendenzahlen haben dazu geführt, dass die Kapazitäten überwiegend (wieder) ausgelastet sind. Eine Unterauslastung der Kapazitäten gibt es aktuell an der FH Westküste sowie vor allem in den höheren Semestern in Studiengängen der Fachhochschulen Flensburg und Lübeck. An der FH Flensburg liegt der Personalbestand noch deutlich über den Zielzahlen von 1997, an der FH Westküste liegen dagegen sowohl die AnfängerInnenzahlen als auch die Personalzahlen unterhalb der 1997 festgelegten Zielzahlen.



Für die tatsächliche Auslastung der Kapazitäten ist nicht die Stärke der AnfängerInnenjahrgänge maßgebend. Angesichts der mittlerweile auch in den Fachhochschulen auf Werte von 30 – 40 %, zum Teil noch darüber hinaus, gestiegenen Dropout-Quoten vermitteln Daten über die Zahl der Studierenden im Hauptstudium und über die Zahl der AbsolventInnen ein zutreffenderes Bild von der tatsächlichen Auslastung der Kapazitäten.

**Übersicht 17: Kennzahlen zur Kapazität und zur Auslastung der ingenieurwissenschaftlichen FH-Studiengänge im WS 2002/2003**

Hochschule Studiengang	ProfessorInnen im Fachbereich am 01.04.2002	Jahrg.stärke <sup>1</sup> Studierende im Hauptstudium	Studierende im Hauptstudium <sup>2</sup> je ProfessorIn	AbsolventIn je ProfessorIn <sup>3</sup> Æ2001/2002
<b>FH Flensburg</b>				
Elektrotechnik	56 FB Technik	27,5	2,5	1,4
Informatik		48,5		
Kommunikations- technologie		Studienbeginn WS 01/02		
Mathematik		6,5		
Maschinenbau		28		
Bio-Verfahrens- technik		13,5		
Schiffsbetrieb		18		
<b>FH Kiel</b>				
Elektrotechnik	21 FB Informatik und ET	68	9,3	3,5
Technologie- management		33 (nur 3. Studienj.)		
Internet Science		103 (nur 3. Studienj.)		
Automatisier.- technik		4,5		
Maschinenbau	27 FB Maschinen- wesen	52	5,1	3,5
Feinwerktechnik		26,5		
Internationales Vertriebsing.-w. <sup>4</sup>		33,5		
Schiffbau		25		
<b>FH Lübeck</b>				
KIM <sup>5</sup>	30 FB Elektrotechnik	45,5	2,5	1,2
ESA <sup>6</sup>		9,5		
Medieninform. Online		Studienbeginn WS 01/02		
IGi <sup>7</sup>		21		
Maschinenbau	25 FB Maschinen- bau u. Wirtschaftsing.	33,5	5,0	3,4
Wirtschaftsing.		63		
Wirtschaftsing. Online		Studienbeginn WS 02/03		
Health Care MBA		Beginn WS 01/02		
Chemieing. <sup>8</sup>	26,5 FB Angew. Naturwissensch.	9,5	2,5	2,1
Medizintechnik <sup>9</sup>		33,5		
Umweltingenieur		11,5		
Physiktechnik		12		
Medical Technology		Studienbeginn WS 02/03		
<b>FH Westküste</b>				
Elektrotechnik	9	23,5	2,6	2,2
Maschinenbau	8	23,5	2,9	2,1

<sup>1</sup> Jahrgangsstärke: Mittelwert der Studierenden im 3. und 4. Studienjahr.

<sup>2</sup> Mittelwert Jahrgangsstärke des 3. und 4. Studienjahres bezogen auf den Bestand an ProfessorInnen zum Stichtag 01.04.2002.

<sup>3</sup> Mittelwert aus der Zahl der AbsolventInnen in den Jahren 2001 und 2002 bezogen auf den Bestand an ProfessorInnen im Fachbereich zum Stichtag 01.04.2002. Studierende in Master-Studiengängen werden von dieser Kennzahl nicht erfasst.

<sup>4</sup> Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen: Diplom und Bachelor-Studium.

<sup>5</sup> KIM: Kommunikations-, Informations- und Medientechnik.

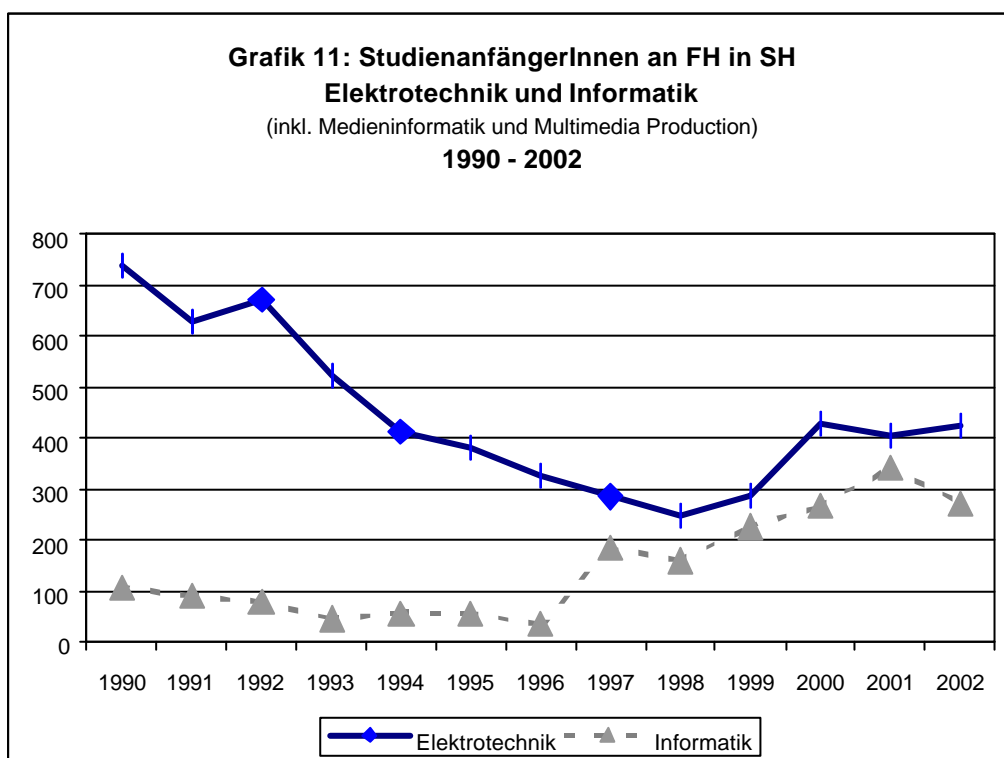
<sup>6</sup> ESA: Energiesysteme und Automation.

<sup>7</sup> IGI: Informationstechnologie und Gestaltung.

<sup>8</sup> Der Studiengang Chemieingenieurwesen ersetzt seit WS 2001/2002 den früheren Studiengang Technische Chemie, aus dem die jetzigen Studierenden im 3. und 4. Studienjahr stammen.

<sup>9</sup> Angaben Medizintechnik für grundständiges und Ergänzungsstudium sowie auslaufenden Studiengang Technisches Gesundheitswesen.

Diese Kennzahlen werden sich voraussichtlich in den nächsten Jahren überwiegend etwas verbessern, weil die AnfängerInnenzahlen in den letzten Jahren mehrheitlich wieder gestiegen sind. Gleichwohl weisen die Kennzahlen auf unterausgelastete Kapazitäten und damit auch auf Rationalisierungsreserven hin. Durch Verlagerung und Umwidmung von Stellen und durch Versetzung von Personal lassen sich Ressourcen gewinnen, die sinnvoller beispielsweise für die Entwicklung neuer Studiengänge oder auch die Stärkung von profilbestimmenden FuE-Schwerpunkten genutzt werden können.



Die Kommission empfiehlt grundsätzlich an den Zielzahlen für Flensburg, Kiel und Lübeck festzuhalten. Für die FH Westküste wird empfohlen, den Studiengang Maschinenbau (Zielzahlen 12 ProfessorInnen sowie 50 StudienanfängerInnenplätze) aufzugeben und an die FH Flensburg zu verlagern. Dadurch verringern sich die Zielzahlen für die Ingenieurwissenschaften an der FH Westküste von 110 auf 60 Plätze und von 24 auf 12 Professuren.

Der Personalbestand des Fachbereichs Technik der FH Flensburg erhöht sich kurzfristig nach der Fusion mit dem Maschinenbau der FH Westküste. Eine dauerhafte Aufstockung des Personalbestandes kann jedoch nicht empfohlen werden. Dagegen spricht die Auslastung in den höheren Semestern. Der Personalbestand sollte mit dem altersbedingten Ausscheiden von StelleninhaberInnen reduziert werden. Eine Aufsto-

ckung der Zielzahlen kann nur dann infrage kommen, wenn die Aufnahmekapazitäten nachhaltig gut ausgelastet sind und auch in den höheren Semestern ausreichende Gruppengrößen erreicht werden. Die Elektrotechnik in Flensburg sollte sich auf Kommunikationstechnik und Energietechnik konzentrieren, die Studienrichtung Automatisierungstechnik sollte auslaufen. (Vgl. zur FH Flensburg Seite 154 ff und zur FH Westküste Seite 193 ff).

Die Kommission hat den Eindruck gewonnen, dass das Studienangebot der technischen Fachbereiche außerordentlich breit differenziert ist. Die Hochschulen haben mit neuen Angeboten auf aktuelle Nachfragetrends reagiert, um ihre Ressourcen zu sichern. Wenn die Spezialisierung nicht zu weit geht und Veranstaltungen studienübergreifend angeboten werden, bleiben die Hochschulen flexibel, wenn die Nachfrage nach einzelnen Richtungen oder Studiengängen schwankt. Dies kann jedoch zu Lasten eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes gehen, wenn Lehrveranstaltungen nicht studiengangübergreifend genutzt werden und schwach nachgefragte Wahlfächer beibehalten werden.

Die Fachhochschulen organisieren ihr Lehrangebot jedoch in der Regel flexibel und stellen den Lehrbetrieb auch – bis auf wenige Studiengänge mit hohen AnfängerInnenzahlen – auf einen einzügigen Studienbetrieb um. Mit diesen Organisationsmaßnahmen, die konsequent praktiziert werden müssen, lassen sich wirtschaftliche Nachteile eines breit differenzierten Studienangebotes weitgehend ausgleichen.

### **III.6. Fachgebiete mit besonderer wirtschafts- und technologiepolitischer Bedeutung**

Auftrag der Kommission ist u. a., „das künftig erforderliche Studienangebot in Fächern, die für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein unter Forschungs- und Gesichtspunkten von besonderer Bedeutung sind, abzuschätzen“<sup>52</sup>. Hierzu gibt die Kommission die folgende Stellungnahme ab:

1. Als Folge der engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist eine isolierte Betrachtung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft und der schleswig-holsteinischen Hochschulen nicht angemessen. Es ist davon auszugehen, dass künftig – wie auch in der Vergangenheit - eine größere Zahl der AbsolventInnen der schleswig-holsteinischen Hochschulen ihre berufliche Zukunft außerhalb des Landes sieht und z. B. einen Arbeitsplatz in der Metropolregion Hamburg findet. Dies gilt auch und vor allem für die AbsolventInnen der für die Wirtschaft besonders interessanten Studiengänge in den Natur- und Ingenieurwissenschaften.

In gutachterlichen Stellungnahmen zur Entwicklung der Metropolregion Hamburg wird davon ausgegangen, dass auf dem dortigen Arbeitsmarkt vermehrt HochschulabsolventInnen der Natur- und Ingenieurwissenschaften nachgefragt werden. Die Hamburger Strukturkommission empfiehlt daher im Gutachten „Strukturreform für Hamburgs Hochschulen“, dass die Hamburger Hochschulen in strategischer Ausrichtung auf die prognostizierten Arbeitsmarkterfordernisse eine Umwidmung von Ressourcen zugunsten der Natur- und Ingenieurwissenschaften vornehmen<sup>53</sup>. Dabei wird unterstellt, dass es auch gelingen kann, mit Hilfe adäquater

---

<sup>52</sup> Anlage zum Vertrag vom 09.03.2002 zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, den Hochschulen in Schleswig-Holstein und Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen.

<sup>53</sup> Strukturreform für Hamburgs Hochschulen. Empfehlungen der Strukturkommission an den Senator für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg 2003.

Maßnahmen mehr StudieninteressentInnen für die heute nicht durchgängig voll ausgelasteten Studiengänge der Natur- und Ingenieurwissenschaften zu gewinnen.

2. Für Schleswig-Holstein ist zu festzustellen, dass es in den Natur- und Ingenieurwissenschaften - von Ausnahmen wie Biologie/Biochemie/Biotechnologie und einigen kleineren Studiengängen der angewandten Informatik abgesehen - keine landesweiten Engpässe für StudieninteressentInnen gibt. Auch in den Informatikstudiengängen können neuerdings alle InteressentInnen einen Studienplatz erhalten. Schließlich ist zu bedenken, dass die Kapazitäten in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, abgesehen von wenigen Ausnahmen, in den 90er Jahren grundsätzlich ausgereicht haben, so dass alle StudieninteressentInnen einen Studienplatz erhalten konnten. Über viele Jahre waren die Kapazitäten nicht ausgelastet, sowohl an der Technischen Fakultät der Universität Kiel als auch in den Natur- und Ingenieurwissenschaften der Fachhochschulen. Es liegen mithin in Schleswig-Holstein keine drängenden Erfordernisse des Arbeitsmarktes vor, die einen breit angelegten Ausbau dieser Fächer nahe legen würden, der nur zu Lasten anderer, ausgelasteter Studiengänge finanziert werden könnte.

Die Kommission hat den Eindruck gewonnen, dass die Interdependenzen zwischen den technischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten und der Wirtschaft in Schleswig-Holstein geringer ausgeprägt sind als in anderen Regionen mit seit langem bestehenden technisch orientierten Hochschulen. In Schleswig-Holstein lassen sich die von der Politik aus solchen Infrastrukturinvestitionen erwarteten mittel- und langfristigen Impulse auf Firmengründungen und wirtschaftliche Entwicklung erst ansatzweise beobachten.

3. In den Biowissenschaften ist es Ende der 90er Jahre, z. T. auch später, zur Einrichtung neuer Studiengänge (Universität Kiel: Biochemie und Molekularbiologie, Universität Lübeck: Molekulare Biotechnologie, FH Flensburg: Biotechnologie-Verfahrenstechnik) und zur Integration molekularbiologischer und biotechnologischer Methoden und Technologien in traditionelle Studiengänge (Universität Kiel: Studiengänge der Agrar- und Ernährungswissenschaften und der Biologie) gekommen. Nachdem die neuen Studiengänge überwiegend erst vor wenigen Jahren angelaufen sind, wird sich in den nächsten Jahren die Zahl der AbsolventInnen deutlich erhöhen, so dass auch hier nicht mit einem spürbaren Mangel an AbsolventInnen gerechnet werden muss.

Gleichwohl sieht die Kommission auf diesem Gebiet Handlungsbedarf. Dabei geht es in nicht in erster Linie um neue Studiengänge. Vielmehr sollte vorrangig die wissenschaftliche Basis an der Universität Kiel ausgebaut werden, damit sich hier in der Verflechtung von Biologie und Biochemie, Pflanzenbiotechnologie, Ernährungswissenschaft, Pharmazie und Medizin ein auch überregional kompetitiver Schwerpunkt der Biowissenschaften und ihrer Anwendungen entwickeln kann. Die Kommission sieht hier Potenziale auch für vermehrte wirtschaftlich interessante Anwendungen in Pflanzenzucht, Pflanzenschutz, Ernährungswirtschaft, Pharmazie und Medizin, die eine gezielte Förderung dieses für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes interessanten Gebietes nahe legen. Dabei geht es einerseits um die Stärkung der Grundlagen, wozu auch die Etablierung der Bioinformatik gehört, und andererseits auch um eine Ausweitung der Anwendungen. Auch auf dem Teilgebiet der Meeresforschung mariner Mikroorganismen und der Wirkstoffe aus marinen Organismen könnten sich interessante Anwendungen ergeben, sowohl für bestehende Unternehmen als auch für Unternehmensneugründungen. Dazu bedarf es jedoch gezielter Investitionen in die Forschungsbasis, die eine Grundla-



ge auch für entsprechende Innovationen in der Lehre der Studiengänge Biologie/Fischereibiologie sowie Agrarwissenschaften/Oekotrophologie schaffen würden.

4. Ein weiteres wissenschaftliches Fachgebiet mit viel versprechenden Anwendungspotenzialen ist die Medizintechnik. Die wissenschaftliche Basis hierfür ist insbesondere in der Universität Lübeck, in der FH Lübeck und in der eng mit den Lübecker Kliniken kooperierenden Medizinischen Laserzentrum Lübeck GmbH vorhanden. Um im überregionalen Wettbewerb um größere Forschungsprojekte auf Dauer bestehen zu können, ist die wissenschaftliche Basis der Medizintechnik in Lübeck jedoch noch unterkritisch. Die Kommission empfiehlt dem Land im Interesse der Stärkung der einschlägigen Wirtschaft die Forschungsbasis für die Medizintechnik auszubauen und sie „SFB-fähig“ zu machen. Dazu sollten die vorgenannten Lübecker Einrichtungen in Kooperation mit der einschlägigen Wirtschaft ein Konzept entwickeln, mit dem die vorhandenen Ressourcen wirksam zusammengeführt und mittels einer gewissen Verstärkung optimiert werden können.
5. Die Materialwissenschaften an der Technischen Fakultät der Universität Kiel sind der Kommission durch überregional anerkannte Forschungsleistungen und ebenso durch eine große Zahl von angewandten Arbeiten und Transferprojekten in Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen aufgefallen. Bei der Wirtschaftsstruktur des Landes kann dabei nicht überraschen, dass viele Kooperationspartner nicht in Schleswig-Holstein ansässig sind. Die Kommission sieht hier mittel- und längerfristig Potenziale für eine Kooperation auch mit der norddeutschen Wirtschaft, z. B. im Flugzeugbau oder in der Medizintechnik.
6. Für die Ernährungswirtschaft des Landes ist die von der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel geplante Umstrukturierung mit einem Ausbau von Ernährungswissenschaften und Lebensmitteltechnologie von viel versprechendem Interesse, zumal die überwiegend mittelständische Wirtschaft des Landes sich im Wettbewerb mit Großunternehmen behaupten muss. Hier besteht Bedarf für Kooperationen mit der Wissenschaft.
7. In der Wirtschaft des Landes haben Unternehmen der Windkraftbranche (Konstruktion, Produktion und Errichtung von Windkraftanlagen) eine wachsende Bedeutung erlangt. Eine dazu korrespondierende ingenieurwissenschaftliche Basis fehlt jedoch. Es gibt lediglich den wirtschaftswissenschaftlich orientierten Studiengang zum Energie- und Umweltingenieur an den Flensburger Hochschulen und einzelne ingenieurwissenschaftliche Projekte an Fachhochschulen des Landes, jedoch keinen erkennbaren, aktiven Forschungsschwerpunkt, der im überregionalen Wettbewerb um drittmittelfinanzierte FuE-Projekte mithalten könnte.

Die Kommission sieht hier ein doppeltes Strukturproblem. Zum einen gibt es den Studiengang Maschinenbau/Konstruktionstechnik nicht an den Universitäten des Landes. Die Kommission empfiehlt auch nicht die Neueinrichtung eines solchen, weil dies die Finanzkraft des Landes übersteigen würde. Zum anderen fehlt es den vier staatlichen Fachhochschulen, die alle ein Maschinenbaustudium anbieten, an einer Grundausstattung für größere anwendungsorientierte Forschungsprojekte, so dass sie kaum mehr als vereinzelt drittmittelgeförderte Projekte und Consultingaufgaben durchführen können. Im Interesse der einschlägigen Wirtschaft des Landes, die Bedarf an entsprechend ausgebildeten IngenieurInnen hat, und auch Partner für FuE-Projekte sucht, sollte das Land überlegen, wie für dieses Fachgebiet gezielt eine FuE-Basis an den Fachhochschulen aufgebaut werden kann. Dies erfordert zusätzliche Ressourcen für dieses Gebiet. Als Standort kommt

hier Flensburg infrage, da hier bereits Ansätze vorhanden sind, die nach Fusion mit dem Maschinenbau aus Heide auf eine breitere Basis gestellt werden können.

8. Schließlich macht die Kommission auf die Tourismuswirtschaft des Landes aufmerksam, die Bedarf hat für einschlägig qualifizierte, berufsnah ausgebildete HochschulabsolventInnen und ebenso für Beratungsdienste und FuE-Projekte. Dieses Gebiet wird an den Hochschulen des Landes derzeit lediglich an der FH Westküste bearbeitet, ist aber dort nur mit einer Professur ausgestattet. Die Kommission empfiehlt als Bestandteil der Neuausrichtung der FH Westküste einen gezielten Ausbau zu einem überregional erkennbaren Ausbildungs-, Beratungs- und Forschungsschwerpunkt. Das Land muss dazu auch organisatorische und finanzielle Wege finden, im Interesse der Wirtschaft des Landes neben dem von der Kommission vorgeschlagenen Studiengang Tourismuswirtschaft auch einen Forschungsschwerpunkt an der Fachhochschule aufzubauen, der für diese Aufgaben eine ausreichende, öffentlich finanzierte Grundausstattung mit Personal- und Sachmitteln erhält, so dass dieser Schwerpunkt Chancen hat, im überregionalen Wettbewerb um Drittmittel bestehen zu können. Dazu ist es auch erforderlich, dass das Land für angewandte Forschung an Fachhochschulen hochschulgesetzlich geeignete Rahmenbedingungen schafft und finanzielle Anreize setzt.

## IV. Empfehlungen zu den einzelnen Hochschulen

### IV.1. Universität Flensburg

#### IV.1.1. Ausgangslage

Die Universität Flensburg ist aus der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Flensburg hervorgegangen. Im März 2000 wurde die Umwandlung in Universität Flensburg auch namentlich vollzogen.

Im Oktober 1997 beschloss die Landesregierung die Konzentration der Ausbildung von Grund- und HauptschullehrerInnen sowie von Teilen der Real- und der SonderschullehrerInnenausbildung in Flensburg. Die Erziehungswissenschaftliche Fakultät (EWF) der Universität Kiel (1994 aus der zuvor selbstständigen Pädagogischen Hochschule Kiel hervorgegangen) wurde zum 01.10.2002 aufgelöst. Aus der Kieler Fakultät wurden/werden bis zum Jahr 2004 insgesamt 44 Stellen nach Flensburg verlagert.

Mit Wirkung seit WS 1998/99 ergibt sich folgende Arbeitsteilung der Universitäten Flensburg und Kiel in der Lehramtsausbildung:

Grund- und Hauptschule	Nur in Flensburg
Sonderschule	1. – 4. Semester in Flensburg, danach in Kiel (Institut für Heilpädagogik)
Berufsschule (gewerblich-technisch)	Nur in Flensburg mit Elektrotechnik und Metalltechnik (sowie Zweitfächern)
Berufsschule (Handelslehramt)	Nur in Kiel
Realschule	Sowohl in Kiel als auch in Flensburg. Musik und Technisches Werken nur in Flensburg
Gymnasium	Nur in Kiel (Bei Kunst zusammen mit der Muthesius Hochschule)

Entsprechend ihrem früheren Status als Pädagogische Hochschule sind die Lehramtsstudiengänge auch weiterhin Schwerpunkt der Universität Flensburg. Daneben wurden seit Anfang der 90er Jahre mehrere bildungs- und wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge entwickelt. In den Studiengängen International Management, Kultur- und Sprachmittler, Energie- und Umweltmanagement arbeitet die Universität mit der Syddansk Universitet in Sonderburg/Dänemark zusammen, in Energie- und Umweltmanagement sowie in der Ausbildung von BerufsschullehrerInnen mit der FH Flensburg.

Die Universität Flensburg ist seit 2002 mit der FH Flensburg gemeinsam auf dem neuen Campus „Am Sandberg“ untergebracht. Mensa und Hochschulbibliothek werden gemeinsam genutzt. Zum 31.12.2001 waren in der Bibliothek insgesamt 17 Personen auf 13,5 Stellen beschäftigt. 3,5 Stellen werden von der FH, 10 Stellen von der Universität finanziert, dies entspricht einem Verhältnis von 26 % FH zu 74 % Universität. Der Bibliotheksetat beträgt rund 180 000 Euro p.a.

Das Ministerium hat im Jahr 2000 eine Arbeitsgruppe „Kooperation und Profilbildung der Hochschulen am Standort Flensburg“ eingesetzt. Diese AG hat ihre Arbeit ohne Vorlage eines Ergebnisberichtes eingestellt.

Im Auftrag des Landes hat die HIS GmbH im Februar 2002 ein Gutachten zu den „Möglichkeiten einer gemeinsamen Management- und Verwaltungsorganisation zwischen der Universität Flensburg und der FH Flensburg“ vorgelegt. Darin wird vorgeschlagen, mittels unterschiedlicher Organisationsformen (Gemeinsame Einrichtungen, Bürogemeinschaften und Strategische Allianzen) ein „Kooperatives Campusmanagement“ einzurichten u. a. für Hochschulbibliothek, Gebäude und Liegenschaften, Beschaffung, Informations- und Kommunikationstechnik, Personalsachbearbeitung, Studierendenangelegenheiten, Akademisches Auslandsamt, Hochschulmarketing/Öffentlichkeitsarbeit sowie Weiterbildung- und Technologietransfer.

Die Stelle des/der KanzlerIn der Universität ist wegen der Verhandlungen über die vom Land vorgeschlagene gemeinsame Verwaltung beider Hochschulen seit dem 01.09.2001 vakant.

### Das Personal

Die Universität Flensburg hatte zum Stichtag 01.04.2002 einen Personalbestand von 163 Personen: 57 ProfessorInnen (11 davon weiblich), 41 Lehrkräfte für besondere Aufgaben/wissenschaftliche MitarbeiterInnen (13) und 64 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (33). Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt:

Department (Kompetenzbereich)	ProfessorInnen	sonstiges wissenschaftl. Personal	nichtwissenschaftliches Personal
Lehramt und Erziehungswissenschaften	C4 18 C3 29 C2 2	27,5	11
Wirtschaftswissenschaften	C4 IM 2 EUM 1 C3 IM 3 Ses. 1*	IM 4,5 EUM 1 Ses. 1,75	IM 4 EUM 1 Ses. 2
Kulturwissenschaften	C3 2 (antellig)	5 (1,5 aus Sonderprogr.)	
Gesundheitswissen- schaften	C3 1	1	1
Universitätszentrale / Verwaltung			45
Personal Univ. gesamt davon weiblich	57 11	41 13	64 33

\* IM: International Management; EUM: Energie- und Umweltmanagement; Ses: SESAM - Sustainable Energy Systems and Management

Im Rahmen des Transfers von Stellen aus der Universität Kiel an die Universität Flensburg ist vorgesehen folgende Stellen noch zu verlagern:

- 2003 3 Stellen Technik (C 4, C 3, Vb)  
3 Stellen Musik (C 3, 2x BAT II a)  
1 Stelle Katholische Theologie (C4)  
1 Stelle Pädagogik (C 4/C 3)  
7 Stellen Angestellte/Verwaltung  
2 Stellen Arbeiter/Verwaltung
- 2004 1 Stelle Deutsch (C 4)  
0,5 Stelle Angestellte (BAT VII)

Je Stelle werden 90 % der Mittel aus dem Haushalt der Universität Kiel in den der Universität Flensburg übertragen, unabhängig davon, ob die Stelle besetzt ist oder nicht. Die im Jahr 2003 von Kiel nach Flensburg zu verlagernden C-Stellen sind alle besetzt.

Im Institut für Internationales Management (Wirtschaftswissenschaften) gibt es drei Stiftungsprofessuren, die im Jahre 2003 in die Landesfinanzierung übergehen.

Die wirtschafts- und kulturwissenschaftlichen Studiengänge werden von nur wenigen hauptamtlich an der Universität beschäftigten ProfessorInnen getragen (Wirtschaftsingenieurwesen und International Management mit insgesamt sieben Professuren). In den Kulturwissenschaften wird die Lehre von zwei ProfessorInnen aus der Anglistik und der Germanistik abgedeckt, für Gesundheitswissenschaften ist nur eine Professur vorhanden.

Bis zum Jahr 2010 werden 20 Professuren und 13 weitere Stellen altersbedingt frei, überwiegend im Kompetenzbereich Lehramt und Erziehungswissenschaften.

Die ProfessorInnen an der Universität Flensburg sind vergleichsweise außerordentlich knapp mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet. Die Umwandlung der PH in eine Bildungswissenschaftliche Hochschule und dann in eine Universität hatte nicht zur Folge, dass Personalstruktur und Ausstattung entscheidend verändert wurden. Ein HIS-Vergleich mit anderen norddeutschen Hochschulen ähnlicher Größenordnung belegt eine „strukturelle Unterausstattung“ mit Ressourcen sowohl für die Studiengänge als auch für die Verwaltung.

### **Das Budget**

Im Jahr 2002 erhielt die Universität Flensburg einen Landeszuschuss in Höhe von 10,6 Mio. Euro. Die Hochschule warb im Jahr 2001 Drittmittel in Höhe von 2,6 Mio. Euro ein, in Relation zum Landeszuschuss sind dies 25,5 %. Erhebliche Anteile davon stammten aus Bundes- und EU-Fördermitteln (Bund: 923 000, EU: 808 000 Euro). Die Drittmittel wurden überwiegend in der Lehre zum Auf- und Ausbau neuer Studiengänge (z.B. für deutsch-dänische Programme) sowie für Stiftungsprofessuren verwendet. Hinzu kamen Einnahmen in Höhe von 22 000 Euro.

### **StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen**

Im WS 2002/2003 waren gut 3 440 Studierende (davon 2 400 weiblich) in elf Studiengängen immatrikuliert, davon ca. 2 100 in Lehramtsstudiengängen (= 62 %), rund 750 in Wirtschaftswissenschaften, ca. 260 in Erziehungswissenschaften (Diplom), ca. 180 in Kulturwissenschaften und etwa 60 in Gesundheitspädagogik.

Die Zahl der AnfängerInnen ist in den 90er Jahren stark gestiegen (1990: 224, 1995:421, 2002: 906), ebenso die Gesamtzahl der Studierenden von 800 im Jahr 1990 auf 3 440 im Jahr 2002.

In den AnfängerInnenzahlen enthalten sind in größerer Zahl AbsolventInnen mit bestandener Prüfung, die eine Umschreibung in ein anderes Fach zur Überbrückung der Wartezeit bis zum Referendariat vornehmen. Dadurch sind die AnfängerInnenzahlen und ebenso die Drop-out-Quoten überhöht.

Die Berechnung der Schwundquoten bei Lehramtsstudiengängen ist außerordentlich schwierig und führt zum Teil zu nicht interpretierbaren Ergebnissen, u. a. wegen der Änderung der Prüfungsordnung (im Studium für Grund- und Hauptschule mussten früher drei, heute nur noch zwei Fächer belegt werden), dem Wechsel in höheren Semestern aus Kiel, und wegen der vorübergehenden Neueinschreibung nach Abschluss des Examens und vor Beginn des Referendariats. Andere Studiengänge sind noch im Aufbau, weswegen Berechnungen hier noch nicht möglich oder nicht sinnvoll sind.

Im WS 2002/2003 gab es 54 DoktorandInnen zum Dr. phil. und 31 DoktorandInnen zum Dr. rer. pol. Darüber hinaus werden einzelne Promotionsvorhaben für FH-AbsolventInnen gemeinsam mit ProfessorInnen der FH Flensburg durchgeführt.

Bis auf die Studiengänge International Management (128 Plätze) und Lehramt an Sonderschulen (80 Plätze) gab es zum WS 2002/2003 keine wirksamen Zulassungsbeschränkungen, d.h. alle BewerberInnen erhielten eine Zulassung.

### Kompetenzbereich Lehramt und Erziehungswissenschaften

Zum Stichtag 01.04.2002 waren im Kompetenzbereich Lehramt und Erziehungswissenschaften 49 Professuren (von 53 vorhandenen Stellen) besetzt.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2000/2001	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		Uni Flensburg		D	
	(dav. weibl.)			(dav. weibl.)				1998	2000	2001	1998
Lehramt Grund- u. Haupt- Schule (Staatsexamen)	193	255	353 (242)	81	116	k.A.		k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Lehramt Realschulen (Staatsexamen)	72	133	230 (158)	55	53	k.A.		k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Lehramt Sonderschule (Staatsexamen)	66	59	62 (43)	29	63	k.A.		k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Erziehungswissenschaften (Diplom)	62	79	76 (52)	36	25	k.A.		11,7	k.A.	k.A.	11,4
Lehramt Berufsschule (Staatsexamen) <sup>1</sup>	7	20	23 (4)	4	2	k.A.		k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kompetenzbereich gesamt	400	546	744 (499)	205	259	k.A.	4,73	--	--	--	--

Quelle: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl "AbsolventInnen je ProfessorIn" wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 im Kompetenzbereich besetzten Professuren. Median Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = SS 2002 und WS 2002/2003.

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Studiengang wird gemeinsam mit der benachbarten FH betrieben.

Der Studiengang Lehramt für Berufsbildende Schulen wird seit 1997/98 in Kooperation mit der FH Flensburg angeboten. Es gibt sowohl ein grundständiges Studium als auch die Möglichkeit, das Studium als QuereinsteigerIn nach Anerkennung des FH Diploms in höheren Semestern aufzunehmen. Der Diplom-Studiengang Erziehungswissenschaften wird mit der Studienrichtung Erwachsenenbildung/Weiterbildung angeboten.

Die „Erfolgsquote“<sup>54</sup> im Lehramt für Grund- und Hauptschulen lag in den Vorjahren bei 50 - 60 %, neuerdings bei 80 %. Im Diplom-Studiengang Erziehungswissenschaften liegt die „Erfolgsquote“ bei 30 - 35 %.

Die Hochschule schlägt eine Neuordnung der Lehramtsausbildung in einem konsekutiven Modell (Bachelor, Master) vor. Bei der Ausbildung für Sekundarstufe I soll das Referendariat in das künftig zehensemestriges Studium integriert werden.

### Kompetenzbereich Wirtschaftswissenschaften

Im Kompetenzbereich Wirtschaftswissenschaften waren zum Stichtag 01.04.2002 sieben Professuren (von acht vorhandenen Stellen) besetzt.

<sup>54</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von fünf Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2000/2001	Studiendauer (Median)			
	2000 (dav. weibl.)	2001	2002	2000 (dav. weibl.)	2001	2002		Uni Flensburg		D	
								1998	2000	2001	1998
International Management (BA/MA)	186	206	128 * (88)	29	73	k.A.		7,3/ 10,6 <sup>1</sup>	k.A.	k.A.	k.A.
SESAM (M.Sc.)	14	14	22 (15)	13	13	k.A.		4,0	k.A.	k.A.	k.A.
Energie- und Umweltmanagement (D) <sup>2</sup>	46	37	53 (36)	—	—	k.A.		—	k.A.	k.A.	k.A.
Kompetenzbereich gesamt	246	257	203 (139)	42	86	k.A.	9,14	—	—	—	—

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Die verschiedenen Studienzeiten für dänische und deutsche Studierende ergeben sich aus den unterschiedlichen Studienabschlüssen (Bachelor und Diplom).

<sup>2</sup> Gemeinsam mit der benachbarten FH betriebener Studiengang.

Der deutsch-dänische Studiengang International Management (IM) ist aus dem früheren Studiengang Betriebliche Bildung und Management hervorgegangen. 65 % der Studierenden gehen für ein Semester ins Ausland. Im Grundstudium findet eine Sprachausbildung in Dänisch und Spanisch statt. Studierende mit Schwerpunkt „Dänemark“ erwerben zugleich einen Abschluss an der Syddansk Universität.

Der Studiengang Energie- und Umweltmanagement (EUM) wird seit 1997/98 in Kooperation mit der FH Flensburg angeboten. Ein Auslandssemester ist Pflicht. Lehrveranstaltungen werden zum Teil in englischer Sprache abgehalten. Es besteht die Möglichkeit, das „Doppeldiplom Exporting“ der Syddansk Universität zu erwerben.

Beim Studiengang SESAM (Sustainable Energy Systems and Management) handelt es sich um ein dreisemestriges Aufbaustudium (inkl. 1 Semester Praktikum) für Studierende aus Entwicklungsländern. Der Vorgängerstudiengang mit Abschluss Magister nannte sich ARTES (Appropriate Rural Technology and Extension Skills). Die Finanzierung stammt zurzeit etwa zur Hälfte aus Studiengebühren und Drittmitteln.

Der Kompetenzbereich Wirtschaftswissenschaften hat folgende Entwicklungspläne vorgelegt:

Im Institut für International Management läuft der alte Magister-Studiengang „Betriebliche Bildung und Management“ aus. Die bislang fehlenden Professuren auf den klassischen Gebieten Marketing, Controlling und Wirtschaftsinformatik sollen eingerichtet werden, ferner das zusätzliche Fachgebiet Bildungsökonomie. Die Gebiete Statistik und Empirische Sozialforschung sollen ebenfalls ergänzt werden. Darüber hinaus besteht aus Sicht der Hochschule Bedarf für eine Professur für Privatrecht, Öffentliches Recht oder Arbeitsrecht. Vorgesehen ist außerdem ein Master-Studiengang „Public Administration/Öffentliches Management“, darüber hinaus ein Studiengang „Popmusik & Management“.

Im Studiengang Energie- und Umweltmanagement (EUM) sind jeweils eine zusätzliche Professur mit den Schwerpunkten Betriebliches Energiemanagement und Betriebliches Umweltmanagement geplant. Die Studiengänge EUM und SESAM sollen stärker integriert werden, um in größerem Maße Lehrangebote gemeinsam nutzen zu können. Bei einer entsprechenden zusätzlichen Ausstattung in den betriebs- und volkswirtschaftlichen Fächern ist geplant, in Zusammenarbeit mit der FH Flensburg und der Syddansk Universität in Sonderburg drei weitere international ausgerichtete

Wirtschaftsingenieurwesen-Studiengänge nach dem Modell des Studiengangs EUM einzurichten:

- Wirtschaftsingenieurwesen Maschinenbau
- Wirtschaftsingenieurwesen Elektrotechnik
- Wirtschaftsingenieurwesen Produktionstechnik.

**Kompetenzbereich Kulturwissenschaften**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren im Kompetenzbereich Kulturwissenschaften die zwei vorhandenen Stellen anteilig mit Personal aus dem Kompetenzbereich Lehramt und Erziehungswissenschaften besetzt.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2000/2001	Studiendauer (Median)			
	2000 (dav. weibl.)	2001	2002	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		Uni	Flensburg	D	
								1998	2000	2001	1998
Kultur- und Sprachmittler (D/BA)	37	68	51 (35)	15	17	k.A.	8,0	6,00	k.A.	k.A.	—

**Kompetenzbereich Gesundheitswissenschaften**

Im Kompetenzbereich Gesundheitswissenschaften war zum 01.04.2002 eine Professur (von 1 vorhandenen Stelle) besetzt.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2000/2001	Studiendauer (Median)			
	2000 (dav. weibl.)	2001	2002	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		Uni	Flensburg	D	
								1998	2000	2001	1998
Gesundheitsförderung (Magister)	4	9	7 (7)	3	2	k.A.		6,0	k.A.	k.A.	—
Erziehung u. Gesundheit (Kontaktstudium)	6	8	11 (11)	10	3	k.A.		5,8	k.A.	k.A.	—
Kompetenzbereich gesamt	10	17	18 (18)	13	5	k.A.	9,00	—	—	—	—

Im Magisterstudiengang Gesundheitsförderung durch Gesundheitsbildung gibt es bei kleinen AnfängerInnenzahlen (5 – 10 p. a.) kaum AbsolventInnen (1 - 3 p. a.).

Geplant ist die Einrichtung eines grundständigen Studiengangs mit internationaler und interdisziplinärer Ausrichtung (Bachelor, Master) mit Schwerpunkten in der Gesundheitspsychologie und in den angewandten Gesundheitswissenschaften. Zudem ist vorgesehen, für die laufenden Studiengänge die Bachelor-/Master-Abschlüsse einzuführen. Angestrebt wird auch eine Wiederaufnahme des Fachgebiets Gesundheitspädagogik in die Lehramtsstudiengänge.

Die Erweiterungspläne außerhalb der Lehramtsstudiengänge erfordern zusätzliche Personal- und Sachmittel, die sich aus der Sicht der Hochschule nicht durch Verlagerungen aus dem Kompetenzbereich Lehramt und Erziehungswissenschaften gewinnen lassen, da dort ebenfalls fachliche Lücken bestehen.

Die Hochschule nennt für ihre weitere Entwicklung folgende Prioritäten: 1. LehrerInnenausbildung, 2. Wirtschaftswissenschaften, 3. Gesundheitswissenschaften, 4. Kulturwissenschaften.



## IV.1.2. Empfehlungen

Die Nachfrage nach Studienplätzen an der Universität Flensburg hat seit Vorlage des Gutachtens der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ im Jahre 1997 spürbar zugenommen. Damals waren knapp 2 000 Studierende immatrikuliert, im WS 2002/2003 waren es gut 3 400. Dies ist zum einen zurückzuführen auf die 1997 beschlossene Konzentration der Ausbildung von LehrerInnen an Grund- und Hauptschulen sowie von Teilen der Real- und der SonderschullehrerInnenausbildung in Flensburg. Zum anderen hat der Studienort Flensburg mit der Fertigstellung der Neubauten auf dem gemeinsam mit der FH Flensburg genutzten modern ausgestatteten Hochschulcampus an Attraktivität gewonnen.

Problematisch bleibt hingegen die personelle Ausstattung der Universität. Strukturell hat sich diese seit der Umwandlung in eine Bildungswissenschaftliche Hochschule und später in eine Universität im Vergleich zur früheren PH-Ausstattung nur unwesentlich geändert. Sie ist nach wie vor professorInnenlastig und der Mittelbau ist unterbesetzt (das Verhältnis ProfessorInnen zu wissenschaftlichen MitarbeiterInnen liegt bei etwa 1 : 0,75).

Als Folge der derzeit großen Nachfrage besteht in vielen Fächern des Kompetenzbereiches Lehramt und Erziehungswissenschaften eine „Überlast“. Die Hochschule rechnet hier mit einer Entspannung in etwa drei bis fünf Jahren, wenn angesichts des vom Land prognostizierten zurückgehenden LehrerInnenbedarf vermutlich auch die Nachfrage nach Studienplätzen sinken wird. Möglichkeiten, die Übergangszeit durch personelle Umschichtungen innerhalb der Hochschule abzufedern, bestehen kaum.

Forschung findet gegenwärtig in der Erziehungswissenschaft und in den Fachdidaktiken in einem universitären Ansprüche genügenden Ausmaß nicht statt.

Die neuen wirtschafts- und kulturwissenschaftlichen Studienangebote, die die Universität Flensburg in Verfolgung eigener strategischer Ziele für die Hochschulentwicklung und mit politischer Unterstützung durch das Land eingerichtet hat, verfolgen teilweise interessante Ansätze und sind - mit Ausnahme der Gesundheitswissenschaften - von Studierenden gut nachgefragt. Die ursprünglichen Konzepte für den Ausbau dieser Fächer konnten jedoch aufgrund fehlender Finanzmittel bislang nicht umgesetzt werden. So wird beispielsweise der gemeinsam mit der FH Flensburg durchgeführte Studiengang Energie- und Umweltmanagement, für den an der Universität vier Professuren vorgesehen waren, seit seiner Gründung im Jahr 1997/98 auf Seiten der Universität von nur einem Professor getragen. Ob unter diesen Bedingungen universitäres Niveau in Lehre und Forschung erreicht und auf Dauer gewährleistet werden kann, bezweifelt die Kommission. Ein massiver personeller Ausbau wäre hier erforderlich, um für diesen Studiengang eine konkurrenzfähige wissenschaftliche Basis zu schaffen.

Die Pläne des Kompetenzbereichs Wirtschaftswissenschaften zur Konsolidierung des Studienangebots sehen insgesamt zehn zusätzliche Professuren vor (z.B. Marketing, Controlling, Wirtschaftsinformatik, Statistik und Empirische Sozialforschung sowie eine Professur für Privatrecht, Öffentliches Recht oder Arbeitsrecht). Für diesen Ausbau wären jährlich rund 1,75 Mio. Euro Personalkosten sowie rund 0,2 Mio. Euro Sachkosten erforderlich<sup>55</sup>.

---

<sup>55</sup> Kalkuliert wird mit einer universitären Stellenausstattung von 2,5 Stellen je Lehrstuhl und mittleren Personalkosten von 50 000 Euro je Stelle. Diese Kalkulation enthält noch keine Ansätze für die universitätsadäquate Ausstattung der Bibliothek, für die Unterbringung des zusätzlichen Personals und auch nicht für eine Verbesserung der Personalausstattung der Zentralen Dienste der Universität (Verwaltung, Prüfungsamt, Gebäudemanagement, Auslandsamt, etc.).

Die Kommission kann nicht erkennen, dass das Land den Landeszuschuss für Maßnahmen außerhalb der Lehramtstudiengänge und damit eng verbundener erziehungs- und vermittlungswissenschaftlicher Studiengänge bzw. -richtungen nennenswert erhöhen kann. Angesichts der drängenden Finanzprobleme des schleswig-holsteinischen Hochschulsystems kann eine solche Ausbaupolitik auch keine Priorität beanspruchen. Die Kommission empfiehlt daher eine grundlegende Revision der Mitte der 90er Jahre für die Universität aufgestellten Planungen.

Für die weitere Entwicklung der Universität Flensburg wird empfohlen:

1. Die Universität Flensburg sollte sich auf die Erziehungs- und Vermittlungswissenschaften konzentrieren und ihr Profil als Aus- und Weiterbildungsstätte für LehrerInnen schärfen. Zu diesem Profil gehört eine berufsbezogene empirische Forschung über Erziehung, Unterricht, Vermittlung und Didaktik, die bislang an der Universität noch wenig entwickelt ist und dringend einer Stärkung bedarf. Dazu sollte an der Universität die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses intensiviert werden, was eine Umstrukturierung des Personalbestandes durch Umwandlung von ProfessorInnenstellen in Stellen für wissenschaftlichen Nachwuchs erfordert. Dieser Umstrukturierungsprozess ist, vergleichbar den strukturellen Veränderungen an der früheren Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel, weitgehend kosten- und kapazitätsneutral möglich.
2. In der LehrerInnenbildung sollte (mit Ausnahme der Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien und Handelslehramt) die 1997 eingeleitete Konzentration auf den Standort Flensburg konsequent und zügig umgesetzt werden. Dies betrifft die Ausbildung für das Lehramt an Realschulen ebenso wie die Ausbildung der SonderschullehrerInnen. Die hier 1997 beschlossene Aufteilung auf zwei Standorte ist unbefriedigend. Sie führt zur Verlängerung des Studiums und zu hohen Drop-out-Quoten. Im Interesse einer optimierten Studienorganisation und einer besseren Leistungsbilanz empfiehlt die Kommission eine Konzentration des Studiengangs Lehramt an Sonderschulen am Standort Flensburg einschließlich einer Verlagerung des Instituts für Heilpädagogik (HPI) der Universität Kiel.

Die Kommission verkennt nicht, dass diese Verlagerung Transferkosten zur Folge hat und in der Übergangszeit auch zu höheren Kosten führt, u.a. durch Fahrtkosten für Lehrbeauftragte und DozentInnen, die die in den Studiengang eingebundenen „Ausbildungsschulen“ besuchen. Es soll auch nicht unterschätzt werden, dass es eines erheblichen Engagements bedarf, um am Standort Flensburg die für die Ausbildung erforderlichen Praxiskontakte zum Teil neu aufzubauen. Gleichwohl empfiehlt die Kommission diese Verlagerung zur Abrundung des Flensburger Profils als einer Universität für die LehrerInnenbildung. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, dass die bisherige Situation zu großen Nachteilen für die Studierenden führt und auch im Gegensatz zur hier vorgeschlagenen Konzentration aus dem Berufsstand nicht als eine Lösung von Dauer eingeschätzt wird.

3. Auch der Studiengang Erziehungswissenschaften (Diplom-Pädagogik) sollte am Standort Flensburg konzentriert werden, da mit der Verlagerung des HPI nach Flensburg die überwiegend gewählte Studienrichtung „Sonderpädagogik“ in Kiel nicht mehr angeboten werden kann.
4. WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen der Universität Kiel, die derzeit primär mit der Ausbildung von Studierenden für das Lehramt an Realschulen beschäftigt sind, sind nach Flensburg zu versetzen. Dabei handelt es sich jedoch nur um wenige Stellen, da es an der Universität Kiel kein speziell in der RealschullehrerInnen-ausbildung tätiges Personal gibt. Betroffen ist u.a. das Fachgebiet Kunst, das bis-

lang in Flensburg nicht im Studiengang Lehramt für Realschulen angeboten wird. Für das ebenfalls in Flensburg nicht angebotene Fach Chemie muss dort eine Professur eingerichtet werden. Alternativ könnte für eine Übergangszeit die Verantwortung für dieses Fach an Lehrpersonal der Universität Kiel übertragen werden. Hierfür müssten gegebenenfalls die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

5. Im Studiengang Lehramt an Grund- und Hauptschulen empfiehlt die Kommission eine Änderung der Prüfungsordnung. Aus Kapazitätssicht stellt sich die momentane Situation als ausgesprochen unausgewogen dar. Vorgaben in der Prüfungsordnung (Mathematik oder Deutsch als verpflichtendes Fach) und Präferenzen bei den Studierenden (Negativ-Image z. B. der Fächer Mathematik oder Physik) führen zu einer Schieflage, die mit dem fachlichen Bedarf nicht in Einklang zu bringen ist. Das Resultat ist, dass z.B. zu viele Deutsch-LehrerInnen und nicht genügend Mathematik-LehrerInnen ausgebildet werden. Die naturwissenschaftlichen Fächer sind mit Ausnahme von Biologie zu schwach vertreten. Auch bei den Zweitfächern werden Schwerpunkte gebildet, die einerseits nicht dem Bedarf entsprechen und andererseits in einigen Fächern zu nur schwer vertretbaren geringen Auslastungen des Hochschulpersonals führen. Künftig sollten bei den verpflichtenden Fächern vier statt bislang zwei Fächer zur Wahl stehen.
6. Die bisherige Arbeitsteilung in der BerufsschullehrerInnenausbildung zwischen Flensburg (gewerblich-technische Fächer) und Kiel (Handelslehramt) hat sich bewährt und sollte fortgeführt werden. Angesichts des bundesweit großen Bedarfs an BerufsschullehrerInnen sollte das gemeinsam mit der FH Flensburg praktizierte Modell des Einstiegs in ein höheres Semester konsequent im Sinne eines konsekutiven Modells weiter entwickelt werden. Für Studierende mit einem Abschluss in einem technischen Studiengang an Fachhochschulen oder an Universitäten sollte ein Master-Studium „Berufsbildung“ angeboten werden. Der Zugang sollte insbesondere auch AbsolventInnen mit einem Bachelor-Abschluss offen stehen. Bei dieser Lösung wäre der Zugang nicht auf die AbsolventInnen der benachbarten FH Flensburg beschränkt.
7. Die Kommission empfiehlt, dem Vorschlag der Universität zu folgen und die Studiengänge für das Lehramt in Flensburg insgesamt nach dem konsekutiven Modell mit Bachelor- und Master-Abschlüssen zu organisieren. Dabei könnte gegebenenfalls mit einem Modellversuch gestartet werden, wobei zu klären ist, wie das 1. und 2. Staatsexamen und die praktische Ausbildung in das neue Modell integriert werden können.
8. Dringend erforderlich ist eine Stärkung der LehrerInnenfort- und Weiterbildung. Hier sollte die Universität Flensburg für die Geisteswissenschaften in eine ähnliche Rolle hereinwachsen wie sie die Universität Kiel mit dem Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften heute mit überregional anerkanntem Erfolg wahrnimmt. Die Kommission empfiehlt die Einrichtung eines dahingehenden Zentrums zur Fort- und Weiterbildung von LehrerInnen.
9. Die Universität Flensburg sollte die Aufgabe der Qualitätssicherung in der Schule für das Land Schleswig-Holstein und in landesgrenzenübergreifenden Verfahren in enger Abstimmung und Kooperation mit dem neu gegründeten Institut für Qualitätssicherung an Schulen wahrnehmen.

Die in Empfehlung 1 für notwendig erklärte Intensivierung der bisher wenig ausgeprägten empirischen Forschung im Kontext der LehrerInnenausbildung und Fortbildung eröffnet der Universität Flensburg die Möglichkeit, ihr Profil zu stärken. Dies muss

einhergehen mit den oben geschilderten Vorschlägen zur Qualitätssicherung in der Schule. Ein Teil der hierfür erforderlichen Stellen sollte der Universität zusätzlich zugewiesen werden.

10. Die Kommission sieht die Risiken, die eine Konzentration des Studienangebots der Universität Flensburg auf die LehrerInnenbildung mit sich bringen. Sie empfiehlt daher, im Sinne einer stärkeren Profilbildung das Studienangebot in Richtung Vermittlung von Wissenschaft und Wissen stärker auf- und auszubauen. Damit sollte auch Nachfrageschwankungen im LehrerInnenberuf besser begegnet werden können. Der gemeinsam mit der Syddansk Universitet durchgeführte Studiengang Kultur- und Sprachmittler könnte als Modell für weitere international ausgerichtete Angebote dienen. Als Entwicklungsperspektive empfiehlt die Kommission weiter, dass die Universität mit Blick auf den internationalen Trend zur zunehmenden Akademisierung von Ausbildungsberufen Studiengänge entwickelt, die für Erziehungsaufgaben u.a. in Kindergärten und vorschulischen Einrichtungen qualifizieren. Derartige Studiengänge beispielsweise für KindergärtnerInnen und ErzieherInnen sollten als Bachelor-Studiengänge konzipiert werden.
11. Die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge an der Universität Flensburg sollten an die FH Flensburg verlagert werden. Das fachliche Profil des dortigen Fachbereichs Wirtschaft, der durch einen eher klassisch orientierte Betriebswirtschaftslehre-Studiengang (BWL) geprägt ist, würde durch das Potenzial der bisher an der Universität angesiedelten Schwerpunkte Internationales Management und Energie- und Umweltmanagement (EUM) sinnvoll ergänzt. Der bislang von Fachhochschule und Universität gemeinsam betriebene Studiengang EUM sollte an der Fachhochschule als konsekutiver Studiengang mit Bachelor- und Master-Abschlüssen fortgeführt werden. Gleiches gilt für den Studiengang Internationales Management. Diese Erweiterung würde Defizite der BWL der Fachhochschule ausgleichen und hier ein auch überregional wettbewerbsfähiges, profiliertes Studienangebot entstehen lassen.

Die Kommission empfiehlt, die Studienplatzkapazität des FH-Fachbereichs Wirtschaft, der kurzfristig durch das Personal der Universität erweitert wird, bei gleichbleibender Nachfrage mittelfristig auf das jetzige Niveau zurückzuführen.

12. Dem wissenschaftlichen Personal, das in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen der Universität arbeitet, sollte als Alternative zur Versetzung an die FH Flensburg eine Versetzung an die Universität Kiel angeboten werden. Für den dortigen Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen besteht Personalbedarf.
13. Im Sinne einer Intensivierung der Kooperation der Universität Kiel mit den Fachhochschulen des Landes wird empfohlen, Modelle zu entwickeln, die es qualifizierten ProfessorInnen der Fachhochschulen ermöglichen, sich in der Betreuung von DoktorandInnen zu engagieren, die an der Universität Kiel zur Promotion kommen. Insbesondere für die heute an der Universität Flensburg lehrenden ProfessorInnen müssen Wege gefunden werden, die ihnen auch bei künftiger Zuordnung zur FH Flensburg Promotionsmöglichkeiten für die von ihnen betreuten DoktorandInnen eröffnen. Die Kommission sieht hierin ein Modell für die künftige Zusammenarbeit von forschungsaktiven FH-ProfessorInnen mit Fakultäten ihrer Fachrichtungen an Universitäten.

## IV.2. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

### IV.2.1. Ausgangslage

An der 1665 gegründeten Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) gab es nach dem Zweiten Weltkrieg eine Theologische, eine Rechts- und Staatswissenschaftliche, eine Medizinische und eine Philosophische Fakultät. 1946 kam eine Landwirtschaftliche Fakultät hinzu, die 1970 um Ernährungs- und Haushaltswissenschaften sowie 1999 um Lebensmitteltechnologie erweitert wurde. 1963 wurde eine eigenständige Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät geschaffen. Von 1964 bis 1973 hatte die Universität in Lübeck eine II. Medizinische Fakultät, aus der die heutige Universität zu Lübeck hervorgegangen ist. Im WS 1969/70 wurde die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät in eine Rechtswissenschaftliche und eine Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät geteilt. 1990 beschloss das Land Schleswig-Holstein die Gründung einer Technischen Fakultät mit den Studiengängen Elektrotechnik, Materialwissenschaft und Technische Informatik. Zum 01.04.1994 wurde die frühere Pädagogische Hochschule Kiel als Erziehungswissenschaftliche Fakultät (EWF) an die Universität angeschlossen. Zum 01.10.2002 wurde die EWF nach einer Fach-zu-Fach Integration aufgelöst.

Der Universität sind angegliedert:

- Universitätsklinikum Kiel (seit dem 01.01.2003 mit dem Universitätsklinikum Lübeck zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein fusioniert)
- Institut für Meereskunde (Leibniz Institut)
- Institut für Weltwirtschaft (Leibniz Institut)
- Forschungszentrum für Marine Geowissenschaften (GEOMAR) (bislang noch Landesinstitut, zum 01.01.2004 Fusion mit dem Institut für Meereskunde zu einem Leibniz Institut)
- Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz)

Mit der Universität kooperierende Einrichtungen sind:

- Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf
- Max-Planck-Institut für Limnologie in Plön
- Forschungszentrum Borstel (Leibniz Institut)
- Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel
- GKSS-Forschungszentrum Geesthacht
- Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISIT) in Itzehoe
- Multimedia Campus Kiel

### Das Personal

Zum Stichtag 01.04.2002 hatte die Universität einen Personalbestand von 1 954 Personen: 285 C3/C4 ProfessorInnen (21 davon weiblich), 694 wissenschaftliche MitarbeiterInnen/Lehrkräfte für besondere Aufgaben (145) und 975 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (544). (Angaben ohne Klinikum.) 8,5 Stellen (7,5) für wissenschaftliche MitarbeiterInnen wurden aus Sonderprogrammen finanziert.

Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt (Angaben in Vollzeitkräften):

Fakultät	ProfessorInnen C4/C3	sonstiges wissenschaftl. Personal	nichtwissenschaftliches Personal
Agrar- und Ernährungs- wissenschaftliche Fakultät	21	55,75 (1 aus Sonderpr.)	85,85
Rechtswissenschaftliche Fakultät	18,25	24,48	27,65
Mathematisch-Natur- wissenschaftliche Fakultät	68	205,44	275,18
Medizinische Fakultät (Vorklinik)	9	30	57,5
Philosophische Fakultät	59	127,34 (3,5 aus Sonderprogr.)	54,22
Technische Fakultät	26	72	50,68
Theologische Fakultät	10	8,25	8,15
Wirtschafts- und Sozial- wissenschaftliche Fakultät	21	38,75	22,4
Erziehungswissen- schaftliche Fakultät	19*	16,5	14,25
Universitätszentrale / Verwaltung			355
Personal Univ. gesamt	285	694	620
davon weiblich	21	145	544

\*Ohne zwei ProfessorInnen der Pädagogik, die in der Philosophischen Fakultät gezählt werden und nur für die Ausbildung der Diplom-Pädagogen zuständig sind.

Darüber hinaus waren in den Gemeinsamen Einrichtungen insgesamt 11 Professuren besetzt:

- Institut für Ur- und Frühgeschichte: 2 Prof.
- Institut für Sport und Sportwissenschaft: 2 Prof.
- Institut für Pädagogik: 4 Prof.
- Ökologie Zentrum: 3 Prof.

In den über gemeinsame Berufungen eng mit der Universität verbundenen Instituten waren insgesamt 23 aus dem Haushalt der Universität finanzierte ProfessorInnen tätig:

- Institut für Weltwirtschaft: 1 Prof.
- Institut für Meereskunde: 12 Prof.
- Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften: 4 Prof.
- Forschungszentrum Marine Geowissenschaften: 7 Prof.

Mit der 1999 vom Senat beschlossenen und vom Land genehmigten „Struktur- und Entwicklungsplanung 1999 – 2005“ hat die Universität u. a. auf

- a) die Entscheidung des Landes zur Konzentration der Grund- und Hauptschullehrer-Innenausbildung in Flensburg
- b) die Unterfinanzierung des Personalhaushalts sowie
- c) das Gutachten „Strukturreform der Hochschulen“ von 1997

reagiert. Von 1995 – 2001 hat die Hochschule 240 Stellen aus ihrem Haushalt abgegeben, davon wurden 80 % gestrichen und 20 % an andere Einrichtungen des Landes abgegeben (Universität Flensburg, Stiftung Schloss Gottorf Landesmuseum). Aufgrund weiter zunehmender Finanzprobleme hat die Universität die Strukturplanung im Jahre 2000 modifiziert. Diese Modifikation sieht die Reduktion um weitere 200 im einzelnen benannte Stellen vor, davon sollen 100 gestrichen und 100 für einen Innovationspool verwendet werden. Zusätzlich vorgesehen sind weitere Abgaben von insge-

---

samt 18,5 Stellen aus der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät an die Universität Flensburg bis 2004:

- 2003 3 Stellen Technik (C 4, C 3, Vb)  
3 Stellen Musik (C 3, 2x BAT II a)  
1 Stelle Katholische Theologie (C4)  
1 Stelle Pädagogik (C 4/C 3)  
7 Stellen Angestellte/Verwaltung  
2 Stellen Arbeiter/Verwaltung
- 2004 1 Stelle Deutsch (C 4)  
0,5 Stelle Angestellte (BAT VII)

Die Universität hatte diesen Strukturplan unter der Prämisse aufgestellt, dass der vom Land eingeführte Globalhaushalt mit einem ausfinanzieren Stellenplan starten würde und die künftigen Personalkostensteigerungen vom Land ausgeglichen würden. Nachdem diese Prämisse im Lichte des Haushalts 2002 und der im Sommer 2002 erfolgten Revision der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes keinen Bestand mehr hat, sieht die Universität das Ziel eines Innovationspools als nicht erreichbar an, weil über die bereits eingeplanten Stellen hinaus weitere freiwerdende Dauerstellen zur Abdeckung des Finanzdefizits unbesetzt bleiben müssen.

Zum Stichtag 01.04.2002 waren an der Universität 49 ProfessorInnenstellen unbesetzt (= 14,6 % des Bestands von 335 Stellen). Vom Gesamtbestand von 2 270 Stellen waren 316 (= 13,9 %) nicht besetzt. Dies ist das Ergebnis einer hochschulinternen Wiederbesetzungssperre sowie der „normalen“ Fluktuation. Die Universität beziffert den Anteil finanziell bedingter Nichtbesetzungen auf rund 9 % (= 205 Stellen).

An der Universität werden bis zum Jahr 2010 147 Professuren sowie 103 Dauerstellen für wissenschaftliches Personal altersbedingt frei.

### **Das Budget**

Im Jahr 2002 erhielt die Universität einen Landeszuschuss in Höhe von 135,8 Mio. Euro. Die Drittmittel-Einnahmen der Universität (ohne Medizinische Einrichtungen) schwankten von 1997 bis 2000 zwischen 27,5 und 25,2 Mio. Euro. Im Jahr 2001 stiegen sie auf knapp 34,4 Mio. Euro an. Die Drittmittel kamen vom Bund: 7,4 Mio. Euro; DFG: 6,7; Stiftungen, Wirtschaft etc.: 6,2; SFB 4,1; EU: 2,9. Gemessen am Landeszuschuss machten die Drittmittel 21,4 % aus.

## Übersicht 18:

Drittmiteleinwerbungen 1997 bis 2001 nach Fakultäten								
- Beträge für alle Geldgeber insgesamt in DM <sup>56</sup> -								
Fakultät		1997	1998	1999	2000	2001	Drittm. je Prof. Ø 00/01 <sup>1</sup>	
Theologische Fakultät (10 Prof.)	DM	226.800	102.660	344.580	319.800	166.000	24.290	
	in %	0,3 %	0,1 %	0,4 %	0,4 %	0,1 %		
Rechtswissenschaftl. Fakultät (19 Prof.)	DM	295.580	712.552	233.160	235.227	328.155	14.826	
	in %	0,4 %	0,9 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %		
Wirtschafts- u. Sozialwiss. Fakultät (21 Prof.)	DM	1.480.853	940.586	868.574	1.939.318	436.710	51.653	
	in %	2,1 %	1,2 %	1,1 %	2,7 %	0,4 %		
Medizinische Fakultät	DM	18.357.059	20.420.220	21.715.358	23.862.774	53.923.877		
	in %	25,9 %	27,1 %	27,2 %	33,0 %	45,4 %		
	davon: Vorklinik (9 Prof.) Klinikum (67 Prof.)	DM	1.434.196	2.689.155	250.307	878.490		2.457.698
	DM	16.922.863	17.731.065	21.465.051	22.984.284	51.466.179	555.600	
Philosophische Fakultät (59 Prof.)	DM	2.922.522	2.554.324	1.843.737	1.929.907	2.840.387	42.591	
	in %	4,1 %	3,4 %	2,3 %	2,7 %	2,4 %		
Mathemat.-Naturwiss. Fakultät (68 Prof.)	DM	21.480.158	25.342.904	24.638.441	19.288.452	24.806.294	324.226	
	in %	30,3 %	33,7 %	30,8 %	26,7 %	20,9 %		
Agrar- u. Ernährungswiss. Fakultät (21 Prof.)	DM	8.036.551	7.402.983	10.699.745	8.988.111	10.665.000	467.931	
	in %	11,4 %	9,8 %	13,4 %	12,4 %	9,0 %		
Technische Fakultät (26 Prof.)	DM	3.985.972	3.482.655	2.706.847	3.820.975	6.089.964	190.595	
	in %	5,6 %	4,6 %	3,4 %	5,3 %	5,1 %		
Erziehungswiss. Fakultät (19 Prof.)	DM	514.000	120.700	195.430	131.066	168.689	7.888	
	in %	0,7 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %		
Sonderforschungs- bereiche (SFB)	DM	7.377.100	8.064.500	6.752.500	6.433.200	8.842.248		
	in %	10,4 %	10,7 %	8,4 %	8,9 %	7,5 %		
Graduiertenkollegs (GrK)	DM	1.638.975	1.639.360	2.060.887	2.371.387	2.159.693		
	in %	2,3 %	2,2 %	2,6 %	3,3 %	1,8 %		
Andere	DM	4.477.361	4.499.184	7.862.505	3.020.403	8.242.560		
	in %	6,3 %	6,0 %	9,8 %	4,2 %	6,9 %		
	davon: Rektorat*, UB	DM	320.589	578.391	602.347	479.959		2.011.150
	Zentr. Einrichtg.	DM	378.208	2.031.781	3.717.385	520.700		1.940.538
	Gem. Einrichtg.	DM	3.513.564	1.422.492	3.293.014	1.610.068		4.290.872
	SCHIFF	DM	265.000	466.520	223.759	397.757		
Jugendstrafrecht	DM			26.000	11.919			
<b>Insgesamt DM</b>		<b>70.792.931</b>	<b>75.282.628</b>	<b>79.921.764</b>	<b>72.340.620</b>	<b>118.669.577</b>		

\* Rektorat einschließlich der Dezernate der Zentralen Verwaltung, insbes. Forschungsdezernat, Personaldezernat, Akademisches Auslandsamt.

<sup>56</sup> Quelle: 25. Jahresbericht des Rektorats (2001/2002) der Universität Kiel, S. 79.



<sup>1</sup> Die Kennzahl "Drittmittel je ProfessorIn" wurde errechnet auf der Basis des Mittelwertes der in den Jahren 2000 und 2001 eingeworbenen Drittmittel der Fakultät und der am Stichtag 01.04.2002 in der Fakultät besetzten ProfessorInnenstellen. Angaben für die Fakultäten jeweils ohne SFB. Hinweis: Anders als bei der Übersicht 3, Seite 37 sind hier die Drittmittel der Kliniken enthalten.

### StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen

Mitte der 90er Jahre hatte die Universität ca. 23 000 Studierende (Höchststand nach Integration der PH im Jahre 1994: 22 990), am Ende der Dekade waren es noch rund 19 300 (Tiefststand: 19 285 im Jahre 2000). Im WS 2002/2003 waren gut 19 600 Studierende eingeschrieben (davon 10 400 weiblich). Die Zahl der AnfängerInnen hat sich in den letzten Jahren von 3 128 im Studienjahr 2001<sup>57</sup> auf 3 503 in 2002 und 3 867 (davon 2 296 weiblich) im WS 2002/2003 entwickelt.

Die Universität hat neun Fakultäten mit 335 Stellen für ProfessorInnenen C4/C3 (Bestand ProfessorInnen 01.04.2002, Studierende<sup>58</sup> WS 2002/2003):

- Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät (21 Prof. C4/C3, 1 094 Studierende)
- Rechtswissenschaftliche Fakultät (18 Prof., 2 430 Studierende)
- Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät (68 Prof.<sup>59</sup>, 3 774 Studierende)
- Medizinische Fakultät (9 Prof. in der Vorklinik, 2 297 Studierende)
- Philosophische Fakultät (59 Prof., 6 419 Studierende)
- Technische Fakultät (26 Prof., 896 Studierende)
- Theologische Fakultät (10 Prof., 145 Studierende)
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät (21 Prof.<sup>60</sup>, 2 186 Studierende)
- Erziehungswissenschaftliche Fakultät (Auflösung nach Fach-zu-Fach-Integration zum 01.10.2002, 19 Prof., 189 für eine Übergangsfrist noch verbleibende Studierende)

### Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät

Die Fakultät hatte zum Stichtag 01.04.2002 25 Stellen für ProfessorInnen, von denen 21 besetzt waren, und 84,5 Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen.

Zur Fakultät gehören folgende Institute:

- Institut für Pflanzenernährung und Bodenkunde (2 Prof.)
- Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung (3 Prof., davon 1 vakant)
- Institut für Phytopathologie (2 Prof.)
- Institut für Tierernährung und Stoffwechselfysiologie (2 Prof.)
- Institut für Tierzucht und Tierhaltung (3 Prof.)
- Institut für Landwirtschaftliche Verfahrenstechnik (1 Prof.)
- Institut für Wasserwirtschaft und Landschaftsökologie (1 Prof., vakant)
- Institut für Agrarökonomie (6 Prof., davon 1 vakant)
- Institut für Humanernährung und Lebensmittelkunde (3 Prof.)
- Institut für Ernährungswirtschaft und Verbrauchslehre (2 Prof., davon 1 vakant)

Im HIS Ausstattungsvergleich mit agrarwissenschaftlichen Fakultäten anderer norddeutscher Universitäten (Rostock, Hannover, Göttingen) schneidet die Kieler Fakultät bei den Kosten und Leistungen überdurchschnittlich gut ab. Die Fakultät gehört zu den drittmittelaktivsten an der Universität. Sie ist auch im Vergleich mit anderen Ag-

<sup>57</sup> Definition Studienjahr: WS 2000/2001 und SS 2001.

<sup>58</sup> Die ausgewiesenen Studierendenzahlen sind Kopfzahlen, d.h. jede Person ist beim 1. Hauptfach (entsprechend der Fakultät) ihres 1. Studienganges gezählt.

<sup>59</sup> Hinzu kommen 22 ProfessorInnen an Leibniz Instituten.

<sup>60</sup> Hinzu kommt 1 ProfessorIn am Institut für Weltwirtschaft.

rarfakultäten bei den Drittmiteleinwerbungen und ebenso bei den quantitativen Ausbildungsleistungen (AbsolventInnen je ProfessorIn, Studienzeit) gut bis sehr gut platziert.

Die WissenschaftlerInnen der Fakultät haben 2001 Drittmittel in Höhe von 5,5 Mio. Euro eingeworben. Der Drittmittelbetrag je ProfessorIn lag mit 240 000 Euro nach der Medizinischen Fakultät im Vergleich der Fakultäten an zweiter Stelle.

Die Fakultät ist/war beteiligt am SFB (seit 1998):

- „Optimierung pflanzenbaulicher Produktionssysteme im Hinblick auf Leistung und ökologische Effekte“ (1991-1999)

Die Fakultät ist/war beteiligt am Graduiertenkolleg:

- „Integrative Umweltbewertung"/Pflanzenernährung und Bodenkunde“ (1996 - 2001)

Die Fakultät ist Pilotfakultät der Universität bei der Einführung des Globalhaushalts und bei der internen Evaluation.

Die Fakultät ist die kleinste Agrarfakultät Westdeutschlands. Im WS 2002/2003 waren 1 094 Studierende<sup>61</sup> eingeschrieben. Die AnfängerInnenzahlen<sup>62</sup> sind seit Mitte der 90er Jahre Schwankungen unterworfen. 1994/95 gab es 228 AnfängerInnen, 1998/90 170. Neuerdings steigen die Zahlen wieder. Im WS 2002/2003 gab es 328 AnfängerInnen.

Besetzte Professuren C3/C4	Studiengang	AnfängerInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	AbsolventInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	Studiendauer <sup>1</sup> Ø 2001/2002 Semester	AbsolventInnen je Prof. Ø 2001/2002
21	Agrarwissenschaften (D) <sup>2</sup>	161	70	11,0	
	Ökotropologie (D) <sup>2</sup>	119,5*	51,5	12,0	
	Agrar-Ökonomie (D)	2,5	4	10,0	
Fakultät gesamt		283	125,5	—	5,98

Quelle für diese und die nachfolgenden Tabellen: Statistiken der Hochschule. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = WS 2001/2002 und nachfolgendes SS 2002. Für die Berechnungen sind die Studienjahre 2001/2002 und 2002/2003 zu Grunde gelegt worden, wobei die Angaben für 2002/2003 vorläufig sind und auf Basis des WS 2002/2003 und des SS 2002 berechnet wurden. Die Kennzahl „AbsolventInnen je ProfessorIn“ wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 in der jeweiligen Fakultät besetzten Professuren.

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Arithmetischer Mittelwert.

<sup>2</sup> Seit dem WS 2000/2001 kann das Studium nur noch mit dem Ziel Bachelor- und Master-Abschluss aufgenommen werden. Die AnfängerInnenzahl enthält auch die Master-Studierenden.

Das Studienangebot umfasst die Studiengänge Agrarwissenschaften, Ökotropologie und Agrarökonomie. In den 90er Jahren hat die Fakultät das Fachgebiet Lebensmitteltechnologie neu aufgebaut. In den Ernährungswissenschaften gibt es eine intensive Kooperation (in Lehre und Forschung) mit den Instituten der Bundesanstalt für Milchforschung Kiel, allerdings keine gemeinsamen Berufungen, da die Bundesforschungsanstalt dies bislang nicht vorsieht.

Die Studiengänge Agrarwissenschaften und Ökotropologie sind vollständig auf die Abschlüsse Bachelor und Master umgestellt und wurden 2002 akkreditiert (als erste

<sup>61</sup> Kopfzählung beim 1. Fach, Hauptfachfälle 1 107.

<sup>62</sup> Hauptfachfälle je Studienjahr.

Agrarwissenschaftliche Fakultät in Deutschland). Seit 1991 bietet das Institut für Agrarökonomie das „European-Master-Programm“ an, das gemeinsam mit Partnerhochschulen in Italien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden durchgeführt wird.

Die „Erfolgsquoten“<sup>63</sup> liegen zwischen 59 und 65 % (Examensjahrgänge 1998 - 2001).

Das Strukturkonzept der Universität sieht eine Reduktion um 25 Stellen bis zum Jahr 2009 vor (= 13,5 % des Bestands 2002 von 183 Stellen). Bis zum Jahr 2005 werden sieben Professuren altersbedingt frei.

Eine von der Fakultät eingesetzte Kommission prüft derzeit intensivere Kooperationsmöglichkeiten mit der FH Kiel (Fachbereich Landbau). Ergebnisse liegen noch nicht vor.

### Rechtswissenschaftliche Fakultät

Zum Stichtag 01.04.2002 waren in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät 18,25 Professuren (von 19 vorhandenen Stellen) besetzt. Darüber hinaus gab es 53,5 Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen. Verglichen mit anderen Fakultäten in Deutschland sieht sich die Rechtswissenschaft bei der personellen und sachlichen Ausstattung im unteren Mittelfeld.

Die Fakultät ist/war seit 1998 beteiligt an den Graduiertenkollegs:

- „Betriebswirtschaftliche Aspekte lose gekoppelter Systeme im Zeitalter elektronischer Medien“ / Wirtschafts- und Steuerrecht (1999-2002)
- „Integrative Umweltbewertung“ (1996 - 2001)

Im WS 2002/2003 waren 2 430 Studierende immatrikuliert.

Besetzte Professuren C3/C4	Studiengang	AnfängerInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	AbsolventInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	Studiendauer <sup>1</sup> Ø 2001/2002 Semester	AbsolventInnen je Prof. Ø 2001/2002
19	Jura (S)	360*	286,5	10,0	15,1

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Arithmetischer Mittelwert.

Gemeinsame Studienangebote gibt es vor allem zusammen mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen (Wiso) Fakultät. Dort kann ein Zertifikat in Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre begleitend zum Hauptfach Rechtswissenschaften erworben werden. Im Gegenzug können HörerInnen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät das Wahlfach Wirtschaftsrecht belegen. Ein vergleichbares Angebot ist mit der Technischen Fakultät hinsichtlich einer besonderen Qualifikation der Jurastudierenden in der Informatik geplant. Darüber hinaus gibt es Kooperationen mit der Medizinischen und der Philosophischen Fakultät (Politikwissenschaft).

Die „Erfolgsquoten“ liegen zwischen 67 bis 83 % (Examensjahrgänge 1998 - 2001).

Im Strukturplan der Universität ist eine Reduktion um vier Stellen vorgesehen (= 4,5 % vom Bestand 2002 mit 88 Stellen). Bis zum Jahr 2010 werden sechs Professuren altersbedingt frei. Eingespart werden soll eine Professur in Strafrecht. Zwei C4-Stellen sollen in C3 umgewandelt werden. Weitere Pläne betreffen die Bibliothek, deren sächliche Ausstattung verbessert werden und die Institutsstruktur, die reformiert werden soll.

<sup>63</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von fünf Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.

## Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Zum Stichtag 01.04.2002 hatte die Fakultät 104 Stellen für ProfessorInnen, von denen 68 besetzt waren, und 361,25 Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen. Zur Fakultät gehören folgende Institute:

### Sektion Mathematik

- Mathematisches Seminar (12 Prof., davon 1 vakant)

### Sektion Physik

- Institut für Experimentelle und Angewandte Physik (8 Prof., davon 3 vakant)
- Institut für Theoretische Physik und Astrophysik (6 Prof.)

### Sektion Chemie

- Institut für Anorganische Chemie (3 Prof.)
- Institut für Organische Chemie (3 Prof.)
- Institut für Physikalische Chemie (4 Prof.)

### Sektion Pharmazie

- Pharmazeutisches Institut (5 Prof., davon 1 vakant)

### Sektion Biologie

- Botanisches Institut und Botanischer Garten (6 Prof., davon 1 vakant)
- Institut für Allgemeine Mikrobiologie (2 Prof.)
- Zoologisches Institut und Museum (5 Prof., davon 1 vakant)
- Institut für Haustierkunde (2 Prof.)
- Institut für Polarökologie (1 Prof.)

### Sektion Geowissenschaften

- Institut für Geowissenschaften (13 Prof., davon 2 vakant)

### Sektion Geographie

- Geographisches Institut (6 Prof.)

### Gemeinsame Einrichtungen:

- Institut für Ur- und Frühgeschichte (mit der Philosophischen Fakultät) (2 Prof.)
- Ökologiezentrum (mit der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät) (2 Prof. Math.-Nat., 1 Agrar.)

### Zentrale Einrichtungen

- Leibniz-Labor für Altersbestimmung und Isotopenforschung (Betriebseinheit 1 Prof.)
- Zentrum für Biochemie und Molekularbiologie / ZBM (Betriebseinheit 1 Prof.)
- Wanderndes Museum (Betriebseinheit)

Mit der Fakultät verbundene Einrichtungen außerhalb der Hochschule, deren wissenschaftliches Personal zum Teil von der Hochschule finanziert wird:

- Institut für Meereskunde an der Universität Kiel (Angegliederte Einrichtung, Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz) (15 Prof., davon 3 vakant)
- Forschungszentrum für Marine Geowissenschaften GEOMAR (Angegliederte Einrichtung, Aufnahme in die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz beschlossen) (8 Prof., davon 1 vakant)
- Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften / IPN (Angegliederte Einrichtung) (4 Prof., davon 1 vakant)
- Max-Planck-Institut für Limnologie in Plön (Kooperationspartner)
- Forschungszentrum Borstel (Kooperationspartner)

Die WissenschaftlerInnen der Fakultät haben 2001 Drittmittel in Höhe von 12,7 Mio. Euro eingeworben. Das waren 21 % der Drittmittel der Universität (ohne SFB). Der

Drittmittelbetrag je ProfessorIn lag mit 186 500 Euro nach der Medizinischen und der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät im Vergleich der Fakultäten an dritter Stelle.

Die Fakultät ist/war beteiligt an den SFB:

- „Dynamik thermohaliner Zirkulationsschwankungen“ (1996 - 2002)
- „Endosymbiose: vom Prokaryoten zum eukaryotischen Organell“ (2000 - 2001)
- „Volatile und Fluide in Subduktionszonen: Klimarückkopplungen und Auslösemechanismen von Naturkatastrophen“ (2001 - 2003)

An der Fakultät arbeiten zwei Forschergruppen:

- „Impacts of Gateways on Ocean Circulation, Climate and Evolution“
- „Chalkogen-Misfit-Verbindungen: Präparation, strukturelle Charakterisierung, Hochdruck- und Computereperimente“

Die Graduiertenkollegs der Fakultät sind folgende:

- „Dynamik globaler Kreisläufe im System Erde“
- „Integrative Umweltbewertung“
- „Betriebswirtschaftslehre für Technologie und Innovation“
- „Natürliche Antioxidantien – Effekte in Pflanzen, Nahrungsmitteln, Tieren und Menschen“ (ab Herbst 2002 mit der Med. und Agrar. Fakultät)

Im WS 2002/2003 waren 3 774 Studierende<sup>64</sup> eingeschrieben. Mitte der 90er Jahre lag die Zahl der AnfängerInnen bei knapp 1 000 (Studienjahr 1994/95: 988). 1998/99 waren es noch 750. Neuerdings steigt diese Zahl wieder, im WS 2002/2003 wurde mit 1 217 ein neuer Höchststand erreicht.

In einigen Studiengängen liegt die BewerberInnenzahl regelmäßig höher als die der Zulassungen: Biologie: 375 Bewerbungen/144 Zulassungen, Pharmazie: 61/46, Biochemie und Molekularbiologie: 277/16, Master-Studiengang Coastal Geoscience and Engineering: 80/19 (Stand WS 2001/2002).

Besetzte Professuren C3/C4	Studiengang	AnfängerInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	AbsolventInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	Studiendauer <sup>1</sup> Ø 2001/2002 Semester	AbsolventInnen je Prof. Ø 2001/2002
68	Mathematik (D)	236,5	9	14,0	
	Mathematik (LA)		10,25 <sup>2</sup>	12,75	
	Physik (D)	129	21,5	12,25	
	Physik (LA)		4 <sup>2</sup>	13,0	
	Geophysik (D/BA)	27,5	6,5	12,0	
	Ozeanographie (D)	26,5	7	12,75	
	Meteorologie (D)	20	4,5	12,0	
	Chemie (D)	169,5	16	12,5	
	Chemie (LA)		5,25 <sup>2</sup>	14,25	

<sup>64</sup> Kopfzählung, Hauptfachfälle 4 677.

Besetzte Professuren C3/C4	Studiengang	AnfängerInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	AbsolventInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	Studiendauer <sup>1</sup> Ø 2001/2002 Semester	AbsolventInnen je Prof. Ø 2001/2002
68	Pharmazie (Staatsex.)	89,5*	83,5	9,0	
	Biologie (D)	149*	89,5	12,5	
	Biologie (LA)		15,75 <sup>2</sup>	13,0	
	Geographie (D/M)	175,5	44	14,0	
	Geographie (LA)		8 <sup>2</sup>	12,5	
	Geologie-Paläontologie (D)	28	12,5	13,25	
	Mineralogie (D)	14	4,5	15,0	
	Biochemie (D)	15*	---	---	
	Coastal Geosciences (M.Sc.)	19	---	---	
Fakultät gesamt		1 099	258,25	---	3,80

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Arithmetischer Mittelwert.

<sup>2</sup> Bei Lehramt-Abschlüssen wurden die Hauptfachfälle halbiert. Gezählt wurden nur Abschlüsse Lehramt für Gymnasium, da Abschlüsse für Real-, Grund- und Haupt- sowie Sonderschule der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät (EWF) und ihrem Personal zugeordnet sind/waren und somit nicht in die Kennzahl „AbsolventIn je Prof.“ für die anderen Fakultäten einbezogen werden können.

Gemeinsam mit der Medizinischen Fakultät wird der Studiengang Biochemie und Molekularbiologie betrieben. In den Geowissenschaften gibt es neuerdings ein gemeinsames Grundstudium. Außerdem wurde ein Master-Studiengang in „Coastal Geoscience and Engineering“ eingeführt. Das Zentrum für Biochemie und Molekularbiologie wurde als Betriebseinheit der Fakultät gegründet, an dem die Medizinische und die Agrarwissenschaftliche Fakultäten beteiligt sind.

Für den neuen Master-Studiengang „Coastal Geoscience and Engineering“ liegt eine Anmeldung zur Akkreditierung vor. 50 bis 75 % dieser Studierenden stammen aus dem Ausland. Insgesamt konnte die Fakultät den Anteil ausländischer Studierender in den zurückliegenden vier Jahren auf 6,3 % steigern (1998/99: 4,9 %).

Die „Erfolgsquoten“ liegen zwischen 41 und 50 % (Examensjahrgänge 1998 - 2001).

Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät hat in den zurückliegenden Jahren einschneidende Strukturmaßnahmen durchgeführt. Der Stellenabbau ging in der Physik und in den Geowissenschaften mit der Schließung und Zusammenlegung von Instituten einher. Der Strukturplan der Universität sieht eine Reduktion um weitere 30 Stellen vor (21 wissenschaftliche, neun nichtwissenschaftliche = 4,4 % des Bestands 2002 von 680 Stellen). Vorgesehen sind u. a. Umwandlungen von C4 in C3-Stellen (Mathematik und Physik), ein Abbau von C2-Stellen (Physik), die Auflösung des Instituts für Anthropologie, das als Humanbiologie in das Zoologische Institut eingegliedert werden soll, die Integration des Instituts für Haustierkunde in das Zoologische Institut und die Streichung von zwei C-Stellen in der Geographie.

## Medizinische Fakultät

Zur Medizinischen Fakultät siehe Kapitel C.III,1. Seite 75 ff.

## Philosophische Fakultät

Am Stichtag 01.04.2002 waren in der Philosophischen Fakultät 59 Professuren (von 71 vorhandenen Stellen) besetzt. Außerdem hatte die Fakultät 223 Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen. Zur Fakultät gehören folgende Institute:

- Philosophisches Seminar (3 Prof.)
- Institut für Psychologie (7 Prof., davon 1 vakant)
- Historisches Seminar (11 Prof.)
- Archäologisches Institut (1 Prof.)
- Kunsthistorisches Institut (4 Prof., davon 1 vakant)
- Kunsthalle
- Musikwissenschaftliches Institut (2 Prof.)
- Seminar für Europäische Ethnologie / Volkskunde (2 Prof.)
- Seminar für Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft (1 Prof.)
- Institut für Phonetik und digitale Sprachverarbeitung (1 Prof.)
- Institut für Klassische Altertumskunde (6 Prof., davon 2 vakant)
- Seminar für Orientalistik (3 Prof., davon 1 vakant)
- Germanistisches Seminar (3 Prof.)
- Institut für Neuere Deutsche Literatur und Medien (4 Prof., davon 1 vakant)
- Nordisches Institut (3 Prof.)
- Englisches Seminar (6 Prof.)
- Romanisches Seminar (4 Prof.)
- Institut für Slawistik (2 Prof.)

und gemeinsame Einrichtungen:

- Institut für Ur- und Frühgeschichte (mit Math.-Nat. Fakultät) (2 Prof.)
- Institut für Sport und Sportwissenschaften (mit Medizinischer Fakultät) (3 Prof., davon 1 vakant)
- Institut für Pädagogik (mit der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät) (7 Prof., hier von 3 der Philosophischen Fakultät zugeordnet)

Die Fakultät ist beteiligt am Graduiertenkolleg:

- „Imaginatio borealis. Perzeption, Rezeption und Konstruktion des Nordens“ (1999 - 2002)

Die Philosophische Fakultät ist mit 6 419 Studierenden<sup>65</sup> (WS 2002/2003) die größte Fakultät der Universität. Mit rund 2 000 Studierenden hat sie den größten Anteil an den insgesamt 3 050 Lehramtsstudierenden.

---

<sup>65</sup> Kopfzählung beim 1. Fach, Hauptfachfälle 9 141.

Besetzte Professuren C3/C4	Studiengang	AnfängerInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	AbsolventInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	Studiendauer <sup>1</sup> Ø 2001/2002 Semester	AbsolventInnen je Prof. Ø 2001/2002
59	Psychologie (D)	76	39	11,5	
	Magister- studiengänge	1 147	149,5	---	
	Lehramt	791,5	118,25 <sup>2</sup>	---	
Fakultät gesamt		2 014,5	306,75	---	5,20

<sup>1</sup> Arithmetischer Mittelwert.

<sup>2</sup> Bei Lehramt-Abschlüssen wurden die Hauptfachfälle halbiert. Gezählt wurden nur Abschlüsse Lehramt für Gymnasium, da Abschlüsse für Real-, Grund- und Haupt- sowie Sonderschule der EWF und ihrem Personal zugeordnet sind/waren und somit nicht in die Kennzahl „AbsolventIn je Prof.“ für die anderen Fakultäten einbezogen werden können.

Das Studienangebot umfasst ein breites Fächerspektrum mit zum Teil sehr kleinen „Orchideenfächern“. Als Landesuniversität sieht die Universität Kiel eine Verpflichtung, das weitgefächerte Angebot auch weiterhin aufrecht zu erhalten.

Die Erfolgsquoten in den Magisterstudiengängen liegen zwischen 27 und 33 % (Examensjahrgänge 1998 - 2001).

Bis zum Jahr 2010 werden 23 Professuren altersbedingt frei. Im Strukturplan der Universität ist eine Reduktion von 9,5 Stellen vorgesehen (= 3,2 % des Bestands 2002 von 295 Stellen). Die Professuren für Sinologie, Indologie und Asiatische Geschichte sollen eingespart werden. Dafür soll das Fach Islamwissenschaften gestärkt werden. Die organisatorische Binnenstruktur der Fakultät soll durch Zusammenlegung verwandter Institute und Seminare gestrafft werden.

### Technische Fakultät

Zum Stichtag hatte die Technische Fakultät 34 Stellen für ProfessorInnen, von denen 26 besetzt waren, und 115 Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen.

Die 1990 gegründete Fakultät (außer der Informatik, die bis 1994 zur Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät gehörte) ist außerhalb des Campus auf dem Ostufer der Förde in umgebauten Fabrikgebäuden untergebracht. Das ursprüngliche Konzept sah eine Ausstattung mit 25 Lehrstühlen vor (Elektrotechnik zehn, Materialwissenschaften sechs und Technische Informatik zehn. Ein Lehrstuhl wurde wie folgt definiert: 1 C4, 1 C3 sowie weitere acht Stellen für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal). Im Endausbau sollte die Technische Fakultät 1 350 flächenbezogene Studienplätze haben. Wegen des starken Rückgangs der Nachfrage nach Studienplätzen in den Ingenieurwissenschaften Mitte der 90er Jahre und der knapper werdenden Landesmittel für die Hochschulen wurden diese Planungen gekürzt. Zum Stichtag 01.04.2002 verfügte die Fakultät über 26 ProfessorInnen (Elektro- und Informationstechnik neun, Materialwissenschaften vier, Informatik zwölf, Mathematik zwei), 72 wissenschaftliche und 51 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen.

Die Fakultät ist seit 1998 an zwei DFG-Forschergruppen beteiligt:

- „Chalkogenid-Schichtstrukturen: Wachstum und Grenzflächenphänomene“
- „Wachstum und Grenzflächeneigenschaften von Sulfid- und Selenid-Schichtstrukturen“

Die Fakultät ist beteiligt an den Graduiertenkollegs:



- „Effiziente Algorithmen und Mehrskalenmethoden“
- „Integrative Umweltbewertung“

Im WS 2002/2003 waren 896 Studierende<sup>66</sup> eingeschrieben, darunter 284 AnfängerInnen. Seit 1998/99 hat sich die Zahl der AnfängerInnen nahezu verdoppelt (Studienjahr 1998/99: 164). Dies ist vor allem auf die Studiengänge Informatik und den 1999 eingeführten Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen zurückzuführen, für den die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät ein spezifisches Lehrangebot, das rund 20 % des Studiengangs ausmacht, beisteuert. Aber auch die neuen Master-Studiengänge Material Sciences (WS 2002/2003: 18 AnfängerInnen) und Digital Communications (22) sowie der Bachelor-Studiengang Informatik (17) werden nachgefragt. Der Diplom-Studiengang Informatik erfährt großen Zuspruch (WS 2002/2003: 116 AnfängerInnen), während es im parallel angebotenen Ingenieurinformatik-Studiengang lediglich 13 AnfängerInnen gab. Die Nachfrage in Elektrotechnik hat wieder zugenommen (WS 2002/2003: 32 AnfängerInnen, WS 2000/2001: 15). Auslastungsreserven gibt es in der Lehre vor allem in Materialwissenschaften und Ingenieurinformatik.

Besetzte Professuren C3/C4	Studiengang	AnfängerInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	AbsolventInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	Studiendauer <sup>1</sup> Ø 2001/2002 Semester	AbsolventInnen je Prof. Ø 2001/2002
26	Elektrotechnik (D)	37	8	12,0	
	Elektrotechnik (M.Sc.)	22,5	--	--	
	Materialwissenschaften (D)	5,5	1,5	14,0	
	Materialwissenschaften (M.Sc.)	13,5	4 (1. Jg. 2002)	4,0	
	Ingenieurinformatik (D)	14	6,5	12,5	
	Informatik (D)	151	24,5	14,0	
	Wirtschaftsingenieurwesen (D)	41	--	--	
	Multimedia-management <sup>2</sup> (M.Sc.)	19,5*	--	--	
Fakultät gesamt		304	44,5	--	1,71

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Arithmetischer Mittelwert.

<sup>2</sup> Master-Studium am Multimedia Campus Kiel in Kooperation mit der Universität Kiel, der FH Kiel und der Muthesius Hochschule (Vgl. Kapitel C.IV.11., Seite 197 f).

Die Fakultät bietet einen Ergänzungsstudiengang (Diplom) für FH-AbsolventInnen in Elektro- und Informationstechnik an. Außerdem gibt es einen Lehramtsstudiengang Informatik (Erweiterungsfach für das Lehramt an Gymnasien) sowie ein Zertifikatsprogramm Informatik für HörerInnen aller Fakultäten und für Berufstätige.

Die Erfolgsquoten liegen bei 25 bis 38 % (Examensjahrgänge 1998 - 2001).

Ein englischsprachiger Master-Studiengang „Digital Communications“ hat zum WS 2002/2003 begonnen. In Planung sind folgende neue Studienangebote: Master-Studiengänge in Informatik, Wirtschaftsinformatik, Rechtsinformatik (in Kooperation mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät), ein Bachelor-Studiengang in Materialwissenschaften, ein Bachelor-Studiengang in Elektro- und Informationstechnik, Bachelor- und Master-Studiengänge in Phonetik unter Beteiligung der Philosophischen Fakultät. Ein Teleteaching Projekt in Kooperation mit der Universität Göttingen beginnt demnächst.

Im Strukturplan der Universität ist eine Kürzung des Fakultätsbudgets um 1,4 Mio. Euro vorgesehen. (Dies entspricht ca. 30 Stellen = 17 % des Bestands 2002 von 176,5 Stellen)

### Theologische Fakultät

Zum Stichtag waren an der Theologischen Fakultät die vorhandenen zehn Professorenstellen besetzt, ferner je acht Stellen für wissenschaftliches (von 20,25 vorhandenen Stellen) und für nichtwissenschaftliches Personal.

Die Theologische Fakultät gehört zu den Gründungsfakultäten der Universität. Das Land hat sich durch den Kirchenvertrag von 1957 verpflichtet, dass „die evangelische Theologische Fakultät an der Universität Kiel ... bestehen [bleibt]“.

Die Fakultät hat fünf Institute (Alttestamentliche Wissenschaft und Biblische Archäologie, Neutestamentliche Wissenschaft und Judaistik, Institut für Kirchengeschichte und Kirchliche Archäologie, Systematische Theologie und Sozialethik, Praktische Theologie) mit jeweils zwei ProfessorInnen.

Die Studierendenzahlen der Fakultät sind in den zurückliegenden Jahren stark gesunken: WS 1987/88: 572 Hauptfachstudierende; WS 2002/2003: 246 Hauptfachstudierende (ohne Studierende Lehramt an Realschulen). Die Zahl der StudienanfängerInnen mit dem Hauptfach Evangelische Theologie lag in den zurückliegenden Jahren bei jeweils 40 – 50, mit leicht steigender Tendenz für 2001: 66 und 2002: 67. Die Aufnahmekapazität p.a. liegt bei 95 StudienanfängerInnen, d.h. die Kapazität ist zu rund zwei Dritteln ausgelastet.

Besetzte Professuren C3/C4	Studiengang	AnfängerInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	AbsolventInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	Studiendauer <sup>1</sup> Ø 2001/2002 Semester	AbsolventInnen je Prof. Ø 2001/2002
10	Theologie (K)	66,5	19,5	13,5	
	Theologie (LA)		32	13,5	
Fakultät gesamt		66,5	22,5	—	2,25

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Arithmetischer Mittelwert.

<sup>2</sup> Bei Lehramt-Abschlüssen wurden die Hauptfachfälle halbiert. Gezählt wurden nur Abschlüsse Lehramt für Gymnasium, da Abschlüsse für Real-, Grund- und Haupt- sowie Sonderschule der EWF und ihrem Personal zugeordnet sind/waren und somit nicht in die Kennzahl „AbsolventIn je Prof.“ für die Philosophische Fakultät einbezogen werden können.

Im Strukturplan der Universität ist eine Reduktion um 4,75 Stellen vorgesehen (= 16,1 % des Bestands 2002 von 29,4 Stellen). Aufgrund der unzureichenden Auslastung hat der Landesrechnungshof in seinen Bemerkungen zum Haushalt 2002 über die bisherigen Strukturplanungen der Universität hinausgehende Personaleinsparungen empfohlen. Außerdem empfahl er die kleinteilige Binnenstruktur der Fakultät zu straffen.

**Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät**

Zum Stichtag waren an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät 21 ProfessorenInnenstellen (von 23 vorhandenen) besetzt. Darüber hinaus hatte die Fakultät 71 Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen. Zur Fakultät gehören

- Institut für VWL (8 Prof., davon 1 vakant)
- Institut für Statistik und Ökonomie (2 Prof.)
- Institut für BWL (8 Prof.)
- Institut für Soziologie (2 Prof., davon 1 vakant)
- Institut für Politische Wissenschaften (4 Prof., 1 vakant, k.w. 2004)

Es besteht eine Kooperation mit dem Institut für Weltwirtschaft, der Direktor ist zugleich Inhaber einer C4-Stelle für VWL der Universität.

Die Fakultät hat ein Graduiertenkolleg:

- „Betriebswirtschaftliche Aspekte lose gekoppelter Systeme im Zeitalter elektronischer Medien“ (1999-2002)

Die Kieler WiSo-Fakultät ist eine vergleichsweise kleine Fakultät. Im WS 2002/2003 waren 2 186 Studierende immatrikuliert, davon 649 AnfängerInnen.

Besetzte Professuren C3/C4	Studiengang	AnfängerInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	AbsolventInnen <sup>1</sup> Ø 2001/2002	Studiendauer <sup>1</sup> Ø 2001/2002 Semester	AbsolventInnen je Prof. Ø 2001/2002
21	VWL (D)	264,5	31,5	12	
	BWL (D)	203,5*	97,5	11	
	Handelslehrer (D)	49,5*	18,5	11,5	
	Sozialökonomie (D)	32,5	2,5	11,75	
	Soziologie (M) <sup>2</sup>	---	15	13,5	
	Politische Wissensch. (M)	49*	21	12	
	Wirtschaft und Politik (LA)	89	3,25 <sup>3</sup>	12	
Fakultät gesamt		688	189,25	---	9,0

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Arithmetischer Mittelwert.

<sup>2</sup> Keine StudienanfängerInnen mehr seit Studienjahr 2001/2002.

<sup>3</sup> Bei Lehramt-Abschlüssen wurden die Hauptfachfälle halbiert. Gezählt wurden nur Abschlüsse Lehramt für Gymnasium, da Abschlüsse für Real-, Grund- und Haupt- sowie Sonderschule der EWF und ihrem Personal zugeordnet sind/waren und somit nicht in die Kennzahl „AbsolventIn je Prof.“ für die Philosophische Fakultät einbezogen werden können.

Seit Jahren hat sich die Nachfrage aus der VWL in die BWL verschoben. Die Fakultät liefert mit dem eigens für diesen Lehrexport eingerichteten „Studienkolleg Betriebswirtschaft“ die wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung für den von der Technischen Fakultät getragenen Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen sowie für das Nebenfach Betriebswirtschaft für NaturwissenschaftlerInnen.

Die „Erfolgsquoten“ liegen zwischen 36 und 40 % (Examensjahrgänge 1998 - 2001). Seit der Umstellung auf das ECTS-System im Jahre 2000 hat sich die durchschnittliche Studiendauer von zwölf auf zehn Semester verringert.

Laut Struktur- und Entwicklungsplan liegen die Schwerpunkte der Fakultät auf folgenden Gebieten:

- Internationale Wirtschaftsbeziehungen
- Ökonometrie und empirische Finanzwirtschaft
- Nutzen- und Entscheidungstheorie
- Regionalwissenschaft
- Innovationsmanagement
- Logistik
- Electronic commerce

Bis zum Jahr 2009 werden sieben ProfessorInnenstellen altersbedingt frei. Im Strukturplan der Universität ist eine Streichung vier Stellen für wissenschaftliches Personal und vier Stellen für nichtwissenschaftliches Personal (= 8,4 % des Bestands 2002 von 95,5 Stellen) vorgesehen. Der Studiengang Sozialökonomie soll in einen Diplomstudiengang Volkswirtschaftslehre mit einem Schwerpunkt Sozialwissenschaften überführt werden. Ferner soll der Magister-Studiengang Soziologie eingestellt werden. Dieses Fachgebiet soll neu strukturiert werden. Die Basis dafür soll ein Bachelor-Studiengang „Public administration“ bilden, auf den verschiedene Master-Studiengänge aufbauen sollen. Zum WS 2003/2004 ist für den Studiengang BWL die Einführung von Doppeldiplomstudiengängen mit Partnerhochschulen in Dänemark und Frankreich vorgesehen.

#### **Erziehungswissenschaftliche Fakultät**

Die Erziehungswissenschaftliche Fakultät wurde nach einer Fach-zu-Fach Integration am 01.10.2002 aufgelöst.

### **IV.2.2. Empfehlungen**

Die Universität Kiel hat mit der 1999 vom Senat beschlossenen „Struktur- und Entwicklungsplanung 1999 – 2005“, der das Land zugestimmt hat, einen weitreichenden internen Umstrukturierungsprozess begonnen. Aufgrund der sich verschlechternden Finanzlage des Landes musste diese Planung im Jahre 2000 modifiziert werden. Sie sieht nun eine Reduktion von 200 zusätzlichen Stellen vor, von denen 100 in einen internen Innovationspool einfließen sollen, um Neuorientierungen und neue Schwerpunkte der Hochschule zu ermöglichen.

Im Sinne eines effizienten Mitteleinsatzes und zur Gewährleistung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der Universität Kiel empfiehlt die Kommission:

#### **1. Medizinische Fakultät**

Vgl. Kapitel C.III.1., Seite 75 ff.

#### **2. LehrerInnenbildung**

In der LehrerInnenbildung sollte die mit der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ von 1997 eingeleitete Konzentration auf den Standort Flensburg konsequent und zügig umgesetzt werden. Die Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien und für das Handelslehramt sollte auch künftig ausschließlich in Kiel stattfinden. Die Ausbildung für das Lehramt an Realschulen ebenso wie die Ausbildung der SonderschullehrerInnen sollte hingegen in Flensburg konzentriert werden. Die

1997 für die Sonderpädagogik beschlossene Aufteilung auf zwei Standorte ist unbefriedigend. Sie führt zur Verlängerung des Studiums und zu hohen Drop-out-Quoten. Im Interesse einer optimierten Studienorganisation und einer besseren Leistungsbilanz empfiehlt die Kommission die Konzentration des Studiengangs Lehramt an Sonderschulen am Standort Flensburg einschließlich der Verlagerung des Instituts für Heilpädagogik (HPI) der Universität Kiel.

Der Studiengang Erziehungswissenschaften (Diplom-Pädagogik) sollte ebenfalls am Standort Flensburg konzentriert werden, da mit der Verlagerung des HPI nach Flensburg die stark nachgefragte Studienrichtung „Sonderpädagogik“ in Kiel nicht mehr angeboten werden kann.

WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen der Universität Kiel, die derzeit primär mit der Ausbildung von Studierenden für das Lehramt an Realschulen beschäftigt sind, sollten nach Flensburg versetzt werden. Dabei handelt es sich jedoch nur um wenige Stellen, da es an der Universität Kiel kein speziell für die RealschullehrerInnenausbildung eingestelltes Personal gibt. Betroffen ist u.a. das Fachgebiet Kunst, das bislang in Flensburg nicht im Studiengang Lehramt für Realschulen angeboten wird. Für das ebenfalls in Flensburg nicht angebotene Fach Chemie muss dort eine Professur eingerichtet werden. Alternativ könnte für eine Übergangszeit die Verantwortung für dieses Fach an Lehrpersonal der Universität Kiel übertragen werden. Hierfür müssten gegebenenfalls die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

### 3. Philosophische Fakultät

In der Philosophischen Fakultät ist die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen zum WS 2003/2004 vorgesehen. Die Kommission begrüßt und unterstützt diese Entwicklung. Allerdings rät sie davon ab, diese - wie von der Fakultät geplant - parallel zu den vorhandenen Magister-Studiengängen anzubieten. Dies ist unökonomisch und angesichts der ohnehin knappen Ressourcen der Fakultät nicht zu vertreten. Vielmehr sollte die Studienstruktur der Fakultät konsequent auf die neuen Abschlüsse umgestellt werden. Nach Ansicht der Kommission können die neuen Strukturen einen Beitrag dazu leisten, die unverträglich hohen Drop-out-Quoten und zum Teil außerordentlich langen Studienzeiten vor allem in den Magister-Studiengängen zu korrigieren. Die Studiendauer in den Magister-Studiengängen liegt vielfach um zwei bis drei Semester über dem bundesweiten Durchschnittswert und erreicht 14 bis 15 Semester (Median 2000). Im Interesse eines optimierten Studienverlaufs und einer besseren Leistungsbilanz in der Lehre empfiehlt die Kommission - unabhängig von der Einführung der neuen Studienstruktur - eine detaillierte Analyse der unbefriedigenden quantitativen „Leistungsdaten“, die nicht durchgängig mit Personalknappheit erklärt werden können. Aus der Analyse sollten Konsequenzen für die auf Seiten der Universität zu verantwortenden Faktoren gezogen werden. Die Fakultät sollte geeignete Maßnahmen (z.B. eine intensivere und frühzeitige Studienberatung sowie eine straffere Studienorganisation) ergreifen, um hier Abhilfe zu schaffen.

In einigen Bereichen (z. B. Islamwissenschaften) hat die Fakultät damit begonnen, ihr Studienangebot mit dem der Hamburger Universität abzustimmen. Dieser Ansatz ist viel versprechend und sollte vor allem für die „kleinen“ Fächer der Fakultät weiter verfolgt werden. Ziel muss es sein, durch Konzentration und Kooperation das Fächerspektrum insgesamt zu erhalten und es diesen Fächern zu ermöglichen, ihren Beitrag für inter- und transdisziplinäre Schwerpunkte zu leisten. Damit

sollte zugleich eine qualitative Optimierung des geisteswissenschaftlichen Studienangebots in Hamburg und Schleswig-Holstein erreicht werden können.

#### 4. Theologische Fakultät

An der Fakultät ist eine erhebliche Unterauslastung der Lehrkapazitäten festzustellen, die im Interesse anderer, hoch ausgelasteter Fächer der Universität rasch abgebaut werden sollte. Mindestens im Umfang der im Strukturplan bereits vorgesehenen fünf Stellen sollten vorerst Stellen aus der Fakultät verlagert werden. Die Kommission empfiehlt, für Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsam eine Theologische Fakultät einzurichten. Das Land sollte hierzu umgehend in Verhandlungen mit Hamburg und der Nordelbischen Kirche eintreten. Die Personalentwicklung wäre gegebenenfalls zu korrigieren, wenn die empfohlene Konzentration der Theologischen Fakultäten in Hamburg und Schleswig-Holstein wirksam werden sollte und Kiel Sitz einer fusionierten Fakultät würde.

#### 5. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Die Kommission würdigt die Forschungs- und Ausbildungsleistungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, vor allem der stark belasteten BWL. Besonders anzuerkennen sind die speziellen Ausbildungsangebote für die Studierenden anderer Fakultäten, insbesondere in den Studiengängen Wirtschaftsingenieurwesen und Wirtschaftschemie. Die Kommission schlägt eine Stärkung der BWL vor, die stark nachgefragt ist. Dies kann durch Umwidmung von VWL-Stellen und gegebenenfalls durch Aufnahme der an der Universität Flensburg durch die Einstellung der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge freiwerdenden Kapazitäten geschehen.

Im Studiengang VWL empfiehlt die Kommission eine engere Zusammenarbeit mit dem Institut für Weltwirtschaft nach dem mit Erfolg mit den übrigen Leibniz Instituten im Land praktizierten Muster, bei dem die AbteilungsleiterInnen der Leibniz Institute zugleich in der Lehre tätige ProfessorInnen an der Universität sind. Das Land sollte diese partielle Integration des Leibniz Institutes in die Universität aktiv u.a. in den Aufsichtsgremien vertreten.

Die Kommission sieht in den Wirtschaftswissenschaften der Universität und des Instituts für Weltwirtschaft ein bislang nicht ausreichend genutztes Potenzial für eine international herausragende Forschungs- und Ausbildungsstätte mit international rekrutierten Studierenden, DoktorandInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen. Ziel der Kooperation muß es sein, die Basis und die Wettbewerbsfähigkeit für größere Forschungsprojekte wie SFB und Nachwuchsförderprogramme wie Graduiertenkollegs, gemeinsame Research Schools u.ä. zu schaffen. Dazu bedarf es der ernsthaften Kooperationsbereitschaft der Fakultät und des Instituts für Weltwirtschaft.

Die Kommission unterstützt die geplante Neustrukturierung der Sozialwissenschaften mit der Zusammenführung der Institute für Soziologie und Politikwissenschaft zu einem leistungsfähigen Sozialwissenschaftlichen Institut und die damit verbundene Einrichtung eines neuen Bachelor- und Master-Studiengangs. Seine Ausrichtung auf „Public administration“ mit einem dezidiert internationalen Schwerpunkt verleiht ihm nicht nur eine Alleinstellung und damit einhergehend eine hohe Attraktivität, sie ermöglicht auch die Vernetzung mit besonderen Lehr- und Forschungseinrichtungen der Universität, wie z.B. dem „Internationalen Recht“ oder dem „Osteuropäischen Recht“. Um zu einer leistungsfähigen Einheit zu kommen, ist die Integration aller auf sozialwissenschaftliche Aspekte ausgerichteten Ar-

beitsbereiche in und an der Universität (Katastrophenforschung, Frauenforschung, Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedensforschung) notwendig. Gleichzeitig sollten die Pläne der Umwidmung einer A-Stelle aus der Philosophischen Fakultät in eine C3 Professur für Soziologie ("Methoden der empirischen Sozialforschung") zügig verfolgt werden. Die Kommission sieht in den vorerst geplanten fünf Professuren, die eine angemessene, der empirischen Ausrichtung gemäße Stellen- und Sachmittelausstattung erhalten sollten, eine erste Ausbaustufe, mit der sich bei entsprechender Ausstattung ein Lehr- und Forschungsprofil darstellen lässt, welches national und international kompetitiv arbeiten kann. Über weitere Ausbauschritte wird zu gegebener Zeit zu entscheiden sein.

## 6. Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät

Die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät hat die Empfehlungen aus der „Hochschulstrukturreform“ von 1997 umgesetzt, die dort empfohlene Stärkung der Ernährungswissenschaften eingeleitet und das Fachgebiet Lebensmitteltechnologie neu eingerichtet. Als erste Agrarfakultät Deutschlands und als erste Fakultät der Universität Kiel hat sie konsequent auf die neuen Studienstrukturen mit Bachelor- und Master-Abschlüssen umgestellt. Zugleich hat sie die Zusammenarbeit mit Fachgebieten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (speziell der Biologie), der Medizinischen Fakultät sowie mit den Instituten der Bundesanstalt für Milchforschung intensiviert. Die gemeinsam getragenen größeren Forschungsprojekte dokumentieren die Erfolge der zunehmenden Kooperation mit den Nachbardisziplinen. Die Nachfrage nach Studienplätzen ist in den zurückliegenden Jahren spürbar gestiegen.

Die Kommission begrüßt diesen Strukturwandel. Mit dem Freiwerden von Stellen sollte – soweit die Finanzlage der Universität dies zulässt – vorrangig die eingeleitete Stärkung der Ernährungswissenschaften und der Lebensmitteltechnologie fortgeführt werden. Die Fakultät wird nicht umhinkommen, zugunsten der Stärkung des bereits 1997 empfohlenen Agribusiness sowie der wissenschaftlichen Grundlagen für die agrarisch ausgerichtete Biotechnologie eine Straffung ihres Fächer- und Fachrichtungsspektrums vorzunehmen.

Die Kooperation mit der Bundesanstalt für Milchforschung sollte möglichst auf eine institutionelle Basis gestellt werden. Das Beispiel der Institute für Holzwirtschaft, deren LeiterInnen über gemeinsame Berufungen mit der Universität Hamburg verbunden sind, zeigt, dass diese bewährte Form der Zusammenarbeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen grundsätzlich auch im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft möglich ist. Das Land sollte entsprechende Verhandlungen mit dem Bundesministerium aufnehmen.

Die im Strukturplan der Universität formulierten Entwicklungsziele der Fakultät - Stärkung der Lebensmitteltechnologie, Ausbau der Ernährungswissenschaften in Richtung Gesundheitsökonomik sowie eine Beteiligung an der universitären Schwerpunktbildung im Bereich Biotechnologie, Molekularbiologie - werden von der Kommission unterstützt.

Die Kommission empfiehlt die Kooperation mit dem Fachbereich Landbau der FH Kiel zu intensivieren. Beide Fakultäten sollten ein gemeinsames, aufeinander abgestimmtes Entwicklungskonzept für ihre Fachgebiete, ihre Berufungen und ihre Lehrangebote entwickeln. Für Einzelheiten wird auf die Ausführungen in Kapitel III.3. verwiesen.

Inhaltlich übereinstimmende oder weitgehend überlappende Fächerstrukturen an Universität und Fachhochschule sollten künftig vermieden bzw. abgebaut werden. Die erforderliche Lehre sollte hier vom jeweiligen Kooperationspartner erbracht werden. In Berufungsverfahren sollten die Fakultäten den Kooperationspartner berücksichtigen. Ein Mitglied der kooperierenden Fakultät sollte jeweils Sitz und Stimme im Berufungsausschuss erhalten.

Wo immer möglich, sollten gemeinsame Forschungsprojekte entwickelt werden. Zu deren Förderung sollte die Agrarfakultät der Universität WissenschaftlerInnen der Fachhochschule die Nutzung ihrer Forschungseinrichtungen (Versuchsgüter, Großgeräte, Labors) ermöglichen.

Um der Kooperation eine neue Qualität zu geben, sollten Universität und Fachhochschule in engster Nachbarschaft auf dem Campus der Universität in Kiel untergebracht werden. Die Kommission empfiehlt daher einen Umzug des FH Fachbereichs Landbau von Österrönfeld nach Kiel, wo durch Umwidmung und Verdichtung von Räumen für den Fachbereich der FH eine adäquate räumliche Unterbringung gewährleistet werden muss. Die Kommission regt an zu prüfen, ob z. B. die bei der vorgeschlagenen Verlagerung des Heilpädagogischen Instituts nach Flensburg freiwerdenden Räume für die Unterbringung des Fachbereichs Landbau der FH Kiel genutzt werden könnten.

## 7. Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Die Geowissenschaften bilden gemeinsam mit dem Institut für Meereskunde und Geomar einen profilbildenden Schwerpunkt der Universität Kiel. Die zum 01.01.2004 geplante Fusion der beiden Forschungseinrichtungen zu einem Institut der Leibniz Gemeinschaft sollte zum Anlass genommen werden für eine umfassende Entwicklungsplanung. Die Kommission empfiehlt zu diesem Zweck eine Begutachtung unter Beteiligung internationaler WissenschaftlerInnen. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf intensivere Kooperationen und Arbeitsteilung mit den anderen norddeutschen Meeresforschungsinstituten gelegt werden.

Das Studienangebot der Fakultät ist gekennzeichnet durch die klassischen Fächer wie Mathematik, Biologie, Chemie und Physik aber auch durch einige Spezialstudiengänge. Vor allem in den Geowissenschaften ist das Angebot auch nach der seit 1997 durchgeführten Konzentration noch weit gefächert. Auffällig sind die in den „kleinen“ Studiengängen Geologie, Geophysik, Mineralogie, Meteorologie und Ozeanographie geringen Studierenden- und AbsolventInnenzahlen. Vor dem Hintergrund der im Vergleich zu anderen Fächern der Fakultät als großzügig zu bezeichnenden personellen Ausstattung (13 Professuren zuzüglich 19 weiterer ProfessorInnenstellen in den angegliederten Einrichtungen Institut für Meereskunde und Geomar, die ebenfalls zum Teil aus dem Haushalt der Universität finanziert werden) sieht die Kommission die quantitative „Leistungsbilanz“ in der Lehre kritisch. Angesichts der in den anderen Fakultäten vielfach sehr viel knapperen Ausstattung und hoher Überlast, empfiehlt sie eine straffere, ressourcenschonendere Studienorganisation und eine Reduktion des Personals. Darüber hinaus sollte eine Evaluation der Lehre durchgeführt werden.

Die Nachfrage nach dem gemeinsam mit der Medizinischen Fakultät neu geschaffenen, zukunftssträchtigen Studiengang Biochemie und Molekularbiologie liegt deutlich über der auf 15 AnfängerInnenplätze beschränkten Aufnahmekapazität. Die Kommission empfiehlt eine deutliche Erweiterung der Kapazität. Sie sieht eine Möglichkeit dazu durch die Umsetzung der Empfehlungen zur Humanmedizin. (Vgl. Kapitel C.III.1., Seite 75 ff)



Die personelle Ausstattung in den Fächern Biologie, Chemie und Physik liegt im Vergleich zu naturwissenschaftlichen Fakultäten an mittelgroßen deutschen Universitäten am unteren Ende. Diese Fächer sind bereits jetzt kaum noch „SFB-fähig“, eine weitere Kapazitätsreduktion ist daher aus Sicht der Kommission nicht zu vertreten.

Als Folge der empfohlenen Verlagerung des Studiengangs Lehramt für Realschulen an die Universität Flensburg werden in einem momentan noch nicht abschätzbaren Umfang Ressourcen in den Fächern Mathematik, Biologie und Geographie, in kleinerem Umfang auch in Chemie und Physik frei. Soweit diese Ressourcen nicht nach Flensburg zu verlagern sind, stehen sie für Verstärkungen z. B. der Biochemie und Molekularbiologie, der Politik- und Sozialwissenschaften oder anderer prioritärer Fächer der Universität zur Verfügung.

Die Studienzeiten der AbsolventInnen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät erreichen in vielen Studiengängen sechs Jahre, zum Teil gehen sie darüber hinaus (Mathematik 14,5 Semester, Chemie 13, Geowissenschaften 12,4, Geographie 12,5. Medianwert AbsolventInnenjahrgang 2000, Angaben laut Statistik der Universität Kiel). Die Fakultät sollte diese quantitativen „Leistungsdaten“ ebenso wie die vielfach nur 30 – 40 % betragenden „Erfolgsquoten“ zum Anlass nehmen, Studienorganisation und Studieninhalte zu analysieren und eine Neustrukturierung des Studienangebotes nach dem Bachelor- und Master-Modell ins Auge fassen. Dabei sind Doppelstrukturen mit parallelen Diplom-Abschlüssen zu vermeiden.

Als Beispiel, wie eine Verbesserung der Leistungsbilanz in der Lehre erreicht werden kann, könnte die Neuorganisation im Studiengang Chemie dienen. Seit Einführung einer neuen Prüfungsordnung und bei gleichzeitiger Neuorganisation des Studiums ist die mittlere Studiendauer spürbar gesunken. In einem von der Gesellschaft Deutscher Chemiker für das Jahr 2001 veröffentlichten Vergleich aller Diplom-Studiengänge Chemie in Deutschland belegt die Universität Kiel unter den etwa 60 ausgewerteten Hochschulen mit einer mittleren Studiendauer von 10,4 Semestern den sechsten Platz.

## 8. Biowissenschaften

Zum oben im Kapitel C.III.6. (Vgl. Seite 102 f) empfohlenen biowissenschaftlichen Schwerpunkt wird der Universität Kiel empfohlen, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das die angeführten Disziplinen einbezieht. Dieses Konzept sollte einer externen Begutachtung unterworfen und nach Maßgabe der Begutachtung und in Abstimmung mit dem Hochschulrat mit zusätzlichem Personal und Sachmitteln umgesetzt werden.

## 9. Technische Fakultät

Die ursprünglichen Pläne des Landes zum Auf- und Ausbau der Technischen Fakultät sind aufgrund des starken Rückgangs der Nachfrage nach ingenieurwissenschaftlichen Studienplätzen Mitte der 90er Jahre und knapper werdender Finanzmittel des Landes mehrfach revidiert worden. Die aktuelle Ausstattung liegt deutlich unter den 1991 formulierten Zielen.

Der abgelegene Standort für Elektrotechnik und Materialwissenschaften am Ostufer der Förde hat sich nachteilig auf die Nachfrage nach Studienplätzen ausgewirkt. Ebenso wenig förderlich ist die Tatsache, dass die zur Fakultät gehörende Informatik auf mehrere Gebäude auf dem Campus und im Stadtgebiet verteilt ist. Dies ist weder für Studierende noch für WissenschaftlerInnen attraktiv.

Das von Beginn an verfolgte Konzept eines weitgehend gemeinsamen Grundstudiums für die Studiengänge Elektrotechnik und Materialwissenschaften hat nicht zu der erwarteten Nachfrage nach Studienplätzen geführt. Der Diplom-Studiengang Materialwissenschaften, dessen fachliche Ansätze interessant und in der deutschen Studienlandschaft nicht eben häufig sind, hat nicht die erhoffte Akzeptanz bei Studierenden gefunden.

Die Forschungsintensität der Kieler Materialwissenschaften ist dagegen, sowohl in der Grundlagenforschung als auch in der angewandten Forschung beachtlich. Die Aktivitäten im Technologietransfer sind bemerkenswert. Die Drittmittelbilanz der Fakultät und insbesondere der Materialwissenschaften fällt dadurch positiv aus.

Der 1999 eingeführte Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen, der überwiegend ingenieurwissenschaftlich (Elektrotechnik und Informationstechnik) ausgerichtet ist und gemeinsam mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät durchgeführt wird, wird gut nachgefragt und hat zu einer deutlich besseren Auslastung der Technischen Fakultät geführt.

Als Reaktion auf die seit 2001 massive Unterauslastung hat die Fakultät zwei englischsprachige Master-Studiengänge (Material Sciences und Digital Communications) sowie einen Bachelor-Studiengang für Informatik eingeführt und auch damit die Nachfrage nach Studienplätzen steigern können, so dass die Aufnahmekapazitäten heute rein rechnerisch weitgehend ausgelastet sind.

Die Kommission hat ausführlich über die Zukunft der Technischen Fakultät beraten und dabei folgende Aspekte berücksichtigt:

Der dramatische bundesweite Einbruch der Nachfrage nach Studienplätzen in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen hat die Entwicklung der gerade gegründeten Technischen Fakultät nachhaltig beeinträchtigt. Hinzu kam die sich verschlechternde Finanzlage des Landes, die dazu führte, dass die ursprünglichen Pläne zum Ausbau nicht realisiert werden konnten. Die Fakultät hat auch deswegen keine überregionale Attraktivität für Studierende gewinnen können, weil es auch an anderen Technischen Fakultäten freie Kapazitäten gab und das Kieler Angebot zwar qualitativ hochwertig, jedoch fachlich eng begrenzt blieb.

Ins Gewicht fällt auch, dass in der Region die in den 80er Jahren vorhandene elektrotechnische Industrie in großem Umfang weggebrochen ist und sich größere neue elektrotechnische Betriebe hier nicht ansiedelten. Dadurch ist das ohnehin in Schleswig-Holstein für eine technische Fakultät nur unterdurchschnittlich vorhandene industrielle Umfeld noch schwächer geworden. Vielen der in der Technischen Fakultät arbeitenden WissenschaftlerInnen fehlen im Lande die industriellen PartnerInnen für Kooperationen und Projekte.

Zu denken geben schließlich die bislang gering ausgeprägten Kooperationen mit fachlich benachbarten Naturwissenschaften wie beispielsweise der Physik oder der Chemie. Dies dürfte auch auf den abgelegenen Standort der Fakultät am Ostufer der Förde zurückzuführen sein.

Im Sinne eines koordinierten norddeutschen Konzepts hat die Kommission erwo-gen, den Studiengang Elektrotechnik nach Hamburg-Harburg zu verlagern und den Studiengang Materialwissenschaften in die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät zu integrieren. Sie sieht jedoch negative Signalwirkungen, die eine solche Entscheidung auf die Wirtschaft des Landes und auf die Ausrichtung der Universität haben würde, die sich in den 90er Jahren stärker als zuvor für die

Anliegen der Wirtschaft des Landes geöffnet hat und sich neben der Grundlagenforschung auch um angewandte Projekte bemüht. Zudem würde damit dem sich überzeugend entwickelnden Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen die fachliche Basis entzogen werden.

Ausgehend von den mit der Gründung der Technischen Fakultät verfolgten Absichten des Landes, die größte Universität des Landes stärker auf Anwendungen und auf Interessen der Wirtschaft des Landes auszurichten, empfiehlt die Kommission an der Technischen Fakultät festzuhalten und ihr die Chance einer z. T. notwendigen Neuausrichtung zu geben.

Sie weist mit Nachdruck darauf hin, dass diese Empfehlung verbunden ist mit der Forderung nach einem Neubau für die Fakultät auf dem Campus oder in der Nähe der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät sowie einer inhaltlichen Weiterentwicklung der Studiengänge. Eine Überprüfung der fachlichen Ausrichtung der Studiengänge Elektrotechnik und Informatik wird empfohlen. Die Fakultät sollte ein Entwicklungskonzept erarbeiten, das die nachfolgend genannten Anregungen aufgreift:

Der Studiengang Ingenieur-Informatik (Diplom), der bislang keine ausreichende Akzeptanz bei Studierenden gefunden hat, sollte eingestellt werden. Der Diplom-Studiengang Informatik sollte stärker auf Informatik-Anwendungen ausgerichtet werden (Bio-Informatik, Wirtschafts-Informatik). Die Kapazitäten der Kerninformatik sollten verringert und zum Ausbau der anwendungsorientierten Informatik genutzt werden.

Der grundständige Diplom-Studiengang Materialwissenschaften, für den es an einer ausreichenden Nachfrage fehlt, sollte eingestellt werden. Der Master-Studiengang „Material Sciences“ sollte weitergeführt werden. Die Kommission empfiehlt, mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät eine Lösung zu finden, die Hauptfachstudierenden der Chemie und Physik den Einstieg in das Master-Studium der Materialwissenschaften nach dem Bachelor ermöglicht. Soweit in beiden Fächern das Studienangebot als Diplomstudiengang organisiert ist, sollte der Einstieg entweder nach dem Vordiplom oder im Verlauf des Hauptstudiums erlaubt sein. Bislang ist dies erst nach Abschluss des entsprechenden Diplom-Studiengangs möglich. Aufgrund der dadurch entstehenden langen Studienzeiten ist der Master-Studiengang z. Z. für deutsche Studierende nicht attraktiv.

Für den Studiengang Elektrotechnik sollte u. a. geprüft werden, wie dieser in Hinblick auf die Entwicklung der Wirtschaft insbesondere in Norddeutschland und auch in Ausrichtung auf die Potenziale der TU Harburg bei gegebener Ausstattung ein attraktives Profil finden kann, das zu einer nachhaltig befriedigenden Auslastung führt.

Die Kommission regt an, die vorhandenen Kooperationsbeziehungen mit der TU Hamburg-Harburg sowie der GKSS auf den Gebieten der Elektrotechnik und Materialwissenschaften auszubauen und ggf. auch auf weitere potente Partner in Norddeutschland wie z. B. die Materialwissenschaften in Braunschweig (TU und Fraunhofer Institut für Schicht- und Oberflächentechnik) zu erweitern, um in einer neuen Qualität von Kooperation in einem norddeutschen Netzwerk die Wettbewerbsposition der Ingenieurwissenschaften für FuE und Dienstleistungen zu stärken. Denkbar wären auch gemeinsame Angebote für Studierende und Doktoranden, z. B. ortsübergreifende Graduiertenkollegs u. ä.

## IV.3. Universität zu Lübeck

### IV.3.1. Ausgangslage

Die Universität zu Lübeck, die bis Mai 2002 Medizinische Universität hieß, ist seit 1973 eine selbstständige Hochschule. Sie ist hervorgegangen aus der 1964 in Lübeck gegründeten II. Medizinischen Fakultät der Universität Kiel. Ursprünglich konzentrierte sich das Studienangebot auf Medizin. Seit Beginn der 90er Jahre wurde eine Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät aufgebaut, die zunächst nur den Studiengang Informatik mit Ausrichtung auf Medizinische Informatik anbot. Im WS 2001/2002 kam als zweiter Studiengang Molekulare Biotechnologie (Bachelor-Abschluss) hinzu, zum WS 2002/2003 der Bachelor-Studiengang Computational Life Science.

Die Universität kooperiert auf mehreren Gebieten mit der FH Lübeck (FHL). Die Hochschulen verfügen über eine gemeinsame Hochschulbibliothek sowie eine gemeinsame Mensa. HochschullehrerInnen der Universität sind beteiligt am Studiengang Medizintechnik der Fachhochschule (ehemals Technisches Gesundheitswesen) und beide Hochschulen zusammen bieten seit WS 2002/2003 einen neuen Master-Studiengang Medical Technology an. Außerdem kooperieren die Lübecker Hochschulen in der Beratung und Unterstützung von Studierenden, AbsolventInnen und WissenschaftlerInnen, die sich mit einem Unternehmen selbstständig machen wollen.

### Das Personal

Die Universität Lübeck hatte zum Stichtag 01.04.2002 einen Personalbestand von 987 Personen. In diesen Angaben ist das wissenschaftliche Personal im Klinikum enthalten. Darunter waren 76 ProfessorInnen (davon 3 weiblich), 735 wissenschaftliche MitarbeiterInnen (Dauer- und Zeitstellen, davon 231 mit Frauen besetzt) sowie 176 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (114). Neun Professuren (0) und sieben weitere Stellen (4) wurden aus Sonderprogrammen finanziert. Zum Stichtag 01.04.2002 waren in der Universität 57 von 1 044 im Stellenplan vorhandenen Stellen nicht besetzt. (Stellenangabe inkl. Stellen für ÄrztInnen im Klinikum.)

Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt<sup>67</sup>:

Fakultät	ProfessorInnen	sonstiges wissenschaftl. Personal	nichtwissenschaftliches Personal
Medizinische Fakultät	53 (2 aus Sonderprogr.)	651 (ÄrztInnen, WissenschaftlerInnen)	
Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	23 (7 aus Sonderprogr., in der Berufung)	84 (6 aus Sonderprogr.)	111 (1 aus Sonderprogr.)
Universitätszentrale / Verwaltung			65
Personal Univ. gesamt davon weiblich	76 3	735 231	176 114

Die Hochschule hat eine flexible Zwölf-Monatssperre bei Vakanzen. Bis zum Jahr 2010 werden 23 Professuren sowie 27 Dauerstellen für weiteres wissenschaftliches Personal altersbedingt frei.

---

<sup>67</sup> Angaben einschließlich Personal der Medizinischen Fakultät, das zum Teil dem Universitätsklinikum zuzurechnen ist und aus dessen Haushalt finanziert wird.

Die Medizinische Fakultät hat zur Förderung und Steuerung von Forschungsaktivitäten einen Stellenpool von elf C3-Stellen geschaffen. Die Stellen sind besetzt. Bei Vakanzen werden die Stellen je zur Hälfte strukturbildend und kompetitiv vergeben.

### **Das Budget**

Im Jahr 2002 erhielt die Universität Lübeck einen Landeszuschuss in Höhe von 18,9 Mio. Euro. Die Hochschule (ohne Universitätsklinikum) verfügte 2001 über Drittmittel in Höhe von 3,4 Mio. Euro. Gemessen am Landeszuschuss sind dies 17,6 %. Die Mittel kamen vom Bund: 868 000 Euro, der Wirtschaft: 756 000, der DFG: 700 000 und der EU: 634 000. Hinzu kamen Einnahmen in Höhe von 140 000 Euro. Das Universitätsklinikum hat für das Jahr 2001 insgesamt 12,4 Mio. Euro eingeworben.

### **StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen**

Die Gesamtzahl der Studierenden (inkl. DoktorandInnen) hat sich seit 1990 kontinuierlich von 1 364 auf 2 335 (davon 1 261 weiblich) im WS 2002/2003 erhöht. Die Zahl der AnfängerInnen hat sich von 368 im Studienjahr 2001<sup>68</sup> auf 504 in 2002 entwickelt. Im WS 2002/2003 haben 429 (davon 230 weiblich) ein Studium begonnen. Die Zahl der AbsolventInnen ist seit 1990 ebenfalls stetig gestiegen (1990: 113; 2002: 215, darunter 116 weiblich).

Über das Fernstudienzentrum der Universität Lübeck waren an der FernUniversität Hagen zum WS 2001/2002 576 Studierende eingeschrieben.

Die Aufnahmekapazität im Studiengang Humanmedizin soll bis zum Jahr 2005 von 215 auf 173 AnfängerInnenplätze reduziert werden. Im WS 2001/2002 wurde sie in einem ersten Schritt auf 183, im WS 2002/2003 weiter auf 181 gesenkt. Parallel dazu sollen die Kapazitäten im Studiengang Molekulare Biotechnologie ausgebaut werden.

### **Medizinische Fakultät**

Zur Medizinischen Fakultät siehe Kapitel C.III.1., Seite 75 ff.

### **Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren an der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (TNF) 23 Professuren (von 30 vorhandenen Stellen) besetzt.

Folgende Institute gehören zur Fakultät:

Naturwissenschaften (7 Prof.)

- Biochemie (1 Prof.)
- Biologie (1 Prof.)
- Chemie (1 Prof.)
- Medizinische Molekularbiologie (1 Prof.)
- Medizin- und Wissenschaftsgeschichte (2 Prof.)
- Physik (1 Prof.)

Informatik (19 Prof.)

- Informationssysteme (1 Prof.)
- Mathematik (3 Prof.)
- Medientechnik und Medienproduktion (1 Prof.)
- Medizinische Informatik (1 Prof.)

---

<sup>68</sup> Definition Studienjahr: Bsp. 2002 = WS 2001/2002 und nachfolgendes SS 2002.

- Medizinische Mess- und Automatisierungssysteme (Medizintechnik) (2 Prof.)
- Multimediale und Interaktive Systeme (1 Prof.)
- Neuro- und Bioinformatik (1 Prof.)
- Robotik und Kognitive Systeme (1 Prof.)
- Signalverarbeitung und Prozessrechentechnik (1 Prof.)
- Softwaretechnik und Programmiersprachen (1 Prof.)
- Technische Informatik (2 Prof.)
- Telematik (2 Prof.)
- Theoretische Informatik (2 Prof.)

Drei der ursprünglich geplanten Institute sind zurzeit noch unbesetzt.

Die Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät ist am SFB „Molekulare Mechanismen entzündlicher und degenerativer Prozesse“ beteiligt. Darüber hinaus beteiligt sich die Fakultät am SFB „Glycostrukturen in Biosystemen – Darstellung und Wirkung“ (1996 – 2002). Außerdem ist die Fakultät beteiligt an den Graduiertenkollegs

- „Strukturen und Mediatoren der Zellinteraktion“ (1997 – 2002)
- „Glykokonjugate: Darstellung, Analyse, Struktur und Funktion“ (2002 – 2004)
- Am Graduiertenkolleg „Effiziente Algorithmen und Mehrskalmethoden“ (1998 – 2005) der Universität Kiel ist die Fakultät mit einem Projekt beteiligt.

Die Lübecker Informatik hat im WS 1993/94 mit 30 Studierenden angefangen. Im WS 2002/2003 waren 728 Studierende (256 weiblich) an der TNF eingeschrieben, 436 Studierende in Informatik, 242 in Molekulare Biotechnologie sowie rund 50 in drei neu angebotenen Studiengängen.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		Uni Lübeck		D	
	(dav. weibl.)			(dav. weibl.)				1999	2000	2001	1998
Informatik (Diplom)	116	93	75 (19)	12	19	24 (4)		--	12,3	12,0	13,0
Informatik (BA)	35	18	29 (8)	--	--	--		--	--	--	--
Molekulare Biotechnologie (BA)	--	203	83 (51)	--	--	--		--	--	--	--
Computational Life Science (BA, seit WS 02)	--	--	23 (15)	--	--	--		--	--	--	--
Digital Media (MA) durch ISNM seit WS 02	--	--	11 (4)	--	--	--		--	--	--	--
Medical Technology (M.Sc.) seit WS 02/03 <sup>1</sup>	--	--	22 (1)	--	--	--		--	--	--	--
Fakultät gesamt	151	314	237 (98)	12	19	24 (4)	0,93	--	--	--	--

Quelle: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl "AbsolventInnen je ProfessorIn" wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 in der Fakultät besetzten Professuren. Median Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = WS 2001/2002 und nachfolgendes SS 2002.

\*Aufnahmekapazität wirksam durch NC b eschränkt (im WS 2002/2003 auf 80 Plätze).

<sup>1</sup> Studiengang wird gemeinsam mit der benachbarten FH betrieben.

Der Studiengang Informatik nach dem so genannten Lübecker Modell (Kerninformatik mit den Fächern Praktische, Technische und Theoretische Informatik sowie den Nebenfächern Medizininformatik, Bioinformatik, Biomathematik, Elektrotechnik und Medieninformatik) rekrutiert Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet. Die „Er-

folgsquoten“ in Informatik liegen zwischen 17 und 24 % (Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Die Universität beteiligt sich seit WS 2000/2001 am grundständigen Studiengang Informatik der FernUniversität Hagen durch das Fernstudienangebot für das Nebenfach Medizinische Informatik. Zum WS 2001/2002 waren dort 576 Studierende eingeschrieben.

Zum Ende des SS 2001 wurde der Zusatzstudiengang Zellbiologie eingestellt. Die freiwerdenden Ressourcen werden für den Aufbau des neuen grundständigen Studiengangs Molekulare Biotechnologie genutzt.

Zum WS 2002/2003 hat die Hochschule ihr Studienangebot erweitert um die Studiengänge:

- Medical Technology (Master), gemeinsam mit der FH Lübeck. Der Studiengang soll englischsprachig angeboten werden und wird vom DAAD gefördert.
- Computational Life Science (Bachelor/Master).
- Digital Media (Master), angeboten an der International School of New Media (ISNM), einer privatwirtschaftlich finanzierten Weiterbildungseinrichtung, die den Status eines An-Institutes der Universität hat. Der Studiengang wird in Kooperation mit der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität durchgeführt. Das Studienangebot für diesen postgradualen Weiterbildungsstudiengang soll über Studiengebühren finanziert werden. (Vgl. Kapitel C.IV.11, Seite 197 f)

Der Personalbedarf für Computational Life Science und Medical Technology soll durch Umwidmungen von Personal und Stellen gedeckt werden, die bislang für den Studiengang Humanmedizin eingesetzt werden. Als Folge der dort bis zum Jahre 2005 sukzessive geplanten Reduktion der Aufnahmekapazitäten um 25 % werden Kapazitäten in den naturwissenschaftlichen Fächern im selben Umfang frei, die für die neuen Angebote genutzt werden sollen.

Der Bachelor-Studiengang Informatik wurde Anfang 2002 von der ASI akkreditiert. Für den Studiengang Molekulare Biotechnologie ist die Akkreditierung im Frühjahr 2003 vorgesehen.

Mittelfristig ist die Einführung eines Studiengangs Gesundheitsökonomie (Betriebswirtschaftslehre im Gesundheitswesen) geplant. Nach Einrichtung von zwei Gründungsprofessuren (BWL und Wirtschaftsinformatik) soll ein Konzept erstellt werden. In diesem Studiengang ist eine Kooperation mit der geplanten BWL an der FH Lübeck vorgesehen.

### **IV.3.2. Empfehlungen zur Medizinischen Fakultät**

Siehe Kapitel C.III.1., Seite 75 ff.

### **IV.3.3. Empfehlungen zur Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät**

Das Land hat die Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, die im Herbst 1993 den Studienbetrieb im Studiengang Informatik aufgenommen hat, kontinuierlich auf bislang 200 Stellen (davon 30 Professuren) ausgebaut. Dabei gerieten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, der eine Konzentration auf die Medizinische Informatik, eine Begrenzung der Personalkapazitäten für Informatik und Medizintechnik auf 13 – 14 Professuren und einen Ausbau der Medizintechnik an der FH Lübeck empfohlen hatte, etwas in den Hintergrund.

Nach den bislang geltenden Plänen des Landes sind für Informatik und Medizintechnik 19 Professuren (zwölf C4 und sieben C3) vorgesehen. Dieses Ausbauziel hat die Fakultät zu knapp 80 % erreicht.

Die Kommission hat den Stand des Ausbaus der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und die vorgelegten Entwicklungspläne, die von einer signifikanten Erweiterung der Ressourcenbasis ausgehen, eingehend erörtert. Sie empfiehlt der Fakultät eine kritische Analyse ihrer in der Lehre zum Teil nicht zufriedenstellenden quantitativen Leistungskennziffern, eine realistische Einschätzung des künftigen Landeszuschusses, der nach Prioritäten verlangt, und eine Rückbesinnung auf das Gründungskonzept, das mit der Medizininformatik als Kern der Fakultät einen profilbildenden, nicht alltäglichen Studiengang vorsah.

## 1. Informatik

In der Informatik können die niedrigen Erfolgsquoten, die bei Berücksichtigung der tatsächlichen Studiendauer von zwölf Semestern in einer Größenordnung von nur 30 % liegen, in keiner Weise befriedigen. Auch die Studiendauer ist hoch; zumal bislang erst schwach besetzte Jahrgänge Examen gemacht haben, so dass erwartet werden dürfte, dass der Mittelwert der Studiendauer unterhalb des Durchschnitts bleibt. Für die Kommission ist nicht erkennbar geworden, inwieweit der ungewöhnlich hohe „Drop-Out“ auf Organisationsmängel, unangemessene Leistungsanforderungen und/oder einen erheblichen Anteil von Studierenden schließen lässt, die das Informatik-Studium in Lübeck beginnen, nach einigen Semestern jedoch an anderen Hochschulen fortsetzen. Die Kommission empfiehlt die in jüngster Zeit von der Fakultät eingeleiteten Maßnahmen (Vorkurs Mathematik, Mentorenprogramm für Studierende, Reduktion des Mathematikanteils bzw. Verlagerung in höhere Semester) konsequent weiter zu führen.

Die Kommission empfiehlt der Fakultät nach Einführung des Bachelor-Studiengangs, die 2001 erfolgte, den nächsten Schritt zu gehen und einen auf Medizininformatik ausgerichteten Master-Abschluss anzubieten. Da eine vergleichsweise kleine Fakultät mit begrenzten Ressourcen schwerlich zwei auch inhaltlich unterschiedliche Studiengangskonzepte verfolgen kann und ein integrierter Bachelor-Studiengang absehbar nicht mehr akkreditiert werden wird, sollte der Diplomstudiengang nicht weitergeführt werden. Die Kommission sieht das Spektrum der angebotenen Vertiefungsrichtungen Bioinformatik, Biomathematik, Medizinische Informatik, Medieninformatik und Elektrotechnik mit Skepsis. Bei den geringen Studierendenzahlen im Hauptstudium führt dies zu einem unökonomischen Mitteleinsatz.

Die Kommission hat sich nicht davon überzeugen können, dass die seinerzeit im Entwicklungskonzept im Vordergrund stehende Medizininformatik heute noch ein ausreichend prägendes und profillbestimmendes Gewicht hat. Im Zuge der empfohlenen Neuorganisation des Informatikstudiums mit Bachelor- und Master-Abschlüssen sollte die Medizinische Informatik ein größeres Gewicht erhalten. Die Kommission ist davon überzeugt, dass dieses Konzept nach wie vor zukunftsorientiert ist, was auch dadurch belegt wird, dass Medizininformatik an einigen Hochschulen im Ausland (z.B. der UMIT in Innsbruck) neu aufgebaut wird.

Mit der Medieninformatik bietet die Fakultät eine bei Studierenden attraktive Vertiefungsrichtung an. Diese Orientierung am Markt ist nachvollziehbar. Soweit die Medieninformatik Anwendungen im Medizin- und medizintechnischen Betrieb aufgreift, passt sie auch in das Profil der Informatik am Standort Lübeck. Kritisch sieht die Kommission dagegen Bezüge zur Medien- und Kulturwirtschaft. Hier hat



der Standort Lübeck, der in unmittelbarer Nachbarschaft zum Medienstandort Hamburg liegt, weder in der Wirtschaftsstruktur noch im Fächerangebot der Universität noch der Fachhochschule Standortargumente. Die Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät sollte daher keine Ressourcen einsetzen, um im Wettbewerb mit potenten Medienstandorten ein Forschungs- und Ausbildungspotenzial aufzubauen. Die Kommission empfiehlt diese Vertiefungsrichtung auf medizinische und medizintechnische Anwendungen auszurichten.

Die Kommission geht davon aus, dass die Fakultät sehr viel nachhaltiger als bisher die profilbildende Medizinorientierung der Informatik ausbauen und betonen sollte. Sie sieht ein weites Spektrum der Wechselwirkungen von Informatik und Medizin u.a. im Bereich der Neuronalen Netze, der Programmierung/ Software Engineering, der künstlichen Intelligenz, der Bildverarbeitung und -verteilung, der Datensicherheit, der Simulation und der Dokumentation. Sie hält es für notwendig, dass die Fakultät, umgehend ein auf die Medizin bezogenes Entwicklungskonzept für die Informatik vorlegt, welches der Begutachtung unterworfen wird und Grundlage für ins Gewicht fallende Drittmittelinwerbung sein sollte.

## **2. Medizintechnik**

Die Kommission begrüßt die Initiative von Universität und Fachhochschule, in der Medizintechnik gemeinsame Studiengänge zu entwickeln und durchzuführen. Der neue Master-Studiengang Medical Technology passt zum Profil des Standortes Lübeck. Die Erfahrungen, die hierbei gemacht werden, können als Basis für weitere gemeinsame Studienangebote der Lübecker Hochschulen dienen. Die Kommission empfiehlt unter Bezug auf die Ausführungen in Kapitel C.III.6. (Seite 103), dass in Lübeck vorhandene wissenschaftliche Potenzial in der Medizintechnik auszubauen. Universität, Fachhochschule und das mit der Universität verbundene Medizinische Laserzentrum GmbH sollten hierzu ein gemeinsames Entwicklungskonzept vorlegen. Die Kommission empfiehlt dem Land, dieses Konzept begutachten zu lassen und in Abstimmung mit dem Hochschulrat im Interesse der Stärkung der einschlägigen Wirtschaft die Forschungsbasis für die Medizintechnik auszubauen und die bestehenden Einheiten „SFB“-fähig zu machen. Entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates sollte die Verantwortung für die apparatetechnischen Aspekte der Medizintechnik bei der Fachhochschule angesiedelt bleiben.

## **3. Computational Life Science**

Der Bachelor-Studiengang Computational Life Science fügt sich in das Lübecker Hochschulprofil ein. Angesichts der knappen Ressourcen kann ein weiterer Ausbau und die Einführung eines konsekutiven Master-Studiengangs jedoch keine Priorität beanspruchen.

## **4. Molekulare Biotechnologie**

Die Fakultät sollte das neue, stark nachgefragte Angebot in Biotechnologie zunächst personell und inhaltlich konsolidieren, gegebenenfalls auch die Aufnahmekapazität reduzieren. Die Kommission empfiehlt zum jetzigen Zeitpunkt von der Einführung eines Master-Angebotes noch abzusehen, weil hierfür die Personalressourcen nicht ausreichen. Die Kommission sieht in der Vorstellung, Studierende in Forschungsgruppen „mitlaufen“ zu lassen, kein überzeugendes Ausbildungskonzept für einen wissenschaftlich kompetitiven Master-Studiengang. Längerfristig ist dieser jedoch sinnvoll, um das Ziel zu verwirklichen, wissenschaftlichen Nachwuchs für die medizinische Forschung auszubilden. Hierin liegt das Motiv für das Enga-

gement der Medizinischen Fakultät und des Forschungszentrums Borstel. Bei der quantitativen Planung für den Master-Studiengang sollte eine im Vergleich zur Zahl der AbsolventInnen des Bachelor-Studiengangs deutlich geringere Eingangsgröße festgelegt werden. Die Fakultät muss darauf Bedacht nehmen, dass der Bachelor ein erster berufsqualifizierender Abschluss ist, d.h. sie muss auch für den Bachelor-Studiengang sicherstellen, dass ihren AbsolventInnen Berufsperspektiven eröffnet werden und es nicht zu einem quasi Automatismus kommt, dass (nahezu) alle Bachelor-AbsolventInnen das Studium bis zum Master fortsetzen.

Die Kommission regt an, den Begriff „Technologie“ in der Studiengangsbezeichnung zu überdenken und mit einer veränderten Bezeichnung den Unterschied zu technisch orientierten Studiengängen der Bioverfahrenstechnik und der Biotechnologie sichtbar zu machen.

## **5. Organisation der Fakultät**

Die kleinteilige Organisation der Fakultät in kleine, um eine/n LehrstuhlinhaberIn zentrierte Institute ist nicht länger zeitgemäß. Die Kommission empfiehlt eine straffere und ressourcenschonendere Struktur mit einigen wenigen größeren Instituten/Departments.

## **6. Entwicklungsplanung**

Die Kommission empfiehlt der Universität eine Konzentration ihres Angebotes auf Medizin und medizin-affine Fächer und Studiengänge. Für eine Ausweitung in weitere Fachgebiete und Studiengänge wie Medienwissenschaften, Medieninformatik oder auch Gesundheitsökonomie sind keine finanziellen Ressourcen vorhanden, um diese auf universitärem Niveau aufzubauen. Die Universität sollte im Sinne einer gedeihlichen Kooperation mit der benachbarten Fachhochschule von Studiengängen, die eher zum Angebotsspektrum einer Fachhochschule gehören, wie z. B. Gesundheitsmanagement, Abstand nehmen.

Im übrigen geht die Kommission davon aus, dass die beiden auf einem gemeinsamen Campus untergebrachten Hochschulen – Universität und Fachhochschule – alsbald eine gemeinsame Entwicklungsplanung erarbeiten, in der es nicht allein um die gemeinsame Nutzung von Gebäuden, sondern um gemeinsam betriebene Studiengänge und Forschungsinstitute geht. Das Land sollte gegebenenfalls in einer Experimentierklausel im Hochschulgesetz rechtliche Hemmnisse beseitigen und es den Lübecker Hochschulen ermöglichen, in einem höheren Maße als bisher zu kooperieren und ihre Potenziale synergetisch einzusetzen.

## IV.4. Musikhochschule Lübeck

### IV.4.1. Ausgangslage

Die Musikhochschule Lübeck ist die kleinste ihrer Art in der Bundesrepublik. Den Status einer Musikhochschule erhielt die traditionsreiche Ausbildungsstätte für KirchenmusikerInnen in Lübeck 1973. Seitdem hat sie sich zu einer national und international anerkannten Ausbildungseinrichtung vor allem für StreicherInnen weiter entwickelt. Auch für die BläserInnenausbildung konnten renommierte MusikerInnen gewonnen werden. Als einzige Hochschule in Schleswig-Holstein bietet sie grundständige künstlerisch-musikalische Studiengänge an. Sie ist in historischen Gebäuden im Stadtzentrum Lübecks unweit des Holstentores untergebracht.

Mit ihrem umfassenden Konzertprogramm (mehr als 250 Veranstaltungen im Jahr) trägt die Hochschule wesentlich zum Kulturangebot in Schleswig-Holstein bei. Seit 1992 richtet sie zudem regelmäßig das renommierte Brahms-Festival Lübeck aus. Die Musikhochschule stellt seit Bestehen des Schleswig-Holstein Musikfestivals (SHMF) ihre Räume und Instrumente für die Meisterkurse des Festivals zur Verfügung.

Die Hochschule ist nicht in Fachbereiche gegliedert, vom Senat gewählte Studienausschüsse nehmen die im Hochschulgesetz vorgesehenen Aufgaben der Fachbereichskonvente wahr. Die Hochschule hat fünf Institute:

- Institut für allgemeine künstlerische Ausbildung
- Institut für Bühnen- und Konzertgesang
- Institut für Kirchenmusik
- Institut für Musikerziehung
- Institut für Schulmusik

Die Mitglieder der Institutsleitung (jeweils drei vom Senat gewählte Mitglieder) erhalten für diese Aufgabe keine Lehrdeputatsreduktion.

Der Hochschule angegliedert sind das

- Institut für schulbegleitende Musikausbildung sowie
- das Brahmsinstitut.

Die Musikhochschule kooperiert in Teilen der Ausbildung mit dem Theater Lübeck, dort hauptamtlich Beschäftigte sind als Lehrbeauftragte an der Hochschule tätig.

### Das Personal

Die Musikhochschule Lübeck hatte zum Stichtag 01.04.2002 einen Personalbestand von insgesamt 56 Personen: 31 ProfessorInnen (davon 10 weiblich), drei Lehrkräfte für besondere Aufgaben/wissenschaftliche MitarbeiterInnen (0) und 22 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (10). Zwei weitere wissenschaftliche MitarbeiterInnen (0) werden aus Sonderprogrammen finanziert. Fünf Professuren waren am Stichtag nicht besetzt (=13,2 % der im Stellenplan vorgesehenen 38 Professuren).

Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt:

Fachbereich	ProfessorInnen	sonstiges wissenschaftl. Personal	nichtwissenschaftliches Personal
Institute	C4 11 C3 13 C2 7	5 (2 aus Sonderprogr.)	
Zentrale / Verwaltung			22
Personal Hochschule ges. davon weiblich	31 10	5 0	22 10

Aus Mitteln der unbesetzten Professuren werden Lehrstuhlvertretungen in Form von Lehraufträgen erteilt, wobei sich die Höhe des Honorars an der Besoldung für die zu vertretende Professur orientiert.

Bis zum Jahr 2010 werden acht ProfessorInnenstellen altersbedingt frei.

### Das Budget

2002 hat die Hochschule einen Landeszuschuss in Höhe von 5,1 Mio. Euro erhalten. Im Jahre 2001 hat die Musikhochschule Lübeck vom Bund Drittmittel in Höhe von 83 000 Euro eingeworben. In Relation zum Landeszuschuss sind dies 1,7 %. Hinzu kamen Einnahmen in Höhe von 310 000 Euro.

### StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen

Die Hochschule praktiziert zwei Mal jährlich ein Zulassungsverfahren mit künstlerischer Aufnahmeprüfung. In den letzten Jahren hat die BewerberInnenzahl in allen Studiengängen zum Teil deutlich über der Zulassungskapazität gelegen (Bsp. 2001: Allgemeine künstlerische Ausbildung: 482 Bewerbungen/40 Zulassungen, Bühnen- und Konzergesang: 182/8, Musikerziehung: 115/15).

Seit 1995 haben sich die Zahlen der AnfängerInnen und der Studierenden kontinuierlich erhöht. Im Jahr 1995 waren 343 Studierende, davon 78 AnfängerInnen immatrikuliert, im WS 2002/2003 waren es 502 Studierende (298 davon weiblich), darunter 98 AnfängerInnen. Etwa 25 % der Studierenden stammen aus dem Ausland. Die Hochschule sieht in diesem Anteil, der an anderen staatlichen Musikhochschulen in Deutschland deutlich höher liegt, die Basis für eine „gesunde Mischung“ aus heimischen und ausländischen Studierenden.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		Musikhochschule			D
			(dav. weibl.)			(dav. weibl.)		1999	2000	2001	1998
Bühnen- und Konzertgesang (Diplom)*	5	6	8 (3)	3	4	6 (3)		k.A.	k.A.	k.A.	10,6
Allgemeine künstlerische Ausbildung (Diplom)*	21	27	26 (16)	36	31	29 (14)		k.A.	k.A.	k.A.	8,7
Musikerziehung (Diplom)*	17	17	15 (10)	28	18	18 (14)		k.A.	k.A.	k.A.	9,4
Kirchenmusik B (Diplom)*	8	3	4 (1)	3	4	1 (0)		k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kirchenmusik A (Aufbau - Diplom)*	1	5	1 (0)	4	1	3 (1)		k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Lehramt Gymnasium (Staatsexamen)*	12	11	8 (5)	12	7	7 (6)		k.A.	k.A.	k.A.	10,8

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		Musikhochschule	D		
								1999	2000	2001	1998
Hochschule gesamt	64	69	62 (35)	86	65	64 (38)	2,08	—	—	—	—

Quelle: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl "AbsolventInnen je ProfessorIn" wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 besetzten Professuren. Median Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = SS 2002 und WS 2002/2003.

\* Aufnahmekapazität begrenzt. Für alle Studiengänge bestehen künstlerische Eignungsprüfungen

Im Studiengang Bühnen- und Konzertgesang werden SängerInnen mit dem Ziel Bühnen- oder KonzertsolistIn ausgebildet. Der Studiengang Allgemeine künstlerische Ausbildung dient der Ausbildung von OrchestermusikerInnen, SolistInnen, DirigentInnen und KomponistInnen. In Kirchenmusik B werden katholische und evangelische KirchenmusikerInnen bzw. KantorenInnen ausgebildet. Kirchenmusik A ist ein Aufbaustudium für besonders begabte AbsolventInnen der Kirchenmusik B. Der Studiengang Musikerziehung (Diplom) wird mit zwei gleichgewichtigen Schwerpunkten angeboten: künstlerische Ausbildung am Instrument und methodisch-didaktische Ausbildung im Unterrichtsbereich. In Kooperation mit der Universität Kiel (und in einigen Fällen auch mit der Universität Hamburg) wird der Studiengang Musik für das gymnasiale Lehramt angeboten.

Darüber hinaus bietet die Hochschule diverse Aufbaustudiengänge für besonders begabte AbsolventInnen in den Bereichen Instrumentalmusik, Opern- und Konzertgesang, Kammermusik, Komposition sowie Gesangspädagogik an. Diese Aufbaustudiengänge dauern in der Regel zwischen zwei bis vier Semester und schließen überwiegend mit Zertifikaten ab, der Aufbaustudiengang Meisterklasse Komposition endet mit einem Magister-Abschluss.

Die Regelstudienzeit beträgt bei den grundständigen Diplom-Studiengängen acht Semester (Ausnahme Gesang: zehn). Da es sich bei der Ausbildung an einer Musikhochschule in erster Linie um Einzelausbildung handelt, werden die Regelstudienzeiten weitgehend eingehalten.

50 % des Pflichtlehrrangebots werden von Lehrbeauftragten abgedeckt.

Die „Erfolgsquoten“<sup>69</sup> liegen zwischen 63 und 81 %. Für den Einstieg in das Berufsleben in einem Theater oder Orchester spielen Abschlussprüfungen eine untergeordnete Rolle. Maßgeblich sind allein Probespiel und Vorsingen. Daher verlassen viele Studierende die Hochschule bereits vor Ablauf des Studiums und nicht immer legen sie nachträglich noch ein Examen ab. Die nach dem üblichen Schema berechneten Erfolgsquoten sind daher nur bedingt aussagekräftig.

### Entwicklungskonzepte und Pläne

Im Landeshochschulplan von 1991 wurde ein Ausbau der Musikhochschule von damals 32 Professuren auf insgesamt 52 festgelegt. Über einen Zeitraum von zehn Jahren sollten jährlich zwei Professuren neu besetzt und der hohe Anteil von Lehrbeauftragten an der Lehre (1991: 57 %) auf 40 % abgesenkt werden.

Aus finanziellen Gründen wurden diese Ziele nicht erreicht. Zum Stichtag 01.04.2002 verfügte die Musikhochschule über 38 Planstellen für ProfessorInnen, von denen 31

<sup>69</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von vier Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.

besetzt waren. Der Anteil der Lehrbeauftragten am Pflichtlehrrangebot betrug im Jahr 2002 noch immer 50 % (653 Semesterwochenstunden (SWS) von 1 274).

Die Hochschule führt aus, dass für die bestehenden Studiengänge ein Stellenplan von ca. 56 Professuren, ergänzt um etwa 82 Lehraufträge (Umfang: 484 SWS), nötig sei, um das gegenwärtige Lehrrangebot quantitativ und qualitativ auf Dauer wettbewerbsfähig sicher stellen zu können. Dringender Bedarf bestehe aus Sicht der Hochschule in folgenden Bereichen:

- Ausbau der Instrumental- und Gesangsausbildung, acht zusätzliche Professuren für Einzelfächer und Ensembleunterricht
- Verbesserung des Lehrrangebots für Schulmusiker, drei Professuren
- Ausbau der Populärmusik, zwei Professuren oder Stellen für Lehrkräfte
- Aufbau von Hochschulplanung und Auslandsamt, zwei Stellen
- Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit/Veranstaltungsmanagement, zwei Stellen

Die Hochschule hat seit Jahren Pläne zur Einrichtung eines Instituts für (gebührenpflichtige) musikalische Fort- und Weiterbildung, die bislang an einer fehlenden Finanzierung scheiterten (Personalbedarf: zwei Stellen für die Leitung und Verwaltung des Instituts). Darüber hinaus ist die Gründung eines Instituts zur Förderung des musikalischen Nachwuchses (Hochbegabtenförderung) vorgesehen (zwei Professuren).

Es gibt Überlegungen, die Lübecker St. Jakobi Kirche zur „Universitätskirche“ zu machen. In enger Abstimmung zwischen Hochschule und Kirche könnte die Ausbildung für KirchenmusikerInnen so praxisnäher gestaltet werden. Die Pläne sehen vor, dass die Orgel der Kirche der Hochschule an einem Tag pro Woche für den Unterricht zur Verfügung gestellt wird und Studierende in die Gestaltung von Gottesdiensten, Konzerten und Gemeindefarbeit einbezogen werden. Die Kirche selbst könnte sich zum Zentrum für Kirchenkonzerte der Musikhochschule entwickeln. In der Kirche werden im Laufe der kommenden Jahre Stellen für KirchenmusikerInnen altersbedingt frei. Diese könnten durch einen Einsatz der NachfolgerInnen sowohl in der Kirche als auch in der Hochschule für BewerberInnen attraktiver gestaltet werden.

Die Hochschule befürwortet eine engere Zusammenarbeit der norddeutschen Musikhochschulen (insbesondere zwischen Lübeck, Hamburg und Hannover). Durch eine Konzentration des Lehrrangebots und den Austausch von Studienmodulen könnten die knappen Ressourcen besser genutzt werden und das Lehrrangebot qualitativ erhalten bzw. verbessert werden.

Eine Umstellung auf gestufte Bachelor- und Master-Studiengänge ist aus Sicht der staatlichen Musikhochschulen vor allem wegen der damit verbundenen Ausbildungsverkürzung nicht sinnvoll. Ihrer Ansicht nach sollte zur Qualitätssicherung und -steigerung der Ausbildung im künstlerischen und künstlerisch-pädagogischen Bereich an der gegenwärtigen Struktur mit einem zehensemestriigen Grundstudium und einem viersemestriigen Aufbaustudium festgehalten werden.

#### **IV.4.2. Empfehlungen**

Die Musikhochschule Lübeck ist eine kleine überregional anerkannte Hochschule mit bemerkenswerten Leistungen in der Ausbildung und für das kulturelle Leben in Schleswig-Holstein. Die große Nachfrage aus dem Ausland nach Studienplätzen in Lübeck ist ein Indiz für die internationale Anerkennung der Ausbildungsqualität der Hochschule.

Die im Landeshochschulplan 1991 formulierten Ziele für die Musikhochschule Lübeck sind im wesentlichen nicht erreicht worden. Umso mehr sind das große Engagement der Lehrenden der Musikhochschule und die konstant hohe Qualität in der Ausbildung hervorzuheben.

Unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen im Land ist ein Ausbau der Musikhochschule Lübeck gemäß den Plänen von 1991 wenig wahrscheinlich. Um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Musikhochschule zukünftig sicher zu stellen, sind daher neue Schwerpunktsetzungen notwendig. Wünschenswert wäre zunächst eine möglichst rasche Besetzung der von der Hochschule mit Priorität versehenen Professuren für Violine, Violoncello, Komposition und Populärmusik, um die Lehre in den Kernbereichen auch weiterhin gewährleisten zu können.

Darüber hinaus empfiehlt die Kommission der Hochschule und dem Land, geeignete KooperationspartnerInnen außerhalb der Landesgrenze zu suchen. In Frage kommen hier beispielsweise die Musikhochschulen in Hamburg und Hannover. Denkbar wäre etwa eine Kooperation zwischen Hamburg und Lübeck in der Ausbildung von KirchenmusikerInnen und in der Sparte Oper. Ziel einer solchen Zusammenarbeit sollte sein, dass sich ein Standort auf eines der Fachgebiete konzentriert und der Partner den jeweils anderen Schwerpunkt abdeckt. Die Kommission schlägt vor, dass die Musikhochschule Lübeck die Kirchenmusikausbildung auch für Hamburg übernimmt und auf die Ausbildung für die Oper verzichtet.

Der Bedarf an LehrerInnen für das Fach Musik am Gymnasium wird durch die bisher hierfür im Land ausgebildeten AbsolventInnen nicht gedeckt. Ein Grund für das geringe Interesse an dem Studiengang in Lübeck liegt darin, dass Studierende an zwei Hochschulen zugleich studieren müssen. Musik wird in Lübeck an der Musikhochschule angeboten, das für das Lehramt für die Sekundarstufe II notwendige zweite Fach kann nur in Kiel oder in Hamburg belegt werden. Diese restriktive Bedingung führt dazu, dass nur wenige MusiklehrerInnen ausgebildet werden. Die Kommission empfiehlt dem Land eine Öffnung der Prüfungsordnung, um Studierenden die Möglichkeit zu geben, ein Ein-Fach-Studium in Musik in Lübeck absolvieren zu können.

Im Übrigen sollte der Bereich Schulmusik personell durch Zuweisung von Stellen konsolidiert werden.

## IV.5. Fachhochschule Flensburg

### IV.5.1. Ausgangslage

1969 erhielt die ehemalige Fachschule für Technik den Status einer „Staatlichen Fachhochschule für Technik“. Ein Jahr später wurde das Institut für Schiffsbetriebsforschung an der FH Flensburg eingerichtet, das bereits seit 1954 als Forschungs- und Erprobungsstelle für Schiffsbetriebstechnik in Flensburg beheimatet war.

Baubeginn für die neuen Hochschulgebäude auf dem Sandberg war 1975. Seitdem wurde dort in mehreren Bauabschnitten ein moderner Campus errichtet, auf dem heute auch die Universität Flensburg angesiedelt ist.

Seit 1999 unterhalten Fachhochschule und Universität eine gemeinsame Bibliothek, allerdings noch ohne einen gemeinsamen Bibliotheksetat. Darüber hinaus gibt es auf dem Campus eine gemeinsam genutzte Mensa. Über weitere Formen der Zusammenarbeit wird diskutiert. Das Land drängt auf eine gemeinsame Verwaltung für beide Hochschulen. (Vgl. Kapitel IV.1., Seite 106)

### Das Personal

Die FH Flensburg hatte zum Stichtag 01.04.2002 einen Personalbestand von 192 Personen: 85 ProfessorInnen (2 davon weiblich), zehn Lehrkräfte für besondere Aufgaben/wissenschaftliche MitarbeiterInnen (2), 43 LaboringenieurInnen (16) und 53 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (26). Eine Professur und drei Stellen für WissenschaftlerInnen (3) wurden aus Sonderprogrammen finanziert. Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt:

Fachbereich	ProfessorInnen	sonstiges wissenschaftl. Personal	nichtwissenschaftliches Personal
Wirtschaft	C3 22 C2 8	5 (1 aus Sonderprogr.)	33
Technik	C3 39 C2 16 (1 C3 Sonderpr.)	5 (2 aus Sonderprogr.)	10
FH-Zentrale / Verwaltung			53
Personal FH gesamt davon weiblich	85 2	10 2	96 42

Zur Zeit sind 12 C-Stellen nicht besetzt, überwiegend aufgrund einer Unterfinanzierung des Personalhaushalts.

Im Zuge der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ hat das Land 1997 als Folge der seinerzeit stark gesunkenen Nachfrage nach Studienplätzen die Zielzahlen für die Ingenieurwissenschaften reduziert. Diese Reduktion der Kapazitäten hatte zur Folge, dass freiwerdende Stellen überwiegend unbesetzt blieben und zumeist auch gestrichen wurden. Die FH Flensburg hat seitdem insgesamt 27 C-Stellen abgegeben, die jedoch 1997 nicht alle besetzt waren. Als Ziel wurde 1997 für den Fachbereich Technik 38,5 Professuren (Stand 04.2002: 56 besetzte Stellen) und für den Fachbereich Wirtschaft 44 (Stand 04.2002: 30) festgelegt. Bei Realisierung dieser Zielzahlen würde die Kapazität in den Ingenieurwissenschaften erheblich reduziert und umgekehrt die Kapazität in im Fachbereich Wirtschaft um fast 50 % heraufgesetzt werden.

Ein mit dem Land vereinbartes Stellenabbauprogramm, das bis zum Jahr 2008 abgeschlossen sein soll, sieht eine Reduzierung von acht C-Stellen sowie zwölf Stellen aus der Verwaltung vor.



Im Fachbereich Technik gibt es keine feste Zuordnung von ProfessorInnen zu Studiengängen, vielmehr wird das gesamte Lehrangebot durch eine bedarfsorientierte, matrixartige Aufteilung von Teillehrdeputaten einzelner Lehrender auf die Studiengänge abgedeckt.

Bis zum Jahr 2010 werden im Fachbereich Technik 25 Professuren altersbedingt frei. Besonders betroffen sind die Fachgebiete Elektrische Energietechnik (2001 gab es hier 4 Professuren von denen bis 2005 2 altersbedingt frei werden) Maschinen- und Anlagentechnik (Bestand 2001: 11 Professuren, bis 2005 werden 4 frei und bis 2010 weitere 5) und Physik (Bestand 2001: 5 Professuren, bis 2005 werden davon 3 altersbedingt frei). Im Fachbereich Wirtschaft sind es im selben Zeitraum sieben Professuren, die freiwerden. Hier ist besonders der Bereich Marketing betroffen (Bestand 2001: 4 Professuren, davon werden 2 bis 2005 altersbedingt frei).

Da viele der ausscheidenden ProfessorInnen in mehreren Studiengängen lehren, wird sich der Wegfall dieser Stellen in einer Reihe von Studiengängen auswirken. Aus Sicht der Hochschule ist die Sicherstellung der Lehre in folgenden Studiengängen/Fachgebieten gefährdet: Maschinenbau, Schiffsbetrieb/Schiffsbetriebstechnik, Physik, Mathematik, Technikübersetzen, Verfahrenstechnik und der Schwerpunkt Marketing im Studiengang BWL.

### **Das Budget**

Im Jahr 2002 betrug der Landeszuschuss 11,8 Mio. Euro (2001: 11,4 Mio. Euro). Der Zuwachs für 2002 wird mit erhöhten Betriebskosten durch die Inbetriebnahme neuer Gebäude sowie einer Erhöhung des Bibliotheksetats begründet.

Die FH Flensburg hat 2001 Drittmittel in Höhe von 1,0 Mio. Euro eingeworben (Bund: 311 300, Wirtschaft: 205 500, EU: 76 000, Sonstiges: 422 500). In Relation zum Landeszuschuss sind dies 8,9 %. Besonders drittmittelstark sind die Studiengänge Kommunikationstechnologie und Biotechnologie-Verfahrenstechnik. Hinzu kamen Einnahmen in Höhe von 88 000 Euro.

### **StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen**

Die FH Flensburg hatte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in allen technischen Studiengängen erhebliche Auslastungsprobleme, die größer waren als an anderen Fachhochschulen in Schleswig-Holstein. Eine Ursache hierfür ist die dünn besiedelte Region nördliches Schleswig-Holstein. Aus dem angrenzenden südlichen Jütland (ebenfalls dünn besiedelt und mit eigenen Hochschulen) kommen praktisch keine Studierenden. Die Studiengänge im Fachbereich Wirtschaft rekrutieren überregional. Die FH Flensburg hat hier von den geringen BWL-Kapazitäten im südlichen Schleswig-Holstein und in Hamburg profitiert. Zeitweise waren die Übergangsquoten auffallend niedrig, weil ein Teil der Studierenden nach einigen Semestern an die präferierte Hochschule in Heimatnähe wechselte.

Anfang der 90er Jahre hatte die FH Flensburg gut 3 300 Studierende (Höchststand im WS 1993/94), am Ende der Dekade waren es knapp 1 800 (Tiefststand im SS 1999). Im WS 2002/2003 waren knapp 2 500 Studierende (darunter 570 weiblich) eingeschrieben, davon gut 1 350 im Fachbereich Wirtschaft.

Die Zahl der AnfängerInnen hat sich in den letzten Jahren von 605 im Jahre 2000 auf 755 in 2001 und 657 (davon 124 weiblich) im Jahre 2002 entwickelt. Legt man die vom Land 1997 in der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ für die Ingenieurstudiengänge festgelegten AnfängerInnenzielzahlen zugrunde (Elektrotechnik: 80, Maschinenbau und Verfahrenstechnik: 100, Informatik: 60, Mathematik: 20), so hat

die FH Flensburg diese Zielzahlen im Studienjahr 2002 erstmals in nahezu allen Bereichen erreicht. Im Fachbereich Wirtschaft mit den Studiengängen BWL, Wirtschaftsinformatik und Technikübersetzen waren die Aufnahmekapazitäten der FH Flensburg in den letzten Jahren voll ausgeschöpft. Das Land hat 1997 hier eine Zielzahl von 310 AnfängerInnen festgelegt. 2002 betrug die AnfängerInnenzahl 352. Hinzu kommen 2002 in den gemeinsam mit der benachbarten Universität betriebenen Studiengängen Energie- und Umweltmanagement und Diplom-Berufspädagogik zusammen 76 AnfängerInnen (2000: 53; 2001: 57).

### Fachbereich Technik

Zum Stichtag 01.04.2002 waren im Fachbereich Technik 56 Professuren (von 63 vorhandenen Stellen) besetzt. In der Hochschulstrukturreform von 1997 sind als Zielzahl 38,5 festgelegt worden.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		FH Flensburg		D	
			(dav. weibl.)			(dav. weibl.)		1999	2000	2001	1998
Elektrotechnik (Diplom)	54	41	47 (4)	41	32	18 (0)		10,8	11,0	10,8	9,2
Informatik (Diplom) seit WS 1998/99	80	61	66* (11)	--	--	4 (1)		--	--	--	9,1
Kommunikationstechnik (D/BA/M.Sc.) WS 01/02	--	--	35 (k.A.)	--	--	--		--	--	--	--
Maschinenbau (Diplom)	43	49	52 (4)	32	23	15 (1)		11,4	12,0	10,2	9,4
Schiffsbetriebstechnik (Diplom)	23	22	26 (3)	24	15	23 (2)		8,0	9,0	8,7	6,9
Biotechnologie - Verfahrenstechnik (D)	22	37	52 (24)	6	12	9 (1)		--	--	--	--
Mathematik (Diplom)	16	19	27 (11)	3	6	3 (1)		9,7	9,0	10,7	9,2
Fachbereich gesamt	238	229	305 (57)	106	88	72 (6)	1,43	--	--	--	--

Quelle für diese und die nachfolgende Tabelle: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl "AbsolventInnen je ProfessorIn" wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 im Fachbereich besetzten Professuren. Median Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = SS 2002 und WS 2002/2003.

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

In den Studiengängen des Fachbereich Technik stehen folgende Studienrichtungen zur Wahl:

- Elektrotechnik: Elektrische Energietechnik und Automatisierungstechnik
- Kommunikationstechnologie – früher Studienrichtung Nachrichtentechnik im Studiengang Elektrotechnik
- Maschinenbau: Studienrichtungen Energietechnik, Regenerative Energietechnik, Maschinen- und Anlagentechnik
- Biotechnologie-Verfahrenstechnik – früher Studienrichtung Verfahrenstechnik im Studiengang Maschinenbau
- Mathematik: Studienrichtungen Business Mathematics und Computational Mathematics
- Informatik: Studienrichtungen Medieninformatik und Technische Informatik – früher Studienrichtung Technische Informatik im Studiengang Elektrotechnik

Im Fachbereich Technik liegen die „Erfolgsquoten“<sup>70</sup> zwischen 43 bis 55 % je nach Studiengang und Jahrgang (Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Die Hochschule arbeitet in Teilgebieten mit der FH Westküste zusammen. Im Studiengang Maschinenbau ist ein Austausch von Studienmodulen geplant.

### Fachbereich Wirtschaft

Zum Stichtag 01.04.2002 waren 30 Professuren (von 35 vorhandenen Stellen) besetzt, die 1997 festgelegte Zielzahl beträgt 44 Professuren.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		FH Flensburg		D	
			(dav. weibl.)			(dav. weibl.)		1999	2000	2001	1998
Betriebswirtschaft (Diplom)	258	281	196 *	69	63	71		9,5	9,5	10,7	8,7
Wirtschaftsinformatik (Diplom)	86	198	69 *	21	19	19		9,3	10,3	11,6	8,6
Wirtschaftsinformatik (BA/MA) s. WS 01/02	—	13	21 *	—	—	—		—	—	—	k.A.
Technikübersetzen (Diplom)	23	34	46	13	10	9		10,6	11,1	10,4	k.A.
Fachbereich gesamt	367	526	332	103	92	99	3,18	—	—	—	—
			(115)			(41)					

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

Im Studiengang BWL wird u.a. der auch überregional beachtete Schwerpunkt Krankenhaus-Management angeboten. Einige Lehrveranstaltungen im Studiengang BWL finden in englischer Sprache statt. Es bestehen mit mehreren ausländischen Hochschulen (überwiegend in englischsprachigen Ländern) Vereinbarungen über den Erwerb ausländischer Abschlüsse in Ergänzung zu den deutschen. Im Studiengang Technikübersetzen ist ein obligatorisches Auslandsjahr in den Studienablauf integriert. Das Studienangebot der FH Flensburg ist durchgängig modularisiert, Veranstaltungen werden für mehrere Studiengänge zugleich angeboten.

Im Fachbereich Wirtschaft liegen die „Erfolgsquoten“ bei 55 % (Examensjahrgang 1998) bzw. zwischen 25 und 28 % (Examensjahrgänge 1999 – 2001).

### Gemeinsame Studiengänge mit der Universität Flensburg

Die gemeinsam mit der Universität Flensburg angebotenen Studiengänge

- Energie- und Umweltmanagement (weiterer Partner ist hier die Syddansk Universität): 2002: 53 AnfängerInnen (davon 36 weiblich); 2001: 37; 2000: 46.
- Diplom-Berufspädagogik mit den Fachrichtungen Metall- und Elektrotechnik: 2002: 23 AnfängerInnen (davon 4 weiblich); 2001: 20; 2000: 7.

werden statistisch bei der Universität erfasst. Das technische Lehrangebot für diese Studiengänge wird überwiegend von der FH geliefert.

<sup>70</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von vier Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.

## Entwicklungskonzepte und Pläne

Folgende neue Studienangebote sind in Planung: Life Science Management (entwickelt vom Fachbereich Wirtschaft in Kooperation mit der FH Westküste und der Universität Flensburg), Seeverkehr und Logistik (gemeinsamer Studiengang von Fachbereich Technik und Fachbereich Wirtschaft), Schiffsmaschinenbau (in Kooperation mit der FH Kiel) und ein Master-Studiengang Bioinformatik in Kooperation mit der John Moores University Liverpool. Die Realisierung soll weitgehend ressourcenneutral erfolgen.

### IV.5.2. Empfehlungen

Im Zuge der Umsetzung der Ergebnisse der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ von 1997 wurde an der FH Flensburg eine Umstrukturierung zugunsten der Wirtschaftswissenschaften eingeleitet, die mit einer Reduktion der Kapazität der Ingenieurwissenschaften verbunden ist. Aufgrund des begrenzten Umwidmungspotenzials bei den auf Dauer besetzten Stellen wurden die Zielzahlen für die Personalkapazität bislang noch nicht erreicht.

Zugleich hat die FH ihr Studienangebot in den technischen Disziplinen durch Verselbstständigung früherer Studienrichtungen und durch neue Profilierungen erheblich erweitert. Seit einigen Jahren steigt – parallel zum bundesweiten Trend – die Zahl der AnfängerInnen auch wieder. Im Ergebnis sind mittlerweile die 1997 für die Aufnahmekapazität festgelegten Zielzahlen erreicht und teilweise überschritten, was insofern zu keinen größeren Problemen führt, als die Personalkapazität noch deutlich über der Zielzahl liegt.

Unbefriedigend ist die geringe Zahl der Studierenden in den höheren Semestern und die geringe Zahl der AbsolventInnen. Die Ursachen hierfür liegen einerseits in den gering besetzten AnfängerInnenjahrgängen der 2. Hälfte der 90er Jahre, andererseits sind die zum Teil unter 50 % liegenden Erfolgsquoten der Studiengänge des Fachbereichs Technik nicht zu übersehen. Die Ursachen hierfür sind nicht hinlänglich bekannt.

Die unbefriedigende Auslastung der für die höheren Semester bereitgestellten Ressourcen gibt Anlass für den generellen Hinweis, dass AnfängerInnenzahlen allein kein geeigneter Maßstab sind, wenn es darum geht, Kapazitäten festzusetzen und die Auslastung von Kapazitäten zu berechnen. Für die FH Flensburg bedeutet dies u.a., dass die seit mehreren Jahren durchaus erfreuliche Entwicklung der Zahl der AnfängerInnen nicht zum Anlass genommen werden sollte, die seinerzeit reduzierten Zielzahlen wieder grundsätzlich infrage zu stellen. Vielmehr sollte davon ausgegangen werden, dass die Aufnahmekapazität der technischen Studiengänge der Fachhochschulen Flensburg und Heide jedenfalls über dem regionalen Studierendenaufkommen liegt, welches sich auf das nördliche und zum Teil auch das mittlere Schleswig-Holstein konzentriert.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Kommission, am Standort Heide die Ingenieurkapazität zu verringern. Der Maschinenbau sollte dort aufgegeben und an die FH Flensburg verlagert werden. Das Personal des Studiengangs aus Heide sollte nach Flensburg versetzt werden. Der altersbedingte Personalabgang an der FH Flensburg sollte genutzt werden, um die kurzfristig ansteigende Aufnahmekapazität rasch wieder zurückzunehmen. Fachlich bietet die Zusammenführung des Maschinenbaus die Chance, in Flensburg neben den bisherigen Schwerpunkten Biotechnologie-Ver-

fahrenstechnik und Energietechnik einen dritten Schwerpunkt Konstruktion/ Computer Aided Engineering (CAE) aufzubauen. Grundsätzlich stimmt die Kommission einem Master-Studiengang Computer-Aided-Engineering zu, wenn dieser vom erweiterten Fachbereich in Flensburg getragen und ohne nennenswerte zusätzliche Mittel angeboten werden kann. Die für den Standort Heide vorgelegten Pläne bedürfen allerdings der Überarbeitung insbesondere hinsichtlich des unüblichen Vorsemesters und der Klärung der Gebührenfrage. Vor der Einrichtung sollte der neue Studiengang akkreditiert werden, wobei auch die Bezeichnung des Abschlussgrades überdacht werden sollte. Bislang konnte die für den Abschluss Master of Science zu fordernde wissenschaftliche Fundierung von der FH Westküste nicht ausreichend durch Forschungsprojekte, Drittmittelinwerbungen und einschlägige Veröffentlichungen o.ä. belegt werden

Der Fusionsprozess sollte von einem/r vom Hochschulrat benannten MediatorIn begleitet werden, die/der insbesondere sicherstellt, dass bei der Fusion die innovativen Ansätze nicht verloren gehen. (Siehe hierzu auch das Kapitel C.III.5., Seite 98 ff sowie das Kapitel C.IV.10., FH Westküste, Seite 193 ff.)

Für das Studienangebot der Elektro- und Informationstechnik empfiehlt die Kommission in Hinblick auf den Standort Heide in Flensburg die Kapazitäten zu verringern. Die Flensburger Elektro- und Informationstechnik sollte sich (weiterhin) auf den Gebieten Informatik, Kommunikationstechnik und Energietechnik profilieren. In Anbetracht der bereits verselbständigten Studiengänge Informatik und Kommunikationstechnik bietet es sich an, den Studiengang Elektrotechnik konsequent auf Energietechnik auszurichten. Auf weitere Fachrichtungen wie Automatisierungstechnik o.ä. sollte verzichtet werden und das Profil des Studiengangs sollte auch in der Bezeichnung erkennbar werden.

Im übrigen werden folgende Empfehlungen gegeben:

1. Vor dem Hintergrund des 1997 vereinbarten und bislang noch nicht abgeschlossenen Personalabbaus sollte der Fachbereich Technik sein Studienangebot straffen.
2. Im Interesse eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes sollte auf einen einmaligen Studienbeginn im Jahr umgestellt werden.
3. Für die kleinen und zur Zeit nicht befriedigend ausgelasteten Studiengänge Mathematik und Schiffbetriebstechnik sollten weitere Veranstaltungen gemeinsam mit anderen Studiengängen durchgeführt werden. Auf schwach nachgefragte Wahlfächer muss gegebenenfalls verzichtet werden. Längerfristig unterausgelastete Studiengänge sollten eingestellt werden.
4. Auf dem Gebiet Schiffsmaschinenbau und -betrieb sollte mit der FH Kiel kooperiert werden, gegebenenfalls kommt eine gemeinsame Professur infrage. Von einem Spezialstudiengang auf diesem Fachgebiet wird abgeraten.
5. Der Fachbereich sollte die hohen Drop-out-Quoten analysieren und eine Strategie entwickeln, wie der wenig befriedigenden Entwicklung begegnet werden kann. Dies gilt ebenso für die zum Teil deutlich über dem Bundesmittel liegenden Studiendauern.

Für den Studiengang Betriebswirtschaft empfiehlt die Kommission eine konsequente Umstellung auf eine Bachelor-/Master-Struktur. Im Zuge der Umsetzung der Empfehlungen zu den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen an der Universität wird empfohlen, künftig an der FH Flensburg Master-Studiengänge für Internationales Ma-

---

nagement und Umwelt- und Energiemanagement anzubieten. Sofern die Kapazitäten dies zulassen, könnte auch ein neues Angebot für Seeverkehr und Logistik von der Fachhochschule entwickelt werden. (Vgl. hierzu auch Kapitel C. IV.1., Universität Flensburg, Seite 111 ff)

Die begonnene Neuorientierung im Studiengang Technikübersetzen zeigt erste Erfolge. Seit zwei Jahren steigen die AnfängerInnenzahlen wieder. Die Kommission empfiehlt, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu verfolgen. Zeigen sich hier keine nachhaltigen Erfolge, steht dieser Studiengang zur Disposition.

Den Plänen für einen Studiengang Life Science Management gibt die Kommission keine Priorität. Die Kombination aus Biologie, Verfahrenstechnik, Informatik und Betriebswirtschaft überzeugt fachlich nicht. Auch stellt sich die Frage, ob für einen derartigen FH-Studiengang ein Arbeitsmarkt erschlossen werden kann. Hochschulen sollten zurückhaltend sein, kurzfristig aktuellen Trends von Technologien oder Arbeitsmarktnischen durch Einführung von Spezialstudiengängen zu folgen. Die in der Regel nicht überzeugenden Erfahrungen mit Umweltstudiengängen, die in großer Zahl Mitte der 90er Jahre neu konzipiert wurden, sprechen gegen derartige Spezialstudiengänge.

Aufgrund des Engagements der im Studiengang Wirtschaftsinformatik tätigen FachvertreterInnen wurde an der FH Flensburg in enger Kooperation mit der Berufspraxis ein heute überregional bekannter und auf dem Arbeitsmarkt anerkannter Schwerpunkt Krankenhausmanagement aufgebaut, der sich mit der Anwendung der Informationstechnik in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt. Dieser Schwerpunkt wirkt profilbestimmend für die Wirtschaftswissenschaften der Fachhochschule. Fachlich würde dieses Fachgebiet in Schleswig-Holstein besser nach Lübeck passen. An den Lübecker Hochschulen gibt es jedoch bislang weder ein BWL- noch ein Wirtschaftsinformatik-Studium, in welches dieser Studienschwerpunkt eingebettet werden könnte. Daher plädiert die Kommission dafür, ihn zunächst bis auf weiteres in Flensburg zu betreiben.

## IV.6. Fachhochschule Kiel

### IV.6.1. Ausgangslage

Die 1969 gegründete FH Kiel ist aus mehreren traditionsreichen Höheren Fachschulen (für Ingenieurwesen, Bau, Landwirtschaft, Handels- sowie Sozialberufe) hervorgegangen. Mit dem Landeshochschulplan 1991 hat die Landesregierung beschlossen, die über das Stadtgebiet von Kiel verstreuten Fachbereiche in Neubauten auf einem neuen Hochschulgelände in Kiel-Dietrichsdorf am Ostufer der Förde anzusiedeln. Der Umzug der vier Kieler Fachbereiche aus der Kieler Innenstadt auf den neuen Campus wurde im Herbst 2002 abgeschlossen. Die Fachbereiche Landbau und Bauwesen bleiben an ihren bisherigen Standorten in Osterrönfeld bei Rendsburg bzw. Eckernförde. Der Altbau der früheren Ingenieurschule in der Kieler Innenstadt soll von der Muthesius Hochschule und von der Universität Kiel übernommen werden.

### Das Personal

Die FH Kiel hatte zum Stichtag 01.04.2002 einen Personalbestand von 302 Personen: 132 ProfessorInnen (davon 12 weiblich), neun Lehrkräfte (2) für besondere Aufgaben/wissenschaftliche MitarbeiterInnen, 98,5 LaboringenieurInnen (31,5) und 62,5 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (32,5).

Die FH Kiel hat sechs Fachbereiche, davon sind vier auf dem Campus Dietrichsdorf untergebracht. Der Fachbereich Bauwesen ist in Eckernförde und der Fachbereich Landbau in Osterrönfeld/Rendsburg angesiedelt. Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt:

Fachbereich	ProfessorInnen	sonstiges wissenschaftl. Personal	nichtwissenschaftliches Personal
Bauwesen	C3 15 C2 7		16,5
Informatik und Elektrotechnik	C3 15 C2 6	1	27,5
Landbau	C3 9 C2 2		7,5
Maschinenwesen	C3 15 C2 12	2	27
Soziale Arbeit und Gesundheit	C3 10 C2 8	4	6
Wirtschaft	C3 18 C2 11	2	7
Multimedia Production	C3 3 C2 1		1,5
FH-Zentrale / Verwaltung			62,5
Personal FH gesamt davon weiblich	132 12	9 2	161 64

Im Zuge der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ hat die Hochschule seit 1997 insgesamt 18 C-Stellen eingespart. Ferner wurden/werden aus den technischen Studiengängen bis zum Ende des Jahres 2003 zehn Stellen auf neue Studiengänge wie beispielsweise Multimedia Production und auf die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fachbereiche umverteilt. Die FH Kiel hat drei Stiftungsprofessuren eingeworben, die demnächst eingerichtet werden sollen.

Bis zum Jahr 2010 werden 38 Professuren sowie vier weitere Stellen altersbedingt frei.

### Das Budget

2002 betrug der Landeszuschuss für die FH Kiel 20,3 Mio. Euro. Die FH Kiel hat 2001 Drittmittel in Höhe von 670 300 Euro eingeworben (Bund: 407 500, Stiftungen: 164 600, Wirtschaft: 78 200), gemessen am Landeszuschuss sind dies 3,3 %. Dazu kamen insgesamt 916 000 Euro Einnahmen für Weiterbildung, Materialprüfung etc. Zu den Einnahmen der FuE-GmbH siehe weiter unten, Seite 164.

### StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen

Anfang der 90er Jahre hatte die FH Kiel ca. 5 400 Studierende (Höchststand im Jahr 1990), am Ende der Dekade waren es knapp 4 900 (Tiefststand im Jahr 2000). Im WS 2002/2003 waren rund 5 300 Studierende eingeschrieben (davon ca. 1 950 weiblich). Die Zahl der AnfängerInnen hat sich in den letzten Jahren von 1 113 im Jahre 2000 auf 1 127 in 2001 und 1 194 (davon 421 weiblich) im Jahre 2002 entwickelt.

Als Reaktion auf die Unterauslastung Mitte der 90er Jahre haben die technischen Fachbereiche eine Reihe neuer Studiengänge eingeführt (Multimedia Production, Internet Science & Technology, Technologiemanagement, Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen). Bis auf die wieder eingestellten Studiengänge Automatisierungstechnik und Produktionsinformatik waren diese Innovationen bislang insofern erfolgreich, als damit die Zahl an StudienanfängerInnen gesteigert werden konnte. Gemessen an den für die FH Kiel 1997 im Rahmen der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ festgelegten Zielzahlen für die technischen Studiengänge von insgesamt rund 310 AnfängerInnen waren die Kapazitäten im Jahre 2002 in nahezu allen Ingenieurstudiengängen voll ausgelastet (Elektrotechnik: Zielzahl 120/AnfängerInnen 160; Maschinenbau mit Schiffbau und Feinwerktechnik: 144/172; Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen: 45/75). Die BWL-Studiengänge an der FH Kiel (hier waren 1997 260 AnfängerInnenplätze als Zielzahl festgelegt worden) sind seit Jahren gut nachgefragt und voll ausgelastet (2002: 295). Es bestehen Zulassungsbeschränkungen.

Der Aufbau neuer Studiengänge und der bundesweite (Wieder-)Anstieg des Interesses am Ingenieurstudium haben dazu geführt, dass heute an der FH Kiel ein zahlenmäßig ausgewogenes Verhältnis zwischen den technischen und den nicht-technischen Studiengängen besteht (WS 2002/2003: 2 630 Studierende in technischen, 2 670 in nichttechnischen Fachbereichen).

### Fachbereich Bauwesen

Zum Stichtag 01.04.2002 waren im Fachbereich Bauwesen 22 Professuren (von 23 vorhandenen Stellen) besetzt. In der Hochschulstrukturreform von 1997 sind keine Zielzahlen festgelegt worden.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)				
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		FH Kiel				
			(dav. weibl.)			(dav. weibl.)		1999	2000	2001	1998	D
Architektur (Diplom)	68	52	55 (22)	33	54	39 (23)		14,0	14,0	14,0	9,9	
Bauingenieurwesen (Diplom)	72	58	64* (8)	45	64	53 (8)		10,0	10,0	10,0	9,0	
Fachbereich gesamt	140	110	119 (30)	78	118	92 (31)	4,77	--	--	--	--	

Quelle für diese und die nachfolgenden Tabellen: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl "AbsolventInnen je ProfessorIn" wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 im Fachbereich besetzten Professuren. Median



Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = SS 2002 und WS 2002/2003.

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

Die „Erfolgsquoten“<sup>71</sup> liegen im Studiengang Architektur zwischen 38 und 65 %, in Bauingenieurwesen zwischen 45 und 90 % (Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Das Land hat 2001 entschieden, den Studiengang Architektur an der FH Kiel in Eckernförde und den Studiengang Bauingenieurwesen an der FH Lübeck auslaufen zu lassen. Nach den Vorstellungen des Landes soll Architektur künftig nur noch an der FH Lübeck und an der Muthesius Hochschule angeboten werden, Bauingenieurwesen ausschließlich in Eckernförde. Dazu sind Personalverschiebungen zwischen den Fachhochschulen Kiel und Lübeck sowie von der FH Kiel an die Muthesius Hochschule beabsichtigt. Per Saldo soll die FH Kiel dabei sieben bis zehn Professuren abgeben und zusätzlich noch Professuren aus dem Fachbereich Wirtschaft an die FH Lübeck verlagern, damit dort ein Studiengang BWL neu eingerichtet werden kann.

Die Hochschule stimmt diesen Plänen nicht zu. Zum WS 2002/2003 sind weiterhin Immatrikulationen von StudienanfängerInnen für Architektur (55) und Bauingenieurwesen (64) erfolgt.

Die FH Kiel hat als Alternative vorgeschlagen, langfristig die Ausbildung für ArchitektInnen und BauingenieurInnen an einem zentralen Standort in Schleswig-Holstein zu konzentrieren und hierfür den Standort Eckernförde vorzusehen. Hier sollen in einem „Kompetenz-Zentrum Bauen“ neben den beiden klassischen Baustudiengängen mit einem breiten Angebot von Vertiefungsrichtungen neue Studiengänge wie etwa Technische Gebäudeausrüstung, Baumanagement, Nachhaltiges Bauen, Städtebau und Ortsplanung angeboten werden.

**Fachbereich Informatik und Elektrotechnik**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren 21 Professuren (von 23 vorhandenen Stellen) besetzt. 1997 sind als Zielzahl 20,5 festgelegt worden.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		FH Kiel		D	
								1999	2000	2001	1998
Elektrotechnik (Diplom)	87	80	74 * (2)	86	79	66 (3)		11,0	10,0	9,0	9,2
Technologiemanagement und -marketing (Diplom) seit WS 00/01	51	89	29 * (14)	---	---	---		---	---	---	---
Internet Science (BA) seit WS 00/01	107	51	57 * (6)	---	---	---		---	---	---	---
Fachbereich gesamt	245	220	160 (22)	86	79	66 (3)	3,45	---	---	---	---

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 durch NC beschränkt.

Mit den neuen Studiengängen hat sich der Frauenanteil im Fachbereich Informatik und Elektrotechnik von rund 5 % auf etwa 14 % im WS 2002/2003 erhöht. Im AnfängerInnenjahrgang 2002 des neuen Studiengangs Technologiemanagement und -marketing lag der Frauenanteil bei 42 %, in Internet Science & Technology bei 11 %.

<sup>71</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von vier Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.

Im Fachbereich Informatik und Elektrotechnik liegen die „Erfolgsquoten“ zwischen 65 und 85 %.

Für die Studiengänge des Fachbereich gelten seit WS 2002/2003 Zulassungsbeschränkungen. In Elektrotechnik und Internet Science & Technology waren die Aufnahmekapazitäten voll ausgelastet. Im Studiengang Technologiemanagement und -marketing, für den das Land zum WS 2002/2003 eine Zulassungsbeschränkung auf 40 Plätze festgelegt hat, ist die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr spürbar zurückgegangen (29 AnfängerInnen; 2001: 89). Der Studiengang Internet Science & Technology, der künftig auch zum Master-Abschluss führen soll, wurde von der ASI akkreditiert.

Im Rahmen eines Modellversuchs unter Beteiligung der IHK zu Kiel und der Beruflichen Schulen in Kiel-Gaarden soll zum WS 2003/2004 ein Triales Modell für Auszubildende in den Berufen zum/zur FachinformatikerIn bzw. KommunikationselektronikerIn begonnen werden.

**Fachbereich Landbau**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren alle elf Professuren besetzt, die Zielzahl der Strukturreform von 1997 liegt bei zehn Professuren.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		FH Kiel		D	
			(dav. weibl.)			(dav. weibl.)		1999	2000	2001	1998
Landwirtschaft (Diplom)	62	55	85 (21)	34	19	39 (12)	2,64	8,0	8,0	8,0	8,6

Die „Erfolgsquoten“ im Fachbereich Landbau liegen zwischen 53 und 83 %.

Für den am Standort Osterrönfeld untergebrachten Fachbereich sind umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen geplant, die über das HBFG finanziert werden sollen.

Der Fachbereich, dessen Aufnahmekapazität ausgelastet ist, plant zum WS 2003/2004 gemeinsam mit der Agrarischen Hooge School Larenstein (Niederlande) einen 4-semesterigen englischsprachigen Master-Studiengang „International Livestock Management“ anzubieten. Hierfür wurde bereits eine Professur besetzt, die je zur Hälfte aus dem HWP-Programm und von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein finanziert wird.

**Fachbereich Maschinenwesen**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren 27 Professuren (von 28 vorhandenen Stellen) besetzt, die Zielzahl beträgt 32,5.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		FH Kiel		D	
	(dav. weibl.)			(dav. weibl.)				1999	2000	2001	1998
Maschinenbau (inkl. Auto- mat.-Technik(Diplom) <sup>1</sup>	78	68	102 (10)	48	52	46 (2)		10,0	11,0	10,0	9,4
Feinwerktechnik/ Mechatronik (Diplom)	36	27	32 (3)	16	18	19 (3)		9,0	10,0	10,5	9,2
Schiffbau (Diplom)	33	41	38 (6)	12	15	16 (3)		9,0	9,0	13,0	8,6
Internat. Vertriebs- und Einkaufswesen (Diplom) <sup>2</sup>	37	46	20 (6)	2	12	12 (1)		---	7,0	9,0	---
Internat. Vertriebs- und Einkaufswesen (BA)	---	---	55 (7)	---	---	---		---	---	---	---
Fachbereich gesamt	184	182	247 (32)	78	97	93 (9)	3,52	---	---	---	---

<sup>1</sup> Der Studienagng Automatisierungstechnik (Diplom) wurde im SS 2001 eingestellt.

<sup>2</sup> Diplom-Studiengang seit WS 1996/97, im SS 2002 abgelöst durch Bachelor-Studiengang.

Im Fachbereich Maschinenwesen liegen die „Erfolgsquoten“ zwischen 53 und 73 % (Maschinenbau), 44 und 64 % (Feinwerktechnik) sowie 48 und 78 % (Schiffbau).

Die Kapazitätskürzungen seit 1997 und die Einführung des neuen Studiengangs Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen haben zusammen mit einem leichten Wiederanstieg des Interesses am Ingenieurstudium dazu geführt, dass die Kapazitäten des Fachbereichs ausgelastet sind. Der Studiengang Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen ist im WS 2002/2003 von der ASI akkreditiert worden. Der neu eingeführte Studiengang Automatisierungstechnik wurde wegen unzureichender Nachfrage 2001 wieder eingestellt. Geplant ist mit den heutigen personellen Ressourcen von 28 Professuren:

- Der Studiengang Feinwerktechnik soll künftig als „Mechatronik“ stärker in den Maschinenbau integriert werden.
- Im Studiengang Schiffbau ist eine Kooperation mit der FH Flensburg für das neue Studienangebot Schiffsmaschinenbau geplant.
- Zusammen mit mehreren Unternehmen hat der Fachbereich zum Sommersemester 2002 mit dem „Industriebegleitenden Studium - IBS“ mit sieben AnfängerInnen begonnen, welches eine Lehre mit dem späteren Studium verknüpft. Dieser „Verbundstudiengang“, für den bislang erst wenige Betriebe und Interessenten gewonnen werden konnten, soll weiter ausgebaut werden. Der Fachbereich Informatik und Elektrotechnik wird dieses Modell ab dem WS 2003/2004 ebenfalls aufgreifen.

### Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit

Zum Stichtag 01.04.2002 waren 18 Professuren (von 20 vorhandenen Stellen) besetzt, die Zielzahl liegt bei 34.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		FH Kiel		D	
								1999	2000	2001	1998
Sozialwesen (Diplom)	187	187	184* (124)	113	115	124 (95)		9,0	9,0	9,0	8,0
Physiotherapie (BA) seit WS 2001/2002	--	20	20* (17)	--	--	--		--	--	--	--
Fachbereich gesamt	187	207	204 (145)	113	115	124	6,64	--	--	--	--

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt

Im Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit liegen die „Erfolgsquoten“ zwischen 64 und 75 %.

Der Fachbereich plant durch Besetzung derzeit nicht besetzter bzw. mit ProfessorInnen in Altersteilzeit besetzten Professuren den hohen Anteil (rund ein Drittel) der von Lehrbeauftragten geleisteten Lehre zu verringern. Dazu sollen auch Stellen aus anderen Fachbereichen an den Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit verlagert werden.

Die gut nachgefragten Studiengänge (wirksame Zulassungsbeschränkungen) Sozialwesen (Diplom) und Physiotherapie (Bachelor, seit 2001) sollen fortgeführt werden. Der Studiengang Physiotherapie wird als Dualer Studiengang zusammen mit einer privaten Berufsfachschule angeboten. Vom Träger dieser Fachschule (Johann Hermann Lubinus Schule) wurde eine Stiftungsprofessur eingeworben. Der Studiengang ist im WS 2002/2003 von der ZEVA akkreditiert worden.

Der Fachbereich hält die Einrichtung von Teilzeitstudiengängen für erforderlich, da viele Studierende (insbesondere Frauen) aufgrund ihrer persönlichen Situation faktisch schon jetzt ein Teilzeitstudium absolvieren.

**Fachbereich Wirtschaft**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren alle 29 Professuren besetzt, 1997 waren als Zielzahl 39 Professuren festgelegt worden.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		FH Kiel		D	
								1999	2000	2001	1998
Betriebswirtschaft (Diplom)	235	190	181 * (97)	159	146	121 (58)		9,0	9,0	10,0	8,7
Betriebswirtschaft (BA) seit WS 00/01	7	50	65 * (30)	--	--	--		--	--	--	--
Wirtschaftsinformatik (BA/MA) seit SS 01	--	19	33 * (2)	--	--	--		--	--	--	--
Wirtschaftsingenieurwesen (Aufbau - D)	10	12	16 * (5)	6	15	7 (1)		5,0	5,0	6,5	k.A
MA of Business Law (Aufbau seit WS 00/01)	7	14	16 * (8)	--	--	--		--	--	--	--
Fachbereich gesamt	259	285	311 (142)	165	161	128	4,98	--	--	--	--

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

Im Fachbereich Wirtschaft liegen die „Erfolgsquoten“ zwischen 47 und 67 % (BWL) sowie zwischen 30 und 83 % (Wirtschaftsingenieurwesen).

Die Kapazitäten des Fachbereichs sind voll ausgelastet. Als Folge des seit langem bestehenden Numerus Clausus werden regelmäßig eine größere Anzahl von BewerberInnen abgewiesen.

Mit Betriebswirtschaft (Bachelor) und Wirtschaftsinformatik (Bachelor/Master) hat der Fachbereich sein Studienangebot ausgeweitet. Hinzu kommt seit WS 2000/2001 der neue gebührenpflichtige Zusatzstudiengang „Master of Business Law“, der nicht auf die Personalkapazitäten angerechnet wird.

Der Fachbereich wendet sich gegen die vom Land geplante Reduzierung der Personal- und Studienplatzkapazitäten zugunsten des Aufbaus eines neuen Studiengangs BWL an der FH Lübeck. Stattdessen präferiert er eine Zusammenlegung der BWL-Ausbildung einschließlich der für WirtschaftsingenieurInnen auf zwei Standorte im Land.

Für den Standort Kiel schlägt der Fachbereich Wirtschaft vor:

- Integration der derzeit an der Verwaltungshochschule Altenholz angesiedelten Studiengänge.
- Neuaufbau eines Aufbaustudiengangs für AbsolventInnen der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein, einer Berufsakademie.
- Öffnung des Zugangs zum bestehenden Aufbau-Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen für AbsolventInnen naturwissenschaftlicher Studiengänge.

**Multimedia Production (fachbereichsübergreifendes Studienangebot)**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren vier Professuren besetzt, vorgesehen sind im Endausbau fünf.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		FH Kiel		D	
								1999	2000	2001	1998
Multimedia Production (D/BA) <sup>1</sup>	36	73	41 * (29)	--	--	24 (13)		--	--	--	--
Multimedia Production (MA) seit WS 02/03	--	--	25 * (8)	--	--	--		--	--	--	--
Fachbereich gesamt	36	73	66 (37)	--	--	24 (13)	3,00	--	--	--	--

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.  
<sup>1</sup> Diplom seit WS 1998/99, zusätzlich Bachelor seit WS 1999/2000.

**Internationalisierung**

In mehreren Fachbereichen werden Lehrveranstaltungen auf Englisch angeboten. Die FH Kiel bietet zahlreiche Möglichkeiten zum Erwerb eines ausländischen Abschlusses (85 Hochschulverträge bzw. -vereinbarungen, davon 38 Doppeldiplomverträge), viele davon im Studiengang BWL. Im Jahr 2000 haben 200 Studierende der FH Kiel an den Austauschprogrammen teilgenommen, 50 ausländische Studierende haben an der FH Kiel studiert. Der Fachbereich Wirtschaft führt regelmäßig ein einjähriges Studienprogramm für Studierende einer finnischen Partnerhochschule durch. Der DAAD fördert einige Studiengänge und Partnerschaften mit ausländischen Hochschulen.

## Weiterbildungsangebote

Das Institut zur Weiterbildung der FH Kiel bietet seit 1989 eine breite Palette an Weiterbildungsmöglichkeiten an. Das Programm umfasst Kurse aus nahezu allen Fachbereichen, die außerhalb des Hauptamtes überwiegend von Professoren der FH angeboten werden. Darüber hinaus können die Weiterbildungsstudiengänge „AV-Journalismus/Hörfunk“, „Die Technik des Einkaufs“ und der Kontaktstudiengang „Unternehmensführung“ belegt werden. Das Kurs-Angebot ist gebührenpflichtig. In den zurückliegenden Jahren lag der Jahresumsatz des Instituts jeweils zwischen 300 000 und 400 000 Euro.

## Forschung und Technologietransfer

Die Hochschule hat in der Zentralverwaltung die Position für eine/n Technologietransferbeauftragten/ForschungsreferentIn eingerichtet.

Für die Organisation von FuE-Dienstleistungen im Auftrag Dritter hat die FH Kiel 1995 die „Forschungs- und Entwicklungszentrum Fachhochschule Kiel GmbH“ (FuE-GmbH) gegründet, an der heute die Fachhochschule, die Sparkasse Kiel sowie ein Unternehmen der Medienwirtschaft beteiligt sind. Die Gesellschaft führt FuE-Projekte sowie Personalentwicklungsvorhaben durch. Für einen (nennenswerten) Teil der Projekte hat die FuE-GmbH Mittel aus dem EU-Sozialfonds und/oder der Bundesanstalt für Arbeit eingeworben (Qualifizierung und Eingliederung arbeitsloser HochschulabsolventInnen). Die FuE-GmbH ist im Regelfall Arbeitgeber der Projektbeschäftigten. Die ProfessorInnen der Fachhochschule sind im Nebenamt beschäftigt. Seit Gründung der FuE-GmbH sind Kontakte zu mehr als 300 Unternehmen und Organisationen vor allem im Kieler Raum aufgebaut worden. Mit nahezu 200 Firmen und Organisationen wurden Projekt- und Kooperationsverträge abgeschlossen. Die FuE-GmbH hat im Jahre 2001 einen Umsatz in Höhe von 1,7 Mio. Euro erzielt.

Das seit 1989 im Fachbereich Maschinenwesen bestehende Zentrum für CIM Technologie Transfer (CIMTT), das seinerzeit mit Mitteln des vom Bundesministerium für Forschung und Technik (BMFT) geförderten Programms „Fertigungstechnik 88/92“ errichtet wurde, hat im Jahre 2001 mit FuE-Aufträgen einen Umsatz von 1,5 Mio. Euro erzielt, wovon 163 000 Euro als Einnahmen an die Fachhochschule abgeführt wurden.

Seit 1993 gibt es an der FH Kiel ein Institut für Frauenforschung und Gender Studien mit den Aufgaben: Entwicklung und Durchführung von Frauenforschungsprojekten; Wissenschaftliche Begleitung und Beratung; Interner und externer Wissenstransfer; Organisation und Durchführung von Tagungen, Workshops und Vorträgen; Qualifizierung von NachwuchswissenschaftlerInnen. Zum Stichtag 01.04.2002 waren dort zwei ProfessorInnen, die dem Lehrkörper des Fachbereichs Soziale Arbeit und Gesundheit angehören, und insgesamt sieben MitarbeiterInnen beschäftigt. Das Personal wird aus Hochschulmitteln, aus Sondermitteln des Wissenschaftsministeriums sowie aus Drittmitteln finanziert. Für die hier beschäftigten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen besteht keine Lehrverpflichtung.

## IV.6.2. Empfehlungen

### 1. Ingenieurwissenschaften

Die FH Kiel hat im Zuge der Umsetzung der Ergebnisse der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ von 1997 eine Reduktion der Kapazitäten in den „klassischen“ Ingenieurstudiengängen Elektrotechnik und Maschinenbau eingeleitet

sowie ihr Studienangebot um neue Studiengänge erweitert. Legt man die im April 2002 besetzte Anzahl von Professuren in den Fachbereichen Informatik und Elektrotechnik sowie Maschinenwesen zugrunde, so wurden die 1997 festgelegten Zielzahlen für die Personalkapazität mittlerweile erreicht bzw. zum Teil bereits unterschritten. Eine weitere Personalreduktion hätte den Abbau von ausgelasteten Studienplätzen zur Folge.

Die Nachfrage nach den neuen Studiengängen Technologiemanagement und -marketing sowie Internet Science & Technology im Fachbereich Informatik und Elektrotechnik lag bei der Einführung im WS 2000/2001 deutlich über der Aufnahmekapazität. Im Studiengang Technologiemanagement und -marketing waren die festgelegten Kapazitäten Plätze zum WS 2002/2003 jedoch nicht voll ausgelastet. Es bleibt abzuwarten, ob für derart spezialisierte Studiengänge ein Arbeitsmarkt erschlossen werden kann. Die Kommission rät daher zur Zurückhaltung bei der Einführung allzu tagesaktueller Spezialstudiengänge. Bei der zunehmenden Kleinteiligkeit des Studienangebots sieht die Kommission zudem die Gefahr eines unökonomischen Mitteleinsatzes, wenn beispielsweise Veranstaltungen, die speziell für einzelne Studiengänge angeboten werden müssen, nicht ausgelastet werden können.

Die in den Fachbereichen Informatik und Elektrotechnik sowie Maschinenwesen entwickelten Modelle zur Verknüpfung einer Berufsausbildung mit einem FH-Studium (Triales Modell sowie Industriebegleitendes Studium) sind vielversprechend und sollten fortgeführt werden, wenn genügend Kooperationspartner in der Wirtschaft gewonnen werden können.

Auf dem Gebiet Schiffsmaschinenbau und -betrieb plant die FH Kiel eine Kooperation mit der FH Flensburg. Dies wird von der Kommission unterstützt; gegebenenfalls kommt eine gemeinsame Professur infrage. Von einem Spezialstudiengang auf diesem Gebiet wird abgeraten.

## 2. Bauwesen

Die Ausbildung im Bauwesen am Standort Eckernförde hat eine lange Tradition. Eine externe Evaluation des Fachbereichs hat 2001 jedoch Defizite im Fachbereich aufgedeckt, die bis heute nicht beseitigt sind. Auffällig und für die Kommission nicht akzeptabel sind die langen Studienzeiten im Studiengang Architektur, die mit 14,0 Semestern deutlich über dem bundesweiten Vergleichswert für die Architektur an Fachhochschulen (Median 1998: 9,9 Semester) liegen. Zu denken gibt darüber hinaus die hohe Abbrecherquote in Architektur. Ein Grund hierfür mag in der Studienorganisation liegen. Die in der Studienordnung festgeschriebene Anzahl von parallel zu absolvierenden Übungen und Prüfungen macht es nahezu unmöglich, die vorgesehene Regelstudienzeit von acht Semestern einzuhalten.

Im Studiengang Bauingenieurwesen sind die Studienzeiten spürbar kürzer. Aber auch hier liegt die mittlere Studiendauer mit 10,0 Semestern über dem bundesweiten Vergleichswert (9,0 Semester).

Trotz der räumlichen Nähe beider Studiengänge gibt es am Standort Eckernförde keine fachübergreifende Zusammenarbeit. Angesichts der sich zunehmend überschneidenden Arbeitsgebiete der AbsolventInnen beider Fächer und auch vor dem Hintergrund knapper werdender Personalkapazitäten hält die Kommission für die Ausbildung von ArchitektInnen und BauingenieurInnen einen integrativen Ansatz für zukunftsweisend.

Die sinkende Zahl der StudienbewerberInnen, die im Studiengang Bauingenieurwesen bereits zu freien Studienplätzen geführt hat, signalisiert Überkapazitäten. In dieser Situation und angesichts relativ kleiner Fachbereiche wäre es unwirtschaftlich, im Lande drei Studiengänge für Architektur aufrecht erhalten zu wollen. Bei Beibehaltung von zwei Standorten für Architektur und Bauingenieurwesen würde die gebotene Kapazitätseinschränkung dazu führen, dass das Fächerspektrum derart eingeschränkt werden müsste, dass die schleswig-holsteinischen Bau-Studiengänge für mobile Studierende unattraktiv würden. Da nur wenige Spezialgebiete angeboten werden könnten, wären diese kleinen, unterkritischen Fachbereiche auch unattraktiv für die Bauwirtschaft des Landes. Die Kommission empfiehlt daher, das Bauwesen in Schleswig-Holstein an einem Standort zu konzentrieren.

Aus qualitativen und finanziellen Überlegungen empfiehlt die Kommission eine Konzentration in Lübeck. Für Einzelheiten vergleiche Kapitel C.III.4 Bauwesen an Fachhochschulen.

Die am Standort Eckernförde notwendigen Investitionen für die Grundsanierung des bestehenden Gebäudes in geschätzter Höhe von 6,2 Mio. Euro können dann entfallen.

### **3. Betriebswirtschaftslehre**

Für den Studiengang BWL empfiehlt die Kommission eine Fortführung des aktuellen Studienangebots unter Beibehaltung der bisherigen Personalkapazität. Die nach den Plänen des Landes vorgesehene Verlagerung von Stellen an die FH Lübeck würde zum Abbau von gut nachgefragten Studienplatzkapazitäten an der FH Kiel führen. Davon rät die Kommission ab.

### **4. Sozialwesen**

Die Kommission empfiehlt im Fachbereich Sozialwesen die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums einzuführen, um die persönlichen Lebensbedingungen der überwiegend weiblichen Studierenden, von denen bereits jetzt eine nicht unerhebliche Anzahl ihr Studium de facto in Teilzeit absolviert, angemessen berücksichtigen zu können. Sofern die Finanzen dies zulassen, sollte mit Priorität daran gearbeitet werden, den hohen Einsatz von Lehrbeauftragten im Pflichtlehreangebot zu senken.

### **5. Multimedia Production**

Im Studiengang Multimedia Production, der bislang mit einer knapp bemessenen Personalkapazität von vier ProfessorInnen durchgeführt wird, ist eine personelle Verstärkung und organisatorische Verstetigung dringend geboten, um die Qualität des Studienangebots, das im WS 2002/2003 durch einen Master-Studiengang mit internationaler Ausrichtung ergänzt wurde, langfristig gewährleisten zu können. Eine engere Kooperation mit der Muthesius Hochschule in den Design-Fächern wird nachdrücklich empfohlen.

### **6. Landbau**

Für den Fachbereich Landbau, dessen Leistungen die Kommission ausdrücklich würdigt, empfiehlt sie eine weitreichende Kooperation mit der Agrarfakultät der Universität Kiel. Dazu wird eine Verlagerung des weiterhin zur FH Kiel gehörenden Fachbereichs Landbau auf einen Standort in unmittelbarer Nähe zu den Instituten der Agrarfakultät der Universität empfohlen. Siehe hierzu Kapitel C.III.3., Seite 93 ff.



---

## 7. Bachelor- und Master-Angebote

Im Interesse eines effizienten Mitteleinsatzes empfiehlt die Kommission den Fachbereichen, die bereits Bachelor- und Master-Studiengänge eingerichtet haben, eine konsequente Umstellung auf die gestuften Abschlüsse. Die Parallelität von Diplom-Studiengängen einerseits und Bachelor- und Master-Angeboten andererseits ist eine tendenziell unökonomische Übergangslösung, wenn – was unabdingbar ist – zumindest in Teilen voneinander abweichende Curricula angeboten werden. Master-Studiengänge sollten mit Blick auf die nur begrenzt vorhandenen Personalkapazitäten auf leistungsfähige Fachbereiche beschränkt bleiben. Der von der Hochschulleitung in die Diskussion gebrachten Auffassung „Kein Bachelor ohne Master“ kann die Kommission nicht folgen.

## IV.7. Fachhochschule Lübeck

### IV.7.1. Ausgangslage

Die FH Lübeck (FHL) ist 1969 aus zwei staatlichen Ingenieurschulen (Bau- sowie Ingenieurwesen) und einer staatlichen Seefahrtsschule entstanden. Die Hochschule ist in Bauten der 60er und 90er Jahre auf dem Campusgelände im Süden von Lübeck in unmittelbarer Nachbarschaft zur Universität Lübeck untergebracht. Mensa und Bibliothek werden von beiden Hochschulen gemeinsam genutzt, ein gemeinsamer Neubau für Informatik und Medizintechnik ist im Rohbaustadium.

### Das Personal

Die FH Lübeck hatte zum Stichtag 01.04.2002 einen Personalbestand von 215,5 Personen: 102,5 ProfessorInnen (davon 5 weiblich), 59,5 LaboringenieurInnen (18) und 53,5 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (17). Drei Professuren (1 weiblich) sowie 3,75 Stellen für weitere MitarbeiterInnen (2,75) werden aus Sonderprogrammen finanziert.

Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt:

Fachbereich	ProfessorInnen	sonstiges wissenschaftl. Personal	nichtwissenschaftliches Personal
Angewandte Naturwissenschaften	C3 17 C2 9,5		15,5
Bauwesen	C3 15 C2 6		5,5
Elektrotechnik	C3 22 C2 8		23
Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen	C3 16 C2 9		12,5
FH-Zentrale / Verwaltung			53,5
Personal FH gesamt davon weiblich	102,5 5	0	113 35

Seit 1995 wurden zehn Stellen abgebaut. Derzeit sind 15,5 Stellen für ProfessorInnen und 15 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal aus finanziellen Gründen unbesetzt. In den nächsten fünf Jahren (2003 - 2007) werden altersbedingt 18 ProfessorInnenstellen frei (rund 20 % des Bestandes) und bis 2010 weitere 11 Stellen.

Für technische Fachgebiete soll es vorerst keine Nachbesetzungen von Professuren geben, die Stellen sollen stattdessen für Informatik, BWL und Wirtschaftsingenieurwesen umgewidmet werden.

### Das Budget

Im Jahr 2002 hat die Hochschule einen Landeszuschuss von 13,8 Mio. Euro erhalten. 2001 verfügte die FH Lübeck über insgesamt 5,7 Mio. Euro Drittmittel. 204 500 Euro davon kamen von der EU (die FHL ist zentrale Antragsstelle der Hochschulen des Landes für das Leonardo-Auslandsprogramm), 4,8 Mio. Euro kamen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für das Bundesleitprojekt „Virtuelle FH“ (siehe Seite 174), die zu großen Teilen an andere Hochschulen des Konsortiums „Virtuelle FH“ weitergeleitet wurden. Drittmittel für die Forschung wurden im Umfang von ca. 600 000 Euro eingeworben (DFG 149 000 Euro; Wirtschaft 102 250 Euro; Stiftungen,

insbesondere Technologiestiftung Schleswig-Holstein, 217 300 Euro; Sonstige 122 700 Euro). Die Drittmittel (ohne die Mittel für die Virtuelle FH) haben bezogen auf den Landeszuschuss eine Größenordnung von 4,9 %. Hinzu kamen Einnahmen der Hochschule in Höhe von 352 000 Euro.

### **StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen**

Mitte der 90er Jahre erreichte die Zahl der Studierenden mit mehr als 3 000 einen Höhepunkt. Seither ist sie auf rund 2 100 gesunken. Neuerdings steigen die Zahlen wieder. Im WS 2002/2003 waren 2 250 Studierende (davon 550 weiblich) immatrikuliert. Bei den AnfängerInnen (1990: 897) gab es den Tiefpunkt 1999 mit 504, seither gab es einen kontinuierlichen Anstieg auf 767 in 2002 (2001: 704; 2000: 564). Darin enthalten sind 2002 22 AnfängerInnen (1 weiblich) in dem gemeinsam mit der benachbarten Universität betriebenen Master-Studiengang Medical Technology (darunter 16 Studierende aus dem Ausland).

Das Studienangebot umfasst die Ingenieurwissenschaften einschließlich Architektur und Wirtschaftsingenieurwesen. BWL ist bislang als Studiengang nicht vertreten. Die Hochschule bietet mehrere kleine Spezialstudiengänge (Physik, Chemie, Umweltingenieurwesen, Medizintechnik) an, die es in Schleswig-Holstein nur in Lübeck gibt. (Das Studium Physikalische Technik an der FH Wedel läuft aus. (Vgl. Kapitel C.IV.9., FH Wedel, Seite 185)

Die vom Land 1997 im Zuge der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ festgelegte Gesamtaufnahmekapazität für den Fachbereich Angewandte Naturwissenschaften liegt bei 195 AnfängerInnen p. a., die in den letzten Jahren zu 75 bis 100 % ausgelastet war. Im Fachbereich Bauwesen stehen im WS 2002/2003 120 AnfängerInnenplätzen 93 StudienanfängerInnen gegenüber. Architektur ist ein NC-Fach, 2002 wurden jedoch nahezu alle BewerberInnen zugelassen. Im FB Maschinenbau/Wirtschaftsingenieurwesen sind die 170 AnfängerInnenplätze mit 237 StudienanfängerInnen „überlastet“, wobei die Nachfrage im Wirtschaftsingenieurwesen deutlich höher ist als im Maschinenbau (2002: 78 AnfängerInnen für Maschinenbau, 152 für Wirtschaftsingenieurwesen). Auch im Fachbereich Elektrotechnik liegen die AnfängerInnenzahlen deutlich über den 1997 festgelegten Zielzahlen (2002: 173 AnfängerInnen/130 AnfängerInnenplätze). In einigen Fächern liegen die Studierendenzahlen allerdings immer noch unter den Erwartungen. Auslastungsreserven gibt es insbesondere in Physik, Chemie, Umweltingenieurwesen sowie Energiesysteme und Automation (ESA). Die Unterauslastung in ESA wird durch die Überlast in anderen Studiengängen des Fachbereich Elektrotechnik kompensiert.

### **Fachbereich Angewandte Naturwissenschaften**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren im Fachbereich Angewandte Naturwissenschaften 26,5 Professuren (von 33 vorhandenen Stellen) besetzt. In der Hochschulstrukturreform von 1997 sind als Zielzahl 33,5 Professuren festgelegt worden.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median) FH Lübeck			
	2000	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		1999	2000	2001	1998
Medizintechnik Vollstudium (Diplom)	55	100	73 (33)	62 <sup>1</sup>	47 <sup>1</sup>	33 <sup>1</sup> (10)		--	--	10,0	9,0
Medizintechnik Erg.studium (Diplom)	11	14	6 (1)	5 <sup>1</sup>	2 <sup>1</sup>	1 (1)		--	--	--	--
Umweltingenieurwesen Vollstudium (Diplom)	22	22	38 (15)	--	3	5 (3)		--	--	10,0	8,5
Umweltingenieurwesen Erg.studium (Diplom)	10	11	14 (4)	--	--	--		--	--	--	--
Physikalische Technik (Diplom)	23	35	27 (3)	27	22	4 (1)		10,5	10,0	10,0	9,4
Chemieingenieurwesen (Diplom)	24	14	29 (18)	12	7	14 (9)		10,0	12,0	13,0	9,8
Medical Technology (M.Sc.) <sup>2</sup>	--	--	22 <sup>*</sup> (1)	--	--	--		--	--	--	--
Fachbereich gesamt	145	196	209 (75)	106	81	52 (23)	2,51	--	--	--	--

Quelle für diese und die nachfolgenden Tabellen: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl „AbsolventInnen je ProfessorIn“ wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 im Fachbereich besetzten Professuren. Median Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. 2002 = SS 2002 und WS 2002/2003.

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Angaben enthalten AbsolventInnen des 1999 eingestellten Studiengangs Technisches Gesundheitswesen.

<sup>2</sup> Studiengang wird gemeinsam mit der benachbarten Universität betrieben.

Die Studiengänge Medizintechnik (mit vier Studienrichtungen) und Umweltingenieurwesen sind 1999 aus dem früheren Studiengang Technisches Gesundheitswesen hervorgegangen. Im Studiengang Physikalische Technik stehen seit 2001 zwei Studienrichtungen zur Wahl: Physikalische Technik und Mikrosystemtechnik. Der Studiengang Chemieingenieurwesen wird seit 2001 mit den Studienrichtungen Analytische Chemie und Biotechnologie angeboten.

Im Fachbereich Angewandte Naturwissenschaften bewegen sich die „Erfolgsquoten“<sup>72</sup> zwischen 39 und 63 % (Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Die vier Studiengänge des Fachbereichs (Chemieingenieurwesen, Medizintechnik, Physikalische Technik und Umweltingenieurwesen) sind modularisiert und miteinander vernetzt worden. Durch eine Konzentration auf weniger Studienrichtungen soll künftig der Aufwand verringert werden. Im Hinblick auf das begrenzte studentische Interesse sollen die Aufnahmekapazitäten reduziert werden. Vorgesehen sind für alle vier Studiengänge 165 AnfängerInnenplätze. Der Betrieb ist, mit Ausnahme der Medizintechnik, auf nur einen Studienbeginn pro Jahr umgestellt worden.

Neu ist ein mit der Universität Lübeck gemeinsam entwickelter Master-Studiengang Medical Technology, der im WS 2002/2003 begonnen hat. Er wird vom DAAD gefördert. Das Studium wird vollständig auf Englisch angeboten, der Abschluss von beiden Hochschulen gemeinsam verliehen.

<sup>72</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von vier Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.

Die bisherige Studienrichtung Hörgeräteakustik im Studiengang Medizintechnik soll zu einem Dualen Studium entwickelt werden. Diese Studienrichtung wird weitgehend von Lehrkräften des Fachbereiches Elektrotechnik getragen.

Im Fachbereich wird überlegt, aufbauend auf der Studienrichtung Biotechnologie im Studiengang Chemieingenieur künftig einen Master-Studiengang Biotechnologie anzubieten. Geplant ist zudem ein zweiter Dualer Studiengang auf dem Gebiet Medizintechnik-Optik.

**Fachbereich Bauwesen**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren alle 21 Professuren besetzt. In der Hochschulstrukturreform von 1997 sind keine Zielzahlen festgelegt worden.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		FH Lübeck <sup>1</sup>			D
			(dav. weibl.)			(dav. weibl.)		1999	2000	2001	1998
Architektur (Diplom)	77	74	64 *	70	54	43		9,8	9,7	9,4	9,9
Bauingenieurwesen (Diplom)	48	59	29	47	46	37		9,9	9,4	9,9	9,0
			(8)			(11)					
Fachbereich gesamt	125	133	93	117	100	80	4,29	—	—	—	—
			(40)			(39)					

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

Seit zwei Jahren gibt es für beide Studiengänge ein gemeinsames Vorlesungsangebot im Umfang von ca. 30 % aller Vorlesungen (Lübecker Modell).

Im Fachbereich Bauwesen liegen die „Erfolgsquoten“ zwischen 63 und 83 % (Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Das Land plant, den Studiengang Bauingenieurwesen an der FH Lübeck einzustellen. Architektur soll nur noch an der FHL und künstlerisch ausgerichtet an der Muthesius Hochschule angeboten werden, Bauingenieurwesen ausschließlich in Eckernförde.

Unter der Vorgabe des Landes für eine Personalreduktion plant der Fachbereich mit insgesamt 16 ProfessorInnen (Personalbestand aktuell: 21 ProfessorInnen) die Fortführung der Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen. Vorgesehen sind insgesamt 100 AnfängerInnen p.a. (zur Zeit 135). Im Studiengang Bauingenieurwesen sollen die bisherigen Vertiefungsrichtungen weiterhin angeboten werden. Die derzeit nicht ausgelasteten Vertiefungsrichtungen Straßenbau und Wasserbau sollen zukünftig im Rahmen eines Hochschulverbundes der Hochschulen Wismar, Kiel und Lübeck angeboten werden. Für Wasserbau sind bereits Kooperationsverträge erarbeitet worden, die auch eine Master-Ausbildung enthalten.

Geplant ist zudem mit Beginn zum WS 2003/2004 ein Duales Studium Bauökonomie, das in Kooperation mit Partnern aus der Bauwirtschaft entwickelt wurde und eine zweijährige Ausbildung in den Berufen des Bauhandwerks in die Ausbildung integriert.

**Fachbereich Elektrotechnik**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren 30 Professuren (von 35 vorhandenen Stellen) besetzt, die Zielzahl der Strukturreform von 1997 liegt bei 17.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		FH Lübeck			D
								1999	2000	2001	1998
Elektrotechnik KIM <sup>1</sup> (Diplom)	100	139	119 (10)	41 <sup>2</sup>	33 <sup>2</sup>	21 <sup>2</sup> (0)		11,0	11,0	9,5	9,2
Elektrotechnik ESA (Diplom)	19	21	19 (2)	--	9	10 (1)		--	--	--	9,2
Informationstechnologie u. Gestaltung (Diplom)	27	32	35 <sup>*</sup> (10)	--	--	--		--	--	--	--
Medieninformatik Online (BA)	--	55	31 <sup>*</sup> (8)	--	--	--		--	--	--	--
Fachbereich gesamt	146	247	204 (30)	41	42	31 (1)	1,22	--	--	--	--

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> inkl. Mikrosystemtechnik (Diplom).

<sup>2</sup> inkl. AbsolventInnen aus dem Studiengang Elektrotechnik, der zum WS 1999/2000 ausgelaufen ist und durch Elektrotechnik KIM und ESA abgelöst wurde.

Der Studiengang Elektrotechnik wurde 1999 aufgeteilt in die beiden Diplom-Studiengänge Kommunikations-, Informations- und Medientechnik (KIM) sowie Energiesysteme und Automation (ESA). KIM wird mit vier Studienrichtungen angeboten: Kommunikations- und Informationstechnik, Informatik, Mikrosystemtechnik und Internationales Studium der Nachrichtentechnik (ISN). Das Internationale Studium besteht seit 1994 in Kooperation mit der Milwaukee School of Engineering (USA). Das Studium wird gemeinsam für deutsche und amerikanische Studierende in englischer Sprache mit Aufhalten an der jeweiligen Partnerhochschule durchgeführt. Der Studiengang ist in den USA akkreditiert und wird mit einem Doppelabschluss (Diplom-/Bachelor) abgeschlossen. Der 1997 eingerichtete Studiengang Mikrosystemtechnik läuft wegen schwacher Nachfrage (10 - 17 AnfängerInnen p. a.) aus und wird als Studienrichtung im Studiengang KIM fortgeführt.

Darüber hinaus bietet der Fachbereich Elektrotechnik seit 1999 in Zusammenarbeit mit Hochschulen in Malmö, Kopenhagen und Barcelona den internationalen Studiengang Informationstechnologie und Gestaltung (Diplom), für den 30 AnfängerInnenplätze p.a. zur Verfügung stehen. Seit WS 2001/2002 besteht zudem im Rahmen der Virtuellen FH die Möglichkeit, im Fernstudium Medieninformatik Online zu belegen.

Im Fachbereich Elektrotechnik schwanken die „Erfolgsquoten“ zwischen 44 bis 75 % (Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Bis auf ESA sind die Studiengänge ausgelastet, zum Teil rechnerisch überlastet. Sie sollen fortgeführt werden. In Ergänzung zum Online-Studiengang Medieninformatik (Bachelor) soll es demnächst auch ein Master-Angebot geben. Im Präsenzstudium soll entweder ein Bachelor-Studiengang in Medieninformatik oder ein Diplom-Studiengang in Informatik hinzukommen. Hierfür sind bei 40 AnfängerInnenplätzen zwei bis drei ProfessorInnenstellen zusätzlich erforderlich.

Der unzureichend nachgefragte Studiengang ESA soll in den Kapazitäten eingeschränkt werden. Darüber hinaus wird seit WS 2002/2003 im Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen anstelle des nicht nachgefragten Schwerpunktes Elektrotechnik ein neuer Schwerpunkt Energietechnik angeboten. KIM und ESA haben ein zu 75 % iden-

tisches Grundstudium. Ein Teil der für ESA eingeplanten Personalressourcen wird zur Bewältigung der Überlast im KIM-Grundstudium verwendet.

### Fachbereich Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen

Zum Stichtag 01.04.2002 waren 25 Professuren (von 29 vorhandenen Stellen) besetzt, die 1997 festgelegte Zielzahl liegt bei 28.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		FH Lübeck		D	
								1999	2000	2001	1998
Maschinenbau (Diplom)	76	66	81 (6)	42	47	25 (7)		9,5	12,5	10,0	9,4
Wirtschaftsingenieurwesen (Diplom)	72	117	152 (37)	29	46	51 (5)		—	9,0	9,0	9,1
Internat. Wirtschafts- ingenieurwesen (D/BA)	10	8	7 (k.A.)	—	—	—		—	—	—	—
Wirtschaftsingenieurwesen Online (BA) s. WS 02/03	—	—	22 * (3)	—	—	—		—	—	—	—
Health Care (MBA)	—	14	28 * (5)	—	—	—		—	—	—	—
Fachbereich gesamt	158	205	290 (51)	71	93	76 (12)	3,38	—	—	—	—

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 durch NC beschränkt. Im Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen (BA) waren im WS 2002/2003 22 der 40 zur Verfügung stehenden Plätze besetzt.

Das Studium im Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen besteht zu einem Drittel aus Modulen des Maschinenbaus. Das Internationale Studium Wirtschaftsingenieurwesen (ISW) gibt es seit dem WS 2000/2001. Es wird in Kooperation mit der Milwaukee School of Engineering (USA) gemeinsam für deutsche und amerikanische Studierende in englischer Sprache mit Aufhalten an der jeweiligen Partnerhochschule durchgeführt. Der Studiengang wird mit einem Doppelabschluss (Diplom-Bachelor) abgeschlossen. Beim MBA-Studium Health Care Management handelt es sich um einen gebührenpflichtigen Weiterbildungsstudiengang für MedizinerInnen, der zusammen mit dem Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg angeboten wird.

Im Fachbereich Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen liegen die „Erfolgsquoten“ zwischen 59 und 78 % (Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Seit dem SS 2002 besteht für alle Lübecker Hochschulen durch eine Professur für Entrepreneurship an der FHL ein interdisziplinäres BWL-Lehrangebot zu den Themen Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Unternehmensgründung und -sicherung. Die zeitlich befristet besetzte Professur ist dem Fachbereich Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen zugeordnet und in den 25 Professuren des Fachbereiches enthalten.

Das Studienangebot der FHL ist durchweg modularisiert. Mehr als 40 % der Lehre werden für mehrere Studiengänge gleichzeitig angeboten. Seit Beginn des Projekts Virtuelle FH hat der Anteil von Online-Lehre auch in anderen Bereichen der FHL zugenommen.

Die beiden Studiengänge Maschinenbau (mit vier Studienrichtungen) und Wirtschaftsingenieurwesen (mit drei Vertiefungsrichtungen und einem internationalem Studiengang) sind ausgelastet und sollen fortgeführt werden. Dabei soll die Informatikkomponente gestärkt werden. Für Maschinenbau ist - wie in Elektrotechnik/Nach-

richtentechnik - eine internationale Studienrichtung International Mechanical Engineering eingeführt worden, ein Duales Studium ist geplant. Wirtschaftsingenieurwesen wird seit dem WS 2002/2003 auch als Online-Studium mit Bachelor-Abschluss im Rahmen der Virtuellen FH angeboten, ein gebührenpflichtiges Master-Studium soll folgen.

### **Virtuelle Fachhochschule**

Die Virtuelle Fachhochschule (VFH) ist ein durch das BMBF gefördertes Bundesleitprojekt mit einem Finanzvolumen von mehr als 20 Mio. Euro. Die FHL ist hier Sprecherhochschule (für mehr als zehn Partner in Norddeutschland und Berlin) und quantitativ wichtigster Teilnehmer am Konsortium von Fachhochschulen, die gemeinsam Online-Studiengänge entwickeln und anbieten.

Das Projekt läuft seit 1998, die Förderung endet 2003/2004. Das Ziel ist der Aufbau von Online-Fernstudiengängen mit 20 % Präsenzphasen. Entwickelt werden sowohl gebührenfreie grundständige Angebote (erhoben wird lediglich eine Medienbezugsgebühr von 65 Euro pro Modul/Semester) als auch gebührenfinanzierte Weiterbildungsangebote. Im Rahmen des MBA-Weiterbildungsstudiengang Health Care Management werden bereits partiell Online-Module gegen Gebühr eingesetzt, weitere Einsätze von Online-Modulen in anderen Weiterbildungsangeboten sind geplant.

Seit WS 2001/2002 wird an der FH Lübeck der Studiengang Medieninformatik Online mit 55 eingeschriebenen AnfängerInnen im ersten und 29 im zweiten Jahr durchgeführt. Für 2002 hatte das Land die Zulassungszahl auf 30 AnfängerInnen begrenzt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass mit den Online-Studierenden eine neue Klientel für die FHL gewonnen werden konnte. Viele der Online-Studierenden sind älter und berufstätig oder widmen sich der Erziehung von Kindern. Mehrheitlich kommen die Online-Studierenden nicht aus der Region Lübeck. Über das bisherige Angebot hinaus wird seit dem WS 2002/2003 auch ein Online-Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen mit 22 AnfängerInnen (Zulassungszahl 40) angeboten.

Bislang wird das Angebot vom BMBF finanziert. Künftig soll die Durchführung der Online-Studiengänge an der FHL aus Medienbezugsgebühren, für Weiterbildungsstudiengänge auch Studiengebühren und aus dem Haushalt der FHL finanziert werden. Das Land stellt nach Auslaufen der Drittmittel ab 2004 zusätzlich 250 000 Euro p.a. in Aussicht.

### **Entwicklungskonzepte und Pläne**

Die FH Lübeck plant eine weitere Reduktion des personellen Aufwands für die naturwissenschaftlich-technischen Studienangebote durch stärkere Vernetzung der Studiengänge und Studienrichtungen, Modularisierung und Zusammenlegung von Lehrveranstaltungen, Verschlinkung der Studienrichtungen/Vertiefungen sowie - in Einzelfällen - durch Umstellung des Studienbeginns auf jährlich einen Termin. In den kommenden Jahren sollen freiwerdende Professuren vorrangig für den Aufbau eines Studiengangs Betriebswirtschaft sowie die Stärkung der Informatik zu verwendet werden.

Für den Aufbau eines Studiengangs Betriebswirtschaft mit Bachelor- und Master-Abschluss sind acht neu einzurichtende Professuren und eine Aufnahmekapazität von 70 - 80 AnfängerInnen p.a. geplant. Als Schwerpunkte sind Dienstleistungsmanagement (u.a. Health Care Management), International Business und E-Business vorgesehen. Der einjährige MBA Health Care Management, der gegen kostendeckende Studiengebühren berufsbegleitend für ÄrztInnen angeboten wird, soll in das BWL-Angebot integriert werden.



Ferner ist ein Konzeptpapier für einen neuen Studiengang „Informationstechnologie und Medienkultur“ erarbeitet worden.

### **Bauliche Planung der FH Lübeck**

Nach Fertigstellung des geplanten zentralen Hörsaalgebäudes, das gemeinsam mit der Universität genutzt werden soll, sieht die Fachhochschule noch Bedarf für einen Neubau für die Verwaltung. Ferner verweist sie auf notwendige Sanierungsmaßnahmen im Gebäude der gemeinsam mit der Universität betriebenen Mensa.

## **IV.7.2. Empfehlungen**

Im Zuge der Umsetzung der Ergebnisse der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ von 1997 hat die FH Lübeck einen Abbau der Personalkapazität eingeleitet. In den Fachbereichen Angewandte Naturwissenschaften sowie Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen lag die Zahl der am Stichtag 01.04.2002 besetzten Professuren unter den 1997 festgelegten Zielzahlen. Dagegen liegt der Personalbestand im Fachbereich Elektrotechnik noch über den festgelegten Zielzahlen.

Zugleich hat die FH Lübeck ihr Studienangebot durch Verselbständigung früherer Studienrichtungen und durch neue Profilierungen erheblich erweitert. Seit einigen Jahren steigt – parallel zum bundesweiten Trend – die Zahl der AnfängerInnen auch wieder. Im Ergebnis sind mittlerweile die 1997 für die Aufnahmekapazität festgelegten Zielzahlen erreicht und teilweise überschritten. Da die Personalkapazität in einigen Bereichen noch über den 1997 festgelegten Zielzahlen liegt, gibt es jedoch keine größeren Probleme. Vielmehr bestehen in den höheren Semestern durchweg noch Auslastungsreserven.

### **1. Angewandte Naturwissenschaften**

Die Kapazitäten im Fachbereich Angewandte Naturwissenschaften sind gemessen am Indikator AnfängerInnen insgesamt ausgelastet. Allerdings signalisiert die Zahl der Studierenden in höheren Semestern Handlungsbedarf. Die Zahl der angebotenen Studiengänge hat sich im Vergleich zu 1997 von drei auf sechs verdoppelt. Bei den zum Teil sehr kleinen Gruppengrößen stellt sich die Frage, in wie weit die vorhandenen Mittel effizient eingesetzt werden. Die Kommission empfiehlt, auf schwach nachgefragte Wahlfächer zu verzichten. Längerfristig unterausgelastete Studiengänge sollten eingestellt werden.

In der Ausdifferenzierung des Studiengangs Chemieingenieurwesen in die Studienrichtungen Analytische Chemie und Biotechnologie, die ressourcenneutral mit dem vorhandenen Personalbestand erfolgt ist, sieht die Kommission ein Mittel, mehr Studierende für den Studiengang zu gewinnen und die Auslastung zu verbessern. Ob der im Jahre 2002 zu beobachtende Anstieg an AnfängerInnen von Dauer sein wird, bleibt abzuwarten. Plänen für einen Ausbau der Biotechnologie z.B. in die biologische Verfahrenstechnik mit eigenen Master-Studiengängen kann die Kommission nicht zustimmen, nicht zuletzt weil das Land hierfür an der FH Flensburg erhebliche Investitionen getätigt hat. Auch bleibt abzuwarten, wie sich der Arbeitsmarkt für die demnächst in größerer Zahl an den Hochschulen des Landes (Universität Kiel, Universität Lübeck, FH Flensburg) in Biochemie, Molekulare Biotechnologie und Biologische Verfahrenstechnik ausgebildeten AbsolventInnen entwickeln wird.

Der gemeinsam mit der Universität Lübeck entwickelte Master-Studiengang Medical Technology erscheint viel versprechend. Die Erfahrungen, die hierbei ge-

macht werden, können als Basis für weitere gemeinsame Studienangebote der beiden Lübecker Hochschulen genutzt werden.

## 2. Bauwesen

Das „Lübecker Modell“ im Fachbereich Bauwesen, gemeint ist die enge Verzahnung der Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen, überzeugt inhaltlich und sollte weiter entwickelt werden. Angesichts der sich zunehmend überschneidenden Arbeitsgebiete der AbsolventInnen beider Fächer und auch vor dem Hintergrund knapper werdender Personalkapazitäten hält die Kommission diesen integrativen Ansatz für die Ausbildung von ArchitektInnen und BauingenieurInnen für zukunftsweisend. Sie empfiehlt die Ausbildung von ArchitektInnen und BauingenieurInnen auch künftig nur gemeinsam anzubieten.

Die sinkende Zahl der StudienbewerberInnen, die im Studiengang Bauingenieurwesen bereits zu freien Studienplätzen geführt hat, signalisiert Überkapazitäten. In dieser Situation und angesichts relativ kleiner Fachbereiche wäre es unwirtschaftlich, im Lande drei Studiengänge für Architektur aufrecht erhalten zu wollen. Eine Kapazitätsreduktion um z. B. ein Drittel würde das jeweils mögliche Fächerspektrum derart beschränken, dass die schleswig-holsteinischen Bau-Studiengänge für mobile Studierende unattraktiv würden, so dass sie anderswo studieren würden. Da nur wenige Spezialgebiete angeboten werden könnten, wären diese kleinen, unterkritischen Fachbereiche auch unattraktiv für die Bauwirtschaft des Landes. Die Kommission empfiehlt daher, das Bauwesen in Schleswig-Holstein an einem Standort zu konzentrieren.

Aus qualitativen und finanziellen Überlegungen empfiehlt die Kommission eine Konzentration des Bauwesens in Lübeck. Lübeck als Standort mit hoher Urbanität bietet ein gutes Umfeld für eine synergetische Ausbildung von ArchitektInnen und BauingenieurInnen. Die am Standort Eckernförde notwendigen Investitionen für die Grundsanierung des bestehenden Gebäudes in geschätzter Höhe von 6,2 Mio. Euro können dann entfallen.

Die Kommission schlägt vor, die aktuell in Lübeck vorhandenen Kapazitäten unter Einbeziehung des Personals aus Eckernförde und aus dem Studiengang Architektur der Muthesius Hochschule um rund 50 % zu erhöhen. Ein derart erweiterter Fachbereich würde über 30 - 32 Professuren und rund 180 AnfängerInnenplätze verfügen. Mit Fertigstellung des neuen Hörsaalgebäudes auf dem Hochschulcampus in Lübeck läßt sich diese Kapazitätserweiterung auch räumlich ohne zusätzliche Kosten bewältigen.

Die Kommission geht davon aus, dass sich bei einer Konzentration des Bauwesens auf dem Lübecker Campus Möglichkeiten zur intensiveren Kooperation beispielsweise mit der Elektrotechnik (Gebäudetechnik), mit dem Maschinenbau und mit dem Wirtschaftsingenieurwesen ergeben werden. Insbesondere der geplante Duale Studiengang Bauökonomie erscheint der Kommission vielversprechend.

Die Fachhochschulen Lübeck und Kiel sowie die Muthesius Hochschule sollten einen gemeinsamen Ausschuss bilden, der in Zuordnung zum Hochschulrat die Zusammenführung der Studiengänge des Bauwesens begleitet und ein Entwicklungskonzept vorlegt, das auf dem Lübecker Studienmodell aufbaut. Für eine ausführliche Begründung wird auf das Kapitel C.III.4. Bauwesen, Seite 95 ff verwiesen.

### 3. Elektrotechnik

Vor dem Hintergrund der vergleichsweise schlechten „Leistungsbilanz“ bei den Kennzahlen „Studierende im Hauptstudium“ und „AbsolventInnen je ProfessorIn“ (Vgl. Übersicht 17, Seite 99) empfiehlt die Kommission eine Kürzung des Personalbestandes. Das Studienangebot muss gestrafft werden. Sollte es in den nächsten Jahren nicht gelingen, die Kapazitäten im Grund- und Hauptstudium auszulasten, dann sollten die Zielzahlen verringert und weitere Stellen verlagert werden.

### 4. Betriebswirtschaft

Die Pläne der Hochschule, einen eigenständigen Studiengang Betriebswirtschaftslehre einzurichten, sind nachvollziehbar und werden von der Kommission als grundsätzlich sinnvoll unterstützt. Das bislang überwiegend technikorientierte Studienangebot könnte damit um einen in der Regel gut nachgefragten nicht-technischen Studiengang erweitert werden. Vor dem Hintergrund der knappen finanziellen Ressourcen des Landes und der Auslastungsreserven der technischen Studiengänge in Lübeck muss dieser Aufbau jedoch mit Hilfe hochschuleigener Ressourcen bewältigt werden. Die Kommission empfiehlt, mittelfristig einen BWL-Studiengang mit einem Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft zu entwickeln.

### 5. Weitere Entwicklung

Angesichts der Finanzlage des Landes können Pläne für weitere neue Studiengänge, wie Biotechnologie oder „Informationstechnologie und Medienkultur“ mittelfristig nicht realisiert werden.

### 6. Virtuelle Fachhochschule

Das Engagement und die bisherigen Leistungen der FH Lübeck als Sprecherhochschule des Bundesleitprojektes Virtuelle FH sind bemerkenswert. Die Virtuelle Fachhochschule hat die FH Lübeck überregional bekannt gemacht und zu einem positiv besetzten Profil beigetragen, wonach die Fachhochschule als moderne, innovative Hochschule sichtbar wird, die bereit ist, sich für unkonventionelle Lehrformen zu engagieren. Es hat sich aber auch gezeigt, dass der Ressourcenaufwand für die Entwicklung, die laufende Aktualisierung und den Betrieb der Online-Studiengänge beträchtlich ist. In den grundständigen Studiengängen decken die Medienbezugsgebühren nur einen Teil der Kosten. Die Entwicklung wird zeigen, ob es gelingt mit der Vermarktung gebührenpflichtiger Online-Module auf dem Weiterbildungsmarkt die Kosten zu decken oder sogar Gewinne zu erzielen. Die Kommission ist hier angesichts bislang überwiegend enttäuschender Erfahrungen im In- und Ausland zurückhaltend. Land und Hochschule sollten sich daher vorsorglich darauf einstellen, dass die Online-Studiengänge nicht ohne Landeszuschüsse betrieben werden können.

## **IV.8. Muthesius Hochschule**

### **IV.8.1. Ausgangslage**

Die Muthesius Hochschule Kiel wurde im Jahr 1907 als Teil der Kieler Gewerbeschule mit kunstgewerblicher Ausrichtung gegründet. 1910 erhielt sie den Titel „Technische und kunstgewerbliche Fachschule“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie in „Muthesius-Werkschule für Handwerk und angewandte Kunst“ umbenannt. Den institutionellen Status einer „Fachschule für Gestaltung“ erhielt sie 1972. Zwei Jahre später wurde sie als Fachbereich Gestaltung mit den Fachrichtungen Architektur, Kunst und Design in die FH Kiel überführt. 1994 wurde sie als „Fachhochschule für Kunst und Gestaltung“ verselbständigt.

Die Hochschule ist im Gebäudekomplex Lorentzendamm (rund 5 000 qm Hauptnutzungsfläche) und in angemieteten Gebäuden (weitere rund 2000 qm) in unmittelbarer Nachbarschaft untergebracht. Nach der Planung des Landes soll die Muthesius Hochschule im Gebäude Legienstraße 35 untergebracht werden, das bis Herbst 2002 von der FH Kiel genutzt wurde. Hier ist eine Teilsanierung erforderlich, die Kosten werden auf ca. 5,5 Mio. Euro geschätzt.

### **Antrag zur Aufnahme in die Anlage zum HBFG**

Mit der Gründung der Muthesius Fachhochschule für Kunst und Gestaltung im Jahr 1994 bat das Land den Wissenschaftsrat (WR) um eine Stellungnahme zur Aufnahme der Hochschule in die Anlage zum HBFG. Ein erster Besuch einer Arbeitsgruppe des WR fand im Februar 1996 statt, ein zweiter im Dezember 1999. Zwischenzeitlich hatte das Land 1996/97 Expertengruppen zur Entwicklung der künftigen Hochschulstruktur eingesetzt, die unter anderem eine Konzentration der Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur an zwei Standorten im Land empfohlen hatten. Je nach Modell erforderte dies einen Auf- bzw. Abbau der Architekturkapazitäten an der Muthesius Hochschule. Im Februar 2000 informierte der WR das Land, dass dem Antrag auf der Basis der bestehenden Planungen nicht zugestimmt werden könne. Das Land zog daraufhin den Antrag zurück.

Im Dezember 2001 entschied das Land, den Studiengang Architektur an der FH Kiel in Eckernförde und den Studiengang Bauingenieurwesen an der FH Lübeck auslaufen zu lassen. Nach den Vorstellungen des Landes soll Architektur künftig nur noch an der FH Lübeck und künstlerisch ausgerichtet an der Muthesius Hochschule angeboten werden, Bauingenieurwesen ausschließlich in Eckernförde.

Im Sommer 2002 hat das Land beim Wissenschaftsrat einen neuen Antrag zur Aufnahme in das HBFG gestellt. Die Planung sieht nun vor, die Muthesius Hochschule in eine künstlerisch-wissenschaftliche Hochschule umzuwandeln und die Kapazität in Architektur auszuweiten.

### **Das Personal**

Die Muthesius Hochschule hatte zum Stichtag 01.04.2002 einen Personalbestand von 52 Personen: 21 ProfessorInnen (davon 5 weiblich), acht Lehrkräfte für besondere Aufgaben/wissenschaftliche MitarbeiterInnen (1) und 23 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (8). Drei Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen (1) wurden aus Sonderprogrammen finanziert.

Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt:

Fachbereich	ProfessorInnen	sonstiges wissenschaftl. Personal	nichtwissenschaftliches Personal
Intendanz/Forum Allgemeine Lehre	2	8 davon 3 aus Sonderprogrammen	
Architektur	7 (davon 2 Vertretungen)		
Freie Kunst	4		
Industriedesign	3		
Kommunikationsdesign	5		
FH-Zentrale/ Verwaltung			
Personal FH gesamt davon weiblich	21 5	8 1	23 8

Laut Stellenplan hat die Hochschule 27 Professuren, von denen zum Stichtag 19 mit Personal auf Dauer und zwei mit Personal auf Zeit besetzt waren. Die Mittel für die vakanten Stellen wurden für Gastdozenturen bzw. Vertretungsprofessuren eingesetzt. An der Muthesius Hochschule werden bis zum Jahr 2007 zehn Professuren und drei Stellen für sonstiges wissenschaftliches Personal altersbedingt frei.

Bei einer Realisierung des vom Land geplanten Konzeptes für eine wissenschaftliche Kunsthochschule soll die Zahl der ProfessorInnenstellen von 27 auf 35 (davon fünf Juniorprofessuren) erhöht werden, die Zahl der Stellen für nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen um neun auf insgesamt 30,5. Ein Teil des Stellenzuwachses (sechs Stellen für ProfessorInnen, zwei Stellen für nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen) soll durch Verlagerung aus der Architektur der FH Kiel erfolgen.

### Das Budget

Für das Jahr 2002 erhielt die Hochschule einen Landeszuschuss in Höhe von 3,8 Mio. Euro. Der Mehrbedarf bei Realisierung des vorliegenden Kunsthochschulkonzeptes wird vom Land mit 1,1 Mio. Euro jährlich beziffert. Dem steht eine Zuschussminderung bei der FH Kiel um etwa 460 000 Euro p.a. gegenüber.

Im Jahr 2001 hat die Muthesius Hochschule Drittmittel in Höhe von 25 460 Euro eingeworben (Bund: 11 450; EU: 10 200 Euro). Dies sind gemessen am Landeszuschuss 0,7 %.

### StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen

Die Entwicklung der Studierenden- und AbsolventInnenzahlen war während der vergangenen zehn Jahre relativ konstant. Den Höchststand an Studierenden hatte die Hochschule im WS 1995/96 mit 666, den Tiefststand im WS 2000/2001 mit 574. Im WS 2002/2003 waren 667 (davon 384 weiblich) Studierende immatrikuliert. Die Zahl der AnfängerInnen (ohne den Studiengang Kunst für das gymnasiale Lehramt) lag 2002 bei 110 (2001: 102; 2000: 101), darunter waren 58 Frauen.

Die Hochschule praktiziert ein Zulassungsverfahren mit künstlerischer Aufnahmeprüfung. In den letzten Jahren hat die BewerberInnenzahl für Architektur nicht wesentlich über dem Niveau der Zulassungszahl gelegen (1999: 30 Bewerbungen, 25 Zulassungen; 2000: 41/26; 2001: 37/27). Die Zahl der StudienanfängerInnen blieb in Architektur regelmäßig nennenswert unterhalb der Aufnahmekapazität, so dass die Kapazitätsauslastung zwischen 50 und 70 % lag (2001: 18 Einschreibungen bei 34 Plätzen).

Die Muthesius Hochschule bietet gemeinsam mit der Universität Kiel den Studiengang Kunst für das gymnasiale Lehramt an. Die kunsttheoretischen und -didaktischen Teile finden an der Universität, die kunstpraktischen an der Muthesius Hochschule statt. Wie bei den anderen Lehrfächern der Sekundarstufe II ist ein zweites Hauptfach an der Universität zu belegen. Die Studierenden werden nach einer künstlerischen Eignungsprüfung durch die Muthesius Hochschule an der Universität Kiel eingeschrieben. In den zurückliegenden Jahren gab es jeweils mehr Bewerbungen als Zulassungen (1999: 17 Bewerbungen/4 Einschreibungen; 2000: 20/12; 2001: 25/3).

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		Muthesius Hs.		D	
	(dav. weibl.)			(dav. weibl.)				1999	2000	2001	1998
Architektur (Diplom)*	27	27	24 (14)	11	21	13 (6)		15,8	16,1	17,4	9,9
Freie Kunst (Diplom)*	26	14	18 (11)	14	15	12 (6)		14,7	13,3	15,0	9,5
Industriedesign (Diplom)*	19	27	23 (8)	11	10	6 (4)		13,4	12,0	12,4	9,6
Kommunikationsdesign (Diplom)*	30	34	34 (16)	25	19	21 (16)		15,4	13,0	13,1	9,6
Kunst für Lehramt Gymn. (Staatsexamen)*	4	12	11 (9)	Erfasst bei CAU				Erfasst bei CAU		k.A.	
Hochschule gesamt	106	114	110 (58)	61	65	52 (32)	2,79	—	—	—	—

Quelle: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl "AbsolventInnen je ProfessorIn" wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 besetzten Professuren. Median Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = SS 2002 und WS 2002/2003.

\* Aufnahmekapazität in allen Studiengängen durch künstlerische Zulassungsprüfung begrenzt.

In der Ausbildung orientiert sich die Muthesius Hochschule nach ihrer Einschätzung an der Praxis, die an Kunsthochschulen üblich ist. Der Unterricht findet überwiegend in Kleingruppen statt. Dies spiegelt sich auch in den vom Land verwendeten Curricular Normwerten (CNW) wider: Architektur 10,4, Industrie- und Kommunikationsdesign 12,0, Freie Kunst 14. Im Vergleich dazu beträgt der CNW in Architektur an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein 6,8.

Die „Erfolgsquote“<sup>73</sup> in Architektur liegt bei 66 % (Ø Examensjahrgänge 1998 - 2001), in Freier Kunst bei 100 %. In Industrie-Design beträgt sie 105 % und in Kommunikations-Design 82 %.

Die mittlere Studiendauer in Architektur liegt mit 15,2 Semestern (1998) deutlich über dem bundesweiten Vergleichswert für die Architektur an Fachhochschulen (9,9 Semester). Die Hochschule nennt als Begründung: Berufstätigkeit der Studierenden parallel zum Studium, familiäre Verpflichtungen bei den überwiegend älteren Studierenden, Auslandsaufenthalte sowie eine alte Studienordnung, die den Erwerb des Diploms vor Abschluss aller Studienleistungen möglich macht.

### Entwicklungskonzepte und Pläne

Bei der von der Hochschule geforderten Umwandlung zu einer künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschule sollen die jetzigen Studiengänge (Architektur, Freie Kunst,

<sup>73</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von vier Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.

Industrie- und Kommunikations-Design) fortgeführt werden. Zusätzlich soll ein Studienangebot für Innenarchitektur aufgebaut werden. Aus Sicht der Hochschule kann dies, unter der Voraussetzung, dass der Stellenaufwuchs wie geplant realisiert wird, ressourcenneutral geschehen.

Nach den Vorstellungen des Landes und der Hochschule soll die Architektur von derzeit acht auf künftig 10,5 ProfessorInnenstellen erweitert werden. Entsprechend soll die jährliche Aufnahmekapazität von gegenwärtig 30 auf künftig 50 AnfängerInnenplätze erhöht werden.

Das von der Muthesius Hochschule erarbeitete Konzept zur neuen Struktur sieht vor, das Studienangebot durchgängig zu modularisieren und mit ECTS-Punkten zu bewerten.

Bis zum Jahr 2007 stehen 70 % der jetzigen Professuren zur Neubesetzung an. Dies beinhaltet aus Sicht der Hochschule die Chance, bei Stellenbesetzungen auf die zukünftige Struktur hin zu arbeiten und mit Berufungen neue Akzente zu setzen.

Mittelfristig ist vorgesehen, die sächliche Ausstattung der Hochschule zu erweitern. Der Bibliotheksbestand von jetzt ca. 20 000 Einheiten soll sukzessive auf 45 000 ausgebaut werden. Diese Erweiterung soll unter anderem durch eine Verlagerung des Architektur-Buchbestandes der FH Kiel (nach Einstellung der Architekturausbildung dort) an die Muthesius Hochschule erfolgen.

#### IV.8.2. Empfehlungen

Die Muthesius Hochschule ist die einzige Hochschule im Land, die grundständige bildnerisch-künstlerische Studiengänge anbietet. Aus Sicht der Kommission sind diese Studienangebote im Bereich Gestaltung und Kunst sinnvoll und für Schleswig-Holstein auch im Hinblick auf das kulturelle Leben notwendig. Die Identifikation der Studierenden mit „ihrer“ Hochschule und deren Engagement hat einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Kritisch sieht die Kommission Leistungen und Aufwand für den Studiengang Architektur. Für eine Hochschule, die nahezu zur Hälfte auf den Studiengang Architektur ausgerichtet ist, sind die Ergebnisse hier alles andere als befriedigend, sowohl was die Drop-Out-Quoten als auch die Studiendauer sowie die durchschnittlichen Kosten je Studierendem/r angeht. Hinzu kommt die geringe Zahl an BewerberInnen, die zu denken gibt.

Die vorgesehene Umwandlung der Muthesius Hochschule in eine künstlerisch-wissenschaftliche Hochschule und der geplante Ausbau des Studiengangs Architektur mittels Ressourcen des Studiengangs Architektur der FH Kiel sind angesichts der nicht überzeugenden Leistungen im Studiengang Architektur und der mit dem Ausbau verbundenen Kosten nicht sinnvoll. Zum einen, weil angesichts der geringen BewerberInnenzahlen in den zurückliegenden Jahren sowie der deutschlandweit insgesamt sinkenden Studiennachfrage im Bauwesen kaum damit zu rechnen ist, dass bei einer Erweiterung der künstlerisch orientierten Architekturausbildung an der Muthesius Hochschule deutlich mehr Studierende zu erwarten wären, die vorgesehenen 50 Studienplätze pro Jahr also vermutlich kaum vollständig zu füllen wären. Zum anderen, weil sich ein universitärer Architektur-Studiengang mit Studiengängen an etablierten Technischen Hochschulen und Hochschulen der Künste (z.B. Braunschweig, Dresden, München, Stuttgart) messen lassen müsste. Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, wäre eine völlig andere Ausstattung notwendig als sie an der

Muthesius Hochschule z.Zt. besteht bzw. nach den derzeitigen Plänen bei einer Umwandlung bestünde. Selbst bei einem Verbleib der Ausbildung an der Hochschule mit dem gegenwärtigen FH-Status, müssten der Fächerkatalog und die Ausstattung gemessen an den Anforderungen der Architektenkammern oder des Akkreditierungsverbands für Studiengänge der Architektur und Planung umfassender sein als bislang.

Die Kommission hält die Kosten für einen Ausbau entsprechend den o.g. Maßstäben für universitäre Studiengänge angesichts der finanziellen Lage des Landes und vorrangigerer Prioritäten in anderen Hochschulen nicht für vertretbar.

Die Kommission empfiehlt vielmehr für das Bauwesen eine Konzentration an der FH Lübeck (Vgl. Kapitel C.III.4. Bauwesen, Seite 95 ff). Die Kommission sieht keine überzeugenden Argumente für eine eigenständige künstlerisch orientierte grundständige Architekturausbildung an einer weiteren Hochschule des Landes. Der Studiengang Architektur an der Muthesius Hochschule sollte deswegen ab dem WS 2003/2004 keine StudienanfängerInnen mehr aufnehmen und in spätestens zwei Jahren eingestellt werden. Die ProfessorInnen sollten spätestens dann an die FH Lübeck versetzt werden.

Mit Blick auf das nach einer Einstellung des Studiengangs Architektur verbleibende, auf Kunst und Design konzentrierte Fächerspektrum hat die Kommission eine Wiedereingliederung der Muthesius Hochschule als Fachbereich für Gestaltung in die FH Kiel erwogen. Die hohe Anwendungsorientierung der Studiengänge Kommunikations- und Industriedesign, die für Fächer dieser Art typisch ist und die vom Arbeitsmarkt auch erwartet wird, spricht durchaus dafür. Angesichts des Engagements und der Identifikation der „Muthesianer“ mit ihrer Hochschule hat die Kommission jedoch von dieser Überlegung Abstand genommen. Sie sah die Gefahr, dass dieses, für die zukünftige Entwicklungsperspektiven der Hochschule wesentliche Element in einer Institution von der Größe der FH Kiel verloren gehen könnte. Daher empfiehlt sie, grundsätzlich an der Muthesius Hochschule als Hochschule für Kunst und Gestaltung festzuhalten.

Unabhängig von der Realisierung der Pläne zur Umwandlung in eine Kunsthochschule empfiehlt die Kommission, die von der Hochschule erarbeitete Konzeption insoweit umzusetzen, als es darum gehen muss, das Studienangebot zu erneuern, zu modularisieren und die Studienstruktur auf gestufte Angebote mit Bachelor- und Master-Abschlüssen umzustellen. Angesichts der aufgezeigten Defizite in der Ausbildung scheint es jedoch fraglich, ob die akademische Basis ausreicht, um sofort für alle Studienbereiche Master-Angebote einzuführen. Die Kommission hält es für sinnvoller, zunächst nur einen Master-Studiengang zu entwickeln, beispielsweise in den Design-Studiengängen oder - wie von der Hochschule vorgeschlagen - in Innenarchitektur, um dann in Folge auf die hier gemachten Erfahrungen aufbauen zu können.

Darüber hinaus muss das Studienangebot in den Fächern Kommunikations- und Industriedesign modernisiert werden. Es sollte den heute üblichen Inhalten und Standards anderer Design-Fachbereiche im Bundesgebiet angepasst, der Einsatz neuer Medien verstärkt und beispielsweise das Angebot in Fotografie in Richtung Fotodesign ergänzt bzw. weiterentwickelt werden. Eine stärkere Kooperation mit den technischen Studiengängen der FH Kiel und insbesondere mit dem dortigen Studiengang Multimedia Production ist nachdrücklich zu empfehlen, da es gerade im Industriedesign enge Verknüpfungen gibt, etwa im Bereich Produktentwicklung und -gestaltung.



---

Darüber hinaus muss die Kooperation mit der Universität Kiel im Studiengang Kunst für das gymnasiale Lehramt neu koordiniert und vor allem stärker institutionalisiert werden, um eine dauerhafte Zusammenarbeit zu gewährleisten. Es ist nicht tolerabel, dass in der Abwägung zwischen künstlerischer Begabung und dem Bedarf an KunstlehrerInnen für die Schulen des Landes offenbar der künstlerischen „Begabung“ der Vorzug gegeben wird und regelmäßig nur ein Teil der an der Muthesius Hochschule für das Studium Kunst für das gymnasiale Lehramt zur Verfügung stehenden Studienplätze besetzt werden kann. Sollte die Muthesius Hochschule hier der Universität keine überzeugenden Angebote machen und/oder sich zeigen, dass das Engagement fehlt, diese auch nachhaltig durchzusetzen, dann sollte die Kooperation zur Disposition gestellt werden. Dann müsste das Fach Kunsterziehung an der Universität aufgebaut werden.

## IV.9. Fachhochschule Wedel

### IV.9.1. Ausgangslage

Die FH Wedel geht zurück auf die 1948 in Lübeck-Schlutup gegründete Physikalisch-Technische Lehranstalt (PTL), die 1963 nach Wedel verlegt wurde und Physik-IngenieurInnen sowie Physikalisch-Technische AssistentInnen ausbildete. 1968 wurde das Ausbildungsangebot um Studiengänge für Informatik-IngenieurInnen und Informatik-AssistentInnen erweitert. Ein Jahr später wurde die Fachhochschule mit den Studiengängen Physikalische Technik und Technische Informatik errichtet. Seither gibt es parallel die private Berufsfachschule PTL und die private FH Wedel, die ein gemeinsames Gebäude und auch einen (weitgehend) gemeinsamen Lehrkörper haben.

Seit 1974 ist eine gemeinnützige Gesellschaft privater Träger der Institution. 1976 wurde die FH Wedel als erste private Hochschule in das Hochschulverzeichnis des HBFG aufgenommen. Die FH Wedel ist Mitglied der Landesrektorenkonferenz.

Im Laufe der Jahre wurden zusätzlich zur Physikechnik und Technischen Informatik weitere Studiengänge eingeführt: Wirtschaftsinformatik (1979), Wirtschaftsingenieurwesen (1991), Medieninformatik (1997) und 2000 ein postgradualer Studiengang mit dem Abschluss Master of Computer Science, der 2001 von der ZEVA akkreditiert wurde.

### Das Personal

Die FH Wedel hatte zum Stichtag 01.04.2002 einen Personalbestand von insgesamt 44 Personen: 17 ProfessorInnen (davon 0 weiblich), drei Lehrkräfte für besondere Aufgaben (0), 17 LaboringenieurInnen (2,5) und sieben nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (6).

Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt:

Stellenplan 2002	Phy.Tech.	Tech.Info.	Wirt.Info.	Wirt.Ing.	Medieninfo.	Summe
ProfessorInnen	4	2,5	5	3	2,5	17
Lehrkräfte für bes. Aufg.		2,5			0,5	3
LaboringenieurInnen	2	4	6	2	3	17
FH-Zentrale/Verwaltung						7
FH gesamt	6	9	11	5	6	44
davon weiblich						8,5

Bis zum Jahr 2010 werden sieben ProfessorInnenstellen altersbedingt frei.

Das Lehrdeputat der ProfessorInnen beträgt 16 SWS. Je ProfessorIn steht ein/e LaboringenieurIn/AssistentIn für Übungen und Praktika zur Verfügung.

### Das Budget

Vom Jahresetat 2001 in Höhe von rund 3,7 Mio. Euro trug das Land 57 %. Der Rest wurde überwiegend über Einnahmen aus Studiengebühren in Höhe von 660 bis 870 Euro pro Semester (im Masterstudiengang 2 500 Euro) finanziert. Der Landeszuschuss ist seit sieben Jahren unverändert geblieben (2001: 2,2 Mio. Euro); in dieser Zeit hat sich der Anteil des Landes an der Gesamtfinanzierung der FH Wedel um 10 % verringert. Für 2002 hat das Land den Zuschuss von 2,2 Mio. Euro auf 2,1 Mio. Euro gesenkt.

Im Jahre 2001 hat die FH Wedel Drittmittel in Höhe von 100 000 Euro aus der Wirtschaft und von Stiftungen eingeworben.

**StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen**

Die Hochschule hatte im WS 2002/2003 1 139 (darunter 173 weiblich) Studierende. Die jährliche Zahl der AnfängerInnen, die zu Beginn der 90er Jahre schon einmal über 300 lag, war Mitte der 90er Jahre rückläufig. 1998 erreichte sie jedoch wieder die 300er Grenze und ist bis 2001 weiter gestiegen auf 365 AnfängerInnen. Besonders in den Studiengängen der Informatik (Wirtschaftsinformatik, Technische Informatik, Medieninformatik) stieg die AnfängerInnenzahl bis 2001. 2002 gab es einen Rückgang auf 310 (davon 45 weiblich).

Das Angebot umfasst die Studiengänge Physikalische Technik, Technische Informatik, Wirtschaftsinformatik, Medieninformatik, Wirtschaftsingenieurwesen und Master of Computer Science. Ein Mitte der 90er Jahre eingeführter Aufbaustudiengang Umweltmanagement, der anfänglich auf großes Interesse bei StudienbewerberInnen stieß, wurde Ende der 90er Jahre wegen sinkender Nachfrage eingestellt. Als Folge des starken Interesses an Informatikstudiengängen sind heute etwa 80 % der Studierenden in den drei Informatikstudiengängen immatrikuliert. Im Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen ist ein integriertes Auslandssemester Pflicht. Im Studiengang Physikalische Technik sind zum WS 2002/2003 keine AnfängerInnen zugelassen worden. Das Interesse der Studierenden ist trotz guter Berufsaussichten zu gering, um einen wirtschaftlichen Studienbetrieb zu ermöglichen. Sollte die Nachfrage wieder erwarten kurzfristig signifikant ansteigen, würde die Hochschule diese Entscheidung gegebenenfalls revidieren.

Die FH Wedel hat die Möglichkeit, Studierende, die nach den ersten Semestern die seitens der Hochschule definierten fachlichen Leistungsvoraussetzungen nicht erbringen, nicht zum Weiterstudium zuzulassen. In allen Studiengängen finden im ersten Semester drei Klausuren in zentralen Fächern des gewählten Studienganges statt. Bei Nichtbestehen können die Klausuren wiederholt werden. Studierende, die am Ende des zweiten Semesters diese Prüfungen nicht bestanden haben, werden exmatrikuliert. Nach dem zweiten Semester haben ca. 35 % der AnfängerInnen die Hochschule wieder verlassen.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		FH Wedel		D	
								1999	2000	2001	1998
Physikalische Technik (Diplom)	12	14	0	12	15	21 (6)		10,0	10,5	9,0	9,4
Technische Informatik (Diplom)	55	64	53 (1)	16	17	10 (0)		12,0	10,0	11,0	9,1
Wirtschaftsinformatik (Diplom)	126	123	109 (18)	32	33	35 (6)		12,0	10,0	11,0	8,6
Medieninformatik (Diplom) seit 1997	95	90	82 (15)	---	15	24 (5)		---	---	8,0	---
Wirtschaftsingenieurwesen (Vollstudium - Diplom)	53	48	42 (9)	17	24	19 (2)		9,0	9,0	10,5	9,1
Wirtschaftsingenieurwesen (Aufbau - Diplom)	15	14	19 (1)	8	13	11 (3)		4,0	4,0	4,0	---
Master of Computer Science (seit 2000)	7	4	5 (1)	---	---	4 (1)		---	---	---	---

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000 (dav. weibl.)	2001	2002 (dav. weibl.)	2000	2001	2002 (dav. weibl.)		FH Wedel			
								1999	2000	2001	1998
Hochschule gesamt	363	357	310 (45)	85	117	124 (23)	7,09	--	--	--	--

Quelle: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl "AbsolventInnen je ProfessorIn" wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 besetzten Professuren. Median Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = SS 2002 und WS 2002/2003.

Die „Erfolgsquoten“<sup>74</sup> in den Studiengängen Wirtschaftsinformatik, Technische Informatik, Wirtschaftsingenieurwesen sowie Physikalische Technik liegen zwischen 38 und 55 %, je nach Jahrgang, wobei die Mehrzahl der "Drop-Outs" die Hochschule nach den ersten beiden Semestern verlässt.

In den traditionellen FH-Unterricht in Kleingruppen sind studiengangübergreifende Vorlesungen integriert. Studierende höherer Semester werden als TutorInnen eingesetzt. Besonders qualifizierten AbsolventInnen bietet die Hochschule die Möglichkeit einer zeitlich befristeten Tätigkeit als LaboringenieurIn bei gleichzeitiger Teilnahme am Master-Studiengang Computer Science an.

Die FH Wedel hat in bundesweiten Rankings zur Qualität der Lehre mehrfach hervorragend abgeschnitten, sowohl im Urteil der Studierenden als auch bei der Wirtschaft.

### Entwicklungskonzepte und Pläne

Die FH Wedel plant eine Erweiterung des Studienangebots um den Studiengang BWL mit den Schwerpunkten Medienwirtschaft, Marketing und Dienstleistungsmanagement, der nach sechs Semestern (davon ein Auslandsemester) zum Bachelor of Business Administration und nach weiteren drei Semestern zum Master of Business Administration führen soll. Mit dem BWL-Angebot soll die starke Abhängigkeit von den Informatikstudiengängen verringert und einem eventuellen Nachfragerückgang in diesen Fächern vorgebeugt werden. Die mit Aufgabe des Studiengangs Physikalische Technik frei werdenden Ressourcen sollen für den Aufbau der BWL genutzt werden.

Die Hochschule hat einen Raumbestand von 550 flächenbezogenen Studienplätzen, die bei gut 1 100 Studierenden zu rund 200 % ausgelastet sind. Die Fachhochschule hat Engpässe bei Räumen für studentische (Rechner-)Arbeitsplätze, zudem fehlt ein großer Hörsaal. Die Hochschule plant deshalb auf einem benachbarten Grundstück einen Erweiterungsbau mit geschätzten Kosten (einschließlich Grunderwerb) in Höhe von 6,7 Mio. Euro. In einem ersten Bauabschnitt sollen der geplante Hörsaal und die Übungsräume erstellt werden. In einem zweiten Bauabschnitt, der aktuell nicht zur Entscheidung ansteht, plant die Hochschule unter anderem ein Gründerzentrum. Die Fachhochschule hat für diesen Erweiterungsbau (1. Bauabschnitt) beim Land einen Antrag zur Finanzierung über das HBFVG gestellt. Der Bau würde dazu führen, dass das im früheren Landeshochschulplan genannte Ausbauziel für die FH Wedel (750 flächenbezogene Studienplätze) erreicht wird.

Die Berufsfachschule PTL soll nach Fertigstellung des Neubaus in den jetzigen Räumen der Fachhochschule verbleiben.

<sup>74</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von vier Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.

### IV.9.2. Empfehlungen

Die FH Wedel hat sich mit ihrem Studienangebot konsequent und erfolgreich an der Wirtschaft der Metropolregion Hamburg orientiert. Die private Hochschule, die zur Hälfte vom Land finanziert wird, demonstriert, wie mit knappen Mitteln produktiv gearbeitet und gute Leistungen erzielt werden können. Ursächlich hierfür sind u. a. das fachlich eng aufeinander abgestimmte und damit Synergien nutzende Studienangebot, der breite Einsatz der Lehrform Vorlesung ergänzt um Übungen, der Einsatz von Studierenden als TutorInnen und parallel zum Master-Studium auch als LaboringenieurInnen, eine effiziente Organisation der Verwaltung sowie der nur geringe Aufwand für Entscheidungsfindung, Mitbestimmung und Hochschulmanagement.

Bislang dominieren Informatikstudiengänge das Angebot der FH Wedel. Ein Rückgang der Nachfrage für die Studiengänge könnte bedrohliche Folgen für die weitere Existenz der auf die Einnahmen aus Studiengebühren angewiesene Hochschule haben. Daher scheint eine Erweiterung des Studienangebots um den Studiengang BWL aus strategischer Sicht der Hochschulentwicklung sinnvoll.

Die Argumente für den von der Hochschule geplanten Neubau sind - insbesondere wegen der außerordentlich hohen Raumauslastung an der Hochschule - überzeugend. Die Kommission empfiehlt dem Land, diese Pläne zu unterstützen.

Die FH Wedel passt sich mit ihrem Studienangebot gut in das Gesamtangebot der Hochschulen des Landes ein. Mit ihren von der Wirtschaft ebenso wie von den Studierenden geschätzten Leistungen hat sie auch überregional Anerkennung gefunden. Sie praktiziert überzeugend einen wirtschaftlichen Einsatz der ihr zur Verfügung stehenden Mittel. Daher sollte die Landeszuwendung nicht weiter abgesenkt werden. Eine Kürzung der Landesmittel ließe sich, da Rationalisierungspotenziale nicht vorhanden sind, nur durch eine spürbare Erhöhung der Studiengebühren auffangen. Angesichts gebührenfreier Studiengänge an den staatlichen Hochschulen des Landes müsste in diesem Fall damit gerechnet werden, dass ein Teil der Studierenden abwandert. Dies würde die Existenz der für die Region wichtigen Hochschule gefährden. Im Interesse eines effizienten und perspektivischen Einsatzes der Mittel sollte die Zuwendung allerdings in eine Form gewandelt werden, die die Übertragung von Haushaltsresten in das Folgejahr zulässt, ohne dass deswegen die Zuwendung für das folgende Jahr geschmälert wird.

## IV.10. Fachhochschule Westküste

### IV.10.1. Ausgangslage

Die FH Westküste (FHW) wurde 1993 als Fachbereich der FH Flensburg gegründet. Im März 1994 wurde die Hochschule selbstständig. Seitdem bietet sie die Studiengänge Betriebswirtschaft, Elektrotechnik und Maschinenbau an.

#### Das Personal

Die FHW hatte zum Stichtag 01.04.2002 einen Personalbestand von 66 Personen: 28 ProfessorInnen (davon 1 weiblich), zwei Lehrkräfte für besondere Aufgaben /wissenschaftliche MitarbeiterInnen (2), 20 LaboringenieurInnen/AssistentInnen (1) und 15,5 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (12). Hinzu kamen noch insgesamt fünf MitarbeiterInnen (4), die aus Sonderprogrammen finanziert wurden. Zum Stichtag 01.04.2002 waren folgende Stellen besetzt:

Fachbereich	ProfessorInnen	sonstiges wissenschaftl. Personal	nichtwissenschaftliches Personal
Betriebswirtschaftslehre	C3 8 C2 3	1,5	7 (2,75 aus Sonderprogr.)
Elektro- und Informationstechnik	C3 6 C2 3	0,25	8,5 (1,5 aus Sonderprogr.)
Maschinenbau	C3 7 C2 1	1,25 (1,5 aus Sonderprogr.)	6,5
FH-Zentrale / Verwaltung			15,5
Personal FH gesamt	28	3	37,5
davon weiblich	1	2	13

Aus HWP-Mitteln werden bis Ende 2003 wissenschaftliche MitarbeiterInnen für den Aufbau des geplanten Master-Studienangebotes "Computer Aided Engineering" im Studiengang Maschinenbau sowie nichtwissenschaftliches Personal für das bereits begonnene Triale Modell<sup>75</sup> "Steuern" im Studiengang BWL finanziert.

Die Hochschule hat Mitte der 90er Jahre vier Stiftungsprofessuren (jeweils eine C3-Professur und MitarbeiterInnenstelle) eingeworben, deren vierjährige Förderung mittlerweile ausgelaufen ist. Die Finanzierung der auf Dauer eingestellten ProfessorInnen und deren MitarbeiterInnen erfolgt nun aus dem Landeszuschuss.

An der FHW sind seit 1999/2000 sechs ProfessorInnenstellen (von 33 vorhandenen) nicht besetzt, darunter drei infolge Ausscheidens der StelleninhaberInnen und drei neue Stellen. Die Hochschule und das Land konnten sich bislang nicht auf Prioritäten und eine finanzielle Absicherung im Rahmen der künftigen Haushaltsentwicklung verständigen.

Bis zum Jahre 2010 wird eine ProfessorInnenstelle altersbedingt frei.

---

<sup>75</sup> Vgl. weiter unten, Seite 190 f.

## Das Budget

Die FHW erhielt 2002 einen Landeszuschuss in Höhe von 4,5 Mio. Euro. 2001 verfügte die FHW über Drittmittel in Höhe von 390 000 Euro, in Relation zum Landeszuschuss sind dies 8,9 %. Diese stammten größtenteils von Stiftungen (270 000) und aus der Wirtschaft (62 300). Die Mittel wurden überwiegend für den Auf- bzw. Ausbau von neuen Studienangeboten und zur Finanzierung von Stiftungsprofessuren eingesetzt. Hinzu kamen Einnahmen in Höhe von 65 000 Euro.

## Stand der baulichen Entwicklung

Im Herbst 2000 wurde ein 8 300 qm großer Neubau am östlichen Stadtrand von Heide bezogen. Hochschulbibliothek und Mensa wurden im WS 2002/2003 eröffnet. Die kapazitätswirksame Fläche im Neubau entspricht 490 flächenbezogenen Studienplätzen für die Ingenieurwissenschaften und 300 Studienplätzen für die Wirtschaftswissenschaften. Seit 1994 hat das Land für Grunderwerb, Gebäude und Ersteinrichtung 43,7 Mio. Euro investiert, die über das HBFVG finanziert wurden. Hinzu kommen 1,2 Mio. Euro für den Bibliotheksgrundbestand, die zu rund 70 % verausgabt sind.

Die weitere Bauplanung sieht die Errichtung eines Großen Hörsaals sowie einer Maschinen- und Laborhalle für den Studiengang Maschinenbau vor. Diese Bauabschnitte hat das Land aufgrund der hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Studierendenzahl zurückgestellt.

## Entwicklungsplanung

Die ursprüngliche Entwicklungsplanung für die FHW sah einen Ausbau auf je 300 flächenbezogene Studienplätze in den drei Studiengängen vor, zudem eine Innovationsreserve von 100 weiteren, 1993 noch nicht gewidmeten Studienplätzen. Mit der vom Land 1997 beschlossenen „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ wurde die personalorientierte Ausbauplanung in Hinblick auf die seinerzeitige Entwicklung der studentischen Nachfrage verändert und der BWL ein größeres Gewicht gegeben.

## StudienanfängerInnen, Studierende und AbsolventInnen

Die Gesamtzahl der Studierenden betrug im WS 2002/2003 778 (davon 294 weiblich). 495 (64 %) von ihnen waren im Studiengang BWL eingeschrieben.

Die Zahl der AnfängerInnen im Studiengang BWL (einschließlich StudienanfängerInnen nach dem Trialen Modell) lag im WS 2002/2003 bei 146 Studierenden (2000: 122; 2001: 148). Der Zugang war in den letzten Jahren durch Zulassungsbeschränkungen begrenzt, so dass nicht alle BewerberInnen zugelassen werden konnten. 1997 hat das Land im Zuge der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ für die BWL in Heide eine Zielzahl von 90 AnfängerInnen festgelegt.

In den beiden Ingenieurstudiengängen Elektrotechnik und Maschinenbau blieb die Zahl der AnfängerInnen in den zurückliegenden Jahren unterhalb der Aufnahmekapazität. Seit 1995 haben jährlich zwischen rund 60 und 80 AnfängerInnen ein Studium aufgenommen. Beide Studiengänge zusammen haben in den letzten Jahren eine leicht steigende Tendenz erkennen lassen, die jedoch unter dem Anstieg in den Technikfachbereichen der anderen schleswig-holsteinischen Fachhochschulen blieb, deren stärkeres Wachstum in erster Linie auf die Diversifizierung des Studienangebotes zurückzuführen ist.

Das Land hat 1997 landesweit die Zielzahlen für die Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen reduziert und für die FHW eine jährliche Aufnahmekapazität von 60 AnfängerInnen in Elektrotechnik und 50 in Maschinenbau festgelegt. Diese Zielzahl wurde im Durchschnitt der letzten drei Jahre in Elektrotechnik zu 64 % und in Maschinenbau zu 61 % erreicht. Da jedoch die aktuellen Personalbestände noch unterhalb der ursprünglichen Ausbauziele liegen, ist der tatsächliche Grad der (personalbezogenen) Auslastung höher.

Zur Erklärung der unterplanmäßigen Entwicklung der Nachfrage nach Studienplätzen in den Ingenieurwissenschaften verweist die Hochschule auf die bundesweiten Tendenzen, die von der Wirtschaftskonjunktur beeinflusst werden. Die FHW habe die Kapazitäten in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen in einer Zeit aufbauen müssen, in der bundesweit die AnfängerInnenzahlen für die klassischen Ingenieurstudiengänge rückläufig gewesen seien. Seit einigen Semestern steige die Nachfrage nach IngenieurInnen und auch nach Studienplätzen in den Ingenieurwissenschaften aber wieder. Deswegen halte die FHW am Ausbau der Ingenieurwissenschaften auf zwei Mal zwölf ProfessorInnen fest, zumal die Neugründung ihr regionales Potenzial noch nicht voll ausgeschöpft habe.

Die Zahl der AbsolventInnen ist kontinuierlich auf zuletzt 104 (Studienjahr 2001) gestiegen. Der Anteil der BWL lag hier bei 60 %.

Der überwiegende Teil der Studierenden schließt nach acht bis neun Semestern das Studium ab. Die mittlere Studiendauer liegt in allen drei Studiengängen unter der im Bundesgebiet.

**Studiengang Betriebswirtschaft**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren im Studiengang Betriebswirtschaft 11 Professuren (von 14 vorhandenen Stellen) besetzt. Das Land hat 1997 als Zielzahl 14 Professuren festgelegt.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		FH Westküste		D	
			(dav. weibl.)			(dav. weibl.)		1999	2000	2001	1998
Betriebswirtschaft <sup>1</sup> (Diplom)	122	148	146 * (83)	42	63	50 (30)	5,14	k.A.	k.A.	k.A.	8,7

Quelle für diese und die nachfolgenden Tabellen: Fragebogen der Hochschule. Die Kennzahl "AbsolventInnen je ProfessorIn" wurde errechnet auf Basis der am Stichtag 01.04.2002 im Fachbereich besetzten Professuren. Median Bundesgebiet: Wissenschaftsrat nach der amtlichen Statistik. Definition Studienjahr: Bsp. Studienjahr 2002 = SS 2002 und WS 2002/2003.

\* Aufnahmekapazität wirksam durch NC beschränkt.

<sup>1</sup> Inkl. StudienanfängerInnen im Trialen Modell.

Die „Erfolgsquote“<sup>76</sup> liegt bei 70 % (Ø Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Der Studiengang Betriebswirtschaft wird mit den Schwerpunkten Controlling, Finanzdienstleistungen, Logistik, Management öffentliche Dienstleistungen/Public Management, Marketing, Tourismus sowie Wirtschaftsinformatik und quantitative Methoden angeboten. Die FHW hat in Kooperation mit der Kreisberufsschule, der IHK zu Flensburg und Kreditinstituten der Region das „Triale Modell“ entwickelt, in dem AbiturientInnen die Berufsausbildung zum/zur Bankkaufmann/frau mit IHK-Abschluss so-

<sup>76</sup> Die Erfolgsquoten ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Anfänger- und AbsolventInnenzahlen, zeitversetzt im Abstand von vier Jahren. Die Angaben sind dem Fragebogen der Hochschule entnommen.



wie das FH-Diplom (BWL) in insgesamt fünf Jahren absolvieren können. Dieses als Modellversuch mit Bundesmitteln geförderte Angebot wurde 2001 in Zusammenarbeit mit der Steuerberaterkammer des Landes auch für den Ausbildungsberuf zum/zur Steuerfachgehilfn eingeführt.

Das Entwicklungskonzept des Studiengangs BWL sieht einen Fachbereich Wirtschaft mit längerfristig vier Studiengängen vor, die schrittweise aufgebaut werden sollen: BWL, Tourismusmanagement, Wirtschaft und Recht, Wirtschaftsinformatik. Die Studiengänge Tourismusmanagement und Wirtschaft und Recht gibt es in Schleswig-Holstein bislang nicht. Bei einer vollständigen Realisierung des Konzepts ergibt sich nach Darlegung des Fachbereichs ein Mehrbedarf von ca. zehn weiteren Professuren sowie vier MitarbeiterInnen. Der Fachbereich nennt als Prioritäten 1. Tourismusmanagement (= Umwandlung des bisherigen Schwerpunktes in einen eigenständigen Studiengang); 2. einen neuen Studiengang Wirtschaft und Recht und 3. einen Schwerpunkt Wirtschaftsinformatik im Studiengang BWL.

Bei Realisierung aller drei neuen Schwerpunkte/Studiengänge mit je 40 AnfängerInnenplätzen soll zugleich die Aufnahmekapazität für BWL von derzeit jährlich 120 auf 80 - 100 Plätze gesenkt werden. Insgesamt würde die jährliche Aufnahmekapazität des neuen Fachbereichs Wirtschaft auf 200 - 220 Studierende erhöht werden.

**Elektrotechnik und Informationstechnik**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren im Studiengang Elektrotechnik und Informationstechnik 9 Professuren (von 11 vorhandenen Stellen) besetzt. Die 1997 festgelegte Zielzahl liegt bei 12.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		FH Westküste		D	
			(dav. weibl.)			(dav. weibl.)		1999	2000	2001	1998
Elektro- und Informations- technik (Diplom)	36	42	37 (3)	23	20	20 (0)	2,22	k.A.	k.A.	k.A.	9,2

Die „Erfolgsquote“ liegt bei 61 % (Ø Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Im Studiengang Elektrotechnik und Informationstechnik stehen vier Vertiefungsrichtungen zur Wahl: Automatisierungstechnik, Kommunikationstechnik, Angewandte Informatik und Elektronik. Neu ist die Triale Ausbildung zum/r Diplom-IngenieurIn und Energie-Elektroniker/MechatronikerIn, die von der FHW gemeinsam mit den Berufsschulen in Rendsburg und Itzehoe entwickelt wurde. Zum WS 2002/2003 wurden hier erstmals vier AnfängerInnen eingeschrieben.

Die Studiengänge Elektro- und Informationstechnik und Maschinenbau haben ein teilweise gemeinsames Grundstudium. Im Umfang von insgesamt 22 Semesterwochenstunden werden Vorlesungen des Grundstudiums (1. – 3. Semester) für beide Studiengänge gemeinsam durchgeführt. Auch im Hauptstudium können Lehrveranstaltungen wechselweise als Wahlfächer belegt werden. Darüber hinaus werden einige Zusatzfächer für beide Studiengänge gleichzeitig angeboten.

Der Studiengang Elektrotechnik und Informationstechnik hat folgende Entwicklungspläne vorgelegt (ohne Nennung von Prioritäten):

Gemeinsam mit der BWL wurde ein Konzept für einen konsekutiven Studiengang „Management und Technik“ entwickelt. Die geplante Kapazität liegt bei 40 StudienanfängerInnen. Das Angebot ist so aufgebaut, dass Module auch aus dem Studiengang Maschinenbau integriert werden können.

Der Schwerpunkt Automatisierungstechnik soll verstärkt werden. Dies soll durch eine intensivere Kooperation mit der FH Flensburg erreicht werden. Ziel ist die Versorgung der Unternehmen an der Westküste (Herstellung und Installation sowie Betrieb von Windkraftanlagen, Betrieb von Kraftwerken, Chemische Industrie, Petrochemische Industrie) mit AbsolventInnen. Darüber hinaus sollen vermehrt Synergien mit dem Studiengang Maschinenbau entstehen. Gedacht ist zudem an einen Ausbau der bestehenden Trialen Ausbildung zum/r EnergieelektronikerIn/MechatronikerIn (in Kooperation mit den Berufsschulen in Rendsburg und Itzehoe) in Richtung Prozessleit-elektronikerIn gemeinsam mit der Berufsschule in Meldorf.

Geplant ist zudem ein Triales Modell für den Bereich Mikrosystemtech-nikerIn/ElektronikerIn in Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie ISiT, Unternehmen in Itzehoe sowie der Berufsschule Itzehoe.

**Maschinenbau**

Zum Stichtag 01.04.2002 waren im Studiengang Maschinenbau 8 Professuren (von 9 vorhandenen Stellen) besetzt. Die 1997 festgelegte Zielzahl liegt bei 12.

Studiengang	Studienanfänger			AbsolventInnen			Absolventen je ProfessorIn Ø 2001/2002	Studiendauer (Median)			
	2000	2001	2002	2000	2001	2002		FH Westküste		D	
	(dav. weibl.)			(dav. weibl.)				1999	2000	2001	1998
Maschinenbau (Diplom)	25	26	40 (6)	14	21	12 (1)	2,06	k.A.	k.A.	k.A.	9,4

Die „Erfolgsquote“ liegt bei 70 % (Ø Examensjahrgänge 1998 – 2001).

Das Studienangebot im Studiengang Maschinenbau ist modularisiert, auf die Festle-gung von Studienrichtungen wird verzichtet. Folgende Module stehen zur Wahl: An-triebe&Steuerung, Entwicklung&Datentechnik, Produktion&Logistik, Prozesse&Um-welt, Wirtschaft&Recht. Die Vertiefung wird durch die Wahl von zwei der Module fest-gelegt. Die Ausbildung ist an den Methoden des „Computer Aided Engineering“ (CAE) orientiert.

Die FH Westküste plant in Kooperation mit der Fachhochschule Bielefeld einen Mas-ter-Studiengang „Computer Aided Engineering“ (CAE). Der Lehrbetrieb für diesen neuen Studiengang hat im WS 2002/2003 in Bielefeld mit sechs AnfängerInnen be-gonnen. Vorgesehen ist die Fortsetzung des Studiengangs an der FHW zum SS 2003. Es ist daran gedacht, für diesen Weiterbildungsstudiengang Gebühren in Höhe von 1 000 bis 1 200 Euro jährlich zu erheben. Dem Master-Studiengang soll ein Bachelor-Angebot unmittelbar folgen.

Für den Master-Studiengang wird an der FHW ein zusätzlicher Lehrbedarf in Höhe von 27 SWS p. a. kalkuliert. Der Personalbedarf beträgt 1,5 Stellen, wobei diese bis Ende 2003 aus HWP-Mitteln finanziert sind. Nach Ablauf der HWP-Förderung ist der zusätzli-che Personalbedarf für den Master-Studiengang unter den gegenwärtigen Haus-haltsbedingungen nicht finanziert. Deswegen und zur Stärkung des Profils der FHW in Richtung CAE und Simulation wird von der Hochschule mit Priorität die Besetzung ein-er Professur für das Fachgebiet Simulation angestrebt.

Den Standortvorteil nutzend soll ein Schwerpunkt Windenergietechnik entwickelt werden, um die regional tätigen Unternehmen technologisch unterstützen zu kön-nen. Hierfür ist mittelfristig die Besetzung einer weiteren Professur Windenergietechnik vorgesehen.

Desweiteren ist ein Projekt "Aqua-Kulturanlagen" geplant, das eventuell vom BMBF für einige Jahre finanziert werden soll. Die Hochschule möchte diesen Schwerpunkt durch die Besetzung einer neuen Professur für System-Engineering stärken.

Vor Einrichtung eines kooperativen Studienganges im Maschinenbau sollen zunächst die Erfahrungen aus den bisherigen Modellen in der BWL und in der Elektrotechnik ausgewertet werden.

#### IV.10.2. Empfehlungen

Der FH Westküste ist die jüngste staatliche Hochschule des Landes. Sie hat sich in wenigen Jahren als Hochschule für die Region etabliert. Der überwiegende Anteil der Studierenden stammt aus den umliegenden Kreisen Dithmarschen, Nordfriesland und Steinburg sowie den Städten Rendsburg und Neumünster. Ein Teil der AbsolventInnen findet nach Abschluss ihres Studiums eine Anstellung bei Unternehmen der Region. Die Hochschule kooperiert mit der regionalen Wirtschaft in einer Reihe von Projekten. Die Unterstützung durch die Region wird sichtbar am Beispiel der tatkräftigen finanziellen Unterstützung durch das Förderforum FHW e.V., dem Förderverein der Hochschule, dem VertreterInnen nahezu aller namhaften Betriebe und Einrichtungen an der Westküste angehören.

Mit ihrem Studienangebot „Triales Modell“ im Studiengang Betriebswirtschaft hat die FHW neue Wege der Verbindung von Studium und beruflicher Ausbildung beschritten und sich damit auch überregional als innovative Hochschule profiliert. Die Nachfrage nach Studienplätzen im Studiengang Betriebswirtschaft liegt regelmäßig über dem Angebot von 120 AnfängerInnenplätzen p. a.

Die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge sind hingegen seit Aufnahme des Studienbetriebs nicht ausgelastet. Als Folge sind die Kosten je Studierendem/r deutlich höher als an anderen norddeutschen Fachhochschulen (Maschinenbau: FHW 22 269 DM jährlich je Studierendem/r, Mittelwert Norddeutschland: 18 728 DM. Elektrotechnik: 22 738/17 426<sup>77</sup>).

##### 1. Studienplatzkapazität in den Ingenieurwissenschaften

Entgegen der generellen Entwicklung der vergangenen zwei Jahre, in denen die Nachfrage nach ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen bundesweit und auch an anderen schleswig-holsteinischen Fachhochschulen wieder merklich angewachsen ist, ist die Zahl der AnfängerInnen an der FHW im selben Zeitraum nur wenig gestiegen und gemessen an den Zielzahlen erheblich zu niedrig geblieben. Das Argument der Hochschule, sie befinde sich noch im Aufbau, Unterauslastungen seien also lediglich eine temporäre Erscheinung, kann im neunten Jahr der Existenz nicht länger überzeugen. Tatsächlich scheint die Hochschule in den Studiengängen Maschinenbau und Elektrotechnik, die auch an den anderen Fachhochschulen des Landes angeboten werden, die Grenzen des regionalen Aufkommens an BewerberInnen erreicht zu haben. Dies bedeutet, dass die 1997 in der „Hochschulstrukturreform in Schleswig-Holstein“ festgesetzten Kapazitäten für die FH Westküste in den klassischen Studiengängen Maschinenbau und Elektrotechnik schwerlich auszulasten sind.

Eine Ursache für die hinter den Erwartungen zurückgebliebene Zahl der Ingenieurstudierenden mag in dem kleinen Personalbestand und dem damit zusammen-

---

<sup>77</sup> M. Leszensky et al: Ausstattungs- und Kostenvergleich norddeutscher Fachhochschulen. HIS-Hochschulplanung, Bd. 158, Hannover 2000.

hängenden begrenzten Angebot an Studienrichtungen, Schwerpunkten und Wahlmöglichkeiten liegen. Es ist daher verständlich, dass die Hochschule seit Jahren die Besetzung weiterer Professuren fordert. Für einen Ausbau um die noch ausstehenden sieben Professuren auf insgesamt 24 Professuren in den Ingenieurwissenschaften wären indes jährlich rund 600 000 Euro Personalkosten sowie rund 100 000 Euro Sachkosten erforderlich. Der Landeszuschuss an die FHW müsste entsprechend erhöht werden.

Die Kommission sieht, dass die Gesamtkapazität der Fachhochschulen in Elektrotechnik und Maschinenbau in Schleswig-Holstein nicht ausgelastet ist, wobei die FH Westküste hier schwächer abschneidet als die anderen Fachhochschulen, die mit neuen Angeboten, die sich zum Teil allerdings noch bewähren müssen, die Zahl der AnfängerInnen signifikant steigern konnten. Die Kommission empfiehlt daher, die angestrebte Kapazität für die Ingenieurwissenschaften an der FHW abzusenken. Dies sollte jedoch nicht in einer gleichmäßigen Kürzung beider Studiengänge erfolgen, weil damit jeweils die erforderliche Mindestgröße unterschritten würde.

## 2. Maschinenbau

Die Kommission empfiehlt vielmehr, den Studiengang Maschinenbau an die FH Flensburg zu verlagern. Die für den Standort Heide geplante Maschinen- und Laborhalle kann dann entfallen. Das fachliche Profil des Flensburger Maschinenbaus, der durch Verfahrens- und Energietechnik geprägt ist, würde durch den Heider Schwerpunkt Konstruktionstechnik einschließlich Simulationstechniken für Maschinenkonstruktion, Apparate- und Anlagenbau sinnvoll ergänzt und gestärkt. Dadurch könnten auch Defizite des Flensburger Maschinenbaus ausgeglichen werden. In Flensburg würde ein überregional wettbewerbsfähiges, breit aufgestelltes Studienangebot entstehen.

## 3. Elektrotechnik

Für den Studiengang Elektrotechnik und Informationstechnik wird empfohlen:

- ein Schwerpunkt Mikrosystemtechnik/Mechatronik, der die vorhandene Automatisierungstechnik stärkt und ergänzt,
- eine Stärkung der Informatik, die jedoch nicht zu einem entsprechend spezialisierten Studiengang führen sollte,
- eine Verstärkung der wirtschaftswissenschaftlichen Fächer im Studiengang und gemeinsam mit dem Studiengang Betriebswirtschaft die Realisierung des geplanten neuen Studienangebotes „Management und Technik“.

Das Studienangebot für Elektrotechnik und Informationstechnik sollte nach den Grundsätzen Modularisierung, ECTS und Bachelor- und Master-Abschluss strukturiert werden. Die Kommission regt an, die bislang noch auf Einzelprojekte wie Diplomarbeiten und gelegentliche Lehraufträge beschränkte Kooperation mit dem in Itzehoe ansässigen Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie auszuweiten und nach Formen der Zusammenarbeit in der Lehre und ebenso in der angewandten Forschung und Entwicklung zu suchen, die dieser Kooperation eine neue, auch überregional wahrgenommene Qualität geben. Beispielsweise könnte ein Master-Studiengang infrage kommen, der von beiden Institutionen gegebenenfalls gemeinsam getragen wird.

Im Hinblick auf den Studiengang Kommunikationstechnik an der FH Flensburg sollte an der FHW auf eine Profilierung auf diesem Gebiet verzichtet werden.

Für die Personalplanung der Hochschule wird empfohlen, dass die Grundausbildung in Informatik für die betriebswirtschaftlichen Studiengänge soweit dies kapazitätsmäßig möglich ist, vom Personal des Studiengangs Elektrotechnik und Informationstechnik durchgeführt wird. Als Zielzahl erscheint eine Personalkapazität von unverändert zwölf Professuren angemessen, die schrittweise und entsprechend der Entwicklung der Nachfrage für die Studienangebote besetzt werden sollten.

Sollte sich in einigen Jahren zeigen, dass die Zahl der AnfängerInnen die neu strukturierten, reduzierten Ingenieurkapazitäten nicht auslastet, dann müsste der Studiengang Elektrotechnik gegebenenfalls aufgegeben werden. Die Hochschule würde sich dann auf Betriebswirtschaft (im weiteren Sinne) und die angewandte Informatik konzentrieren.

Sollte sich hingegen die Nachfrage nach den künftigen ingenieurwissenschaftlichen und informationstechnischen Studiengängen sehr viel stärker entwickeln, als von der Kommission unterstellt wird, dann empfiehlt sie gleichwohl Zurückhaltung bei der Besetzung weiterer Professuren. Vielmehr sollten dann verstärkt Lehraufträge vergeben und die Kooperation mit der FH Flensburg gesucht werden.

#### 4. Betriebswirtschaft

Im Studiengang Betriebswirtschaft hat sich die FHW mit ihrem bei Studierenden gut nachgefragten Studienschwerpunkt Tourismus bereits im Markt platziert. Dieser Schwerpunkt ist bislang jedoch nur mit einer Professur ausgestattet. Damit können die Erwartungen, die aus dem Land an die Hochschule herangetragen werden, nicht annähernd erfüllt werden. Dies betrifft vor allem Forschungs- und Lehrprojekte sowie den Wissenstransfer. Die Vorschläge der Hochschule, einen eigenständigen Studiengang Tourismusmanagement einzurichten, passen regionalwirtschaftlich zur Westküste und fügen sich in das BWL-Angebot der Fachhochschulen des Landes ein. Die Kommission befürwortet daher die Einführung des neuen Studiengangs Tourismusmanagement, u.a. mit den neuen Fachgebieten Destinations- und Hotelmanagement sowie Stadt- und Regionalmarketing. Der Studiengang sollte nach dem Bachelor-/Master-Modell strukturiert werden und sich durch Auslandssemester und Sprachangebote auch überregional profilieren. Die auf den Tourismus ausgerichtete regionale Wirtschaft würde davon profitieren.

Um diese Pläne realisieren zu können, sind vier zusätzliche Professuren in BWL erforderlich, zwei für bislang nicht vorhandene Spezialgebiete im Tourismus und zwei zur Abdeckung der erhöhten Grundlast in der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre, die auch durch das neue Angebot „Management und Technik“ entsteht.

Die Kommission hat die regionalwirtschaftliche Bedeutung der FH Westküste erörtert und empfiehlt dem Land in Hinblick auf den Stellenwert des Wirtschaftszweigs Tourismus im nördlichen Landesteil, an der FH Westküste parallel zum neuen Studiengang Tourismusmanagement ein Institut für Tourismus einzurichten und mit einer personellen Grundausstattung zu versehen, die es erlaubt, sich erfolgreich um öffentlich geförderte Drittmittelprojekte und Aufträge aus der Tourismuswirtschaft zu bewerben. (Vgl. Kapitel C.III.6., Seite 104)

Darüber hinaus empfiehlt die Kommission eine stärkere Integration der Informatik in das BWL-Studium, allerdings nicht mit dem Ziel, einen eigenen Studiengang Wirtschaftsinformatik aufzubauen, gegebenenfalls kommt hier ein auf geeignete Anwendungen hin profilierter Studienschwerpunkt in Frage.

Für die von der Hochschule vorgeschlagene Einführung eines Studiengangs „Wirtschaft und Recht“ sind mindestens zwei weitere Professuren notwendig. Die Kommission empfiehlt dieses neue Angebot, für das jedoch eine Realisierung erst infrage kommt, wenn mit dem Auslaufen des Studiengangs Maschinenbau Finanzmittel freierwerden.

#### 5. Selbständigkeit der FH Westküste

Die Kommission hat erörtert, die FH Westküste mit der benachbarten FH Flensburg zu fusionieren. Hierfür sprechen die sich z. T. ergänzenden und an beiden Standorten nicht voll ausgelasteten Kapazitäten, die bei Zusammenlegung Effizienzgewinne für Stellenumwidmungen, Einsparungen oder eine gezielte Verstärkung der angewandten Forschung ermöglichen könnten. Größere Fachbereiche können auch leichter auf Veränderungen in der Nachfrage nach Studienrichtungen, Wahlfächern oder Fachgebieten reagieren. Auch ist zu erwarten, dass eine Zusammenlegung kleiner Hochschulen zu Effizienzgewinnen bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben führen würde. Nach Einschätzung der Kommission würden nennenswerte Fusionsvorteile aber nur zum Tragen kommen, wenn mit der Fusion der Institutionen zugleich eine örtliche Konzentration zumindest einzelner Fachbereiche vorgenommen wird. Eine bloße Zusammenlegung zweier fast 100 km entfernt liegender Hochschulen zu einer institutionellen Einheit verspricht dagegen kaum einen Fusionsgewinn. Die Kommission sieht in einer Konzentration auf nur einen Standort, der nach Lage der Dinge Flensburg sein würde, gravierende Nachteile insbesondere für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Westküste. Nachdem die FHW mit erheblicher regionaler Unterstützung der Stadt, des Kreises Dithmarschen und der regionalen Wirtschaft und ebenso aus Mitteln des Europäischen Regionalfonds als selbständige Hochschule aufgebaut wurde, empfiehlt die Kommission an der Selbständigkeit der FHW vorerst festzuhalten. Notwendig ist in diesem Fall die empfohlene Restrukturierung des Fächerangebots. Mit einem an die Nachfrage der StudienbewerberInnen besser angepasstem Studienangebot erhält die Hochschule eine Chance, ihr Ausbauziel von 1 000 Studierenden, für die die baulichen Voraussetzungen vorhanden sind, in absehbarer Zeit zu erreichen. Um die Kosten von Lehrbetrieb und Verwaltung im Rahmen der Durchschnittskosten größerer Fachhochschulen zu halten, muss die FHW sich in Lehre und ebenso in der Verwaltung um spezifische, ihrer Größe adäquate Lösungen bemühen. Die Kommission verweist ausdrücklich auf das Beispiel der privaten FH Wedel. (Vgl. Kapitel C.II.2., Seite 64 f und Kapitel C.IV.9., Seite 184 ff)

## IV.11. Institutionen für postgraduale Studiengänge

In Schleswig-Holstein haben seit 2001 zwei private hochschulnahe Institutionen für postgraduale Studiengänge, der Multimedia Campus (MMC) in Kiel und die International School of New Media und 2002 (ISNM) ihren Lehrbetrieb aufgenommen.

### IV.11.1. Multimedia Campus Kiel

Der Multimedia Campus ist eine gemeinsame Initiative der Stadt Kiel, der Universität Kiel, der FH Kiel und der Muthesius Hochschule sowie der regionalen Wirtschaft und ist im Sinne eines „Public-Private-Partnership“ in Form einer GmbH organisiert. Finanziert wird die Einrichtungen mit Mitteln aus der Wirtschaft sowie vor allem aus Studiengebühren.

Der MMC hat den Status einer Bildungseinrichtung für postgraduale Studien, deren Lehrbetrieb über einen Gemeinsamen Ausschuss gesteuert wird, der sich unter Vorsitz des Rektors der Universität aus VertreterInnen der drei Kieler Hochschulen zusammensetzt. Der Status eines An-Institutes der Universität wird angestrebt.

Das Konzept sieht die Berufung von insgesamt fünf ProfessorInnen vor (drei C4-Stellen, Berufung gemäß HSG durch die Universität Kiel und zwei C3-Stellen, Berufung durch die FH Kiel). Im Januar waren zwei C4-Stellen und eine C3-Stelle besetzt. Die Berufung erfolgte als ProfessorInnen auf Zeit mit einem Fünf-Jahresvertrag. Zusätzlich waren 5,5 wissenschaftliche MitarbeiterInnen und sieben nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen beschäftigt. Es ist vorgesehen, den Personalbestand gemäß den ursprünglichen Plänen zu ergänzen. Ob sich das Gründungskonzept vollständig realisieren lässt, hängt jedoch u.a. davon ab, inwieweit die in Aussicht gestellten Sponsorenmittel aus der Wirtschaft eingehen.

Der Studienbetrieb wurde zum WS 2001/2002 mit 24 StudienanfängerInnen aus dem In- und Ausland aufgenommen. Im ersten Jahr wurde der einjährige Master-Studiengang „Multimedia-Management“ angeboten. Im WS 2002/2003 ist das Studienangebot um zwei zusätzliche Master-Studiengänge erweitert worden. „Multimedia-Management“ wurde um eine auf zwei Jahre konzipierte berufsbegleitende Teilzeitvariante ergänzt. Gleichzeitig besteht in diesen beiden Studiengängen jetzt die Möglichkeit, Studienschwerpunkte zu setzen, wahlweise in E-Business, Medieninformatik und Kommunikationsdesign. Neu hinzugekommen ist zudem der zweisemestrige deutsch-amerikanische Studiengang „Financial Management“, den die Studierenden je zur Hälfte in Kiel und an der University of California Riverside sowie San Diego absolvieren. Die Lehrsprache am MMC ist Englisch. Die Studiengänge schließen alle mit einem Master of Science ab. Die Akkreditierung wurde bei der FIBAA in Bonn eingeleitet und soll im Herbst 2003 abgeschlossen werden.

In die Lehre am MMC sind auch ProfessorInnen der kooperierenden Kieler Hochschulen eingebunden. Zugleich führen die ProfessorInnen des MMC Lehrveranstaltungen an den Hochschulen durch, über die sie berufen wurden.

Im WS 2002/2003 waren 18 Studierende (davon zwölf aus dem Ausland) in „Multimedia-Management“ eingeschrieben und fünf (davon zwei AusländerInnen) in „Financial Management“. Die Einschreibung erfolgt über die Universität Kiel. Für das Studienjahr 2003/2004 wird eine Studierendenzahl von etwa 50 angestrebt.

Die Studiengänge des MMC sind gebührenpflichtig. Für den Studiengang „Multimedia-Management“ werden Gebühren in Höhe von 8 000 Euro erhoben, im Studiengang „Financial Management“ sind es 20 000 US \$. Im WS 2002/2003 wurden 19 Stu-

dierende mit einem Gebührenstipendium unterstützt, einige von ihnen erhielten Teilstipendien.

17 Studierenden des ersten Jahrgangs haben ihr Studium im September 2002 erfolgreich abgeschlossen. Davon wurden fünf im Anschluss als DoktorandInnen bzw. wissenschaftliche MitarbeiterInnen am MMC beschäftigt.

Aus Mitteln des Europäischen Regionalfonds wurde Anfang 2003 eine Forschungs- und Transfereinrichtung, das „Kompetenzzentrum für multimediale Kommunikation und multimediale Geschäftsprozesse“, eingerichtet, das wirtschaftsnahe Forschung betreiben soll. Hierfür stellt das Land 1,1 Mio. Euro Fördermittel bereit.

#### **IV.11.2. International School of New Media in Lübeck**

Die International School of New Media GmbH (ISNM) ist ein privatwirtschaftlich organisiertes An-Institut der Universität zu Lübeck. Sie ist in den von der Stadt Lübeck mit Mitteln des Europäischen Regionalfonds errichteten Media Docks untergebracht. Die im Dezember 2000 gegründete ISNM wird im wesentlichen getragen von der Stadt Lübeck, der Industrie- und Handelskammer, der Kaufmannschaft zu Lübeck sowie der Lübecker Universität.

Im Januar 2003 hatte die ISNM einen Personalbestand von 4,5 Vollzeitstellen: einen C4 Professor und 3,5 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen. Vorgesehen ist die Besetzung von drei zusätzlichen C4-Stellen sowie zwei C3-Stellen. Die Berufungen erfolgen über die Universität Lübeck, einige laufen zur Zeit.

Die ISNM bietet einen Aufbau-Studiengang zum Master of Science in Digital Media an. Der englischsprachige Studiengang umfasst die Disziplinen Computer und Information Science, Communication und Media Technology, Economics und Law, Design und Media Arts sowie Humanities und Cultural Studies. Das Studium ist sowohl in Voll- als auch in Teilzeit möglich. Ein zwei bis drei Monate dauerndes Auslandsstudium ist verpflichtend. Als Partnerhochschulen sind u.a. die University of Colorado in Boulder, USA, die University of Queensland in Brisbane, Australien, University of California in Santa Barbara, USA, sowie das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe avisiert. Die Akkreditierung ist in Vorbereitung.

Der Studienbetrieb wurde zum WS 2002/2003 mit elf StudienanfängerInnen (davon sechs aus dem Ausland) im Vollzeitstudium aufgenommen. Die Nachfrage nach dem Teilzeitstudium war für eine Durchführung zu gering. Studierende schreiben sich über die ISNM an der Universität Lübeck ein. Das Gründungskonzept sieht vor, jährlich 24 Vollzeit- und 48 Teilzeitstudierende aufzunehmen.

Der Studiengang wird wissenschaftlich durch die Technisch-Naturwissenschaftliche (TNF) Fakultät der Universität Lübeck getragen, wobei die ISNM zur Durchführung des Studiengangs eigenes Lehrpersonal anstellt. Durch eine enge, durch Kooperationsvertrag vereinbarte Zusammenarbeit zwischen der Universität und der ISNM wird der wissenschaftliche Rahmen für Studierende und Lehrkräfte sichergestellt. Promotionen können bei entsprechender Eignung und Erfüllung der formalen Voraussetzungen auf Grundlage der Promotionsordnung der TNF an der Universität Lübeck durchgeführt werden.

Das Studium an der ISNM ist gebührenpflichtig. Für den Besuch des 18-monatigen Vollzeit- bzw. des 36-monatigen Teilzeitstudiums werden monatliche Studienentgelte in Höhe von 615 Euro bzw. 460 Euro und eine Aufnahmegebühr von 2 560 Euro erhoben. Insgesamt betragen die Gebühren für das Vollzeitstudium 13 630 Euro und für



---

das Teilzeitstudium 19 120 Euro. Im WS 2002/2003 erhielten acht Studierende ein Voll- und ein Studierender ein Teilstipendium zur Finanzierung der Studiengebühren.



# Statistischer Anhang



# Inhalt

	Seite
Tabelle 1 EinwohnerInnen und Studierende nach Ländern im WS 2000/2001	205
Tabelle 2 StudienanfängerInnen und Studierende nach ausgewählten Bundesländern relativ und absolut zur Bevölkerung der Bundesländer	206
Tabelle 3 StudienanfängerInnen an den Fachhochschulen in Schleswig-Holstein 1999 – 2002	212
Tabelle 4 Kennzahlen zur Kapazität und zur Auslastung der Studiengänge an Hochschulen in Schleswig-Holstein im WS 2002/2003	217
Tabelle 5 Landesmittel für die staatlichen Hochschulen (Grundmittel)	229
Tabelle 6 Wissenschaftliches Personal und verausgabte Drittmittel der Medizinischen Fakultät der Universität Kiel	230
Tabelle 7 Wissenschaftliches Personal und verausgabte Drittmittel der Medizinischen Fakultät der Universität Lübeck	231
Tabelle 8 Strukturdaten der Medizinischen Einrichtungen/Fakultäten Alte Bundesländer 2000	232



Tabelle 1:

**EinwohnerInnen und Studierende nach Ländern im WS 2001/02**

Land	Einwohner	Studierende	Uni <sup>1</sup>	davon Medizin	FH <sup>2</sup>	Studierende je 100.000 Einwohner
	insges.	insges.	insges.	insges.	insges.	
<b>Baden- Württemberg</b>	10.600.906	199.713	141.339	1.382	56.992	1883,92
<b>Bayern</b>	12.329.714	216.669	157.651	1.040	57.978	1757,29
<b>Berlin</b>	3.388.434	134.882	112.310	577	21.995	3980,66
<b>Brandenburg</b>	2.593.040	34.232	23.341	0	10.891	1320,15
<b>Bremen</b>	659.651	28.342	19.567	0	8.775	4296,51
<b>Hamburg</b>	1.726.363	65.869	49.053	217	16.599	3815,48
<b>Hessen</b>	6.077.826	153.003	111.330	952	40.721	2517,40
<b>Mecklenbg-Vorpommern</b>	1.759.877	28.104	19.095	460	8.549	1596,93
<b>Niedersachsen</b>	7.956.416	146.259	106.792	629	38.838	1838,25
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	18.052.092	511.207	410.820	1.704	98.683	2831,84
<b>Rheinland-Pfalz</b>	4.049.066	83.887	59.029	234	24.624	2071,76
<b>Saarland</b>	1.066.470	19.761	16.581	269	2.911	1852,94
<b>Sachsen</b>	4.384.192	89.380	65.597	638	23.145	2038,69
<b>Sachsen-Anhalt</b>	2.580.626	40.654	24.340	463	15.851	1575,35
<b>Schleswig-Holstein</b>	2.804.249	40.893	24.466	425	16.002	1458,25
<b>Thüringen</b>	2.411.387	42.703	31.701	259	10.743	1770,89
<b>Deutschland</b>	82.440.309	1.835.558	1.373.012	9.249	453.297	2226,53

<sup>1</sup> Umfasst Universitäten, Gesamthochschulen, Pädagogische Hochschulen, Theologische Hochschulen und Kunsthochschulen (ohne<sup>2</sup> Ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 2:

**StudienanfängerInnen (1. + 2. Fachsemester) im 1. Studienfach nach ausgewählten  
Bundesländern absolut und relativ zur Bevölkerung der Bundesländer  
WS 2001/2002**

Fächergruppe Studienbereich	StudienanfängerInnen insgesamt						StudienanfängerInnen je 100 000 Einwohner					
	Bundesland						Bundesland					
	S-H	HH	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutschl. ges.	S-H	HH	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutschl. ges.
<b>(1) Universitäten und gleichgestellte Hochschulen</b>												
<b>Sprach- u. Kulturw. insg.</b>	1 757	3 870	6 713	1 243	13 583	106 020	62,66	224,22	84,38	188,33	103,32	128,60
Evangelische Theologie	31	123	145	-	299	1 714	1,11	7,13	1,82	-	2,27	2,08
Katholische Theologie	-	-	44	-	44	1 769	-	-	0,55	-	0,33	2,15
<b>Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissensch. ges.</b>	1 124	3 271	6 593	1 897	12 885	88 600	40,09	189,51	82,87	287,42	98,01	107,47
Rechtswissenschaften	371	972	1 274	397	3 014	18 280	13,23	56,32	16,01	60,15	22,93	22,17
Wirtschaftswissenschaften	622	1 282	2 497	596	4 997	44 407	22,18	74,28	31,39	90,30	38,01	53,87
W-Ingenieurwissenschaft	40	28	369	137	574	3 177	1,43	1,62	4,64	20,76	4,37	3,85
Sozialwissenschaften	44	176	1 491	328	2 039	10 386	1,57	10,20	18,74	49,70	15,51	12,60
<b>Mathematik, Naturw. ges.</b>	1 353	1 891	5 512	1 167	9 923	71 393	48,25	109,56	69,28	176,82	75,48	86,60
Mathematik	258	239	1 387	220	2 104	13 522	9,20	13,85	17,43	33,33	16,00	16,40
Informatik	295	553	1 130	428	2 406	21 277	10,52	32,04	14,20	64,85	18,30	25,81
Physik	70	244	537	68	919	6 966	2,50	14,14	6,75	10,30	6,99	8,45
Chemie	112	255	733	119	1 219	8 477	3,99	14,77	9,21	18,03	9,27	10,28
Pharmazie	91	78	138	-	307	2 604	3,25	4,52	1,73	-	2,34	3,16
Biologie	347	212	1 106	172	1 837	9 955	12,38	12,28	13,90	26,06	13,97	12,08
Geowissenschaften	90	180	193	50	513	2 738	3,21	10,43	2,43	7,58	3,90	3,32
Geographie	80	120	246	110	556	4 968	2,85	6,95	3,09	16,67	4,23	6,03
<b>Humanmedizin (o. Zahnmed.)</b>	439	463	874	-	1 776	12 481	15,66	26,83	10,99	-	13,51	15,14
Zahnmedizin	73	112	149	-	334	2 460	2,60	6,49	1,87	-	2,54	2,98
<b>Agrar-, Forst- und Ernährungswiss. ges.</b>	193	44	721	2	960	4 599	6,88	2,55	9,06	0,30	7,30	5,58
<b>Ingenieurwissensch. ges.</b>	159	1237	2110	144	3650	27912	5,67	71,67	26,52	21,82	27,77	33,86
Maschinenbau/Verfahrenst.	91	393	901	72	1 457	9 829	3,25	22,77	11,32	10,91	11,08	11,92
Elektrotechnik	68	209	435	70	782	7 392	2,43	12,11	5,47	10,61	5,95	8,97
Architektur/Innenarchitektur	-	33	343	-	376	3 532	-	1,91	4,31	-	2,86	4,28
Bau-Ingenieurwesen	-	96	288	-	384	3 082	-	5,56	3,62	-	2,92	3,74
<b>Kunst, Kunstwissen. ges.</b>	217	339	1 001	206	1 763	13 757	7,74	19,64	12,58	31,21	13,41	16,69
<b>Alle Studienbereiche</b>	5 674	11 275	24 625	4 761	46 335	334 759	202,35	653,24	309,51	721,36	352,46	406,06



**StudienanfängerInnen (1. + 2. Fachsemester) im 1. Studienfach nach ausgewählten Bundesländern absolut und relativ zur Bevölkerung der Bundesländer  
WS 2001/2002**

Fächergruppe Studienbereich	StudienanfängerInnen insgesamt Bundesland						StudienanfängerInnen je 100 000 Einwohner Bundesland					
	S-H <sup>1</sup>	HH <sup>2</sup>	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutschl. ges.	S-H	HH	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutschl. ges.
<b>(2) Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)</b>												
<b>Sprach- u. Kulturw. insg.</b>	44	168	400	89	701	2 800	1,57	9,73	5,03	13,48	5,33	3,40
Evangelische Theologie	-	-	-	-	-	159	-	-	-	-	-	0,19
Katholische Theologie	-	-	-	-	-	96	-	-	-	-	-	0,12
<b>Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissensch. ges.</b>	1 617	1 569	4 676	979	8 841	50 667	57,67	90,90	58,77	148,33	67,25	61,46
Rechtswissenschaften	-	-	-	-	-	105	-	-	-	-	-	0,13
Wirtschaftswissenschaften	1 131	869	2 285	608	4 893	29 332	40,34	50,35	28,72	92,12	37,22	35,58
W-Ingenieurwissenschaft	240	289	443	107	1 079	7 450	8,56	16,74	5,57	16,21	8,21	9,04
Sozialwissenschaften	-	-	-	-	-	12	-	-	-	-	-	0,01
<b>Mathematik, Naturw. ges.</b>	1 023	269	999	260	2 551	16 697	36,48	15,59	12,56	39,39	19,41	20,25
Mathematik	29	-	26	-	55	773	1,03	-	0,33	-	0,42	0,94
Informatik	909	199	887	228	2 223	14 117	32,42	11,53	11,15	34,55	16,91	17,12
Physik	-	-	-	-	-	201	-	-	-	-	-	0,24
Chemie	-	-	-	-	-	646	-	-	-	-	-	0,78
Pharmazie	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Biologie	-	70	53	32	155	775	-	4,06	0,67	4,85	1,18	0,94
Geowissenschaften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,00
Geographie	-	-	33	-	33	76	-	-	0,41	-	0,25	0,09
<b>Humanmedizin (o. Zahnmed.) Zahnmedizin</b>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Agrar-, Forst- und Ernährungswiss. ges.</b>	62	96	647	63	868	3 652	2,21	5,56	8,13	9,55	6,60	4,43
<b>Ingenieurwissensch. ges.</b>	1 104	1 621	3 833	569	7 127	41 560	39,37	93,92	48,18	86,21	54,21	50,41
Maschinenbau/Verfahrenst.	525	684	1 512	279	3 000	17 315	18,72	39,63	19,00	42,27	22,82	21,00
Elektrotechnik	213	261	758	70	1 302	10 017	7,60	15,12	9,53	10,61	9,90	12,15
Architektur/Innenarchitektur	147	136	446	49	778	4 639	5,24	7,88	5,61	7,42	5,92	5,63
Bau-Ingenieurwesen	116	153	616	66	951	4 707	4,14	8,86	7,74	10,00	7,23	5,71
<b>Kunst, Kunstwissen. ges.</b>	64	153	571	19	807	3 375	2,28	8,86	7,18	2,88	6,14	4,09
<b>Alle Studienbereiche</b>	<b>3 914</b>	<b>3 892</b>	<b>11 126</b>	<b>1 979</b>	<b>20 911</b>	<b>118 767</b>	<b>139,59</b>	<b>225,49</b>	<b>139,84</b>	<b>299,85</b>	<b>159,07</b>	<b>144,06</b>

1 inkl. 284 StudienanfängerInnen im 1. FS an der privaten Fern FH AKAD.  
2 inkl. StudienanfängerInnen an der privaten Fern FH Hamburg (Zahlen liegen nicht vor).

**StudienanfängerInnen (1. + 2. Fachsemester) im 1. Studienfach nach ausgewählten  
Bundesländern absolut und relativ zur Bevölkerung der Bundesländer  
WS 2001/2002**

Fächergruppe Studienbereich	StudienanfängerInnen insgesamt						StudienanfängerInnen je 100 000 Einwohner					
	Bundesland						Bundesland					
	S-H <sup>1</sup>	HH <sup>2</sup>	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutshl. ges.	S-H	HH	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutshl. ges.
<b>(3) Alle Hochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)</b>												
<b>Sprach- u. Kulturw. gesamt</b>	1 801	4 038	7 113	1 332	14 284	108 820	64,23	233,95	89,40	201,82	108,66	132,00
Evangelische Theologie	31	123	145	-	299	1 873	1,11	7,13	1,82	-	2,27	2,27
Katholische Theologie	-	-	44	-	44	1 865	-	-	0,55	-	0,33	2,26
<b>Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissensch. gesamt</b>	2 741	4 840	11 269	2 876	21 726	139 267	97,75	280,42	141,64	435,76	165,27	168,93
Rechtswissenschaften	371	972	1 274	397	3 014	18 385	13,23	56,32	16,01	60,15	22,93	22,30
Wirtschaftswissenschaften	1 753	2 151	4 782	1 204	9 890	73 739	62,52	124,62	60,11	182,42	75,23	89,45
W-Ingenieurwissenschaft	280	317	812	244	1 653	10 627	9,99	18,37	10,21	36,97	12,57	12,89
Sozialwissenschaften	44	176	1 491	328	2 039	10 398	1,57	10,20	18,74	49,70	15,51	12,61
<b>Mathematik, Naturw. ges.</b>	2 376	2 160	6 511	1 427	12 474	88 090	84,74	125,14	81,84	216,21	94,89	106,85
Mathematik	287	239	1 413	220	2 159	14 295	10,24	13,85	17,76	33,33	16,42	17,34
Informatik	1 204	752	2 017	656	4 629	35 394	42,94	43,57	25,35	99,39	35,21	42,93
Physik	70	244	537	68	919	7 167	2,50	14,14	6,75	10,30	6,99	8,69
Chemie	112	255	733	119	1 219	9 123	3,99	14,77	9,21	18,03	9,27	11,07
Pharmazie	91	78	138	-	307	2 604	3,25	4,52	1,73	-	2,34	3,16
Biologie	347	282	1 159	204	1 992	10 730	12,38	16,34	14,57	30,91	15,15	13,02
Geowissenschaften	90	180	193	50	513	2 738	3,21	10,43	2,43	7,58	3,90	3,32
Geographie	80	120	279	110	589	5 044	2,85	6,95	3,51	16,67	4,48	6,12
<b>Humanmedizin (o. Zahnmed.)</b>	439	463	874	-	1 776	12 481	15,66	26,83	10,99	-	13,51	15,14
Zahnmedizin	73	112	149	-	334	2 460	2,60	6,49	1,87	-	2,54	2,98
<b>Agrar-, Forst- und Ernährungswiss. gesamt</b>	255	140	1 368	65	1 828	8 251	9,09	8,11	17,19	9,85	13,91	10,01
<b>Ingenieurwissensch. ges.</b>	1 263	2 858	5 943	713	10 777	69 472	45,04	165,59	74,70	108,03	81,98	84,27
Maschinenbau/Verfahrenst.	616	1 077	2 413	351	4 457	27 144	21,97	62,40	30,33	53,18	33,90	32,93
Elektrotechnik	281	470	1 193	140	2 084	17 409	10,02	27,23	14,99	21,21	15,85	21,12
Architektur/Innenarchitektur	147	169	789	49	1 154	8 171	5,24	9,79	9,92	7,42	8,78	9,91
Bau-Ingenieurwesen	116	249	904	66	1 335	7 789	4,14	14,43	11,36	10,00	10,16	9,45
<b>Kunst, Kunstwissen. ges.</b>	281	492	1 572	225	2 570	17 132	10,02	28,51	19,76	34,09	19,55	20,78
<b>Alle Studienbereiche</b>	9 588	15 167	35 751	6 740	67 246	453 526	341,94	878,74	449,36	1021,21	511,53	550,13

1 inkl. 284 StudienanfängerInnen im 1. FS an der privaten Fern FH AKAD.

2 inkl. StudienanfängerInnen an der privaten Fern FH Hamburg (Zahlen liegen nicht vor).

**Studierende im 1. Studiengang im 1. Studienfach nach ausgewählten Bundesländern  
absolut und relativ zur Bevölkerung der Bundesländer  
WS 2001/2002**

Fächergruppe Studienbereich	Studierende insgesamt Bundesland						Studierende je 100 000 Einwohner Bundesland					
	S-H	HH	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutshl. ges.	S-H	HH	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutshl. ges.
<b>(1) Universitäten und gleichgestellte Hochschulen</b>												
<b>Sprach- u. Kulturw. insg.</b>	7 193	16 372	27 688	6 297	57 550	407 877	256,53	948,55	348,01	954,09	437,78	494,76
Evangelische Theologie	186	399	728	-	1 313	8 313	6,63	23,12	9,15	-	9,99	10,08
Katholische Theologie	1	-	186	-	187	8 220	0,04	-	2,34	-	1,42	9,97
<b>Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissensch. ges.</b>	5 116	14 727	29 099	6 466	55 408	368 131	182,45	853,24	365,75	979,70	421,48	446,54
Rechtswissenschaften	2 424	4 938	7 296	1 589	16 247	99 815	86,45	286,10	91,70	240,76	123,59	121,08
Wirtschaftswissenschaften	2 157	5 032	11 409	1 827	20 425	168 477	76,93	291,54	143,40	276,82	155,37	204,36
W-Ingenieurwissenschaft	55	763	1 300	253	2 371	13 972	1,96	44,21	16,34	38,33	18,04	16,95
Sozialwissenschaften	209	1 087	5 006	1 055	7 357	38 623	7,45	62,98	62,92	159,85	55,96	46,85
<b>Mathematik, Naturw. ges.</b>	5 370	7 618	21 813	4 601	39 402	266 130	191,51	441,37	274,17	697,12	299,73	322,82
Mathematik	926	815	4 100	672	6 513	42 068	33,02	47,22	51,53	101,82	49,54	51,03
Informatik	998	2 396	4 419	1 566	9 379	73 049	35,59	138,82	55,54	237,27	71,34	88,61
Physik	323	989	2 082	327	3 721	25 851	11,52	57,30	26,17	49,55	28,31	31,36
Chemie	382	1 003	2 806	370	4 561	29 763	13,62	58,11	35,27	56,06	34,69	36,10
Pharmazie	503	423	763	-	1 689	13 003	17,94	24,51	9,59	-	12,85	15,77
Biologie	1 271	1 000	5 188	1 022	8 481	45 583	45,33	57,94	65,21	154,85	64,51	55,29
Geowissenschaften	470	605	909	274	2 258	10 590	16,76	35,05	11,43	41,52	17,18	12,85
Geographie	458	352	1 395	370	2 575	23 159	16,33	20,39	17,53	56,06	19,59	28,09
<b>Humanmedizin (o. Zahnmed.) Zahnmedizin</b>	3 464 452	2 943 557	5 818 920	-	12 225 1 929	80 035 13 202	123,54 16,12	170,51 32,27	73,13 11,56	-	92,99 14,67	97,08 16,01
<b>Agrar-, Forst- und Ernährungswiss. ges.</b>	1 046	270	3 109	26	4 451	21 358	37,30	15,64	39,08	3,94	33,86	25,91
<b>Ingenieurwissensch. ges.</b>	433	4 450	10 945	779	16 607	126 185	15,44	257,82	137,57	118,03	126,33	153,06
Maschinenbau/Verfahrenst.	267	1 324	3 834	358	5 783	40 163	9,52	76,71	48,19	54,24	43,99	48,72
Elektrotechnik	166	866	1 730	402	3 164	28 219	5,92	50,17	21,74	60,91	24,07	34,23
Architektur/Innenarchitektur	-	378	2 511	-	2 889	21 500	-	21,90	31,56	-	21,98	26,08
Bau-Ingenieurwesen	-	530	2 157	-	2 687	20 526	-	30,71	27,11	-	20,44	24,90
<b>Kunst, Kunstwissen. ges.</b>	979	1 976	4 484	1 083	8 522	64 083	34,91	114,48	56,36	164,09	64,83	77,73
<b>Alle Studienbereiche</b>	24 891	49 270	107 421	19 567	201 149	1 382 362	887,70	2854,58	1350,19	2964,70	1530,12	1676,81

**Studierende im 1. Studiengang im 1. Studienfach nach ausgewählten Bundesländern  
absolut und relativ zur Bevölkerung der Bundesländer  
WS 2001/2002**

Fächergruppe Studienbereich	Studierende insgesamt Bundesland						Studierende je 100 000 Einwohner Bundesland					
	S-H <sup>1</sup>	HH <sup>2</sup>	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutschl. ges.	S-H	HH	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutschl. ges.
<b>(2) Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)</b>												
<b>Sprach- u. Kulturw. insg.</b>	122	597	1 142	515	2 376	9 940	4,35	34,59	14,35	78,03	18,07	12,06
Evangelische Theologie	-	-	24	-	24	537	-	-	0,30	-	0,18	0,65
Katholische Theologie	-	-	-	-	-	338	-	-	-	-	-	0,41
<b>Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissensch. ges.</b>	7 264	6 128	15 816	4 203	33 411	193 017	259,06	355,04	198,79	636,82	254,15	234,13
Rechtswissenschaften	-	-	-	-	-	205	-	-	-	-	-	0,25
Wirtschaftswissenschaften	5 191	3 162	8 270	2 622	19 245	112 376	185,13	183,20	103,95	397,27	146,39	136,31
W-Ingenieurwissenschaft	936	971	1 351	389	3 647	24 500	33,38	56,26	16,98	58,94	27,74	29,72
Sozialwissenschaften	38	-	-	-	38	76	1,36	-	-	-	0,29	0,09
<b>Mathematik, Naturw. ges.</b>	3 112	1 237	2 919	1 000	8 268	53 164	110,98	71,67	36,69	151,52	62,89	64,49
Mathematik	59	-	47	-	106	2 149	2,10	0,00	0,59	0,00	0,81	2,61
Informatik	2 922	961	2 601	905	7 389	45 477	104,21	55,68	32,69	137,12	56,21	55,16
Physik	-	-	3	-	3	1 022	-	-	0,04	-	0,02	1,24
Chemie	-	-	-	-	-	1 662	-	-	-	-	-	2,02
Pharmazie	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Biologie	-	276	152	95	523	2 505	-	15,99	1,91	14,39	3,98	3,04
Geowissenschaften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Geographie	-	-	116	-	116	172	-	-	1,46	-	0,88	0,21
<b>Humanmedizin (o. Zahnmed.) Zahnmedizin</b>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Agrar-, Forst- und Ernährungswiss. ges.</b>	259	495	2 370	180	3 304	14 703	9,24	28,68	29,79	27,27	25,13	17,83
<b>Ingenieurwissensch. ges.</b>	4 824	6 981	14 276	2 858	28 939	165 978	172,04	404,46	179,44	433,03	220,14	201,33
Maschinenbau/Verfahrenst.	1 888	2 491	5 025	1 048	10 452	61 661	67,33	144,32	63,16	158,79	79,51	74,80
Elektrotechnik	930	1 049	2 854	405	5 238	35 458	33,17	60,78	35,87	61,36	39,84	43,01
Architektur/Innenarchitektur	980	1 082	2 158	527	4 747	27 694	34,95	62,69	27,12	79,85	36,11	33,59
Bau-Ingenieurwesen	639	766	2 645	365	4 415	24 149	22,79	44,38	33,25	55,30	33,58	29,29
<b>Kunst, Kunstwissen. ges.</b>	409	1 145	2 315	19	3 888	16 468	14,59	66,34	29,10	2,88	29,58	19,98
<b>Alle Studienbereiche</b>	16 002	16 599	38 838	8 775	80 214	453 298	570,68	961,70	488,16	1329,55	610,18	549,85

\* inkl. 2.753 Studierende der privaten Fern FH AKAD

\*\* inkl. 2.891 Studierende der privaten Fern FH Hamburg

**Studierende im 1. Studiengang im 1. Studienfach nach ausgewählten Bundesländern  
absolut und relativ zur Bevölkerung der Bundesländer  
WS 2001/2002**

Fächergruppe Studienbereich	Studierende insgesamt Bundesland						Studierende je 100 000 Einwohner Bundesland					
	S-H <sup>1</sup>	HH <sup>2</sup>	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutschl. ges.	S-H	HH	NSa	HB	Ndtschl. ges.	Deutschl. ges.
<b>(3) Alle Hochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)</b>												
<b>Sprach- u. Kulturw. insg.</b>	7 315	16 969	28 830	6 812	59 926	417 817	260,88	983,14	362,37	1032,12	455,85	506,81
Evangelische Theologie	186	399	752	-	1 337	8 850	6,63	23,12	9,45	-	10,17	10,74
Katholische Theologie	1	-	186	-	187	8 558	0,04	-	2,34	-	1,42	10,38
<b>Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissensch. ges.</b>	12 380	20 855	44 915	10 669	88 819	561 148	441,51	1208,29	564,54	1616,52	675,64	680,67
Rechtswissenschaften	2 424	4 938	7 296	1 589	16 247	100 020	86,45	286,10	91,70	240,76	123,59	121,32
Wirtschaftswissenschaften	7 348	8 194	19 679	4 449	39 670	280 853	262,05	474,74	247,35	674,09	301,76	340,68
W-Ingenieurwissenschaft	991	1 734	2 651	642	6 018	38 472	35,34	100,46	33,32	97,27	45,78	46,67
Sozialwissenschaften	247	1 087	5 006	1 055	7 395	38 699	8,81	62,98	62,92	159,85	56,25	46,94
<b>Mathematik, Naturw. ges.</b>	8 482	8 855	24 732	5 601	47 670	319 294	302,50	513,04	310,86	848,64	362,62	387,30
Mathematik	985	815	4 147	672	6 619	44 217	35,13	47,22	52,12	101,82	50,35	53,64
Informatik	3 920	3 357	7 020	2 471	16 768	118 526	139,80	194,50	88,24	374,39	127,55	143,77
Physik	323	989	2 085	327	3 724	26 873	11,52	57,30	26,21	49,55	28,33	32,60
Chemie	382	1 003	2 806	370	4 561	31 425	13,62	58,11	35,27	56,06	34,69	38,12
Pharmazie	503	423	763	-	1 689	13 003	17,94	24,51	9,59	-	12,85	15,77
Biologie	1 271	1 276	5 340	1 117	9 004	48 088	45,33	73,93	67,12	169,24	68,49	58,33
Geowissenschaften	470	605	909	274	2 258	10 590	16,76	35,05	11,43	41,52	17,18	12,85
Geographie	458	352	1 511	370	2 691	23 331	16,33	20,39	18,99	56,06	20,47	28,30
<b>Humanmedizin (o. Zahnmed.) Zahnmedizin</b>	3 464 452	2 943 557	5 818 920	- -	12 225 1 929	80 035 13 202	123,54 16,12	170,51 32,27	73,13 11,56	- -	92,99 14,67	97,08 16,01
<b>Agrar-, Forst- und Ernährungswiss. ges.</b>	1 305	765	5 479	206	7 755	36 061	46,54	44,32	68,87	31,21	58,99	43,74
<b>Ingenieurwissensch. ges.</b>	5 257	11 431	25 221	3 637	45 546	292 163	187,48	662,28	317,01	551,06	346,46	354,39
Maschinenbau/Verfahrenst.	2 155	3 815	8 859	1 406	16 235	101 824	76,85	221,03	111,35	213,03	123,50	123,51
Elektrotechnik	1 096	1 915	4 584	807	8 402	63 677	39,09	110,95	57,62	122,27	63,91	77,24
Architektur/Innenarchitektur	980	1 460	4 669	527	7 636	49 194	34,95	84,59	58,69	79,85	58,09	59,67
Bau-Ingenieurwesen	639	1 296	4 802	365	7 102	44 675	22,79	75,09	60,36	55,30	54,02	54,19
<b>Kunst, Kunstwissen. ges.</b>	1 388	3 121	6 799	1 102	12 410	80 551	49,50	180,82	85,46	166,97	94,40	97,71
<b>Alle Studienbereiche</b>	<b>40 893</b>	<b>65 869</b>	<b>146 259</b>	<b>28 342</b>	<b>281 363</b>	<b>1 835 660</b>	<b>1458,38</b>	<b>3816,28</b>	<b>1838,35</b>	<b>4294,24</b>	<b>2140,29</b>	<b>2226,66</b>

\* inkl. 2.753 Studierende der privaten Fern FH AKAD  
\*\* inkl. 2.891 Studierende der privaten Fern FH Hamburg

Tabelle 3:

**StudienanfängerInnen (1. Fachsemester)  
an den Fachhochschulen in Schleswig-Holstein  
1990 - 2002 (SS und nachfolgendes WS)**

**I. Architektur und Bauwesen****I.1 Architektur**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Muthesius-Hochschule*	23	22	27	28	20	23	27	30	32	25	27	27	24
FH Kiel**	168	41	79	72	78	79	85	82	76	70	68	52	55
FH Lübeck	138	55	72	70	84	77	86	70	78	60	77	74	64 <sup>1</sup>
<b>Insgesamt</b>	<b>329</b>	<b>118</b>	<b>178</b>	<b>170</b>	<b>182</b>	<b>179</b>	<b>198</b>	<b>182</b>	<b>186</b>	<b>155</b>	<b>172</b>	<b>153</b>	<b>143</b>

\* Selbständig seit 1994, vorher FB Gestaltung der FH Kiel.

\*\* FB Bauwesen in Eckernförde. Ab SS 1991 Aufnahme nur noch einmal jährlich zum WS.

**I.2 Bauingenieurwesen**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Kiel**	79	110	71	76	80	76	87	89	77	74	72	58	64 <sup>1</sup>
FH Lübeck	51	82	71	117	74	84	80	91	61	50	48	59	29
<b>Insgesamt</b>	<b>130</b>	<b>192</b>	<b>142</b>	<b>193</b>	<b>154</b>	<b>160</b>	<b>167</b>	<b>180</b>	<b>138</b>	<b>124</b>	<b>120</b>	<b>117</b>	<b>93</b>

\*\* FB Bauwesen in Eckernförde.

<sup>1</sup> Aufnahmekapazität im WS 2002/2003 durch NC beschränkt.**II. Ingenieurwissenschaften****II.1 Maschinenwesen / Verfahrenstechnik**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Flensburg													
Maschinenbau	222	197	136	113	105	95	76	45	31	31	43	49	52
Verfahrenstechnik*	0	0	0	0	0	0	17	36	26	22	22	37	52
Schiffbetriebstechnik	25	25	41	42	25	23	26	31	31	27	23	22	26
FH Kiel													
Maschinenbau	154	169	164	126	88	80	73	74	56	78	78	68	102
Feinwerk./Mechatronik	43	40	72	57	54	32	37	27	24	32	36	27	32
Schiffbau	13	16	20	17	39	25	26	28	23	32	33	41	38
Automatisierungstechnik**	0	0	0	0	0	0	10	8	5	4	0	0	0
Vertr.- u. Einkaufsing. (D)	0	0	0	0	0	0	26	45	35	52	37	46	20
Vertr.- u. Einkaufsing. (BA)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	55
FH Lübeck													
Maschinenbau	130	170	143	125	85	74	66	48	57	73	76	66	81
FH Westküste													
Maschinenbau	0	0	0	14	27	28	20	20	27	46	25	26	40
<b>Insgesamt</b>	<b>587</b>	<b>617</b>	<b>576</b>	<b>494</b>	<b>423</b>	<b>357</b>	<b>377</b>	<b>362</b>	<b>315</b>	<b>397</b>	<b>373</b>	<b>382</b>	<b>498</b>

\* Bis 1996 als Studienrichtung des Maschinenbaus, ab 1996 Diplom-Studiengang Biotechnologie-Verfahrenstechnik.

\*\* Die 1996 neu eingeführten Studiengänge Automatisierungstechnik und Produktionsinformatik wurden 2000 wieder eingestellt.

**II.2 Elektrotechnik (ohne Informatik)**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Flensburg													
Elektrotechnik	364	199	195	173	130	120	88	78	53	47	54	41	47
Kommunikations- technologie (B.Sc./M.Sc.)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	35
FH Kiel													
Elektrotechnik	198	208	231	179	136	115	109	96	77	94	87	80	74 <sup>1</sup>
Technologiemanagement und -marketing	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	51	84	29 <sup>1</sup>
Internet Science (B.Sc.)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	107	51	57 <sup>1</sup>
FH Lübeck,													
Elektrotechnik*	177	223	246	157	117	100	94	66	70	102	0	0	0
Energiesysteme und Automation (ESA)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19	21	19
Kommunik.-, Informat.- u. Medientechnik (KIM)*	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	88	128	119
Informationstechnologie und Gestaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	27	32	35 <sup>1</sup>
Mikrosystemtechnik**	0	0	0	0	0	0	0	9	12	11	12	11	0
FH Westküste													
Elektrotechnik	0	0	0	14	30	47	36	37	37	34	36	42	37
<b>Insgesamt</b>	<b>739</b>	<b>630</b>	<b>672</b>	<b>523</b>	<b>413</b>	<b>382</b>	<b>327</b>	<b>286</b>	<b>249</b>	<b>288</b>	<b>481</b>	<b>490</b>	<b>452</b>

\* Einschließlich Studiengang Internationale Nachrichtentechnik.

\*\* Studiengang läuft aus, wird als Studienrichtung im Studiengang KIM fortgeführt.

**II.3 Informatik / Medieninformatik / Multimedia Production (ohne Wirtschaftsinformatik)**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Flensburg													
Informatik*	0	0	0	0	0	0	0	0	0	60	80	61	66 <sup>1</sup>
FH Kiel													
Multimedia Production	0	0	0	0	0	0	0	0	38	40	36	73	41 <sup>1</sup>
Multimedia Prod. (M.Sc.)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	25 <sup>1</sup>
FH Lübeck													
Medieninformatik online	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	55	31 <sup>1</sup>
FH Wedel													
Technische Informatik	108	90	79	46	57	56	35	26	35	41	55	64	53
Medieninformatik	0	0	0	0	0	0	0	158	87	86	95	90	82
Computer Science (M.Sc.)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7	4	5
<b>Insgesamt</b>	<b>108</b>	<b>90</b>	<b>79</b>	<b>46</b>	<b>57</b>	<b>56</b>	<b>35</b>	<b>184</b>	<b>160</b>	<b>227</b>	<b>266</b>	<b>343</b>	<b>298</b>

\* Studienrichtungen Technische Informatik und Medieninformatik.

**II.4 Physik-Ingenieurwesen / Physikalische Technik**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Lübeck	62	83	71	49	109	92	60	63	66	42	23	35	27
FH Wedel*	41	47	53	36	27	27	20	21	23	15	12	14	0
<b>Insgesamt</b>	<b>103</b>	<b>130</b>	<b>124</b>	<b>85</b>	<b>136</b>	<b>119</b>	<b>80</b>	<b>84</b>	<b>89</b>	<b>57</b>	<b>35</b>	<b>49</b>	<b>27</b>

\* Ab WS 2002/2003 vorläufig keine Aufnahme mehr, Studiengang läuft wahrscheinlich aus.

## II.5 Technisches Gesundheitswesen / Medizintechnik / Umwelt Ing. / Chemie Ing.

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Lübeck													
Techn. Gesundheitsw. (grundständig)*	31	33	93	178	63	67	108	70	76	29	0	0	0
Techn. Gesundheitsw. (Aufbau)	49	53	76	107	50	49	54	41	20	12	0	0	0
Medizintechnik (grundst.)**	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	55	100	73
Medizintechnik (Aufbau)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11	14	6
Umwelt Ing. (grundst.)**	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	22	22	38
Umwelt Ing. (Aufbau)**	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10	11	14
Chemie Ing.	50	38	32	30	27	23	9	9	33	17	24	14	29
Medical Technol. (M.Sc.)***	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	22 <sup>1</sup>
Insgesamt	130	124	201	315	140	139	171	120	129	58	122	161	182

\* Letzte Aufnahme Erstsemester im SS 99.

\*\* Neu ab WS 99.

\*\*\* Gemeinsamer Studiengang mit Universität Lübeck.

## III. Wirtschaftswissenschaften

## III.1 Betriebswirtschaftslehre

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Flensburg													
BWL*	193	179	242	259	201	245	235	210	163	356	258	281	196 <sup>1</sup>
FH Kiel													
BWL (D)	200	224	248	237	241	251	262	244	245	249	235	190	181 <sup>1</sup>
BWL (BA)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7	50	65 <sup>1</sup>
MA of Business Law	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7	14	10 <sup>1</sup>
FH Westküste													
BWL**	0	0	0	42	58	65	80	95	111	113	122	148	146 <sup>1</sup>
Nordakademie													
BWL***	0	0	0	37	49	57	88	67	87	64	76	74	73
MBA****	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	23	23
Insgesamt	393	403	490	575	549	618	665	616	606	782	705	780	694

\* Seit SS 2001 Aufnahmekapazität auf 200 p.a. beschränkt (im SS 90 / im WS 110)

\*\* Einschließlich BWL im Trialen Modell (seit 1996).

\*\*\* Dualer Studiengang mit Wechsel der Lernorte Betrieb und FH. \*\*\*\* Berufsbegleitend.

## III.2 Wirtschaftsinformatik

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Flensburg													
Wirtschaftsinformatik (D)*	88	86	95	93	64	75	71	110	67	109	86	198	69 <sup>1</sup>
Wirtschaftsinform. (BA/MA)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	13	21 <sup>1</sup>
FH Kiel													
Wirtschaftsinformatik (BA)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19	33 <sup>1</sup>
FH Wedel													
Wirtschaftsinformatik (D)	198	173	134	116	70	72	96	78	91	142	126	123	109
Nordakademie													
Wirtschaftsinformatik**	0	0	0	27	19	26	31	34	37	61	90	86	81
Insgesamt	286	259	229	236	153	173	198	222	195	312	302	439	313

\* Seit WS 2001/02 Aufnahmekapazität auf 90 p.a. beschränkt (Aufnahme nur im WS)

\*\* Dualer Studiengang mit Wechsel der Lernorte Betrieb und FH.



**III.3 Wirtschaftsingenieurwesen**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Kiel													
Wirtschaftsing. (Aufbau)	31	25	23	20	19	21	14	25	15	12	10	12	16 <sup>1</sup>
FH Lübeck													
Wirtschaftsing. (grundst.)	0	0	22	30	33	32	54	72	63	62	72	117	152
Wirtschaftsing. Internat.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10	8	7
Wirtschaftsing. online	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	22 <sup>1</sup>
Health Care Man. (MBA)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14	28 <sup>1</sup>
FH Wedel													
Wirtschaftsing. (grundst.)	0	48	49	57	47	50	51	53	45	58	53	48	42
Wirtschaftsing. (Aufbau)	0	0	0	12	29	31	19	14	16	8	15	14	19
Nordakademie													
Wirtschaftsing.*	58	54	51	55	60	52	50	43	66	63	57	61	69
<b>Insgesamt</b>	<b>89</b>	<b>127</b>	<b>145</b>	<b>174</b>	<b>188</b>	<b>186</b>	<b>188</b>	<b>207</b>	<b>205</b>	<b>203</b>	<b>217</b>	<b>274</b>	<b>355</b>

\* Dualer Studiengang mit Wechsel der Lernorte Betrieb und FH.

**IV. Sozialwesen**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Kiel													
Sozialpädagogik	158	172	169	163	164	165	175	179	177	182	187	187	184 <sup>1</sup>

**V. Kunst / Design**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Muthesius-Hochschule*													
Freie Kunst	14	12	8	13	20	18	14	26	12	12	13	10	19
Industrie-Design	19	19	21	15	16	23	27	19	20	11	19	9	12
Kommunikationsdesign	28	30	24	32	36	19	26	26	20	17	30	34	34
<b>Insgesamt</b>	<b>61</b>	<b>61</b>	<b>53</b>	<b>60</b>	<b>72</b>	<b>60</b>	<b>67</b>	<b>71</b>	<b>52</b>	<b>40</b>	<b>62</b>	<b>53</b>	<b>65</b>

\* Selbständig seit 1994. Vorher FB der FH Kiel. Künstlerische Aufnahmeprüfungen als Zulassungsvoraussetzungen in allen Studiengängen

**VI. Sonstige**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
FH Kiel													
Landbau	71	75	78	67	48	48	39	56	87	90	62	55	85
Physiotherapie (BA)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20	20 <sup>1</sup>
FH Flensburg													
Mathematik	30	37	45	43	30	23	17	23	12	16	16	19	27
Technik-Übersetzen	51	56	56	46	60	64	58	46	48	37	23	34	46
<b>Insgesamt</b>	<b>152</b>	<b>168</b>	<b>179</b>	<b>156</b>	<b>138</b>	<b>135</b>	<b>114</b>	<b>125</b>	<b>147</b>	<b>143</b>	<b>101</b>	<b>128</b>	<b>178</b>

**VII. Gesamtergebnis****VII.1 Absolut**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
I. Bauwesen	459	310	320	363	336	339	365	362	324	279	292	270	236
II. Ingenieurwesen	1559	1501	1573	1417	1112	997	955	852	782	800	1011	1082	1159
II.3 Informatik	108	90	79	46	57	56	35	184	160	227	266	343	298
III. Wirtschaftswissensch.	768	789	864	985	890	977	1051	1045	1006	1297	1224	1493	1362
IV. Sozialwesen	158	172	169	163	164	165	175	179	177	182	187	187	184
V. Design, Kunst	61	61	53	60	72	60	67	71	52	40	62	53	65
VI. Sonstige	152	168	179	156	138	135	114	125	147	143	101	128	178
Insgesamt	3265	3091	3237	3190	2769	2729	2762	2818	2648	2968	3143	3556	3482

**VII.2 In % der Gesamtzahl AnfängerInnen FH**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
I. Bauwesen	14	10	10	11	12	12	13	13	12	9	9	8	7
II. Ingenieurwesen	48	49	49	44	40	37	35	30	30	27	32	30	33
II.3 Informatik	3	3	2	1	2	2	1	7	6	8	8	10	9
III. Wirtschaftswissensch.	24	26	27	31	32	36	38	37	38	44	39	42	39
IV. Sozialwesen	5	6	5	5	6	6	6	6	7	6	6	5	5
V. Design, Kunst	2	2	2	2	3	2	2	3	2	1	2	1	2
VI. Sonstige	5	5	6	5	5	5	4	4	6	5	3	4	5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1 Quelle: Nach Angaben der Fachhochschulen an die "Expertenkommission Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein".  
(Für 1990 - 1994 Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein)  
Datenstand 01.02.2003

**Tabelle 4: Kennzahlen zur Kapazität und zur Auslastung der Studiengänge an Hochschulen in Schleswig-Holstein im WS 2002/2003**

### Universität Flensburg

Kompetenzbereich/ Studiengang	AnfängerInnen (1.FS)				Kapazität (1. FS) 2003	Auslastung in % 2003
	2000	2001	2002	2003**		
<b>Kompetenzbereich Lehramt und Erziehungswissenschaften</b>						
Lehramt Grund- u. Hauptschule (Staatsexamen)	193	255	353	691	789	87,58%
Lehramt Realschulen (Staatsexamen)	72	133	230	411	498	82,53%
Lehramt Sonderschule (Staatsexamen)*	66	59	62	67	58	115,52%
Erziehungswissenschaften (Diplom)	62	79	76	292	246	118,70%
Lehramt Berufsschule (Staatsexamen) <sup>1</sup>	7	20	23	40	40	100,00%
<b>Kompetenzbereich ges.</b>	<b>400</b>	<b>546</b>	<b>744</b>	<b>1501</b>	<b>1631</b>	<b>92,03%</b>
<b>Kompetenzbereich Wirtschaftswissenschaften</b>						
Internat. Management (BA/MA)*	186	206	128	92	110	83,64%
SESAM (M.Sc.)	14	14	22	19	22	86,36%
Energie- und Umweltmanagement (Diplom) <sup>2</sup>	46	37	53	58	22	263,64%
<b>Kompetenzbereich ges.</b>	<b>246</b>	<b>257</b>	<b>203</b>	<b>169</b>	<b>154</b>	<b>109,74%</b>
<b>Kompetenzbereich Kulturwissenschaften</b>						
Kultur- und Sprachmittler (D/BA)	37	68	51	62	21	295,24%
<b>Kompetenzbereich Gesundheitswissenschaften</b>						
Gesundheitsförderung (Magister)	4	9	7	3	11	27,27%
Erziehung und Gesundh. (Kontaktstudium)	6	8	11	6	33	18,18%
<b>Kompetenzbereich ges.</b>	<b>10</b>	<b>17</b>	<b>18</b>	<b>9</b>	<b>44</b>	<b>20,45%</b>
<b>Hochschule gesamt</b>	<b>693</b>	<b>888</b>	<b>1016</b>	<b>1741</b>	<b>1850</b>	<b>94,11%</b>

<sup>1</sup> Gemeinsam mit der benachbarten FH betriebener Studiengang.

<sup>2</sup> Gemeinsam mit der benachbarten FH betriebener Studiengang.

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/03 durch NC beschränkt.

\*\* Nur WS 2002/2003.

## Universität Kiel

Fakultät/Studiengang	AnfängerInnen (1.FS)				Kapazität (1. FS) 2003	Auslastung in % 2003
	2000	2001	2002	2003**		

### Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät

Agrarwissenschaft <sup>1</sup> (Diplom/BA/M.Sc.)	110	105	113/16	125	180	69,44%
Ökotoxologie* <sup>1</sup> (Diplom/BA/M.Sc.)	91	85	84/20	95	95	100,00%
Agrarökonomie (Diplom)	8	5	3	2	20	10,00%
<b>Fakultät gesamt</b>	<b>209</b>	<b>195</b>	<b>236</b>	<b>222</b>	<b>295</b>	<b>75,25%</b>

<sup>1</sup> In den Fächern Agrarwissenschaft und Ökotoxologie ist das Diplom Studium seit WS 2001/02 ersetzt durch Bachelor (B.Sc.)/Master (M.Sc.). Die AnfängerInnenzahlen sind in der Form B.Sc./M.Sc. ausgewiesen.

### Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Mathematik (Diplom)	140	225	173	234	180	130,00%
Physik (Diplom)	80	79	120	101	180	56,11%
Geowissenschaften <sup>2</sup> (Diplom)	94	94	99	123	230	53,48%
Chemie/Biochemie* (Diplom)	99	136	175	150	116	129,31%
Pharmazie (Staatsexamen)*	97	97	89	47	94	50,00%
Biologie (Diplom,LA)*	155	152	144	154	155	99,35%
Geographie (Diplom/Magister)	100	128	162	145	150	96,67%
Coastal Geosciences (M.Sc.)	—	13	19	19	—	—
<b>Fakultät gesamt</b>	<b>765</b>	<b>924</b>	<b>981</b>	<b>973</b>	<b>1105</b>	<b>88,05%</b>

<sup>2</sup> Beinhaltet Geophysik, Ozeanographie, Meteorologie, Geologie, Mineralogie, Küstengeowissenschaften.

### Medizinische Fakultät

Humanmedizin (Staatsexamen)*	252	257	228	236	230	102,61%
Zahnmedizin (Staatsexamen)*	80	78	76	38	76	50,00%
<b>Fakultät gesamt</b>	<b>332</b>	<b>335</b>	<b>304</b>	<b>274</b>	<b>306</b>	<b>89,54%</b>

**Philosophische Fakultät**

Philosophie (Magister)	148	158	161	130	60	216,67%
Psychologie (Diplom)*	80	67	75	77	75	102,67%
Pädagogik (Magister/Diplom)*	138	173	239	120	160	75,00%
Geschichte (Magister)	178	191	257	211	190	111,05%
Germanistik (Magister)*	213	256	254	211	270	78,15%
Anglistik (Magister)*	118	175	247	182	225	80,89%
Romanistik (Magister)	231	282	308	224	160	140,00%
Slavistik (Magister)	15	22	30	23	30	76,67%
Nordistik (Magister)	89	107	90	68	55	123,64%
Klassische Philologie (Magister)	44	52	58	42	25	168,00%
Kunstgeschichte (Magister)	35	44	43	43	35	122,86%
Kunsterziehung (Magister)*	4	32	42	29	30	96,67%
Musikwissenschaft (Magister)	30	29	36	23	35	65,71%
Sportwissenschaft (Magister)*	108	124	136	115	120	95,83%
Sonst. Geisteswissensch. (Magister)	204	194	228	184	165	111,52%
<b>Fakultät gesamt</b>	<b>1635</b>	<b>1906</b>	<b>2204</b>	<b>1682</b>	<b>1635</b>	<b>102,87%</b>

Geschichte: Alte Geschichte, Mittlere und neuere Geschichte, Geschichte der Medizin, Osteuropäische Geschichte

Germanistik: Neuere und Ältere Dt. Literaturwissenschaft

Romanistik: Französisch, Italienisch, Spanisch

Klassische Phil.: Griechisch und Latein

Sonst. Geisteswissenschaften: Friesische Phil., Allg. Sprachwiss., Phonetik, Ur-/Frühgeschichte (D/MA), Klassische Archäologie, orientalische Phil., Indologie, Sinologie, Volkskunde

**Rechtswissenschaftliche Fakultät**

Rechtswissenschaft (Staatsexamen)*	373	360	373	347	360	96,39%
------------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	--------

**Technische Fakultät**

Elektrotechnik (Diplom) <sup>1</sup>	21	15	43/23	32/22	100	54,00%
Materialwissenschaft (Diplom) <sup>1</sup>	12/16	8/9	9/9	3/18	40	52,50%
Ingenieurinformatik (Diplom)	14	19	15	13	30	43,33%
Informatik (Diplom)	138	157	165	137	100	137,00%
Wirtschaftsingenieurwesen (Diplom)	7	29	40	42	100	s.o.
Multimediamanagement <sup>3</sup> (M.Sc.)	—	—	21	18	—	—
<b>Fakultät gesamt</b>	<b>208</b>	<b>237</b>	<b>325</b>	<b>285</b>	<b>370</b>	<b>77,03%</b>

<sup>3</sup> Master-Studiengang am Multimedia Campus Kiel seit WS 2001/2002.

**Theologische Fakultät**

Theologie (Kirchl. Abschlusspr./LA)	50	55	66	51	95	53,68%
----------------------------------------	----	----	----	----	----	--------

**Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät**

Volkswirtschaft (Diplom)	279	204	245	189	130	145,38%
Betriebswirtschaft (Diplom)*	150	158	198	209	200	104,50%
Handelslehrer (Diplom)*	20	32	50	49	50	98,00%
Sozialökonomie (Diplom)	28	35	30	24	25	96,00%
Soziologie (Magister)*	33	32	—	—	0	0,00%
Politische Wissenschaft (Magister)	57	28	47	50	50	100,00%
Wirtschaft und Politik (LA)	61	76	83	95	25	380,00%
Financial Management <sup>4</sup> (M.Sc.)	—	—	—	4	—	—
<b>Fakultät gesamt</b>	<b>628</b>	<b>565</b>	<b>653</b>	<b>620</b>	<b>480</b>	<b>129,17%</b>

<sup>4</sup>Master-Studium am Multimedia Campus Kiel seit WS 2002/2003.

<b>Hochschule gesamt</b>	<b>4409</b>	<b>4772</b>	<b>5378</b>	<b>4676</b>	<b>4941</b>	<b>94,64%</b>
--------------------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	---------------

\*Aufnahmekapazität im WS 2002/03 durch NC beschränkt.

\*\* Nur WS 2002/2003.

**Universität Lübeck**

Fakultät/Studiengang	AnfängerInnen (1.FS)				Kapazität (1. FS) 2003	Auslastung in % 2003
	2000	2001	2002	2003**		

**Medizinische Fakultät**

Humanmedizin* (Staatsexamen)	217	188	192	192	181	106,08%
---------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	---------

**Technisch- Naturwissenschaftliche Fakultät**

Informatik (Diplom)	116	93	75	75	k.A.	k.A.
Informatik (BA)	35	18	29	29	k.A.	k.A.
Molekulare Biotechnologie (BA)*	—	—	203	83	80	103,75%
Computational Life Science (BA)*	—	—	23	23	30	76,67%
Medical Technology (M.Sc.) <sup>1</sup> s. WS 2002/2003	—	—	—	22	k.A.	k.A.
<b>Fakultät gesamt</b>	<b>151</b>	<b>111</b>	<b>330</b>	<b>232</b>	<b>110</b>	<b>210,91%</b>

<sup>1</sup> Gemeinsam mit der benachbarten FH betriebener Studiengang.

<b>Hochschule gesamt</b>	<b>368</b>	<b>299</b>	<b>522</b>	<b>424</b>	<b>291</b>	<b>145,70%</b>
--------------------------	------------	------------	------------	------------	------------	----------------

\*Aufnahmekapazität im WS 2002/03 durch NC beschränkt.

\*\* Nur WS 2002/2003.

## Musikhochschule Lübeck

Studiengang	AnfängerInnen (1.FS)				Kapazität (1. FS) 2003	Auslastung in % 2003
	2000	2001	2002	2003**		
Bühnen- und Konzert- gesang (Diplom)*	5	6	8	3	4	75,00%
Allgem. Künstlerische Ausbildung (Diplom)*	21	27	26	18	24	75,00%
Musikerziehung (Diplom)*	17	17	15	8	13	61,54%
Kirchenmusik B (Diplom)*	8	3	4	5	3	166,67%
Aufbaustudiengang Kirchenmusik A*	1	5	1	1	1	100,00%
Lehramt an Gymnasien (Staatsexamen)	12	11	8	3	11	27,27%
<b>Hochschule gesamt</b>	<b>64</b>	<b>69</b>	<b>62</b>	<b>38</b>	<b>56</b>	<b>67,86%</b>

\* Aufnahmekapazität beschränkt. Für alle Studiengänge bestehen künstlerische Aufnahmeprüfungen.

\*\* Nur WS 2002/2003.



## FH Flensburg

FB/Studiengang	AnfängerInnen (1.FS)				Kapazität (1. FS) 2003	Auslastung in % 2003
	2000	2001	2002	2003**		
<b>Fachbereich Technik</b>						
Elektrotechnik (Diplom)	54	41	47	33	64	51,56%
Informatik (Diplom)*	80	61	66	63	20	315,00%
Kommunikationstechnik (D/BA/M.Sc.)	—	—	35	24	40	60,00%
Maschinenbau (Diplom)	43	49	52	25	63	39,68%
Schiffsbetriebstechnik (Diplom)	23	22	26	11	35	31,43%
Biotechnologie- Verfahrenstechnik (D)	22	37	52	33	61	54,10%
Mathematik (Diplom)	16	19	27	20	36	55,56%
<b>Fachbereich gesamt</b>	<b>238</b>	<b>229</b>	<b>305</b>	<b>209</b>	<b>319</b>	<b>65,52%</b>
<b>Fachbereich Wirtschaft</b>						
Betriebswirtschaft (Diplom)*	258	281	196	112	110	101,82%
Wirtschaftsinformatik (Diplom)*	86	198	69	51	90	73,33%
Wirtschaftsinformatik (BA)*	—	13	21	15	s.o.	s.o.
Technikübersetzen (Diplom)	23	34	46	41	30	136,67%
<b>Fachbereich gesamt</b>	<b>367</b>	<b>526</b>	<b>332</b>	<b>219</b>	<b>230</b>	<b>95,22%</b>
<b>Hochschule gesamt</b>	<b>605</b>	<b>755</b>	<b>637</b>	<b>428</b>	<b>549</b>	<b>77,96%</b>

\*Aufnahmekapazität im WS 2002/03 durch NC beschränkt.

\*\* Nur WS 2002/2003.

**FH Kiel**

FB/Studiengang	AnfängerInnen (1.FS)				Kapazität (1. FS) 2003	Auslastung in % 2003
	2000	2001	2002	2003**		

**Fachbereich Bauwesen**

Architektur (Diplom)	68	52	55	45	60	75,00%
Bauingenieurwesen (Diplom)*	72	58	64	44	45	97,78%
Fachbereich gesamt	140	110	119	89	105	84,76%

**Fachbereich Informatik und Elektrotechnik**

Elektrotechnik (Diplom)*	87	80	74	44	45	97,78%
Elektrotechnik Triales Modell	—	—	—	1	24	4,17%
Technologiemanagement und -Marketing (BA)*	51	84	29	30	40	75,00%
Internet Science and Technology (BA)*	107	51	57	56	50	112,00%
Fachbereich gesamt	245	215	160	131	159	82,39%

**Fachbereich Landbau**

Landwirtschaft (Diplom)	62	55	85	76	66	115,15%
----------------------------	----	----	----	----	----	---------

**Fachbereich Maschinenwesen**

Maschinenbau (Diplom)	78	68	102	66	120	73,33%
und Feinwerktechnik Mechatronik (Diplom)	36	27	32	22	s.o.	s.o.
Schiffbau (Diplom)	33	41	38	38	24	158,33%
Intern. Vertriebs- und Ein- kaufsingenieur (D/BA)	37	46	75	52	45	115,56%
Fachbereich gesamt	184	182	247	178	189	94,18%

**Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit**

Sozialwesen (Diplom)*	187	187	184	92	91	101,10%
Physiotherapie (BA)*	—	20	20	20	20	100,00%
Fachbereich gesamt	187	207	204	112	111	100,90%

**Fachbereich Wirtschaft**

Betriebswirtschaft (Diplom)*	235	190	181	95	95	100,00%
Betriebswirtschaft (BA)*	7	50	65	30	30	100,00%
Wirtschaftsinformatik (Diplom)*	—	19	33	—	—	—
Wirtschaftsingenieurwesen (Aufbau - Diplom)*	10	12	16	16	17	94,12%
Master of Business Law*	7	14	16	14	18	77,78%
<b>Fachbereich gesamt</b>	<b>259</b>	<b>285</b>	<b>311</b>	<b>155</b>	<b>160</b>	<b>96,88%</b>

**Fachbereich Multimedia Production**

Multimedia Production (Diplom/BA)*	36	73	41	41	40	140,00%
Multimedia Production (M.Sc.)*	—	—	—	15	—	—
<b>Fachbereich gesamt</b>	<b>36</b>	<b>73</b>	<b>41</b>	<b>56</b>	<b>40</b>	<b>140,00%</b>
<b>Hochschule gesamt</b>	<b>1113</b>	<b>1127</b>	<b>1167</b>	<b>797</b>	<b>830</b>	<b>96,02%</b>

\* Aufnahmekapazität im WS 2002/03 durch NC beschränkt.

\*\* Nur WS 2002/2003.

## FH Lübeck

FB/Studiengang	AnfängerInnen (1.FS)				Kapazität (1. FS) 2003	Auslastung in % 2003
	2000	2001	2002	2003**		

### Fachbereich Angewandte Naturwissenschaften

Medizintechnik (D) (einschl. Zusatzstudium)	66	114	79	62	k.A.	k.A.
Umwelt- und Hygienet. (D) (einschl. Zusatzstudium)	32	33	52	41	k.A.	k.A.
Physikalische Technik (Diplom)	23	35	27	16	k.A.	k.A.
Chemieingenieurwesen (Diplom)	24	14	29	28	k.A.	k.A.
Medical Technology (M.Sc.)* s. WS 2002/2003 <sup>1</sup>	—	—	—	22	30	73,33%
<b>Fachbereich gesamt</b>	<b>145</b>	<b>196</b>	<b>187</b>	<b>169</b>	<b>30</b>	<b>563,33%</b>

<sup>1</sup> Gemeinsam mit der benachbarten Universität betriebener Studiengang.

### Fachbereich Bauwesen

Architektur* (Diplom)	77	74	64	37	40	92,50%
Bauingenieurwesen (Diplom)	48	59	29	21	27	77,78%
<b>Fachbereich gesamt</b>	<b>125</b>	<b>133</b>	<b>93</b>	<b>58</b>	<b>67</b>	<b>86,57%</b>

### Fachbereich Elektrotechnik

Komm.-, Informations- und Medientechnik (Diplom)	100	139	119	63	k.A.	k.A.
Energiesysteme und Automation (Diplom)	19	21	19	12	24	50,00%
Informationstechnologie und Gestaltung* (Diplom)	27	32	35	32	40	80,00%
Medieninformatik (BA)*	—	55	31	30	30	100,00%
<b>Fachbereich gesamt</b>	<b>146</b>	<b>247</b>	<b>204</b>	<b>137</b>	<b>94</b>	<b>145,74%</b>

### Fachbereich Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen

Maschinenbau (Diplom)	76	66	81	41	44	93,18%
Wirtschaftsingenieurwesen (Diplom)	72	117	152	153	162	94,44%
Wirtschaftsingenieurwesen (BA)*	10	8	7	15	40	37,50%
Health Care* (MA)	—	14	28	1	20	5,00%
<b>Fachbereich gesamt</b>	<b>158</b>	<b>205</b>	<b>268</b>	<b>210</b>	<b>266</b>	<b>78,95%</b>
<b>Hochschule gesamt</b>	<b>574</b>	<b>781</b>	<b>752</b>	<b>574</b>	<b>457</b>	<b>125,60%</b>

\*Aufnahmekapazität im WS 2002/03 durch NC beschränkt.

\*\* Nur WS 2002/2003.

## Muthesius FH

Studiengang	AnfängerInnen (1.FS)				Kapazität (1. FS) 2003	Auslastung in % 2003
	2000	2001	2002	2003**		
Architektur (Diplom)*	27	27	24	14	38	36,84%
Freie Kunst (Diplom)*	26	14	18	18	34	52,94%
Industriedesign (Diplom)*	19	27	23	12	28	42,86%
Kommunikationsdesign (Diplom)*	30	34	34	24	40	60,00%
Lehramt an Gymnasien (Staatsexamen)*	12	11	8	3	k.A.	k.A.
<b>Hochschule gesamt</b>	<b>114</b>	<b>113</b>	<b>107</b>	<b>71</b>	<b>140</b>	<b>50,71%</b>

\* Aufnahmekapazität beschränkt. Für alle Studiengänge bestehen künstlerische Aufnahmeprüfungen.

\*\* Nur WS 2002/2003.

† Gemeinsam mit der Universität Kiel betriebener Studiengang.

## FH Westküste

Studiengang	AnfängerInnen (1.FS)				Kapazität (1. FS) 2003	Auslastung in % 2003
	2000	2001	2002	2003**		

### Studiengang Elektrotechnik und Informationstechnik

Elektrotechnik (Diplom)	36	42	37	38	59	64,41%
----------------------------	----	----	----	----	----	--------

### Studiengang Maschinenbau

Maschinenbau (Diplom)	25	26	40	40	55	72,73%
--------------------------	----	----	----	----	----	--------

### Studiengang BWL

Betriebswirtschaftslehre* inkl. Triales Modell (D)	122	148	146	146	126	115,87%
-------------------------------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	---------

<b>Hochschule gesamt</b>	<b>183</b>	<b>216</b>	<b>223</b>	<b>224</b>	<b>240</b>	<b>93,33%</b>
--------------------------	------------	------------	------------	------------	------------	---------------

\*Aufnahmekapazität im WS 2002/03 durch NC beschränkt.

\*\* Nur WS 2002/2003.

Tabelle 5:

**Landesmittel für die staatlichen Hochschulen (Grundmittel)<sup>1</sup>**

Land	Ausgaben 2001 (vorläufiges Ist)			Ausgaben 2000 € je Einwohner		
	Mio. Euro	Anteil an Gesamtetat in %	Euro je EinwohnerIn	Universitäten <sup>2</sup>	Medizin <sup>3</sup>	FH <sup>4</sup>
Baden-Württemberg	2 171	9,52	206	114	53	24
Bayern	2 161	8,74	176	100	44	19
Brandenburg	225	3,53	87	79	0	17
Hessen	1 211	9,53	199	114	38	26
Mecklenburg-Vorpommern	293	6,49	166	72	56	40
Niedersachsen*	1 295	8,30	164	92	37	27
Nordrhein-Westfalen	3 133	8,81	174	95	40	20
Rheinland-Pfalz	590	6,51	146	92	18	26
Saarland	197	7,59	185	133	21	17
Sachsen	791	8,00	180	108	49	28
Sachsen-Anhalt	478	7,22	184	72	45	35
Schleswig-Holstein	408	7,27	146	58	60	28
Thüringen	442	6,77	182	127	30	26
Flächenländer insgesamt						
Alte Bundesländer	11 549	8,89	184	103	42	20
Neue Bundesländer	2 229	6,57	162	94	37	28
Stadtstaaten insgesamt	2 028	5,74	352	225	81	36
Berlin	1 296	5,85	383	230	93	29
Bremen	221	5,30	334	271	0	49
Hamburg	511	5,66	297	198	89	44
Länder insgesamt	15 806	7,94	192	110	44	23
Bund	2 080	1,31	25	k.A.	k.A.	k.A.
Deutschland insgesamt	17 886	5,00	217	110	44	23

\* 2000

<sup>1</sup> Grundmittel: Landesmittel für Personal-, Sach- und Investitionsausgaben.<sup>2</sup> Staatliche Universitäten ohne Medizin.<sup>3</sup> Kliniken und vorklinische Institute.<sup>4</sup> Staatliche Fachhochschulen ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2000. Wiesbaden 2002

Tabelle 6:

**Wissenschaftliches Personal (01.01.2003) und verausgabte Drittmittel  
der Medizinischen Fakultät der Universität Kiel**

Institut/Klinik	Wissenschaftliches Personal <sup>1</sup>			Begutachtete Drittmittel 1999-2001 (in T € <sup>2</sup> )		Sonstige Drittmittel 1999-2001 (in T € <sup>3</sup> )	
	insges.	C4	C3	absolut	je Prof.stelle	absolut	je Prof.stelle
<b>Vorklinische Institute</b>							
Anatomie	18	2	1	146	49	43	14
Biochemie	15	1	2	905	302	20	7
Physiologie	13	1	2	1022	341	13	4
Medizinische Klimatologie	3	0	1	0	0	0	0
<b>Klinisch-theoretische Institute</b>							
Allgemeine Pathologie	18	1	0	200	200	213	213
Molekulare Tumorphathologie	5	0	1			0	0
Hämatopathologie	8	1	0	321	321	324	324
Zytopathologie	10	0	1	0	0	0	0
Umweltmedizin, Umwelttoxikologie und Hygiene <sup>4</sup>	5	1	0	78	78	21	21
Medizinische Mikrobiologie und Virologie	11	1	0	27	27	50	50
Immunologie	22	1	1	1708	854	66	33
Humangenetik	9	1	0	520	520	1	1
Transfusionsmedizin	8	0	1	0	0	31	31
Pharmakologie	6	1	2	726	242	105	35
Experimentelle Toxikologie	15	1	0	493	493	147	147
Rechtsmedizin	6	1	1	44	22	1	1
Medizinische Informatik und Statistik	12	1	0	0	0	2	2
Medizinische Psychologie	3	0	1	98	98	48	48
Allgemeinmedizin (ingerichtet 2001)	1	1	0	36	36	151	151
<b>Kliniken</b>							
Allgemeine Innere Medizin	36	1	1	2853	1.427	1.089	545
Kardiologie	25	0	1	0	0	363	363
Nephrologie	9	1	0	0	0	79	79
II.Medizinische Klinik	16	1	0	915	915	1.091	1.091
Dermatologie, Venerologie und Allergologie	23	1	2	1571	524	1595	532
Allgemeine Pädiatrie	34	1	0	553	553	955	955
Kinderkardiologie	21	1	0	22	22	22	22
Neuropädiatrie	10	0	1	0	0	38	38
Allgemeine Chirurgie und Thoraxchirurgie	47	1	3	1503	376	723	181
Herz- und Gefäßchirurgie	25	1	0	0	0	254	254
Urologie	12	1	0	53	53	9	9
Unfallchirurgie	17	1	0	0	0	0	0
Gynäkologie und Geburtshilfe	33	1	1	1032	516	468	234
Anästhesiologie und Operative Intensivmedizin	85	1	3	0	0	385	96
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	30	1	0	152	152	97	97
Neurochirurgie	27	1	1	115	58	20	10
Orthopädie	21	1	0	0	0	15	15
Ophthalmologie	19	1	0	0	0	349	349
Psychiatrie und Psychotherapie	28	1	0	32	32	357	357
Neurologie	19	1	1	616	308	237	119
Kinder- und Jugendpsychiatrie	9	1	1	0	0	184	92
Psychotherapie und Psychosomatik <sup>4</sup>	5	1	0	0	0	30	30
Klinik für Diagnostische Radiologie	19	1	1	184	92	1655	828
Klinik für Strahlentherapie	31	1	1	0	0	22	11
Nuklearmedizin	11	1	0	7	7	73	73
<b>Zahnkliniken</b>							
Kieferorthopädie	13	1	0	67	67	110	110
Mund-, Kiefer- und Gesichtsheilkunde	19	1	0	0	0	33	33
Zahnärztl.Prothetik, Propädeutik und Werkstoffk.	16	1	1	0	0	51	26
Zahnerhaltungskunde und Parodontologie	20	1	2	25	8	74	25
Fakultät insgesamt	868	42	34	16.024	8.691	11.614	7.653

<sup>1</sup> Wissenschaftliches Personal umfasst alle ProfessorInnen, ÄrztInnen und NaturwissenschaftlerInnen unabhängig, ob in Forschung, Lehre und/oder Krankenversorgung tätig. Erfasst sind alle besetzten und alle in Ausschreibungsverfahren oder bereits im Berufungsverfahren befindlichen ProfessorInnenstellen (42 C4 und 34 C3-Stellen). Darüber hinaus weist der Haushaltsplan 20 weitere C3-Stellen aus, die unbesetzt oder (überwiegend) mit BAT-Verträgen unterbesetzt sind.

<sup>2</sup> Begutachtete Drittmittel: SFB, DFG, BMFB, Stiftungen.

<sup>3</sup> Sonstige Drittmittel: Landesmittel, andere Bundesmittel, EU, Industrie, Verbände, Spenden.

<sup>4</sup> Entfällt künftig.

Quelle: Angaben der Fakultät.



Tabelle 7:

**Wissenschaftliches Personal (01.01.2003) und verausgabte Drittmittel  
der Medizinischen Fakultät der Universität Lübeck**

Institut/Klinik	Wissenschaftliches Personal <sup>1</sup> Stellen			Begutachtete Drittmittel 1999-2001 (in T €) <sup>2</sup> Ausgaben		Sonstige Drittmittel 1999-2001 (in T €) <sup>3</sup> Ausgaben	
	insges.	C4	C3	absolut	je Prof.stelle	absolut	je Prof.stelle
<b>Vorklinische Institute</b>							
Anatomie	9	1	0	6	6	40	40
Biochemie (Techn.-Nat. Fakultät)	5	1	0	615	615	0	0
Biologie (Techn.-Nat. Fakultät)	5	1	0	18	18	6	6
Chemie (Techn.-Nat. Fakultät)	4	1	0	638	638	83	83
Physik (Techn.-Nat. Fakultät)	5	1	0	369	369	31	31
Physiologie	6	1	0	110	110	65	65
Dekanat/SFB/KEF				3.967		35	
<b>Klinisch-theoretische Institute</b>							
Arbeitsmedizin	4	1	0	0	0	1	1
Humangenetik	9	1	1	269	135	691	346
Immunologie u. Transfusionsmedizin	14	1	1	50	25	707	354
Klinische Chemie	3	0	1	0	0	21	21
Med. Biometrie und Statistik	4	1	0	33	33	2	2
Med. Mikrobiologie u. Hygiene	10	1	2	1.023	341	125	42
Medizinische Psychologie	1	1	0	0	0	1	1
Neuroendokrinologie (neu eingerichtet 2002)	2	0	1		0		0
Pathologie	14	0	2	279	140	50	25
Pharmakologie u. Toxikologie	11	2	0	0	0	151	76
Außenstelle Rechtsmedizin Lübeck	4	0	0	0	0	0	
Sozialmedizin	3	1	1	361	181	2.171	1.086
<b>Sonstige Institute</b>							
Medizinische Molekularbiologie	8	1	0	0	0	0	0
Molekulare Medizin	6	1	0	70	70	10	10
<b>Kliniken</b>							
Anästhesiologie	77	1	1	0	0	286	143
Augenheilkunde	15	1	1	69	35	283	142
Chirurgie	55	1	2	2.271	757	457	152
Plastische Chirurgie	13	0	1		0		0
Dermatologie und Venerologie	10	0	1	221	221	274	274
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	31	1	2	227	76	1.326	442
HNO-Heilkunde	18	1	1	38	19	8	4
Herzchirurgie	15	1	1	0	0	243	122
Kiefer- und Gesichtschirurgie	10	1	0	17	17	24	24
Kinderchirurgie	13	1	1	0	0	1	1
Kinder- und Jugendmedizin	36	1	1			9	
Kinder- und Jugendpsychiatrie	3	1	0	0	0	37	37
Med. Klinik I - Allg. Innere	51	1	1	1.175	588	1.650	825
Med. Klinik II - Kardiologie	36	1	1	1.003	502	1.218	609
Med. Klinik III (neu 2002) - Pneumologie <sup>4</sup>	6	1	0		0		0
Neurochirurgie	17	1	1	2	1	51	26
Neurologie	25	1	1	721	361	338	169
Orthopädie	11	1	0	3	3	192	192
Psychiatrie u. Psychotherapie	22	1	1	833	417	454	227
Radiologie/Neuroradiologie	28	1	1	0	0	143	72
Rheumatologie (Poliklinik) <sup>5</sup>	5	0	1	595	595	296	296
Strahlentherapie und Nuklearmedizin	21	1	1	0	0	55	28
Urologie	17	1	1	139	70	538	269
Fakultät insg. inkl. Dekanat / SFB <sup>6</sup>	662	37	30	15.122	6.338	12.073	6.238

<sup>1</sup> Wissenschaftliches Personal umfasst alle ProfessorInnen, ÄrztInnen und NaturwissenschaftlerInnen unabhängig, ob in Forschung, Lehre und/oder Krankenversorgung tätig. Erfasst sind alle besetzten und alle in Ausschreibungsverfahren oder bereits im Berufungsverfahren befindlichen ProfessorInnenstellen (37 C4 und 30 C3-Stellen).

<sup>2</sup> Begutachtete Drittmittel: SFB, DFG, BMFB, Stiftungen.

<sup>3</sup> Sonstige Drittmittel: Landesmittel, andere Bundesmittel, EU, Industrie, Verbände, Spenden.

<sup>4</sup> Kooperation mit Forschungszentrum Borstel. Leiter der Klinik ist Prof. der Universität und zugleich Leiter der Klinik in Borstel.

<sup>5</sup> Kooperation mit Rheumaklinik Bad Bramstedt. Leiter der Klinik ist Prof. der Universität und zugleich Leiter der Klinik in Bad Bramstedt.

<sup>6</sup> Medizinische Fakultät und o.g. Institute der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Quelle: Angaben der Fakultät.

Tabelle 8:

Strukturdaten der Medizinischen Einrichtungen / Fakultäten Alte Bundesländer 2000<sup>1</sup>

Universität	Stellen			Planbetten	Studienplätze		Landeszuschuss (LZ) <sup>3</sup>			Drittmittel insg. <sup>6</sup>			Drittmittel darunter bagatellhaft <sup>7</sup> Mio. €	
	Aktive/Wiss. Instg.	C 3	C 4		Medizin	Zahnmedizin	Zulassungszahl <sup>2</sup>	Mio. €	T € je C4	T € je Studienplatz	Mio. €	% vom LZ		T € je C4
<b>Baden-Württemberg</b>														
Freiburg	927	66	47	1738	306	79	89,4	1.902,6	232,3	31,0	34,7	274,7	660,4	18,8
Heidelberg	1133	61	59	1685	420	70	104,6	1.773,1	213,5	30,7	29,3	255,7	520,0	22,5
Tübingen	1078	41	59	1579	296	61	86,4	1.464,6	242,0	30,2	34,9	301,7	511,4	21,0
Ulm	990	61	43	1096	299	43	78,7	1.831,2	230,2	23,0	29,2	221,3	535,1	15,9
<b>Bayern</b>														
Erlangen-Nürnberg	k. A.	100	46	1500	316	91	65,6	1.426,1	161,2	25,0	38,1	171,2	543,5	k. A.
LMU München <sup>4</sup>	1649	188	61	2668	462	113	152,1	2.492,8	264,5	57,8	38,0	232,2	948,0	15,2
TU München <sup>4</sup>	483	56	26	1133	130	0	62,4	2.399,2	479,8	18,9	30,3	230,7	727,7	12,9
Regensburg <sup>5*</sup>	514	53	21	1044	120	76	44,6	2.122,9	227,4	14,8	33,3	200,4	706,2	7,7
Würzburg <sup>4</sup>	913	108	44	1612	274	91	72,7	1.652,5	199,2	39,4	54,1	259,0	894,8	k. A.
<b>Berlin</b>														
HU Berlin	1565	95	67	2334	470	90	162,4	2.424,5	290,1	53,7	33,1	331,4	801,3	33,7
FU Berlin	731	63	47	1225	464	96	103,6	2.203,8	185,0	24,5	23,7	223,1	522,1	15,3
<b>Hamburg</b>														
Hamburg	1154	139	70	1495	377	94	97,8	1.397,3	207,7	22,1	22,6	105,9	316,3	12,0
<b>Hessen</b>														
Frankfurt	741	60	56	1380	401	120	61,1	1.091,1	117,3	22,0	36,0	189,5	392,5	4,7
Giessen	712	51	49	1203	280	62	68,3	1.394,1	199,7	16,6	24,3	165,7	338,2	6,7
Marburg	707	57	51	1255	367	65	59,9	1.173,9	138,6	18,4	30,7	170,5	361,0	k. A.
<b>Niedersachsen</b>														
Göttingen	1006	61	59	1464	464	74	97,3	1.649,2	180,9	20,0	20,6	167,0	339,7	14,5
Hannover	1004	53	63	1320	348	67	114,3	1.813,8	275,3	30,2	26,4	260,1	478,9	13,3
<b>Nordrhein-Westfalen</b>														
Aachen	764	31	45	1510	269	52	87,8	1.950,9	273,5	11,8	13,4	154,7	261,3	7,7
Bonn	833	62	45	1314	298	73	79,1	1.756,7	213,1	17,4	22,0	162,4	386,2	10,2
Düsseldorf	620	68	54	1397	339	46	103,2	1.911,7	268,1	21,0	20,3	171,8	388,1	12,8
Essen	787	27	50	1290	165	0	78,9	1.577,8	478,1	15,8	20,0	205,2	316,0	8,7
Köln	852	53	43	1540	322	54	94,8	2.205,6	252,2	25,1	26,4	260,9	582,6	16,4
Münster	1051	70	64	1582	176	95	103,1	1.611,3	380,5	25,6	24,8	190,7	399,4	17,9
<b>Rheinland-Pfalz</b>														
Mainz	933	69	42	1640	436	106	73,1	1.740,7	134,9	24,5	33,6	221,1	584,3	k. A.
<b>Saarland</b>														
Homburg	142	33	39	1453	260	24	43,5	1.114,4	153,0	11,1	25,6	154,3	284,9	k. A.
<b>Schleswig-Holstein</b>														
Kiel <sup>7</sup>	870	33	43	1378	250	76	76,0	1.767,4	233,1	9,2	12,1	121,2	214,3	5,3
Lübeck <sup>8</sup>	655	30	37	1207	215	0	65,5	1.770,3	304,7	9,1	13,9	135,8	245,9	5,0
Länder insg.														
<b>Mittelwert</b>	877	66	49	1.483	316	67	86	1.764	242	24	28	205	491	14

\* Hier sind die vorklinischen Institute nicht erfasst.

<sup>1</sup> Ohne Medizinische Einrichtungen / Fakultäten mit Besonderheiten in der Struktur (Bochum, Witten-Herdecke, Mannheim).

<sup>2</sup> Bei getrennter Zulassung ist hier die Zulassungszahl für die klinische Ausbildung ausgewiesen.

<sup>3</sup> Personal- und Landeszuschuss für die vorklinischen Institute sind dann nicht erfaßt, wenn diese Institute im Haushalt der Universität veranschlagt werden.

<sup>4</sup> Die vorklinische Ausbildung für beide Medizinischen Fakultäten in München ist an der LMU konzentriert.

<sup>5</sup> Ohne ausgelagerte Kliniken mit 240 Planbetten.

<sup>6</sup> Drittmittel: eingeworbene Drittmittel im Jahre 2000 (Kiel u. Lübeck: verausgabte Drittmittel Mittelwert 1999-2001).

<sup>7</sup> Kiel: Medizinische Fakultät inkl. vorklinische Institute, Angaben zu Personalstellen für 2003.

<sup>8</sup> Lübeck: Medizinische Fakultät inkl. vorklinische Institute der TNF, Angaben zu Personalstellen für 2002.

Quelle: Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft; Forschungslandkarte Hochschulmedizin, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart 2002.  
Für Kiel und Lübeck Stand 2002 nach Angaben der Fakultäten.